

Bavar.

4246

Z.

Portofreiheit

in

B. Staatsdienstangelegenheiten



Kallmann

8° Bavar.

4 2 4 6 3

ae

Die
P o r t o f r e i h e i t
in
Bayer. Staatsdienstangelegenheiten
mit einer
Zusammenstellung der wesentlichen Bestimmungen
über
die gebührenfreie Beförderung von Telegrammen.

Für den dienstlichen Gebrauch bearbeitet

durch

EMIL KOLLMANN
königl. Postinspector in München.

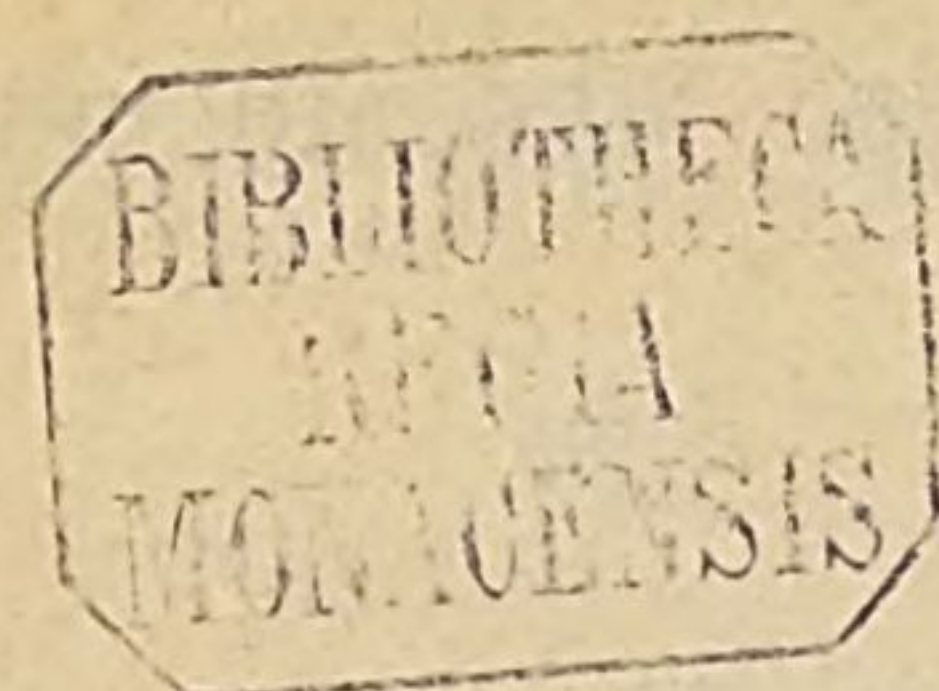
2. Auflage.



M Ü N C H E N

A k a d e m i s c h e B u c h d r u c k e r e i v o n F. S t r a u b
1882.

g. n. 220



Vorwort.

Die Bestimmungen und Verordnungen über die Postportofreiheit in Bayerischen Staatsdienstangelegenheiten habe ich für den dienstlichen Gebrauch bearbeitet im Jahre 1868 veröffentlicht. Seit dieser Zeit sind jedoch im Bereiche der streitigen und nichtstreitigen Rechtspflege, der Staats- und Militairverwaltung mehrere die früheren Verhältnisse verändernde Gesetze in Vollzug getreten. Das Gesetz vom 5. Juni 1869 — die Portofreiheiten im Gebiete des Norddeutschen Bundes betr., wurde im Königreiche Bayern mit dem 1. Juli 1872 in Wirksamkeit gesetzt. Die vertragsmässig ausgesprochene Selbstständigkeit der Bayerischen Postverwaltung liess mehrere dieses Gesetz erläuternde Bestimmungen und Verfügungen geboten erscheinen.

Die Allerhöchst bewilligten sowie nach den bestehenden Verträgen genehmigten persönlichen Portofreiheiten haben seit jener Zeit sowohl auf Grund des in Kraft getretenen Portofreiheits-Gesetzes als auch durch den Wechsel der Persönlichkeiten Aenderungen erfahren.

Diese vorstehend angedeuteten Gesetze und Verordnungen veranlassten den gegebenen Verhältnissen entsprechende Verfügungen, gleichwie die unterm 1. Oktober 1880 Allerhöchst ausgesprochene Vereinigung der Post- und Telegraphenanstalt die Nothwendigkeit ergab eine Zusammenstellung der Bestimmungen über die gebührenfreie Beförderung von Telegrammen zu erlassen.

Durch die Verordnungs-Anzeigeblätter der kgl. Bayer. Verkehrsanstalten, sowie durch Generalien und Entschliessungen sind die bezüglichlichen erläuternden und ergänzenden Vorschriften den Postanstalten zur Darnachachtung eröffnet.

Eine systematische Ordnung derselben zum Zwecke eines leichtern Auffindens fördert deren Anwendung und ist im Interesse des Dienstes wünschenswerth. Diesen Zweck möge die gegenwärtige Zusammenstellung erreichen.

München im November 1881.

Der Verfasser.

Inhalts-Verzeichniss.

	Seite
Königlich Allerhöchste Verordnung vom 23. Juni 1829 mit den dieselbe ergänzenden und erläuternden Bestimmungen und Verfügungen, letztere nach deren Betreff alphabetisch geordnet	1
Das Gesetz vom 29. Mai 1872, die Einführung des Gesetzes über die Portofreiheiten vom 5. Juni 1869 im Verkehre mit Bayern und Württemberg betr.	142
Das Gesetz vom 5. Juni 1869, die Portofreiheiten im Gebiete des Norddeutschen Bundes betr.	142
Instruction über die Ausführung der Portofreiheits-Gesetze	149
Porto-Vergünstigungen im Wechselverkehre	154
Persönliche Portofreiheit	163
Zusammenstellung der wesentlichen Bestimmungen über die gebührenfreie Beförderung von Telegrammen	167



I.

Königlich Allerhöchste Verordnung.

(Die Postportofreiheit in Amtssachen betr.)

(Verordnungs- und Anzeigeblatt der K. B. Verkehrsanstalten vom Jahre 1853 Seite 172.)

(Regierungsblatt vom Jahre 1829 Seite 521—534.)

L u d w i g

von Gottes Gnaden König von Bayern,
Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben &c. &c.

Wir haben die bisherigen Verordnungen über die Postportofreiheit in Amtssachen einer Revision unterziehen lassen, und befehlen, dass in dieser Beziehung künftig nur folgende Bestimmungen gültig sein, und auf das Genaueste allgemein beachtet und gehandhabt werden sollen.

A. Portofreiheit auf den Briefposten.

§ 1.

Von der Entrichtung des Unserem Könighchen Post-Aerar gebührenden Briefporto sind frei:

- a) alle ausschliessend in Staatsdienst-Angelegenheiten von Unseren unmittelbaren Civil-Behörden ausgefertigten Befehle, Schriften und Expeditionen;
- b) die Dienst-Correspondenz Unserer Militär-Stellen und Behörden, sowohl unter sich, als mit Civilbehörden; auch die Dienst-Correspondenz der Landwehr-Abtheilungen mit den Kreis-Commandos;
- c) die Dienst-Correspondenz unserer Hofstäbe und Hof-Intendanten mit den untergebenen Behörden und Beamten;
- d) die von mittelbaren Behörden an Unsere unmittelbaren Civil- und Militär-Behörden ausschliessend in Staatsdienst-Angelegenheiten gerichteten Berichte und Schreiben; nicht minder die Correspondenz über zur Staats-Curatel ressortirende Gegenstände;

- e) die Correspondenz zwischen den Magistraten, den Herrschafts- und Patrimonial-Gerichten, sofern solche ausschliessend die Dienstaufsicht oder die Ausübung der Polizei-Verwaltung oder Conscriptions-Gegenstände betrifft;
- f) die Correspondenz der bischöflichen Ordinariate in allgemeinen Kirchenangelegenheiten mit Ausschluss der Disciplinar-Strafsachen und der zum geistlichen Gerichte competenten Partei-Gegenstände;
- g) die Correspondenz der Dekanate in Kirchensachen und der Distriktsschul-Inspektionen in ihrem amtlichen Wirkungskreise;
- h) die Correspondenz der Universitäts-Senate in Gegenständen der Disciplin, sowohl unter sich, als mit andern Behörden, jedoch mit Ausschluss der Verwaltungs-Angelegenheiten und des literarischen Verkehrs der Hochschulen*).

Nr. 6,349.

(Die Postportofreiheit der mittelbaren Behörden betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nachdem zur diesseitigen Kenntniss gekommen ist, dass die portofreie Beförderung dienstlicher Correspondenzen und Sendungen von und an mittelbare Behörden auch bei ihrem Verkehre mit unmittelbaren kgl. Stellen und Behörden in dem Falle häufig beanstandet wird, wenn auf deren Adressen die spezielle Angabe des Betreffes mangelt; so sieht sich die unterfertigte Stelle veranlasst, sämtliche Postanstalten darauf aufmerksam zu machen, dass die nähere Bezeichnung des Inhaltes nur für den gegenseitigen Verkehr der mittelbaren Behörden unter sich vorgeschrieben, dagegen den Aufgaben solcher Behörden an unmittelbare kgl. Stellen und Behörden, sowie umgekehrt auch ohne diese Betreffsangabe die Portofreiheit zuzugestehen ist, wenn dieselben im Uebrigen die vorgeschriebenen Merkmale portofreier Staatsdienstsachen an sich tragen und kein anderer Grund besteht, deren portofreie Beförderung zu beanstanden.

München, den 13. Juli 1852.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

§ 2.

Die Postportofreiheit der bezeichneten Correspondenz findet nur dann Statt, wenn solche

- 1) mit dem Amts- oder Dienstsiegel geschlossen und auf derselben äusserlich
- 2) die absendende Behörde etc.,
- 3) die laufende Geschäfts-Nummer, und
- 4) die Eigenschaft der Sendung als Regierungs-Sache unter der einfachen Bezeichnung „R. S.“ mit Bestimmtheit angegeben ist.

Die Beurtheilung über die zuständige Befreiung vom Postporto soll nicht ferner den Expeditions-Aemtern oder Kanzlei-Individuen überlassen werden, vielmehr jedesmal

*) Gemäss Entschl. der General-Direktion Post-Abth. d. d. 20. Juli 1878 Nr. 9547 ist ausgesprochen, dass Correspondenzen, welchen nach dem Wortlaute der bestehenden einschlägigen Bestimmungen nur eine Portofreiheit bei der Beförderung mit der Briefpost zustünde und welche in Folge Ueberschreitens des für Briefpostsendungen zulässigen Gewichtes mit der Fahrpost befördert werden müssen, gleichwohl portofrei zu behandeln sind.

der Beamte bei einer äussern Behörde, oder der Referent bei Collegien gehalten sein, den Ausfertigungs-Entwürfen auf eigene Verantwortlichkeit beizusetzen, ob solche Regierungs- oder Parthei-Sachen betreffen.

Nr. 4,132.

(Gebrauch von Siegelwappen bei portofreien Dienstescorrespondenzen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Auf Grund höchster Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des kgl. Hauses und des Aeussern vom 17. ds. wird den kgl. Postanstalten zur entsprechenden Darnachachtung eröffnet, dass hinsichtlich der zur portofreien Behandlung berechtigten Correspondenzen der Behörden, Notare, Gerichtsvollzieher u. s. w. bei sonst vorschriftsmässiger Ausfertigung der Verschluss mit Siegelwappen an Stelle des Dienstsiegels als den Vorschriften in §. 2 Ziffer 1 der Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829, die Portofreiheit in Amtssachen betr., entsprechend zu erachten sei, soferne die Siegelwappen die wesentlichen Erfordernisse des Amts- oder Dienstsiegels nemlich das Hoheitszeichen und die Bezeichnung der Behörde, des Notares u. s. w. an sich tragen.

München, den 20. März 1872.

General-Direktion der königlichen Verkehrsanstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 8,336 a.

(Die Postportofreiheit in Amtssachen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Infolge der Beschwerde einer Gerichtsbehörde, dass von Postanstalten die portofreie Behandlung dienstlicher Schreiben wegen des Mangels der Expeditionsnummern beanstandet werde, werden sämtliche Postanstalten zur genauesten Darnachachtung auf die im Verordnungsblatt Nr. 10 vom J. 1871 bekannt gegebene höchste Ministerialentschliessung vom 5. Februar 1871 hingewiesen, durch welche die Bestimmung des § 2 der Allerrh. Verordnung vom 23. Juni 1829, die Portofreiheit in Amtssachen betr., wornach die Angabe der laufenden Geschäftsnummer ein Erforderniss zur Begründung der Portofreiheit bildet, für die Correspondenz und Sendungen der Gerichte in Staatsdienstsachen aufgehoben wurde.

München, den 26. Mai 1876.

General-Direktion der königlichen Verkehrsanstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 2477.

(Portofreiheit in Amtssachen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Den k. Postanstalten wird zur Darnachachtung eröffnet, dass die Angabe der laufenden Geschäftsnummern ein Erforderniss zur Begründung der Postportofreiheit für die amtlichen Correspondenzen der k. Staatsanwalts-Vertreter nicht zu bilden hat, nachdem diese Beamten ein Geschäftsjournal nicht zu führen haben.

München, den 21. Februar 1878.

General-Direktion der königlichen Verkehrsanstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 4180.

(Die Postportofreiheit in Amtssachen, hier die Behandlung der äusserlich mangelhaften dienstlichen Sendungen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nach dem Ausschreiben vom 20. Juli 1844 (Verordnungsblatt 1844 S. 99) sind alle jene dienstlichen Brief- und Fahrpostsendungen, welche gemäss k. Allerhöchster Verordnung vom 23. Juni 1829, die Postportofreiheit in Amtssachen betr. portofrei zu befördern sind, im Falle der Wahrnehmung eines Mangels an den die portofreie Beförderung begründenden, äusserlichen Merkmalen sofort zur Beseitigung dieses Mangels an die Aufgabebehörde zurückzugeben.

Diese Anordnung wird in Folge höchster Entschliessung des k. Staatsministeriums des k. Hauses und des Aeussern hiemit dahin ergänzt und bezw. abgeändert, dass

- 1) wenn die sofortige Zurückgabe nach der Einlieferung bezw. Aufgabe nicht möglich ist, die Zurückgabe mit der nächsten sich bietenden Gelegenheit zu erfolgen hat, dagegen
- 2) Sendungen, welche als dringend bezeichnet sind, durch die Zurückgabe behufs Vervollständigung einer hinsichtlich der Begründung der Portofreiheit mangelhaften Adresse oder eines den Vorschriften nicht entsprechenden Verschlusses aber eine Verzögerung in der Abfertigung erleiden würden, abzuspediren und als portopflichtig zu behandeln sind.

München, den 2. April 1880

General-Direktion der königlichen Verkehrsanstalten.

Post-Abtheilung.

§ 3.

Die Postportofreiheit unserer Behörden in Staatsdienst-Angelegenheiten ist einschränkend nur für die Fälle zu verstehen, wenn ausserdem das Postporto Unseren Staatskassen zur Last fallen würde.

Jede andere zu dieser Categorie nicht gehörige Correspondenz unterliegt der Bezahlung des Postporto.

Die Herrschafts- und Patrimonial-Gerichte, die Stadt- und Markts-Magistrate etc. sind gehalten, für alle im § 1 lit. e nicht ausdrücklich benannte Correspondenz das Postporto zu bezahlen.

Nr. 9760.

Ministerium des Innern.

Die mehrfachen von kgl. Stellen und Behörden der inneren Verwaltung erhobenen Anstände über den Vollzug der Verordnung vom 23. Juni 1829, die Postportofreiheit betreffend, haben das unterfertigte Ministerium veranlasst, mit dem Ministerium des kgl. Hauses und des Aeussern in geschäftsmässiges Benehmen zu treten, um eine Verfügung hervorzurufen, wodurch den wiederkehrenden, zu einer masslosen Vielschreiberei führenden Reklamationen und Beschwerden ein Ziel gesetzt werden könnte.

Hiebei hat sich indessen herausgestellt, dass nicht sowohl die Vorschriften der Verordnung vom 23. Juni 1829, als vielmehr die Nichtbeachtung derselben, und besonders das bei untergeordneten Behörden häufig wahrzunehmende Streben, neue oder ausgedehnte Postporto-Freiheiten zu erlangen, zu den bisherigen Anständen die nächste Veranlassung gegeben haben.

Der Begriff der amtlichen Postporto-Freiheiten scheint nicht richtig aufgefasst, und dabei nicht beachtet zu werden, dass eine Beeinträchtigung der Postkassa zu Gunsten anderer öffentlichen oder Privatkassen in keiner Weise gestattet werden dürfe.

Die Verordnung vom 23. Juni 1829 hat in § 3 den Begriff einer amtlichen Portofreiheit dahin festgestellt, dass eine solche Freiheit überhaupt nur in den Fällen stattfinden könne, in welchen das Postporto aus der Staatskasse bezahlt werden müsste.

Wenn daran festgehalten wird, und wenn überdiess die verschiedenen einschränkenden Bestimmungen der Verordnung vom 23. Juni 1829 besonders die in den §§ 2 und 18 gegebenen Vorschriften über Deklaration und Controle pflichtgemässe Beachtung finden, so werden ausreichende Gründe zu Reklamationen und Beschwerden nicht wohl mehr aufgebracht werden können.

Die kgl. Regierungen, Kammern des Innern, werden demnach beauftragt, bei dem Vollzuge der Verordnung vom 23. Juni 1829 durch die kgl. Postämter geeignet mitzuwirken, die untergeordneten Behörden zur genauen Beachtung dieser Verordnung ernstlich anzuhalten, und grundlose Reklamationen, dann alle Gesuche um Verleihung oder Erweiterung der Postporto-Freiheit, welche in der angeführten Verordnung keine zureichende Unterstützung finden, als unzulässig zurückzuweisen, um so mehr, als solche Reklamationen und Gesuche von Seite des unterfertigten Ministeriums mit Erfolg nicht vertreten werden können.

München, den 19. Oktober 1844.

Auf Seiner Königlichen Majestät allerhöchsten Befehl.

An sämmtliche Königliche Regierungen, Kammern
des Innern also ergangen.

Anstände in dem Vollzuge der Verordnung über
die Postporto-Freiheit vom 23. Juni 1829 betr.

§ 4.

Von der Entrichtung des Postporto sind ferner, jedoch nur unter genauer Beachtung der im § 2 gegebenen Bestimmungen für die Dienst-Correspondenz mit den Oberbehörden befreit:

- 1) die exponirten Beamten der Civil- und Militär-Behörden;
- 2) die Obergaufschlags-Inspektoren und Untergaufschläger*);
- 3) die Bauämter, — auch ausgedehnt auf die Dienst-Correspondenz mit den Amtsgerichten, Rentämtern, Distrikts-Polizei-Behörden, Werk- und Wegmeistern ihres Bezirks;
- 4) die Werk- und Wegmeister an ihre vorgesetzten Bauämter;
- 5) das äussere Forstpersonal an die Forstämter;
- 6) die Gendarmerie-Stationen in Ausübung ihrer polizeilichen und dienstlichen Verrichtungen nach jeder Beziehung;
- 7) die Dienstscheiben und Spiellisten der Lotto-Comtoirs oder Collekteurs an die General-Lotto-Administration**).

*) Die früheren Behörden für den Aufschlagsdienst sind aufgehoben, die Einhebung der Aufschlaggefälle sind den Hauptzollämtern bzw. den Steuereinnahmereien übertragen und diese der General-Direction der Zölle und indirecten Steuern unterstellt.

**) Das Lotto ist seit dem Jahre 1862 in Bayern aufgehoben.

§ 5.

Die von dem Auslande ankommende Correspondenz an Unsere Civil- und Militär-Behörden ist unter einer äusserlichen Bezeichnung als Dienstsache, wie bisher, noch ferner portofrei abzugeben.

Würde sich aber ergeben, dass solche Einläufe einen dem Staats- oder öffentlichen Dienste fremden Gegenstand betreffen, so soll Unsern Postbehörden hierüber Mittheilung gemacht werden, welche sodann zur Wahrung des Postärars das Erforderliche bei den ausländischen Postbehörden einzuleiten haben.

§ 6.

Wenn Ausfertigungen in Privatsachen nicht unmittelbar an die Interessenten gerichtet sind, sondern durch Mittelbehörden laufen, und auf diesem Wege an die Interessenten gelangen, muss das Postporto gleichfalls erhoben werden.

Berichte und Aufgaben in Privatsachen an die höheren Behörden sind sogleich bei der Abgabe, Resolutionen und Verfügungen aber, welche von den höheren Behörden an die Unterbehörden abgehen, bei der Abgabe zu bezahlen.

Die Postbehörden haben die von nicht postportofreien Personen vorkommenden Aufgaben an öffentliche Behörden nur frankirt anzunehmen.

§ 7.

Unseren Staats-Ministerien verbleibt die Befugniss, Sendungen jeder Art an jeden Empfänger mit postfrei zu bezeichnen.

§ 8.

Die Staatsdienst-Correspondenz soll jederzeit sorgfältig ausgeschieden, und keine staatsdienstliche Fertigung mit Privatsachen oder die für verschiedene Personen in Privatangelegenheiten bestimmten Fertigungen in einem und demselben Umschlag verpackt werden.

§ 9.

Zur Erleichterung Unserer Behörden wird eine monatliche Aufzeichnung des schuldigen Postporto gestattet, jedoch unter der Verbindlichkeit, spätestens acht Tage nach Ablauf eines jeden Monats pünktlich mit der Zahlung einzuhalten.

§ 10.

Die an fremde Posten zu erstattenden Auslagen müssen Unserm Post-Aerar auch für die Correspondenz in Staatsdienst-Angelegenheiten vergütet werden.

B. Porto-Freiheit auf den fahrenden Posten.

§ 11.

Auf Unseren fahrenden Posten beschränkt sich die Portofreiheit künftig auf Akten und Gelder, und findet auch in dieser Beziehung nur dann statt, wenn erstere Staatsdienstsachen betreffen, und letztere entweder in die Staatskassen einfließen, oder aus diesen zur Bestreitung der Bedürfnisse des Staates erhoben und versendet werden müssen*).

Inländische Staatspapiere sind in dieser Beziehung dem Gelde, Rechnungen, Tabellen, Formularen, Pläne, Karten und ähnliche den Staatsdienst betreffende Scripturen den Akten gleich zu achten.

§ 12.

Was im Allgemeinen über die Portofreiheit auf den Briefposten in § 2, 3, 5, 6, 7, 8, 9 und 10 angeordnet ist, findet für die fahrenden Posten analoge Anwendung, sofern nicht in den nachstehenden §§ besonders verfügt wird.

§ 13.

Es ist Unser ernstlicher Wille, dass künftig nur in ganz unvermeidlichen Fällen Sendungen von Staatsgeldern der Postanstalt zur Beförderung zugewiesen werden sollen, damit sowohl die Gefahr, als die vermehrten Kosten des Transportes beseitiget seien.

Wir werden zu diesem Zwecke durch Unser Staats-Ministerium der Finanzen solche Vorkehrungen treffen lassen, dass die Staats-Kassen bei erforderlichen Geldrimessen in die Provinzen oder in das Ausland sich statt der Baarsendungen mit Assignationen versehen können.

§ 14.

Die zur Versendung geeigneten Geldüberschüsse sollen Unsere Postwägen für eine und dieselbe Fahrt nicht zu sehr belästigen und daher derlei Gelder auf mehrere Fahrtgelegenheiten zweckmässig vertheilt, von einer und derselben Kasse auf einen und denselben Posttag nicht allzu beträchtliche Summen aufgegeben werden. Würde dessen ungeachtet durch den Zusammenfluss von mehreren Kassen an einem Posttage die Versendung der Staatsgelder sich so sehr häufen, dass eine ausserordentlich vermehrte Bespannung desshalb nöthig wäre, so sind Unsere Ober- und die am Sitze der Kreis-Regierungen bestellten Postämter ermächtigt, solche theilweise bis zum Abgange des nächsten Wagens zurückzulassen, müssen jedoch sowohl die absendende als die empfangende Behörde sogleich desshalb schriftlich verständigen.

*) Nach Entschl. der General-Direction Abth. für Post und Telegr. d. d. 30. April 1881 Nr. 7229 werden durch den § 11 nur jene Geldsendungen getroffen, welche zwischen unmittelbaren kgl. Behörden zur Versendung gelangen.

Würde Gefahr auf dem Verzuge haften, so ist solches alsbald von der absendenden Behörde schriftlich zu erklären; in diesem Falle hat die Postanstalt das Porto zu erheben, und die absendende Staatsbehörde die Zahlung aus ihrer Regie-Exigenz zu bestreiten.

§ 15.

Das Gesetz- und Regierungsblatt, sowie auch das an die königlichen Verlagsämter zu versendende Stempelpapier wird auf Unsern Postwägen frei befördert.

Nr. 36589.

(Den Bezug des kgl. bayerischen Gesetz- und Regierungsblattes betr.)

I. N. S. M. d. K.

Vom Januar 1868 an hört der unentgeltliche Bezug sowohl des Gesetz- als des Regierungsblattes gänzlich auf und ist daher für den Bezug derselben auch von den kgl. Stellen und Behörden der Abonnementspreis zu entrichten.

Die Abonnements sind wie auf Zeitschriften bei den einschlägigen kgl. Postanstalten anzumelden und von letzteren auszuführen.

Für das Regierungsblatt besteht ganzjährige Abonnements-Verbindlichkeit, während sich die Abonnements-Verbindlichkeit für das Gesetzblatt auf die jeweilige Dauer der Landtags-Periode erstreckt etc. etc.

In der Zustellung des Gesetz- und Regierungsblattes an kgl. Stellen etc. etc. gegen Empfangsbescheinigung tritt eine Aenderung nicht ein.

München, den 5. Oktober 1868.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 15321.

(Vereinigung des Gesetzblattes mit dem Regierungsblatte betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nach Allerhöchster Verordnung vom 29. Oktober lfd. Js. werden mit dem 1. Januar 1874 das Gesetzblatt und das Regierungsblatt für das Königreich Bayern in Ein amtliches Blatt mit der Bezeichnung:

„Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Bayern“

vereinigt und ist dasselbe von sämtlichen kgl. Stellen und Behörden, einschliesslich der Pfarrämter, dann von den Gemeindebehörden zu halten.

Der Preis des genannten Blattes wird später bekannt gegeben werden.

Bezüglich der Bestellung des Blattes Seitens der k. Justizstellen und Justizbehörden wird den Postanstalten unter Bezugnahme auf das Ausschreiben vom 12. Dezember 1868 (V.-Bl. 1868 S. 655) zur Kenntniss gebracht, dass diese k. Stellen und Behörden das Blatt nicht selbst bei den k. Postanstalten zu abonnieren und auch die Postanstalten das Blatt für dieselben in ihre Bestellungen bei der Hauptzeitungsexpedition München **nicht** aufzunehmen haben; es wird vielmehr das für die kgl. Justizstellen und Justizbehörden bestimmte Blatt, wie dieselben unter Ziffer 1 des allegirten Ausschreibens bezeichnet sind, den Postanstalten von der genannten Hauptzeitungsexpedition gleich den Freiexemplaren der amtlichen Blätter in der benöthigten Anzahl ohne Weiteres zuspedit werden.

Die Bestimmungen in Ziffer 2 des mehrerwähnten Ausschreibens treten demnach ausser Kraft.

Die Abgabe des Blattes hat, wie seither jene des Gesetz- und Regierungsblattes, gegen Empfangsbescheinigung stattzufinden.

München, den 12. November 1873.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

§ 16.

Für Sendungen unter Privatadresse muss das Porto der Postanstalt entrichtet werden, wenn auch der Gegenstand Staatsdienst-Sache betrifft; es darf aber in letzterem Falle der bezahlte Betrag mittelst Quittung in Aufrechnung kommen*).

C. Schluss-Bestimmungen.

§ 17.

Sollten sich Unseren Post-Verwaltungs-Behörden in Hinsicht der als Dienst-Angelegenheit zur Portofreiheit bezeichneten Ausfertigungen der in den §§ 1, 4 und 5 bemerkten Behörden und Beamten ein Bedenken aufdringen, dass hiebei durch Irrthum oder Missbrauch eine Gefährde für das Post-Aerar unterlaufen sei, so sind dieselben, wie bisher berechtigt, zu fordern, dass von dem Empfänger in Gegenwart eines Postbeamten und zwei Zeugen die zur Beförderung bestimmte oder zur Abgabe vorliegende Sendung eröffnet werde**).

Erklärt der Empfänger, dass er wegen nothwendiger Geheimhaltung den Inhalt nicht mittheilen könne, so ist der betreffende Gegenstand von dem Empfänger, dem Postbeamten und den Zeugen zu versiegeln, und von diesem an die vorgesetzte Stelle der absendenden Behörde zum weiteren Verfahren zu übermachen.

Dem Empfänger bleibt es vorbehalten, sich vor der Wiederversiegelung von dem Inhalte der Correspondenz Abschrift zu nehmen, wobei jedoch der Postbeamte die geeigneten Vorsichts-Massregeln gegen Auswechslung zu ergreifen ermächtigt und verpflichtet ist.

Von dem jedesmaligen Ergebnisse solcher Einschreitung ist dem vorgesetzten Oberpostamte, respektive der General-Administration der Posten, sogleich Nachricht zu ertheilen.

§ 18.

Jede — eine Sendung empfangende Stelle, Behörde, Kasse etc etc. ist verbunden, die aufgesetzte Deklaration zu prüfen und zu controliren, und von einer allenfallsigen Uebertretung der Postbehörde Anzeige zu geben.

*) Zusage Entschl. der General-Direktion Post-Abtheilung d. d. 8. Mai 1879 Nr. 5659 wird die Beifügung des Familiennamens auf den Adressen zu amtlichen Fahrpostsendungen nur in jenen Fällen nachgesehen, wo wie z. B. bei Notaren etc. etc. die Beifügung des Familiennamens zur richtigen Kennzeichnung des Adressaten nicht umgangen werden kann.

**) Conf. Posttransportordnung vom Jahre 1876 § 86 Ziff. VII. Gemeindebehörden Generale 25 Ziff. VIII.

Missbräuche oder Contraventionen sind zu untersuchen, und nach Massgabe der Verordnungen vom 19. Dezember 1808 § 11 (Regierungsblatt Jahr 1809 Stück II. pag. 33—39), dann 12. Oktober 1814 § IX. (Regierungsblatt Jahr 1814 Stück LXII pag. 1577—1584) zu bestrafen. Das Competenz-Verhältniss und der Instanzenzug sind in den Verordnungen vom 2. November 1812 (Regierungsblatt Jahr 1812 Stück LXIV pag. 1915 Nr. 1) und vom 17. Dezember 1825 (Regierungsblatt Jahr 1825 Stück 54 pag. 1094 § 67) bereits ausgesprochen.

Gegen diejenigen, welche die Anzeige solcher Verkürzungen Unseres Post-Aerars wissentlich unterlassen, ist jederzeit gehörig einzuschreiten.

Siehe Abschn. IV des Gesetzes über das Postwesen des deutschen Reiches vom 28. Oktober 1871. (Reichsgesetzblatt Nr. 42 v. J. 1871 Verordnungs- und Anzeige-Blatt der k. b. Verkehrsanstalten Nr. 106 vom Jahre 1871 und Nr. 15 vom Jahre 1872.)

§ 19.

Rücksichtlich der Postportofreiheit in Armensachen bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen. (siehe Armensachen.)

§ 20.

In strafrechtlichen Untersuchungssachen und in streitigen Civil-Rechtssachen gegen Unseren Fiskus hat der Verurtheilte das Brief- und Postwagens-Porto zu ersetzen.

Diese Verordnung tritt mit dem ersten Oktober dieses Jahres in Wirkung, und Unser Staatsministerium der Finanzen ist mit dem Vollzuge beauftragt.

Bad Brückenau den 23. Juni 1829.

L u d w i g.

Graf von Armansperg.

Auf

Königlichen Allerhöchsten Befehl,
der General-Sekretär:
von Geiger.

Anschliessend an die allerhöchste Verordnung folgen nachstehend die erläuternden und ergänzenden Entschliessungen und Verfügungen nach deren Betreff alphabetisch geordnet.

Abgaben für Anstellungen und besondere Verleihungen betr.

Königlich Allerhöchste Verordnung.

(Gesetz- und Verordnungs-Blatt Nr. 13 v. J. 1881. Verordnungs- und Anzeigeblatt für die kgl. bayer. Verkehrsanstalten Nr. 28 v. J. 1881.)

A u s z u g.

§ 25.

Die durch die Erhebung und Zurechnung der Abgaben veranlassten Correspondenzen der Behörden unter sich einschliesslich der Geldsendungen zwischen denselben sind gleich den Mittheilungen der Abgabenschuldigkeit an die Pflichtigen als Dienstsache zu behandeln und daher im internen Verkehre portofrei.

München, den 30. März 1881.

Academie der Wissenschaften und der bildenden Künste.

Diese Staatsanstalten geniessen bei ihrem Verkehre mit andern kgl. Behörden für Versendungen in wirklichen Staatsdienstangelegenheiten auf der Briefpost Portofreiheit, wenn dieselben nach Vorschrift des § 2 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 äusserlich als Regierungssache erkennbar sind, dagegen sind alle mit der Fahrpost abgehenden und ankommenden Sendungen auch dann mit dem tarifmässigen Porto zu belegen, wenn sie als R. S. bezeichnet sind.

Entschl. des Staats-Minist. des kgl. Hauses und des Aeussern dd. 11. Mai 1844
Nr. 4003.

Ackerbauschulen.

Nr. 23,851.

(Die Errichtung einer Kreisackerbau-Schule zu Neudeck betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nachdem mit allerhöchster Genehmigung auf dem Gute des Freiherrn von Geisberg zu Neudeck, kgl. Landgerichts Donauwörth, eine Kreisackerbauschule für Schwaben und Neuburg errichtet wurde, und deren Eröffnung am 3. vor. Monats erfolgt ist, so werden die Postanstalten hievon mit dem Beifügen in Kenntniss gesetzt, dass die dienstlichen Correspondenz-Gegenstände, welche entweder von derselben zur Versendung, oder welche an dieselbe zur Bestellung kommen, in Ansehung der Portofreiheit nach den bezüglich des Verkehrs der öffentlichen Schulanstalten in Bayern überhaupt geltenden Bestimmungen zu behandeln sind.

München, am 24. Dezember 1855.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 21,708.

(Die Portofreiheit der Kreisackerbauschule in Ramhof betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nach Mittheilung der k. Regierung von Schwaben und Neuburg wird mit allerhöchster Genehmigung auf dem Gute Ramhof, kgl. Bezirksamts Donauwörth, eine Kreisackerbauschule errichtet.

Die kgl. Postanstalten erhalten hievon mit dem Beifügen Kenntniss, dass die dienstlichen Correspondenzen und Aktensendungen von und an die genannte Ackerbauschule, sowie jene von und an die bis zur Eröffnung der letztern eingesetzte Gutsverwaltung in Ansehung der Portofreiheit nach den bezüglich des Verkehrs der öffentlichen Schulen in Bayern überhaupt geltenden Bestimmungen zu behandeln sind.

München, den 10. August 1862.

Siehe auch Kreispensions- und Unterstützungsfond für dienstunfähige Lehrer.

Administration d. protestantischen Pfarr-Wittwen- u. Pfarr-Unterstützungscassa.

Siehe Pfarr-Wittwen- und Pfarr-Unterstützungscassa.

Advocaten.

Siehe Anwaltskammern und Armensachen.

Advocaten-Wittwen- und Waisen-Verein. Centralverwaltungsausschuss desselben.

Nr. 6670.

(Die Postportofreiheit des Central-Verwaltungsausschusses des Advokaten-Wittwen- und Waisen-Pensions-Vereines betr.)

I. N. S. M. d. K.

Die kgl. Postanstalten werden unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der kgl. Ministerien der Justiz, des Innern und der Finanzen vom 17. November 1845 (Regierungsblatt 1845 S. 847—851) zur entsprechenden Darnachachtung darauf aufmerksam gemacht, dass die von den Gerichten, so wie von den Verwaltungsstellen und Behörden in den Kreisen diesseits des Rheines nach jeder Hälfte des Etatsjahres an den Central-Ausschuss zur Verwaltung des Advokaten-Wittwen- und Waisen-Pensionsfondes einzusendenden Straf- und Succumbenzgelder nebst den darauf Bezug habenden Correspondenzen als Parthei-Sache zu behandeln, die von den Expeditionsämtern der kgl. Appellationsgerichte und Kreisregierungen an den bezeichneten Central-Verwaltungs-Ausschuss nach Verlauf eines jeden Vierteljahres zu übersendenden Controlverzeichnisse dagegen als Regierungssache portofrei zu belassen sind.

München, den 26. Juli 1856.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Aerarialische Vermessungen.

Siehe Bezirksgeometer.

Aerzte. Kgl. Landgerichtsärzte, Bezirksärzte, prakt. Aerzte.

Nr. 6514.

(Die dienstliche Correspondenz der praktischen und Gerichts-Aerzte betr.)

I. N. S. M. d. K.

Zur Beseitigung der Anstände, welche sich im Betreff der dienstlichen Correspondenz der Gerichts- und praktischen Aerzte ergeben haben, wird hiedurch

nach Massgabe höchster Ministerialentschliessungen zur künftigen Darnachachtung eröffnet, was folgt:

- 1) die dienstliche Correspondenz der kgl. Gerichtsärzte mit Stellen und Behörden sowie unter sich ist portofrei, sofern solche mit den durch die allerhöchste Verordnung vom 23. Juni 1829 § 2 vorgeschriebenen äusseren Merkmalen einer portofreien Dienstsache versehen ist, und mit der Briefpost Beförderung findet.
- 2) Fahrpostsendungen sind, soweit solche überhaupt nach § 11 der vorallegirten allerhöchsten Verordnung zur portofreien Beförderung geeignet sind, unter obiger Voraussetzung nur bei ihrer Versendung von den Gerichtsärzten an kgl. Stellen und Behörden portofrei; die an Gerichtsärzte unmittelbar gerichteten Fahrpostsendungen dagegen müssen nach § 16 der obenangezogenen Verordnung entweder bei der Aufgabe frankirt oder mit Porto belegt werden.
- 3) Den praktischen Aerzten kommt für ihre dienstliche Correspondenz im Falle der unmittelbaren Versendung an die kgl. Gerichtsärzte eine Portofreiheit nicht zu; dagegen ist die Correspondenz der Gerichtsärzte an die praktischen Aerzte sofern diese in demselben Gerichtsbezirke sich befinden, nach der unter Ziffer 1 gegebenen Bestimmung portofrei zu belassen. Fahrpostsendungen unterliegen der Taxe in beiden Beziehungen.

München, den 28. April 1850.

General-Verwaltung der königlichen Posten und Eisenbahnen.

Nr. 4728.

(Die Portofreiheit der Correspondenzen kgl. Gerichtsärzte mit dem germanischen Museum in Nürnberg betr.)

I. N. S. M. d. K.

Da die königlichen Bezirks- und Landgerichtsärzte im Vollzuge eines die Herstellung einer physikalisch-medizinischen Topographie und Ethnographie des Königreiches bezweckenden allerhöchsten Auftrages veranlasst werden können, mit dem germanischen Museum zu Nürnberg in schriftlichen Verkehr zu treten, so wird den kgl. Postanstalten zur Darnachachtung eröffnet, dass

- a) die mit der Briefpost zu befördernden Sendungen der kgl. Gerichtsärzte an das germanische Museum bis zu dem Gewichte von einem Pfund portofrei abzulassen sind, wenn sie die für eine portofreie Dienstsache überhaupt vorgeschriebenen Merkmale an sich tragen; dass dagegen
- b) die dieses Gewicht überschreitenden Sendungen von den kgl. Gerichtsärzten an das germanische Museum, sowie die sämmtlichen von dem germanischen Museum an die kgl. Gerichtsärzte abzufertigenden Brief- und Fahrpostsendungen nur dann portofreie Beförderung finden können, wenn deren Versendung mit Beobachtung der vorgeschriebenen Förmlichkeiten durch Vermittlung des kgl. Landgerichtsarztes in Nürnberg oder der Lokalpolizeibehörde daselbst erfolgt. —

München, den 10. März 1860.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 1645.

(Die Portofreiheit der k. Bezirksärzte betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nachdem die praktischen Aerzte des Oeftern in die Lage kommen, an die Bezirksärzte in sanitätspolizeilicher Beziehung Anzeigen etc. zu erstatten, ist den-

selben für diese Correspondenz in der Art portofreie Beförderung zugestanden, dass hiebei Seitens der praktischen Aerzte die Vermittlung der Gemeinde-Behörden angesprochen und von diesen auf der Adresse Name und Stand des Absenders und die Bezeichnung „Sanitätspolizeibehörde“ beigefügt werde.

Auf Grund dessfalls ergangener höchster Minist.-Verf. werden die kgl. Postanstalten darauf unter Hinweisung auf das Ausschreiben vom 28. April 1850 mit dem Beifügen aufmerksam gemacht, dass die portofreie Versendung dieser Correspondenz, welche sich auf Anzeigen und Uebersendung tabellarischer Aufstellungen und Akten zu erstrecken hat, auf den Briefpostverkehr beschränkt und demnach in Gemässheit des § 2 der Posttransportordnung vom 16. Septbr. l. J. für die einzelne Sendung nur bis zum Gewichte von einem Pfunde zulässig ist.

München, den 22. November 1868.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 11182.

(Portofreiheit der k. Bezirksärzte für ihre dienstl. Correspondenz betr.)

I. N. S. M. d. K.

Mittels höchster Entschliessung vom 19. ds. hat das kgl. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten genehmigt, dass die dienstliche Correspondenz der k. Bezirksärzte mit dem in ihrem Amtsbezirke befindlichen Unterpersonale (Bader, Chirurgen und Hebammen) insoferne die in Bezug auf Ausfertigung in § 2 der allerrh. Verordnung vom 23. Juni 1829 gegebenen Vorschriften eingehalten sind, gleichfalls portofrei belassen werde.

Die dienstliche Correspondenz des ärztlichen Unterpersonales an den Bezirksarzt ist, wie jene der praktischen Aerzte durch Vermittlung der Gemeindebehörden, welche auf der Adresse Name und Stand des Absenders und die Bezeichnung „Sanitätspolizeisache“ beizufügen haben, abzusenden.

München, den 23. September 1870.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 13005.

(Portofreiheit der bezirksärztlichen Correspondenz in specie der Versendung des Gehalts der kgl. Bezirksärzte betr.)

I. N. S. M. d. K.

Gemäss Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des k. Hauses und des Aeussern vom 21. ds. sind die von den k. Rentämtern zur Aufgabe gelangenden Gehaltsbezüge der k. Bezirksärzte unter der Adresse der Letzteren portofrei zu behandeln.

Dies zur genauen Darnachachtung.

München, den 30. September 1878.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Alterthümer.

Nr. 1264.

(Portofreiheit des General-Conservators der Kunstdenkmäler und Alterthümer betr.)

I. N. S. M. d. K.

Den kgl. Postanstalten wird hiemit zur Wissenschaft und Darnachachtung eröffnet, dass inhaltlich höchster Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des

Handels und der öffentlichen Arbeiten vom 4. lfd. Mts. den Correspondenzen und Aktensendungen des kgl. Generalconservators der Kunstdenkmäler und Alterthümer die Portofreiheit nach Massgabe der in der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 die Portofreiheit in Amtssachen betreffend aufgestellten Bestimmungen eingeräumt worden ist.

München, den 8. November 1868.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Amtsbürgschaften.

Siehe Cautionen.

Anwaltskammern.

Nr. 12502.

(Postportofreiheit der Vorstände der Anwaltskammern betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nach Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des kgl. Hauses und des Aeussern vom 10. ds. ist im internen bayerischen Verkehr den Vorständen der Anwaltskammern, bezw. den Vorsitzenden und Schriftführern derselben für jene dienstlichen Sendungen, welche sie in den Fällen des § 49 Ziffer 4 der Rechtsanwaltsordnung behufs Abgabe von Gutachten an die Landesjustizverwaltung, sodann im Vollzuge der §§ 50, 59, 61 und 96 der genannten Ordnung zu bewirken haben, Postportofreiheit eingeräumt worden.

Es geniessen demnach Portofreiheit:

- a) die von der Landesjustizverwaltung abgeforderten Gutachten,
- b) die im Interesse der Rechtspflege oder der Rechtsanwaltschaft an die Landesjustizverwaltung zu richtenden Vorstellungen und Anträge,
- c) die aus Anlass der Aufsicht über den Geschäftsbetrieb des Vorstandes einer Anwaltskammer und zur Verbescheidung von Beschwerden über diesen Geschäftsbetrieb stattfindenden Sendungen,
- d) die von dem Vorsitzenden der Anwaltskammer der Landesjustizverwaltung und dem Oberlandesgericht über die Thätigkeit der Kammer und des Vorstandes zu erstattenden Berichte, und
- e) die vom Schriftführer des Vorstandes den Gerichten und der Landesjustizverwaltung zu erstattenden Anzeigen über die Ausschliessung von der Rechtsanwaltschaft.

Sendungen dieser Gattungen sind daher auch wenn sie ihres Gewichtes halber mit der Fahrpost zu befördern sind als portofreie Dienstsache zu behandeln.

Alle übrigen von den Vorständen der Anwaltskammern bezw. den Vorsitzenden und den Schriftführern derselben ausgehenden Sendungen sind portopflichtig; es ist jedoch zulässig, diese portopflichtigen unfrankirten Sendungen im internen wie auch im deutschen Wechselverkehr, in welchem letzterem Verkehr für die Sendungen der Anwaltskammern eine Portofreiheit überhaupt nicht eingeräumt ist, mit „Portopflichtige Dienstsache“ zu bezeichnen und sind demnach derartige Sendungen mit dem Zuschlagporto nicht zu belegen.

Die Sendungen, welchen nach Obigem die Postportofreiheit im internen Verkehr zusteht, dürfen übrigens nur dann portofrei befördert werden, wenn dieselben mit dem Dienstsiegel verschlossen, mit „R. S.“ bezeichnet und auf der Adresse mit der Bezeichnung des Charakters des Absenders versehen sind, also die Aufschrift tragen „Vom Vorstande der Anwaltskammer N.“, oder „Vom Vorsitzenden“ bezw. „Vom Schriftführer des Vorstandes der Anwaltskammer N.“.

Diese Merkmale haben auch jene portopflichtigen unfrankirten Dienstsendungen der Vorstände etc. der Anwaltskammern zu tragen, welche mit „Portopflichtige Dienstsache“ bezeichnet sind und desshalb vom Zuschlagporto befreit sein sollen.

Die Bestimmung in § 1 lit. a der k. Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829, „die Postportofreiheit in Amtssachen betr.“, wornach im internen Verkehr alle ausschliessend in Staatsdienstsachen von den unmittelbaren k. Behörden ausgehenden Correspondenzen und Aktensendungen portofrei zu befördern sind, wird hiedurch nicht berührt.

München, den 20. September 1880.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Arbeits- und Dienstbotenbücher.

Nr. 24,574.

(Die Versendung der Dienstboten- und Wanderbücher und der hieraus erlösten Gelder betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nachdem über die Portofreiheit der Versendungen von Dienstboten- und Wanderbüchern durch die kgl. Postanstalt Zweifel entstanden sind, so wird hiedurch Nachstehendes zur Darnachachtung eröffnet:

- 1) Sendungen von Dienstboten-, sowie Wanderbüchern, welche von den kgl. Kreis-Regierungen an die kgl. Bezirksämter (Landgerichte) resp. Distriktpolizeibehörden bei den Posten zur Aufgabe kommen, sind portofrei zu behandeln.
- 2) Werden dagegen derlei Sendungen von den kgl. Kreisregierungen an Magistrate abgefertigt, so sind dieselben stets mit dem treffenden Porto zu belegen.
- 3) Geldsendungen aus dem Erlöse für Wander- und Dienstbotenbücher, welche an die kgl. Regierungen, an deren Regie- und Materialverwaltung oder an die Wander- und Dienstbotenbücher-Verlagsämter der kgl. Kreisregierungen eingesendet werden, sind
 - a) insofern dieselben von den kgl. Bezirksämtern (Landgerichten) zu Versendung kommen, portofrei zu belassen;
 - b) wenn dieselben von Magistratsbehörden abgesendet werden, als portopflichtig bei der Aufgabe stets zu frankiren.

Die Postanstalten werden angewiesen, sich hienach zu achten und bei der Aufgabe derlei Sendungen stets auch auf die entsprechende vorschriftsgemässe Ausfertigung und Bezeichnung auf der Adresse zu sehen.

München, den 30. Dezember 1854.

General-Direction der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 6409.

(Die Postportofreiheit der Dienstboten-, Wander- und sonstigen Legitimations-Bücher und der hieraus erlösten Gelder betr.)

I. N. S. M. d. K.

Auf Grund höchster Entschliessung des kgl. Staats-Ministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten vom 30. ds. Mts. wird die Verordnung vom 30. Dezember 1854 dahin ausgedehnt, dass die Sendungen mit Dienstboten-, Wander- oder Arbeits- und sonstigen Legitimations-Büchern etc., welche von den kgl. Kreisregierungen an die kgl. Bezirksämter (Landgerichte) etc. und an die Magistrate bei den Posten zur Aufgabe kommen, sowie die von den genannten Behörden an die kgl. Kreisregierungen, an deren Regie- und Material-Verwaltungen oder

an die Wander- und Dienstbotenbücher-Verlagsämter der kgl. Kreisregierungen aus dem Erlöse solcher Bücher einzubefördernden Geldsendungen unter der Voraussetzung vorschriftsgemässer Ausfertigung und Bezeichnung auf der Adresse portofrei zu belassen sind.

Die kgl. Postanstalten haben sich hienach in vorkommenden Fällen zu achten.

München, den 31. März 1860.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 19,721.

(Portofreiheit für Einsendung der Taxgebühren von Dienstboten- und Arbeitsbüchern.)

In Gemässheit höchster Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des kgl. Hauses und des Aeussern vom 13. ds. sind die von den Gemeindeverwaltungen als Ortspolizeibehörden an die Verwaltungen des Dienstbücher-Verlags einzusendenden Dienstboten- und Arbeitsbüchertaxen als portofreie Dienstsache zu behandeln, insofern die betreffenden Sendungen den Voraussetzungen der Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 § 2 genügen, und auf der Adresse mit der Bezeichnung „Dienstboten- oder Arbeiterbücher-Taxen“ versehen sind.

Hienach haben sich die kgl. Postanstalten zu achten.

München, den 21. Dezember 1876.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 2 des Amts-Blatts des kgl. Staatsministeriums des Innern vom 15. Januar 1877.
Siehe auch Gemeindebehörden Gener. 30.

Archiv. — Allgemeines Reichsarchiv in München, sowie die Kreisarchive in Amberg, Bamberg, Landshut, München, Neuburg, Nürnberg, Speyer und Würzburg geniessen als kgl. Behörden gemäss der Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 Postportofreiheit.

Armaturstücke.

Siehe Militaria. Portofreiheitsgesetz.

Arme Schulschwestern. Mittels höchster Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des kgl. Hauses und des Aeussern d. d. 25. Februar 1841 Nr. 1604 wurde den armen Schulschwestern die aktive und passive Portofreiheit für ihre und ihrer Mitschwestern Correspondenz, welche dieselben mit den Filial-Instituten, den bischöflichen Ordinariaten, Pfarrämtern, Schulinspektionen und Amtsgerichten (Landgerichten) zu führen haben, gewährt. Döll. XXVIII. 1. Theil pag. 282—283.

Armee-Denkzeichen.

Siehe Ordensdekorationen.

Armenpflegschaftsräthe.

Siehe Gemeindebehörden.

Armensachen.

Nr. 4030.

(Die Postportofreiheit in Armensachen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Mehrere in neuester Zeit vorgekommene Anstände bezüglich der Postportofreiheit in Armensachen veranlassen die unterfertigte Stelle, die dessfalls be-

stehenden Verordnungen hiedurch unter nachfolgenden Erläuterungen zur allgemeinen Darnachachtung in Erinnerung zu bringen.

Durch die allerhöchste Verordnung vom 23. Juni 1829 § 19 wurde es rücksichtlich der Postportofreiheit in Armensachen bei den damals bereits bestandenen Bestimmungen belassen:

Nach diesen sind

- 1) Armensachen, welche bei den Gerichten*) behandelt und dabei von allen, wie immer Namen habenden Gerichts- und sonstigen Taxen, so wie von den Stempelgebühren frei gelassen werden, auch bei ihrer Versendung durch die Postanstalt sowohl bei reitender, als auch fahrender Post portofrei zu befördern, wenn dieselben von der absendenden Gerichtsbehörde auf der Adresse als „Armensache“ deklariert, und überdiess gleich anderen dienstlichen Sendungen nach Vorschrift ausgefertigt sind.
- 2) Werden Akten in Armensachen von Aemtern oder Gerichten an Advokaten abgeschickt, welche die Parthei unentgeltlich zu vertreten haben, so sind diese unter der oben bemerkten Ausfertigung bei der Briefpost portofrei zu befördern; werden dagegen solche Sendungen durch die Fahrpost bewerkstelligt, und tritt sonach der Fall ein, dass eine kgl. Behörde eine Sendung unter Privatadresse zu machen hat, so muss das Porto sogleich bei der Aufgabe bezahlt werden.
- 3) Aufgaben der Advokaten in Armensachen, in welchen sie den Rechtsbeistand unentgeltlich zu leisten haben, sind bei reitender und fahrender Post portofrei zu befördern, wenn die Sendung an eine Gerichtsbehörde gerichtet und die Eigenschaft als Armensache von einer Polizei- oder andern amtlichen Behörde bezeugt ist.
- 4) Sendungen von Advokaten an Advokaten sind unter der vorbemerkten amtlichen Bestätigung nur bei der Briefpost portofrei abzulassen, bei Versendung mit der Fahrpost dagegen gleich anderen dienstlichen Sendungen unter Privatadresse mit dem treffenden Porto zu belegen.
- 5) Für Versendungen von Kapitalien (im geringsten Betrage von 100 fl. = 180 *fl.*) ist die portofreie Beförderung durch die Bezeichnung „Armensache“ nicht gerechtfertigt. Die portofreie Ablieferung kleinerer Beträge dagegen unterliegt keinem Anstande, wenn dieselben nach Vorschrift ausgefertigt und von einer Behörde an eine andere gerichtet sind.
- 6) Vorstehende Bestimmungen gelten übrigens nur für die von den Gerichtsbehörden zu behandelnden Armensachen, und finden auf Versendungen von Armen- und Wohlthätigkeitsanstalten, insoferne diese nicht aus Staatsmitteln dotirt oder durch spezielle Bewilligungen zum Genusse der Portofreiheit zugelassen sind, keine Anwendung. Kommen daher von solchen Anstalten Aufgaben mit der Bezeichnung „Armensache“ vor, so ist für dieselben auch, wenn ihre Eigenschaft als Armensache durch eine amtliche Behörde bestätigt sein sollte, das treffende Porto zu berechnen und für den Fall, dass dieselben an kgl. Stellen oder Behörden gerichtet sind, gleichwie von anderen Privat-Aufgaben sogleich bei der Aufgabe zu erheben.

*) Unter „Gerichten“ sind hier nurmehr die Verwaltungsbehörden und der Verwaltungsgerichtshof zu verstehen.

Siehe allg. Ausschreiben: Postportofreiheit in Armensachen betr. vom 5. November 1879 Nr. 14286.

Zur Vermeidung der im Betreff der Postportofreiheit in Armensachen häufig vorkommenden Reklamationen wird erwartet, dass sich die kgl. Postanstalten genau nach vorstehenden Bestimmungen achten.

München, den 16. Mai 1845.

General-Administration der königlichen Posten.

Nr. 855.

(Die Postportofreiheit in Armensachen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Es ist darüber Zweifel entstanden, ob die in Ziff. 4 der allgemeinen Ausschreibung vom 16. Mai 1845 Nr. 4030 enthaltene Bestimmung bezüglich der portobefreiten Versendung der Aufgaben von Advokaten in Armensachen auf alle Versendungen unter Privatadresse Anwendung zu finden haben oder lediglich auf die darin namentlich bezeichneten Sendungen an Advokaten zu beschränken sei.

Demzufolge wird sämtlichen Postanstalten hiedurch zur Darnachachtung eröffnet, dass Sendungen von Advokaten unter Privatadresse ohne Unterschied, ob dieselben an einen Advokaten oder an einen anderen Privaten gerichtet sind, bei ihrer Beförderung mit der Briefpost portofrei zu belassen sind, wenn ihre Eigenschaft als Armen-Sache nach Vorschrift auf der Adresse durch eine Gerichts- oder Polizei-Behörde bestätigt ist.

München, den 26. Jänner 1846.

General-Administration der königlichen Posten.

Nr. 4245.

(Die Postportofreiheit in Amtssachen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nach Massgabe der allgemeinen Ausschreibung vom 16. Mai 1845 Nr. 4030 Abs. 3 und 4 muss bei den Aufgaben der Advokaten in Armensachen die Eigenschaft der Sendung als Armensache von einer Polizei oder anderen amtlichen Behörde bezeugt sein.

Bisher geschahen solche Bestättigungen grösstentheils dadurch, dass entweder auf der Adresse der als Armensache bezeichneten Sendung von der bestättigenden Behörde nur das Dienstsiegel mit oder ohne Unterschrift des Amtsvorstandes beigefügt, oder auch die Sendung selbst lediglich mit demselben Dienstsiegel verschlossen wurde.

Da jedoch weder das eine noch das andere Verfahren als genügend erachtet werden konnte, zumalen sich die Advokaten auf der Adresse als Absender nicht zu benennen pflegten, so ist durch höchstes Justizministerial-Rescript vom 21. April l. Js. an sämtliche kgl. Appellationsgerichte diesseits des Rheines der Auftrag erlassen worden:

- 1) die kgl. Advokaten anzuweisen, bei Versendungen in Armensachen nach Analogie der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 § 2 Ziff. 2 der Bezeichnung „Armensache“ jedesmal auch ihre Namensunterschrift beizufügen, resp. wie durch die angezogene allerhöchste Verordnung für die kgl. Behörden vorgeschrieben ist, sich auf der Adresse solcher Sendungen als Absender zu benennen, und
- 2) die Gerichte zu beauftragen, die Bestätigung des Absenders und der Bezeichnung „Armensache“ nicht bloss durch die Beifügung des Dienstsiegels,

sondern durch die vollständige amtliche Fertigung auf der Adresse zu bewerkstelligen.

Die kgl. Postanstalten erhalten hievon mit dem Auftrage Kenntniss, den genauen Vollzug dieser Anordnung zu überwachen, und alle von Advokaten in Armensachen vorkommenden Sendungen, bei welchen das eine oder andere der obigen beiden Erfordernisse mangelt oder demselben nicht vollständig genügt ist, sofort bei der Aufgabe zur vorschriftsgemässen Ergänzung zurückzugeben

München, den 7. Mai 1846.

General-Administration der königlichen Posten.

Nr. 179 und 273.

(Die Postportofreiheit in Armensachen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Es ist die Wahrnehmung gemacht worden, dass Private häufig Sendungen an kgl. Behörden und Advokaten auf der Adresse als Armensache bezeichnen, und diese Bezeichnung von einer kgl. Gerichts- oder Polizeibehörde bestätigen lassen.

Da jedoch nach den über die Portofreiheit in Armensachen bestehenden, durch die allgemeinen Ausschreibungen vom 16. Mai 1845 Nr. 4030, sodann vom 26. Jänner und 7. März 1846 Nr. 855 und 4245 bekannt gegebenen und resp. erneuerten Verordnungen die Befugniss zur Bezeichnung „Armensache“ ausser den kgl. Behörden lediglich den Advokaten und auch diesen nur bezüglich der Versendungen in solchen Streitsachen zusteht, in welchen dieselben den Rechtsbeistand unentgeltlich zu leisten haben, so liegt in der Anwendung dieser Bezeichnung auf Versendungen von Privaten eine Ausdehnung der angezogenen Verordnungen, welcher von Seite der Postanstalten ohne vorgängige höhere Ermächtigung nicht stattgegeben werden darf.

Sämmtliche Expeditionen des Königreiches werden daher hiedurch angewiesen, sich nach den angezogenen Vorschriften pünktlichst zu achten und demnach alle mit „Armensache“ bezeichneten Sendungen, bei welchen auf der Adresse weder eine Behörde noch ein Advokat als Absender angegeben und daher anzunehmen ist, dass solche von Privaten herrühren, ohne Unterschied, ob die Bezeichnung „Armensache“ amtlich bestätigt ist oder nicht, jederzeit mit dem treffenden Porto zu belegen, und wenn sie an kgl. Behörden gerichtet sein sollten, nicht anders als franko zur Beförderung zu übernehmen.

München, den 8. April 1847.

General-Administration der königlichen Posten.

Nr. 14286.

(Die Postportofreiheit in Armensachen betr.)

Die kgl. Allerhöchste Verordnung vom 20. September lfd. Js., die Ausführung des Reichs-Gerichtskostengesetzes und des Gesetzes über das Gebührenwesen betreffend, enthält in § 10 die Bestimmungen über die Taxebehandlung der in Armensachen vorkommenden Postsendungen, welche Bestimmungen den kgl. Postanstalten nachstehend zur Darnachachtung besonders bekannt gegeben werden.

„Die auf dem Gebiete der streitigen Rechtspflege in Armensachen vorkommenden Postsendungen unterliegen der Portopflicht.

Auf dem Gebiete der nichtstreitigen Rechtspflege, der Verwaltung und Verwaltungsrechtspflege sind die in Armensachen von öffentlichen Behörden ausgehenden

Postsendungen im internen Verkehre auch fernerhin als Dienstsachen portofrei zu behandeln, vorbehaltlich jedoch der nachträglichen Erhebung und Verrechnung des Portos im Falle der Verurtheilung einer zahlungsfähigen Gegenpartei in die Kosten.

Dessgleichen ist der durch die Erhebung und Verrechnung der Gebühren veranlasste interne Verkehr der Behörden unter sich einschliesslich der Geldsendungen zwischen denselben als Dienstsache zu behandeln und daher portofrei.

Auch sind die dem Mahnverfahren vorhergehenden Mittheilungen der Gebührenschuldigkeit seitens der Organe des Staates an die Parteien im internen Verkehre der Portopflicht nicht unterworfen.“

Hienach ist die Portofreiheit in Armensachen für Postsendungen aus der streitigen Rechtspflege aufgehoben und ist im Vollzuge dieser Bestimmungen den Gerichtsvollziehern durch §. 20 Abs. 2*) der Dienstvorschriften zur Pflicht gemacht, für Sendungen in Armensachen dieser Art, vorbehaltlich der noch nach der bayer. Prozessordnung zu erledigenden Sachen, den Portobetrag vorschussweise auszulegen. Dagegen besteht die Portofreiheit für Postsendungen aus der nicht streitigen Rechtspflege, der Verwaltung und Verwaltungsrechtspflege in Armensachen noch fort, insoweit eine solche bis jetzt bestanden hat.

München, den 5. November 1879.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 15,482.

(Postportofreiheit in Armen- und Amtssachen betr.)

Aus Anlass einer Anfrage über den Vollzug der durch Ausschreiben vom 5. November l. J. bekannt gegebenen Bestimmungen des § 10 der k. Allerh. Verordnung vom 20. September 1879, die Ausführung des Reichs-Gerichtskostengesetzes und des Gesetzes über das Gebührenwesen betreffend, wird in Hinsicht auf die portofreie Behandlung erläuternd bemerkt, dass die Bestimmungen im 3. und 4. Absatz des §. 10 dieser Verordnung sich nicht allein auf den Verkehr der Behörden und Organe des Staates unter sich und mit den Parteien in Armensachen beschränken, sondern allgemein den internen Verkehr dieser Behörden und Staatsorgane betreffen, welcher durch die Erhebung und Verrechnung der Gebühren und durch die Mittheilung der Gebührenschuldigkeit an die Parteien entsteht, welcher letzterm Correspondenzverkehr demnach gleichfalls Postportofreiheit eingeräumt ist.

München, den 11. December 1879.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

*) Dienstesvorschriften für die Gerichtsvollzieher. (Justizministerialbl. Stk. XXIX v. 30. Sept. 1879.)

§ 20.

(Absatz 2.) Für Sendungen in Armensachen findet in den zur streitigen Gerichtsbarkeit gehörenden Angelegenheiten, vorbehaltlich der noch nach der bayerischen Prozessordnung zu erledigenden Sachen, Postportofreiheit nicht statt. Der Gerichtsvollzieher ist verpflichtet, den Portobetrag vorschussweise auszulegen. Bezüglich des Ersatzes finden § 21 der RGO. und die §§ 1. 15 der GO. Anwendung.

Arrondirungssachen.

Siehe Bezirksgeometer.

Assistenzärzte.

Siehe Militärangelegenheiten.

Aufschlag-Einnehmereien. — Aufschlagstationen.

Nr. 4184.

(Die Postportofreiheit der kgl. Aufschlags-Stationen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Zur allgemeinen Darnachachtung wird hiemit bekannt gemacht, dass die dienstliche Correspondenz der kgl. Aufschlags-Stationen mit den unmittelbaren kgl. Gerichts- und Administrativbehörden ihres Distriktes ebenso wie jene mit den ihnen vorgesetzten Oberbehörden unbeanstandet portofrei abzulassen ist, insoferne dabei der Anspruch auf Portofreiheit nach den Bestimmungen der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 § 2 und 11 gerechtfertigt erscheint.

München, den 11. April 1851.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 15,971a.

(Die Portofreiheit des dienstlichen Verkehrs zwischen den Aufschlag-Einnehmereien und Gemeindebehörden in Hundesteuer-Angelegenheiten betr.)

Nachdem durch die Allerhöchste Verordnung vom 17. Juni l. Js., die Erhebung einer Gebühr für das Halten von Hunden betr., die Verwaltung des Ertrages dieser Steuer den Behörden und Organen der vereinigten Zoll- und Aufschlagverwaltung übertragen worden ist, wird den k. Postanstalten in Gemässheit höchster Ministerialentschliessung vom 4. ds. bekannt gegeben, dass die in Hundengebührenangelegenheiten zwischen den Aufschlag-Einnehmereien und den Gemeindebehörden stattfindenden Correspondenzen, sowie die Formularpapiere und Aktensendungen, ferner die von den Gemeindebehörden an die Aufschlageinnehmereien abzuliefernden Anthteile des Staates an dem Ertrag der Hundesteuer portofrei zu behandeln sind. Die bezüglichlichen Correspondenzen und Sendungen haben jedoch neben den in der Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 „die Portofreiheit in Amtssachen betr.“ vorgeschriebenen Merkmalen auf der Adresse den Beisatz „Hundengebühren-Angelegenheiten“ zu tragen. Geldsendungen mit Strafantheilen für die Armenpflegen sind portopflichtig.

Die k. Postanstalten haben sich hienach genau zu achten.

München, den 14. Oktober 1876.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten
Post-Abtheilung.

Nr. 16,683

(Die Correspondenz zwischen den Aufschlageinnehmereien betr.)

In Gemässheit höchster Ministerialentschliessung vom 18. ds. wird auf Grund allerhöchster Ermächtigung die Bestimmung in § 4 Ziff. 2 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829, die Portofreiheit in Amtssachen betreffend, bezüglich der Versendung der Correspondenz der Aufschlageinnehmereien unter sich mit Kreuzband aufgehoben, und dagegen angeordnet, dass diese Cor-

respondenz, insoferne sie mit den in § 2 der angeführten allerhöchsten Verordnung zur Begründung der Portofreiheit vorgeschriebenen Merkmalen versehen ist, portofrei befördert werde.

Die kgl. Postanstalten werden hievon behufs Darnachachtung in vorkommenden Fällen in Kenntniss gesetzt.

München, den 26. Oktober 1876.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 826.

(Portofreiheit der Correspondenz der Aufschlag-Einnehmer betr.)

Gemäss Entschliessung des k. Staatsministeriums des k. Hauses und des Aeussern vom 13. d. Mts. sind die Eröffnungen, welche quartaliter Seitens der Aufschlageinnehmereien an die Aufschlagpflichtigen über die Höhe der Aufschlagschuldigkeit und den Zeitpunkt der Zahlung gerichtet werden, portofrei zu versenden.

München, den 19. Januar 1879.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 852.

(Portofreiheit zwischen den Aufschlageinnehmereien und Gemeindebehörden in Hundesteuer-Angelegenheiten betr.)

Auf den Anfragebericht vom 16. d. Mts. im bezeichneten Betreff wird eröffnet, dass die Versendung der Hundezeichen, gleichviel von wem sie ausgeht und an wen sie erfolgt portopflichtig ist, nachdem für Effektensendungen eine Portofreiheit nur in Criminal-Sachen besteht.

München, den 21. Januar 1880.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 1535.

(Portofreiheit im Verkehr zwischen den Aufschlag-Einnehmereien, in specie die Versendung von Hundezeichen betr.)

Dem k. Oberpostamte wird Abschrift einer von der k. General-Direktion der Zölle und indirekten Steuern unterm 24. v. Mts. an die k. Hauptzollämter erlassenen Verfügung zur Kenntnissnahme und Verständigung der Post-Anstalten zugefertigt.

München, den 12. Februar 1881.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Abtheilung für Post und Telegraphen.

Nr. 1287.

(Portofreiheit im Verkehr zwischen den Aufschlag-Einnehmereien und den Gemeindebehörden betr.)

Wie durch allgemeines Ausschreiben vom 18. Oktober 1876 Nr. 16839 — Amtsbl. pro 1876 S. 411 — bekannt gegeben, sind nur die in Hundegebühren-Angelegenheiten

zwischen den Aufschlageinnehmereien und Gemeindebehörden stattfindenden Correspondenzen, die Formularpapiere und Aktensendungen, ferner die von den Gemeindebehörden an die Aufschlageinnehmereien abzuliefernden Antheile des Staates an dem Ertrage der Hundesteuer portofrei zu behandeln, während nach dem Wortlaute dieser Bekanntmachung und der die Portofreiheit auf den fahrenden Posten nur auf Akten und die denselben gleich zu achtenden Gegenstände, sowie auf Gelder beschränkenden Bestimmung in § 11 der Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 eine gleiche Portofreiheit für die Versendung von Hundezeichen nicht besteht.

Nach Mittheilung der General-Direktion der k. b. Verkehrs-Anstalten vom 15. ds. Mts. wird nun die Portobewerthung der zu versendenden Hundezeichen von einigen Aufschlageinnehmereien dadurch zu umgehen gesucht, dass diese Hundezeichen den Correspondenzen an die Gemeindebehörden beigelegt und als Briefpostgegenstände bis zu dem für amtliche Correspondenzen zulässigen Gewichte zur Postaufgabe gebracht werden, wie auch weiters nicht selten unterlassen wird, den angeordneten Vermerk „Hundegebühren-Angelegenheit“ auf den Adressen der Correspondenzen und Fahrpostsendungen anzubringen.

Sie werden hiemit angewiesen, die Ihnen unterstellten Aufschlageinnehmereien auf die Unzulässigkeit der Beipackung der Hundezeichen zu den Correspondenzen, Formularpapier- und Akten-Sendungen an die Gemeindebehörden, sowie auf die Portopflichtigkeit der zu versendenden Hundezeichen alsbald nachdrücklichst aufmerksam zu machen, und dieselben weiters auch zur Anbringung des vorerwähnten Vermerkes unter Hinweis auf das eingangs alleg. allgemeine diessseitige Ausschreiben zu verhalten.

München, den 24. Januar 1881.

Königliche General-Direktion der Zölle und indirekten Steuern.
An die k. Hauptzollämter ergangen.

Bade-Commissariate.

Auszug aus der Entschl. d. M. d. I. Nr. 28,411 d.d. 21./12. 1837.

(Portofreiheit der amtlichen Correspondenz des Bade-Commissairs in Kissingen.)

Da der Bade-Commissair in Kissingen ein exponirter kgl. Beamter ist, so muss demselben auch von seinen Correspondenzen mit der ihm vorgesetzten kgl. Regierung die Postportofreiheit zugestanden werden.

Die von den Bade-Commissariaten zur Aufgabe gelangenden an Behörden adressirten Curlisten sind portofrei zu belassen, jene dagegen unter Privatadresse portopflichtig.

Vorstehende Verfügung findet gleichmässige Anwendung bei der Correspondenz des Bade-Commissariates in Reichenhall.

Bader.

Siehe Aerzte.

Bahnärzte.

Nr. 4060.

(Postportofreiheit der Bahnärzte betr.)

Mit der Erwerbung der Ostbahnen für den Staat ist auch das in deren Bereich bestehende Institut der Bahnärzte auf die Staatsbahn übergegangen.

Da in Folge dessen die Bahnärzte nunmehr aus den Bahngefällen, also aus der Staatskasse honorirt werden, so hat ihre dienstliche Correspondenz mit den Bahnbehörden den Charakter einer portofreien Staatsdienstsache im Sinne der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 über die Portofreiheit in Amtssachen.

In Folge dessen ist die dienstliche Correspondenz zwischen den Bahnärzten und der Bahnbehörde portofrei zu behandeln.

Dieselbe wird auf der Adresse mit der Bezeichnung R. S. und dem Betreff „Bahnärztlicher Dienst“ und insoferne sie von den Bahnärzten ausgeht, mit der Aufschrift „Der Bahnarzt in N. an (die Bahnbehörde)“ mit dem Beisatze „In Ermanglung eines Dienstsiegels“ versehen sein.

München, den 17. März 1876.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 1416 a.

(Die Portofreiheit der Bahnärzte betr.)

Mit Allerhöchster Genehmigung ist das Institut der Bahnärzte nunmehr auf sämtliche Staatsbahnen ausgedehnt und als Oberarzt der praktische Arzt Dr. Lippl in München aufgestellt worden.

Unter Bezugnahme auf die Ausschreibung im Verordnungsblatt Nr. 38 vom 17. März v. Js. werden die k. Postanstalten angewiesen, die dienstliche Correspondenz des Oberarztes und der Bahnärzte unter sich und mit den Bahnbehörden portofrei zu belassen.

Die Correspondenz wird auf der Adresse mit der Bezeichnung R. S. und dem Betreff „bahnärztlicher Dienst“, und insoferne sie von den Aerzten ausgeht, mit der Aufschrift

„der Bahnarzt zu“
an den k. Ingenieur,
Bahnmeister,
Maschinenmeister etc.
in“

„der Oberarzt
an den Bahnarzt in“

und ausserdem auf der Rückseite mit dem Beisatz „In Ermanglung eines Amtssiegels“ versehen sein.

München, den 29. Januar 1877.

General-Direktion der königlichen Verkehrsanstalten.
Post-Abtheilung.

Bahngeometer.

Nr. 2911.

(Postportofreiheit in Dienstsachen betr.)

Nachdem sich über die portofreie Behandlung der Dienstsendungen der exponirten Bahngeometer Anstände ergeben haben, wird hiemit eröffnet, dass die genannten Beamten sowohl mit den k. Eisenbahnbausektionen als auch mit andern k. Behörden in amtlichen Verkehr zu treten haben.

Es ist daher die portofreie Beförderung der dienstlichen Sendungen, welche von den Bahngeometern aufgegeben oder an dieselben gerichtet werden, wenn sie den einschlägigen Bestimmungen der kgl. Allerhöchsten Verordnung über die Postportofreiheit vom 23. Juni 1829 entsprechen, nicht zu beanstanden; die Sendungen der exponirten Eisenbahngeometer unter sich dagegen sind als portopflichtig zu behandeln.

Zur Vermeidung weiterer Anstände hat die Bauabtheilung die nachstehende Verfügung erlassen.

München, den 26. Februar 1881.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Abtheilung für Post und Telegraphen.

Nr. 20565.

(Postportofreiheit in Amtssachen betr.)

Nach Mittheilung der Abtheilung für Post und Telegraphen haben sich bezüglich des dienstlichen Verkehrs eines exponirten Eisenbahngeometers sowohl mit der Eisenbahnbausektion, welcher derselbe zugetheilt ist, als mit anderen Eisenbahnbausektionen sowie mit anderen k. Behörden Seitens der Postanstalten Beanstandungen auf Grund der in der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 enthaltenen Bestimmungen über die Postportofreiheit in Amtssachen ergeben.

Zur Vermeidung derartiger Vorkommnisse für die Folge wird hiemit zur genauen Darnachachtung angeordnet, dass bei dienstlichen Fahrpostsendungen von Eisenbahnbausektionen an die Eisenbahngeometer die Beifügung des Familien-Namens auf den Adressen zu unterlassen, dagegen die Bezeichnung „R. S.“ beizusetzen ist, sowie dass bei dienstlichen Sendungen von Geometern an Eisenbahnbausektionen oder andern k. Behörden unter Bezeichnung der Sektion, welcher derselbe zugetheilt ist, jedoch unter Weglassung des Familien-Namens die Beisetzung der Bezeichnung „R. S.“ zu bethätigen ist.

München, den 7. Februar 1881.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Bau-Abtheilung.

Bahnmeister.

Nr. 5177.

(Portofreiheit der Bahnmeister betr.)

Aus Anlass einer Reklamation über die portopflichtige Behandlung des Schreibens eines Bahnmeisters an einen Wechselwärter seines Bezirkes wird eröffnet, dass der Correspondenz der Bahnmeister weder unter sich, noch an Untergebene oder an Privatpersonen eine Portofreiheit zukommt, auch von der Betriebsabtheilung aus dienstlichen Rücksichten nicht beansprucht wird.

München, den 5. Mai 1879.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Bank, kgl., in Nürnberg.

Siehe auch Depositen.

Nr. 6837.

(Die Postportofreiheit der kgl. Bank zu Nürnberg betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nach höchster Entschliessung des kgl. Staatsministeriums für Handel und öffentliche Arbeiten vom 27. v. Mts. ist die kgl. Bank zu Nürnberg als Staatsanstalt zu betrachten, und somit den zu deren Verwaltung aufgestellten Bankbehörden für ihre dienstlichen Correspondenzen und Sendungen die Postportofreiheit nach der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 in jener Weise zuzugestehen, wie solche hienach den kgl. Stellen und Behörden überhaupt zukommt.

Hievon erhalten sämtliche Postanstalten des Königreiches zur Darnachachtung mit dem Beifügen Kenntniss, dass zu den zur Verwaltung der kgl. Bank in Nürnberg gehörigen Behörden zur Zeit nur

- a) das kgl. Bank-Commissariat und das kgl. Bank-Bureau zu Nürnberg und
 - b) die kgl. Filialbank-Comptoirs in Ansbach, Bamberg und Würzburg
- zu zählen sind.

München, den 3. Mai 1850.

General-Verwaltung der königlichen Posten und Eisenbahnen.
Nr. 15399.

(Die Eröffnung der k. Filialbanken in München und Augsburg, hier Portofreiheit betr.)

Nach der Bekanntmachung in Nr. 47 des Gesetz- und Verordnungsblattes vom 12. vor. Mts. ist die Verwaltung der gerichtlichen und administrativen Depositen in Oberbayern und in Schwaben und Neuburg, welche bisher bei dem Mangel k. Filialbanken in diesen Kreisen der Hypotheken- und Wechselbank in München und deren Filialen in Augsburg, Kempten und Lindau übertragen war, nunmehr auf die seit dem 1. d. Mts. eröffneten k. Filialbanken in München und Augsburg übergegangen.

In Folge dessen ist die der Hypotheken- und Wechselbank und ihren genannten Filialen durch die Ausschreibung im Verordnungsblatt Nr. 5 vom 1. Februar 1851 bezüglich der Verwaltung der Depositen eingeräumte Portofreiheit nunmehr erloschen.

Die k. Postanstalten werden hievon mit dem Bemerken in Kenntniss gesetzt, dass den neuerrichteten k. Filialbanken in München und Augsburg für ihren dienstlichen Verkehr gleich den bisher in den übrigen Kreisen bereits bestehenden die Portofreiheit nach allerhöchster Verordnung vom 23. Juni 1829 wie den k. Stellen und Behörden überhaupt zukommt.

München, den 30. Oktober 1875.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Königl. allerhöchste Verordnung v. 13. Decbr. 1878. (Regierungsbl. pag. 489.)

(Die Formation und den Wirkungskreis der kgl. bayer. Bank betr.)

§ 27. In ihren streitigen und nicht streitigen Rechtsangelegenheiten genießt die kgl. Bank dieselbe Tax-, Stempel- und Portofreiheit wie das kgl. Aerar.

Kgl. Filialbanken bestehen in Amberg, Ansbach, Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Hof, Ludwigshafen, München, Passau, Schweinfurt, Straubing, Würzburg.

Bank, kgl. priv. Hypotheken- und Wechsel-, in München, genießt keine Postportofreiheit.

Barmherzige Schwestern.

Auszug. — Nr. 10,312. M. E. d.d. 1. Mai 1836.

(Postwagen- und Briefportofreiheit der barmherzigen Schwestern betr.)

Die kgl. Regierung des Isarkreises, Kammer des Innern, hat dem Ordens-Superior der barmherzigen Schwestern auf die Vorstellung um Bewilligung der Postwagen- und Briefportofreiheit für die Institute der barmherzigen Schwestern zu eröffnen, dass Seine Königliche Majestät dieses Gesuch zu gewähren nicht geruht haben.

Baubehörden, Baupläne.

Nr. 9405.

(Die Postportofreiheit der kgl. Baubehörden betr.)

Zu künftiger Vermeidung von Anständen, welche sich in Ansehung der Portofreiheit der kgl. Baubehörden ergeben haben, sieht man sich veranlasst, die

dessfalls bestehenden Bestimmungen hiedurch in Nachstehendem in Erinnerung zu bringen.

- 1) Die kgl. Bauämter haben als unmittelbare kgl. Behörden nach § 1 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 auf den Brief-Posten nicht allein für ihren dienstlichen Verkehr mit anderen unmittelbaren oder mittelbaren kgl. Civil- und Militärbehörden, sondern auch für alle in Staatsdienstangelegenheiten zu erlassenden Expeditionen an exponirte Beamte, Werk- oder Wegmeister, Wegmacher, Maurer oder sonstige Baugewerbsleute und Private die Portofreiheit anzusprechen, wenn die Versendungen nach Vorschrift des § 2 der eben allegirten allerhöchsten Verordnung als Regierungssache äusserlich erkennbar, d. h. mit dem Amts- oder Dienstsiegel geschlossen, und auf der Adresse mit der Benennung der absendenden Behörde, mit der laufenden Geschäftsnummer derselben und mit der Bezeichnung „R. S.“ versehen sind.

Auf den Fahr-Posten beschränkt sich deren Portofreiheit unter der nämlichen Voraussetzung nur auf den Verkehr mit Behörden und auch hier nur insoweit, als dieser in Versendung von Geldern und Akten oder diesen gleich zu achtenden Rechnungen, Tabellen, Plänen, Karten etc. besteht.

Versendungen anderer Gegenstände, z. B. Messinstrumente etc., unterliegen jedesmal der treffenden Taxe.

Ebenso ist für alle von den kgl. Bauämtern unter der persönlichen oder Privatadresse der exponirten Beamten, Werk- oder Wegmeister etc. vorkommende Fahrpostsendungen ohne Ausnahme das Porto in Aufrechnung zu bringen, dagegen sind die Aufschriften „an das kgl. Bauamt die Werk- oder Wegmeisterei“ als amtliche zu respektiren.

- 2) Die allenfalls im äussern Dienste verwendeten Baubeamten etc. etc. haben sich in Ansehung ihrer portofrei zu versendenden berichtlichen Vorlagen an die vorgesetzte Behörde, so wie in Ansehung ihrer etwaigen dienstlichen Correspondenzen und Fahrpostsendungen an die kgl. Amtsgerichte, Landgerichte, Rentämter, Distrikts-Polizeibehörden, Werk- und Wegmeister etc. nach den allgemeinen Vorschriften zu achten, und ist in Ermangelung eines Dienstsiegels die von denselben auf der Adresse beizusetzende Bemerkung „in Ermangelung eines Dienstsiegels von dem kgl. Bauingenieur N. N.“ zu beachten.
- 3) Die Werk- und Wegmeister, wie auch die Wegmacher haben für ihre dienstlichen Correspondenzen und Sendungen von Dienstpapieren sowohl an die kgl. Bauämter, als auch unter sich die Portofreiheit mittels der Briefpost anzusprechen.
- 4) Die Baugewerbsleute und sonstige Private, welche zwar nach Absatz 1 die Erlasse der Bauämter in Staatsdienstsachen mit den Brief-Posten portofrei erhalten können, haben gleichwohl ihre Vorlagen an die Bauämter bei der Brief- wie bei der Fahr-Post sogleich bei der Aufgabe zu frankiren.

Dieselben Bestimmungen haben auch bei den Correspondenzen und Sendungen der kgl. General-Direktion Bauabtheilung und der denselben untergeordneten Sektionen in analoge Anwendung zu kommen*).

München, den 8. Dezember 1844.

General-Administration der königlichen Posten.

*) Conf. Kgl. Allerh. Verordnung d.d. 13. Nov. 1857 die Reorganisation des öffentl. Bauwesens betr.

Nr. 16904.

(Portofreiheit in Amtssachen betr.)

Auf Grund einer Mittheilung der General-Direktion der k. b. Verkehrs-Anstalten, Abth. f. Post und Telegr., vom 30. April l. Js. wird eröffnet, dass Postsendungen zwischen den k. Bezirksamtern oder exp. k. Bezirksamtsassessoren und den zur Revision von Bauplänen aufgestellten Technikern die Portofreiheit nicht geniessen können, indem diese Art von Sendungen unter keine der in der Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 „die Portofreiheit in Amtssachen“ betr. aufgezählten Arten von Correspondenzen klassificirt werden können.

Ebensowenig kann die in der Entschliessung des k. Staatsministeriums der Finanzen vom 27. Nov. 1829 für solche Beamte, welche nicht mit Amts- oder Dienstsiegeln versehen sind, gewährte Befugniss ihren Dienstschriften in Regierungssachen zur Wahrung der Portofreiheit die Bemerkung: „In Ermangelung eines Dienstsiegels“ beizusetzen, auf die zur Revision der Baupläne aufgestellten Techniker ausgedehnt werden, indem dieselben unter keine der in § 4 der obenallegirten Allerhöchsten Verordnung aufgeführten Categorien subsummirt werden können.

Vielmehr sind nach § 99 Abs. 1 der allg. Bauordnung vom 30. August 1877 die auf Revision der Baupläne erwachsenden Portoauslagen von demjenigen zu tragen, dem die Vorlage der Pläne obliegt.

München, den 4. Juli 1881.

Baugewerkschule in Nürnberg.

Nr. 14244.

(Portofreiheit für die Baugewerkschule in Nürnberg betr.)

Mittels höchster Entschliessung vom 28. v. Mts. hat das k. Staatsministerium des Handels und der öffentl. Arbeiten genehmigt, dass die dienstl. Correspondenz und die dienstl. Aktensendungen der Baugewerkschule in Nürnberg mit der vorgesetzten Aufsichtsbehörde und andern unmittelbaren und mittelbaren Behörden portofrei befördert werden, wenn die bezügl. Sendungen durch die nach § 2 der allerh. Verordnung vom 23. Juni 1829, die Portofreiheit in Amtssachen betr. erforderlichen Merkmale als portofreie Dienstsache erkennbar und ausserdem mit einer kurzen Bezeichnung des Betreffes auf der Adresse versehen sind.

Hienach haben sich sämtliche Postanstalten zu achten.

München, den 6. Dezember 1870.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 6333.

(Portofreiheit betr.)

Auf den Bericht in bez. Betr. wird eröffnet, dass nachdem gemäss Ministerial-Rescript vom 28. Nov. 1870 (V.-Bl. 1870 Nr. 112) die dienstliche Correspondenz und die dienstlichen Aktensendungen der Baugewerkschule in Nürnberg mit der vorgesetzten Aufsichtsbehörde und anderen unmittelbaren und mittelbaren Behörden portofrei zu befördern sind, und dieselben Beweggründe für eine gleiche Behandlung desselben Verkehrs zwischen den Rectoraten und Subrektoraten bestehen, auch die dienstlichen Correspondenzen und Aktensendungen zwischen diesen Behörden portofrei zu behandeln sind, wenn dieselben neben den

erforderlichen Merkmalen einer portofreien Dienstsache noch mit einer kurzen Bezeichnung des Betreffs auf der Adresse versehen sind.

München, den 22. Mai 1878.

General-Direktion der königlichen Verkehrsanstalten.
Post-Abtheilung.

Baupläne.

Siehe Baubehörden.

Beamte, exponirte. Vide § 4 Ziffer 1 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829.

Bekleidungsgegenstände.

Siehe Portofreiheitsgesetz, Instruction § VIII.

Benediktiner-Orden, der, genießt keine Postportofreiheit.

Bezirksärzte.

Siehe Aerzte.

Bezirks-Geometer.

Siehe auch Vorschussgelder für ärarialische Vermessungen.

Nr. 4467.

(Postportofreiheit für die dienstlichen Correspondenzen der k. Bezirksgeometer betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nach höchstem Ministerialrescripte vom 8. d. Mts. ist für den unmittelbaren dienstlichen Verkehr der Bezirksgeometer mit den k. Behörden die amtliche Postportofreiheit unter der Voraussetzung gewährt worden, dass die Vorschriften der §§ 2 und 16, dann 3 und 18 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 über die Postportofreiheit in Amtssachen genau eingehalten werden, und ist dessfalls den Bezirksgeometern die Führung eines Dienstsiegels gestattet worden.

Bezüglich des allenfallsigen unmittelbaren Verkehrs der Bezirksgeometer mit Privaten, Magistraten und herrschaftlichen Behörden in reinen Staatsdienstsachen bleibt hingegen die Postportofreiheit ausgeschlossen und den Bezirksgeometern überlassen, sich hiebei wie bisher der Vermittlung der kgl. Rentämter zu bedienen.

München, den 14. Februar 1864.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 10595.

(Portofreiheit der Bezirks-Geometer betr.)

St.-M. d. Finanzen.

Auf den Bericht vom 4. Mai lfd. Js. wird erwidert, dass das k. Staatsministerium des k. Hauses und des Aeussern, mit welchem hiewegen in's Benehmen getreten wurde, dem Antrage der k. Regierung, K. d. F., auf Gewährung der Portofreiheit für die in Staatsdienstsachen stattfindenden Sendungen der Bezirksgeometer unter sich nicht stattgeben zu können erklärte, da, abgesehen von anderen Erwägungen, ein solches Zugeständniss eine Ausdehnung der Bestimmungen des § 1 der Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829, die Portofreiheit in Amtssachen betreffend in sich schliessen würde, wegen des unzweifelhaft exceptionellen Charakters der erwähnten Allerhöchsten Verordnung aber jede Abweichung von den daselbst enthaltenen Vorschriften in der Ausführung umsomehr zu ver-

meiden sei, als sich hieraus nothwendig weiter gehende Consequenzen ergeben würden. Da ferner den Bedürfnissen des dienstlichen Verkehrs der Bezirksgeometer durch die denselben gegenüber den Rentämtern ihres Bezirkes bereits gewährte Portofreiheit genügend Rechnung getragen sei.

Auch der eventuelle Antrag der k. Regierung, K. d. F., eignet sich nicht zur Berücksichtigung, da die Bezirksgeometer, wenn sie Portofreiheit beanspruchen wollen, sich der Vermittlung der k. Rentämter bedienen können, und da überdiess die Fälle, in welchen in eigentlichen Staatsdienstsachen die Bezirksgeometer unter sich in Verkehr zu treten haben — in den meisten Fällen wird es sich um Partheisachen handeln — nicht häufig vorkommen werden, sohin von einer nennenswerthen Belastung der Rentämter nicht die Rede sein kann.

München, den 28. August 1880.

Nr. 566.

(Portofreiheit der Bezirks-Geometer betr.)

Dem kgl. Oberpostamte wird in der Anlage eine berichtliche Anfrage eines k. Urmessungs-Bezirktes im bezeichneten Betreff mit dem Auftrage zugefertigt, hierauf nach Massgabe des Ausschreibens vom 14. Februar 1864 mit dem Beifügen Eröffnung zu machen, dass die Sendungen der Urmessungs-Bezirke in Arrondirungssachen an Gemeindeverwaltungen und umgekehrt portopflichtig sind.

München, den 22. Januar 1881.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Bezirks-Thierärzte.

Siehe Thierärzte.

Bezirkshauptlehrer.

Nr. 2366.

(Die Portofreiheit der Bezirkshauptlehrer betr.)

Nach Anordnung des k. Staatsministeriums des Innern für Kirchen und Schulangelegenheiten vom 8. Mai 1875 sind zur Leitung der Fortbildungskurse für das Lehrpersonal an den Volksschulen, welche aus dem Sprengel eines jeden Bezirksamts und jeder grösseren unmittelbaren Stadt bestehen, Bezirkshauptlehrer berufen.

Die dienstliche Correspondenz und die dienstlichen Aktensendungen dieser Bezirkshauptlehrer im Verkehre mit den vorgesetzten Aufsichts- und Schulbehörden sind **portofrei** zu befördern, wenn sie durch die nach § 2 der Allerhöchsten Verordnung vom 25. Juni 1829, die Portofreiheit in Amtssachen betreffend, erforderlichen Merkmale als portofreie Dienstsache erkennbar, und ausserdem mit einer kurzen Bezeichnung des Betreffs auf der Adresse und eventuell die Bemerkung „In Ermangelung eines Dienstsiegels“ auf der Rückseite versehen sind.

Die Correspondenz der Hauptlehrer unter sich, dann zwischen diesen und den Lehrern ist portopflichtig.

Dieselbe muss daher entweder bei der Aufgabe frankirt, oder behufs Wegfalls des Zuschlagsportos auf der Adresse als portopflichtige Dienstsache erklärt werden.

Die k. Postanstalten haben sich hienach genau zu halten.

München, den 17. Februar 1876.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Bischöfe und bischöfliche Ordinariate.

Siehe Erzbischöfe.

Blindeninstitute, geniessen gleiche Postportofreiheit wie die Stiftungen. Siehe Gemeindebehörde.

Die Correspondenzen des Central-Blinden-Instituts und der übrigen Blindeninstitute unter Privatadresse mit der Bezeichnung „Portopflichtige Dienst-sache“ sind gemäss § 6 Ziff. III der Posttransportordnung für das Königreich Bayern und § 1 Abs. 3 des Gesetzes über das Posttaxwesen des deutschen Reiches vom 28. Oktbr. 1871 zu behandeln.

Brandversicherungs-Anstalt. Brandversicherungs-Kammer.

Art. 39 des Gesetzes vom 3. April 1875.

Nr. 10469.

(Die Portofreiheit der Brandversicherungs-Anstalt betr.)

Nach Art. 93 des Gesetzes vom 3. April 1875 (Reggsblatt 1875 pag. 295), die Brandversicherungsanstalt für Gebäude in den Landestheilen rechts des Rheins betr., bleibt die amtliche Portofreiheit für die Correspondenzen der Behörden in Brandversicherungssachen auch ferner fortbestehen, wogegen Geldsendungen wie bisher portopflichtig sind.

Als Verwaltungsbehörden der Brandversicherungs-Anstalt besteht die Brandassekuranzkammer, welche als unmittelbare kgl. Behörde die Portofreiheit nach Massgabe des § 1a der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829, die Portofreiheit in Amtssachen betreffend, geniesst.

Als Organe der Brandversicherungs-Kammer fungiren die Brandversicherungs-Inspektoren und die von derselben aufgestellten Bauverständigen.

Den Brandversicherungs-Inspektoren steht die Portofreiheit für ihre dienstliche Correspondenz mit k. unmittelbaren und mittelbaren Behörden (Gemeindebehörden) nach den bisherigen Bestimmungen und ausserdem mit den aufgestellten Bauverständigen unter Beobachtung der im § 2 der angezogenen allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 vorgeschriebenen Bedingungen zu.

Die Correspondenz der Bauverständigen mit den Behörden ist portopflichtig und daher bei der Aufgabe zu frankiren.

Die k. Postanstalten haben sich hienach zu achten.

München, den 22. Juli 1875.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Brandversicherungs-Inspektoren.

Siehe Brandversicherungs-Anstalt.

Nr. 10599.

(Das Mobiliar-Feuerversicherungs-Wesen, hier Portofreiheit der Brandversicherungs-Inspektoren betr.)

I. N. S. M. d. K.

Mittelst höchster Entschliessung vom 26. v. Mts. hat das vorgesetzte kgl. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Abeiten verfügt, dass die Correspondenz, welche die Brandversicherungs-Inspektoren in Ausübung der ihnen nach Massgabe des § 11 der Normativ-Entschliessung vom 28. Februar l. Js., das Mobiliar-Feuerversicherungs-Wesen betreffend, übertragenen Controle an die Hauptagenturen der concessionirten Mobiliarversicherungs-Gesellschaften zu

richten haben, in analoger Anwendung der für die unmittelbaren k. Civilbehörden in § 1 lit. a der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 bewilligten Portofreiheit und unter dem Vorbehalte der Einhaltung der in § 2 dieser Verordnung vorgeschriebenen Form portofrei zu belassen ist. Die Correspondenz der Hauptagenturen an die Brandversicherungs-Inspektoren unterliegt selbstverständlich der tarifmässigen Briefftaxe.

Hienach haben sich die k. Postanstalten in vorkommenden Fällen zu achten.

München, den 2. Oktober 1869.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 8074.

(Portofreiheit der Brandversicherungs-Inspektoren betr.)

I. N. S. M. d. K.

Es ist zur Kenntniss der unterfertigten Stelle gekommen, dass die Portopflichtigkeit der an die Brandversicherungs-Inspektoren gerichteten Assekuranz-Gelder für Privatgebäude dadurch umgangen werde, dass dieselben in gewöhnlichen Dienstschriften ohne Werths-Declaration per Briefpost abgesandt werden.

Den k. Postanstalten wird die Annahme und Beförderung solcher mit Geld beschwerter Schreiben als Briefpost-Gegenstand hiemit strengstens untersagt, und werden dieselben wiederholt aufmerksam gemacht, dass nur Assekurenzgelder für Aerarial-Gebäude auf Portofreiheit Anspruch zu machen haben.

München, den 24. Juli 1870.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Bürgermeister-Aemter der Pfalz*).

Nr. 2454 b.

(Die Postportofreiheit der Bürgermeisterämter in der Pfalz betr.)

I. N. S. M. d. K.

Zur Beseitigung von Anständen, welche sich bezüglich der Portofreiheit der Bürgermeisterämter in der Pfalz ergeben haben, wird hiedurch sämtlichen Postanstalten zur Wissenschaft und in vorkommenden Fällen zur Darnachachtung eröffnet, dass den Bürgermeisterämtern in der Pfalz als Organe der öffentlichen Verwaltung und gerichtlichen Polizei dieselbe Portofreiheit, wie den Magistraten und mittelbaren Behörden überhaupt zusteht.

Demgemäss haben bei den von denselben zur Aufgabe kommenden Sendungen in Verwaltungs- und gerichtlichen Polizeisachen die in § 1 lit. d und e, dann § 3 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 getroffenen Bestimmungen in analoge Anwendung zu kommen, und sind daher solche sowohl auf den Brief- als Fahrposten portofrei zu befördern, wenn sie an eine andere Behörde gerichtet, mit geeigneter Beachtung der Bestimmungen des § 2 der eben allegirten allerhöchsten Verordnung nach Vorschrift ausgefertigt und zudem noch auf der Adresse mit der Bezeichnung „Polizeisache“ etc. versehen sind.

*) Die Bürgermeister, Adjuncten und Polizei-Commissäre in der Pfalz sind hinsichtlich ihrer dienstlichen Correspondenz den unmittelbaren Beamten beizuzählen und ist ihr Verkehr in Staatsdienstangelegenheiten mit allen Civil- und Militärbehörden nach den Bestimmungen der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 zu behandeln.

Die in reinen Gemeinde-Angelegenheiten vorkommenden Versendungen unterliegen dagegen wie bisher der treffenden Portozahlung.

München, den 10. April 1847.

General-Verwaltung der königlichen Posten und Eisenbahnen.

Bundesraths-Sachen.

Siehe Portofreiheitsgesetz Instruction §. V.

Cabinetsscassa, königliche.

Siehe Hofstäbe und Gnadenspenden.

Cautionen.

Nachdem die cautionspflichtigen Beamten die zu stellende Amtsbürgschaft bei dem denselben zunächst vorgesetzten Amte zu hinterlegen haben und die Einsendung von diesem an die Staatsschuldentilgungscassa im Interesse des Staats erfolgt, sind diese Geldsendungen als Staatsdienstsachen zu betrachten, sohin portofrei zu befördern.

Nr. 4223.

(Portofreiheit in Amtssachen betr.)

Auf den Bericht vom 22. vor. Mts. im bezeichneten Betreffe wird eröffnet, dass die Versendung der Zinsen aus den Cautionen an die Cautionssteller portopflichtig ist, in diesem Sinn an die k. Regierung von N. N. behufs entsprechender Eröffnung an das kgl. Rentamt N. N. Mittheilung gemacht und letzteres auch darnach zur künftigen Darnachachtung angewiesen worden ist.

München, den 13. März 1881.

General-Direction der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Abtheilung für Post und Telegraphen.

Centralanstalt für Erziehung und Bildung krüppelhafter Kinder, genießt die gleiche Portofreiheit wie die Stiftungen.

Central-Gemälde-Galerie-Direction.

Siehe Gemälde-Galerien.

Central-Obstbaumschule.

Siehe Landwirtschafts- und Central-Obstbaumschule.

Centralschulbücher-Verlag.

Nr. 16061.

(Postportofreiheit in Amtssachen betr.)

Den kgl. Postanstalten wird zur Darnachachtung bekannt gegeben, dass alle Postsendungen, sonach auch jene der kgl. Stellen und Behörden, an die Expedition des kgl. Centralschulbücherverlags portopflichtig sind.

München, den 18. November 1880.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Abtheilung für Post und Telegraphen.

Central-Thierarzneischule.

Siehe Thierarzneischule.

Chirurgen.

Siehe Aerzte.

Collectengelder.

Siehe auch Peterspfennig.

Nr. 1721.

(Die postportofreie Versendung von Collecten-Geldern betr.)

I. N. S. M. d. K.

In Erwägung, dass Collecten nur für öffentliche wohlthätige Anstalten, oder für einzelne Gemeinden zur Erbauung von Kirchen und Schulhäusern bei erwiesener Dürftigkeit der resp. Anstalten und Gemeinden allerhöchst bewilligt zu werden pflegen, war den Versendungen der dadurch angesammelten Gelder bereits vor dem Erlasse der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 die Postportofreiheit zugestanden, und diese auch im Hinblick auf die Bestimmung des § 19 der eben angezogenen Verordnung durch Ausschreibung der unterfertigten Stelle vom 18. März 1831 neuerdings bestätigt worden.

Da nun zur Anzeige gekommen ist, dass ungeachtet dieser Bestimmung von Postbehörden für Versendungen von Collecten-Geldern die Entrichtung des Postportos in Anspruch genommen wird, so sieht man sich veranlasst, sämmtlichen Fahrpostanstalten des Königreichs obige Verfügung mit dem Auftrage in Erinnerung zu bringen, die von einer königlichen Behörde an die andere zu versendenden Collecten-Gelder unbeanstandet portofrei abzulassen, wenn sie auf der Adresse als R. S. bezeichnet und mit den übrigen nach § 2 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 erforderlichen äusseren Merkmalen einer portofreien Regierungssache versehen sind.

München, den 4. März 1845.

General-Administration der königlichen Posten.

Nr. 24994.

(Postportofreiheit der Collectengelder betr.)

I. N. S. M. d. K.

Die im rubrizirten Betreffe d. d. 4. März 1845 erlassene Verordnung wird hiemit dahin erweitert, dass auch die von mittelbaren Behörden (Magistraten, Gemeinde-Verwaltungen u. s. w.) zur Aufgabe kommenden und an unmittelbare oder andere mittelbare Behörden gerichtete Sendungen mit Collectengeldern portofrei zu befördern seien, wenn dieselben bei sonstiger vorschriftsgemässer Ausfertigung noch ausdrücklich als „Collectengelder“ auf der Adresse bezeichnet sind.

Die kgl. Postanstalten haben sich hienach zu achten und bei derartigen Sendungen von mittelbaren Behörden die nähere Bezeichnung des Inhaltes auch in den Frachtkarten jedesmal beizusetzen, ausserdem die portofreie Ablassung bei Revision der Rechnungen beanstandet werden müsste. —

München, den 10. September 1862.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Auszug. — Nr. 18288.

(Portofreiheit der Collectengelder betr.)

I. N. S. M. d. K.

Die Rabbinate haben nach höchster Ministerial-Entschliessung vom 14. Februar 1838 im Verkehre unter sich, sowie mit den einzelnen Judengemeinden

und Israeliten eine Portofreiheit nicht anzusprechen, bezüglich des Verkehres mit kgl. Staatsbehörden aber sind deren Correspondenzen nach Analogie der kgl. Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 § 1 lit. d zu behandeln, aus demselben Grunde daher die von denselben zur Aufgabe kommenden Sendungen mit Collectengeldern ohne Anstand portofrei zu belassen, wenn die Letztern an eine kgl. Staatsbehörde gerichtet, nach Vorschrift des § 2 der vorallegirten allerhöchsten Verordnung ausgefertigt und ausserdem noch mit der Bezeichnung „Collectengelder“ versehen sind. etc. etc.

München, den 9. Juni 1865.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Siehe auch Rabbinate.

Commission für europäische Gradmessung.

Nr. 30798.

(Die europäische Gradmessung, hier Portofreiheit betr.)

I. N. S. M. d. K.

Den kgl. Postanstalten wird hiemit eröffnet, dass inhaltlich höchster Verfügung vom 3. I. Mts. der kgl. bayerischen Commission für die europäische Gradmessung für ihre Correspondenzen und Aktenversendungen, auch wenn letztere mit der Fahrpost stattfinden, nach Massgabe der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 portofreie Beförderung gewährt ist, und dass solche auch gemäss der Art. 26 und 47 der Verträge d. d. Berlin 23. November 1867 im Verkehre der genannten Commission mit deren Centralleitung in Berlin einzutreten hat.

München, den 9. September 1868.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Consistorien, erzbischöfliche.

Siehe Erzbischöfe.

Consistorien, protestantische, geniessen wie die übrigen unmittelbaren Behörden im Sinne der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 die Postportofreiheit.

Consulate. Die Correspondenzen der Consulate werden analog jener der Gesandtschaften behandelt. Siehe diese.

Corpora delicti.

Vide Criminalia.

Cretinenanstalten.

Nr. 14373.

(Portofreiheit der Stiftungen betr.)

Es wird eröffnet, dass die Cretinenanstalt in Ecksberg eine Wohlthätigkeitsanstalt mit corporativen Rechten ist, welche bezüglich der Verwaltung ihres Vermögens unter der Oberaufsicht der k. Kreisregierung steht. Die Versendung von Obligationen dieser Anstalt behufs Vinculirung oder Devinculirung ist daher aus gleichem Grunde portofrei zu behandeln, wie derartige Versendungen anderer Stiftungsverwaltungen.

München, den 30. Oktober 1878.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Criminalia.

Nr. 2208.

(Die Postportofreiheit in polizeilichen Untersuchungen in specie die Versendung der corpora delicti betr.)

I. N. S. M. d. K.

Zur Beseitigung der Anstände, welche sich in Ansehung der portofreien Versendung der corpora delicti in Polizeiuntersuchungssachen ergeben haben, wird hierdurch sämmtlichen Fahrpost-Expeditionen zur pünktlichen Darnachachtung eröffnet, was folgt.

Gemäss § 11 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 hat sich die Portofreiheit in Staatsdienstsachen bei Versendungen mit der Fahrpost lediglich auf Akten und Gelder zu beschränken und sind hiebei inländische Staatspapiere dem baaren Gelde, Rechnungen, Tabellen, Formularen, Pläne, Karten und ähnliche, den Staatsdienst betreffende Scripturen, den Akten gleich zu achten.

Sendungen, welche nicht in Akten oder Geldern bestehen, können demnach auch dann, wenn sie eine Staatsdienstsache betreffen, auf den Fahrposten nicht portofrei befördert werden und sind hievon nach höchstem Finanzministerial-Rescripte vom 24. Dezember 1829 nur die corpora delicti in Criminalsachen ausgenommen, insoferne sich dieselben überhaupt nach ihrer Beschaffenheit zur Versendung durch die Postanstalt eignen.

Dieselben müssen jedoch gemäss höchster Entschliessung des kgl. Justizministeriums vom 28. Dezember 1836 § 6 auf der Adresse ausdrücklich mit „Criminalia“ bezeichnet sein, ausserdem für dieselben, auch wenn sie mit der Bezeichnung „R. S.“ versehen sind, nach der Eingangs angezogenen allerhöchsten Verordnung jedesmal das treffende Porte zu berechnen ist.

Diese Bestimmung hat auch bei den Versendungen der corpora delicti in Polizei-Untersuchungssachen analoge Anwendung zu finden, und sind daher solche — vorausgesetzt, dass sie nach ihrer Beschaffenheit in vorschriftsgemässer Verpackung überhaupt zur Versendung durch die Postanstalt geeignet sind — unbeanstandet zur Beförderung zu übernehmen, und portofrei abzulassen, wenn sie auf der Adresse nicht mit „R. S.“, sondern mit „Polizei-Untersuchungssache“ bezeichnet sind.

Alle anderen in polizeilichen Strafsachen vorkommenden Versendungen von Gegenständen, welche nicht Akten oder Gelder sind, unterliegen dagegen nach wie vor der treffenden Portozahlung und haben desshalb sämmtliche Postanstalten die genaue Einhaltung obiger Bestimmungen strengstens zu überwachen, bei begründeter Vermuthung einer unbefugten Ausdehnung in dem einen oder andern vorkommenden Falle aber jedesmal dem vorgesetzten Oberpostamte davon sofort Anzeige zu erstatten.

München, den 16. März 1847.

General-Administration der kgl. Posten.

Nr. 2883.

(Die Postportofreiheit in Criminalsachen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Es ist die Wahrnehmung gemacht worden, dass von Seite der Strafarbeitshaus-Commissionen öfters Sendungen mit Effekten an verschiedene Gerichts- und Polizeibehörden unter Bezeichnung „Criminal-Sache“ aufgegeben und von Seite der betreffenden Abgabeposten in Folge dieser Bezeichnung gewöhnlich portofrei abgelassen werden.

Da jedoch Versendungen von Effekten d. h. Gegenständen, welche nicht Akten oder Gelder sind, auch in Criminal-Sachen nur dann portofrei belassen werden dürfen, wenn sie in corpora delicti bestehen, und ausserdem ebenso wie derartige Sendungen in Regierungssachen nach der im § 11 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 festgesetzten Beschränkung der Taxe unterliegen, Strafarbeitshaus-Commissionen aber in der Regel nicht in dem Falle sind, corpora delicti zu versenden, so werden sämtliche Fahrpostexpeditionen des Königsreiches unter Hinweisung auf die Ausschreibung vom 16. März 1847 hiedurch beauftragt, die von Strafarbeitshäusern vorkommenden Versendungen von Effekten auch dann, wenn sie als „Criminal-Sache“ bezeichnet sind, mit der treffenden Taxe zu belegen.

München, den 18. Februar 1850.

General-Verwaltung der königlichen Posten und Eisenbahnen.

Nr. 21780.

(Die vorschriftsmässige Bezeichnung gerichtlicher Sendungen in Kriminalsachen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nachdem sich in Folge unrichtiger Bezeichnung bei Versendungen von Ueberführungsgegenständen Criminal- oder Polizei-Untersuchungssachen bezüglich ihrer Portofreiheit insbesondere im Verkehr mit dem Auslande mehrmals Anstände ergeben haben, ist im rubr. Betreffe unter'm 24. v. Mts. von dem kgl. Staatsministerium der Justiz an die sämtlichen kgl. Appellationsgerichte (Oberlandesgerichte) in den Kreisen diesseits des Rheines und an den Generalstaats-Prokurator in der Pfalz zur bezüglichlichen Unterweisung der kgl. Gerichtsbehörden nachstehende Entschliessung erlassen worden, welche den Postanstalten zur Wissenschaft und entsprechenden Darnachachtung hiemit bekannt gegeben wird.

München, den 31. Dezember 1853.

General-Direktion der königlichen Verkehrsanstalten.

Nr. 2676.

Staatsministerium der Justiz.

Bei gerichtlichen Versendungen in Kriminalsachen haben ausser Akten, Geldern und andern gleichzuachtenden Papieren nur diejenigen Gegenstände, welche als Ueberführungsstücke bezeichnet sind, nach den in Bayern allgemein geltenden Bestimmungen über Portofreiheit auf freie Beförderung mit den Fahrposten Anspruch.

Diese Portofreiheit gilt auch für die gerichtlichen Versendungen an Gerichte oder Behörden auswärtiger Staaten.

In jedem Falle ist aber bei Versendung derartiger Gegenstände nothwendig, dass dieselben auf der Adresse als Ueberführungsstücke bezeichnet werden, indem insbesondere nur dadurch Reklamationen bei Versendung an auswärtige Gerichte zu vermeiden sind.

Sämmtliche Gerichte des Appellationsgerichtsbezirkes (Oberlandesgerichtsbezirkes) sind zur genauen Beobachtung dieser Vorschrift anzuweisen.

München, den 24. Dezember 1853.

Auf Seiner Majestät des Königs allerhöchsten Befehl.

Nr. 5807.

(Die Portofreiheit in Criminalsachen, hier der Strafarbeits-Anstalten betr.)

I. N. S. M. d. K.

Durch die allgemeine Ausschreibung vom 18. Februar 1850 Nr. 2883 sind sämtliche Fahrpostexpeditionen des Königreiches angewiesen worden, die von Strafarbeitshäusern vorkommenden Versendungen von Effekten, resp. Gegenständen, welche nicht Akten und Gelder sind, auch dann wenn sie als Criminalsache bezeichnet sind, mit der treffenden Taxe zu belegen.

Mehrere in neuerer Zeit vorgekommene Fälle veranlassen die unterfertigte Stelle, die vorbemerkte Ausschreibung den kgl. Postanstalten mit der Weisung in Erinnerung zu bringen, dieselbe auch auf die an die kgl. Strafarbeitshaus-Commissionen eintreffenden Versendungen von Effekten in Anwendung zu bringen und letztere für den Fall, dass in Folge der Taxanrechnung die Annahme verweigert werden sollte, dem im § 17 der kgl. allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 vorgeschriebenen Verfahren zu unterwerfen, da Effekten in Criminal- und Polizei-Untersuchungssachen nur dann, wenn sie in corpora delicti (Ueberführungsgegenständen) bestehen, portofrei befördert werden dürfen, andernfalls aber ebenso wie in Regierungssachen nach Massgabe § 11 der vorallegirten kgl. allerhöchsten Verordnung dem Porto unterliegen.

München, den 4. April 1857.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 30785.

(Die Portofreiheit in Amtssachen, hier die Bezeichnung der Sendungen von Ueberführungsgegenständen in Uebertretungssachen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nachdem gemäss § 11 der kgl. allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 die Portofreiheit in Amtssachen bei Versendungen mit der Fahrpost lediglich auf Akten und Gelder oder diesen gleich zu achtende Gegenstände beschränkt ist; Sendungen anderen Inhalts aber nur dann portofrei befördert werden, wenn sie Ueberführungsgegenstände (corpora delicti) in strafrechtlichen oder polizeilichen Untersuchungssachen betreffen, wurden durch höchste Entschliessung des kgl. Staatsministeriums der Justiz vom 21. Oktober l. Js. die Gerichte, sowie die staatsanwaltschaftlichen Beamten und Bediensteten angewiesen, bei der Versendung von Ueberführungsgegenständen in Uebertretungssachen den Inhalt der betreffenden Poststücke auf der Adresse — neben der Bezeichnung „R. S.“ — noch durch die weitere Bemerkung „Ueberführungsgegenstände“ genau zu bezeichnen.

Die kgl. Postanstalten erhalten hievon mit dem Auftrage Kenntniss, fragliche Bemerkung auch bei dem Eintrage der treffenden Stücke in die Frachtkarten beizusetzen.

München, den 31. Oktober 1862.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 17832.

(Portofreiheit in Criminal- und Polizeiuntersuchungssachen.)

Die portofreie Versendung der corpora delicti in Criminal- und Polizeiuntersuchungssachen ist, soweit sich derartige Gegenstände überhaupt zur Postbeförderung eignen, nach dem Rescripte des k. Staatsministeriums der Finanzen vom 24. Dezember 1829 Nr. 17,509 dadurch begründet, dass diese corpora

delicti Bestandtheile der Untersuchungsakten bilden. Hieraus folgt, dass diese Gegenstände nur entweder mit den einschlägigen Akten oder mit Bezug auf diese Akten zur Durchführung der Untersuchung portofrei versandt werden können. Ueberdies waren sämtliche kgl. Gerichtsbehörden nach Rescript des kgl. Staatsministeriums der Justiz vom 24. Dezember 1853 besonders darauf aufmerksam zu machen, und zwar nach Rescript desselben kgl. Staatsministeriums vom 21. Oktober 1862 auch in den Kreisamtsblättern zu veröffentlichen, dass es zur portofreien Versendung derartiger Gegenstände nothwendig sei, dieselben auf der Adresse auch als Ueberführungsstücke zu bezeichnen, da für die Versendung anderer Effekten, auch wenn sie reine Staatsdienstsachen betreffen und mit „R. S.“ bezeichnet sind, eine Portofreiheit nicht besteht. Für die Versendung der beiden confiscirten Waagen hätte daher schon wegen der unrichtigen Bezeichnung mit „R. S.“ das treffende Porto erhoben werden sollen. Aber auch abgesehen hievon fehlt für die portofreie Versendung in den beiden Fällen die Begründung, da die Versendung nicht mehr die Untersuchung selbst zum Zwecke hatte, diese vielmehr schon abgeschlossen war, die Waagen durch die bereits rechtskräftig gewordene Confiscation in das Staatseigenthum übergegangen waren und zu Gunsten des Aerares verkauft werden sollten.

Es sind daher in den vorliegenden Fällen nur mehr die Bestimmungen in § 11 der k. allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 massgebend, welche die Versendung von Effekten von der Portofreiheit ausschliessen.

München, den 8. Januar 1878.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Cultusgemeinden, israelitische.

Siehe Rabbinate und Collectengelder.

Damenstift St. Anna in Würzburg.

Gemäss Entschliessung des Staatsministeriums des Innern d.d. 19. April 1836 Nr. 8637 hat das Damenstift-Rentamt in Würzburg nur in Curatelsachen die Postportofreiheit anzusprechen.

Conf. Stiftungen.

Dampfkessel- und Dampfapparate.

Nr. 7957.

(Postportofreiheit in Amtssachen betr.)

Die kgl. Postanstalten werden darauf aufmerksam gemacht, dass die Correspondenzen und Aktensendungen der zur Prüfung von Dampfkesseln und Dampfapparaten amtlich aufgestellten Commissäre, wenn die Sendungen an unmittelbare kgl. Behörden des Regierungsbezirkes gerichtet und mit dem Dienstsiegel verschlossen sind, als portofreie Dienstsendungen zu behandeln sind.

München, den 19. Juni 1879.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Dampfschiffahrt auf dem Bodensee ist eine der General-Direktion der kgl. Verkehrs-Anstalten unterstellte Behörde und geniesst im Sinne der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 Postportofreiheit.

Decanate.

Siehe Pfarrämter und Schulinspectionen.

Conf. § 1 lit. g der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829.

Depositen.

Siehe auch königl. Bank in Nürnberg.

Nr. 4093.

(Die portofreie Versendung gerichtlicher Depositen und der daraus fliessenden Zinse betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nach den bestehenden Verordnungen sind die von den Gerichtsbehörden an die Staats-Schuldentilgungs-Specialkassen einzusendenden oder von diesen an jene wieder zurückzusendenden gerichtlichen Depositen-Gelder als Regierungssache portofrei zu befördern, die daraus fliessenden Zinse dagegen, in so ferne sie einem Privaten zukommen, gemäss höchsten Finanzministerial-Rescripts vom 7. v. Mts. als Parteisache zu behandeln. Demzufolge sind auch die erstgenannten Kassen, welche die Zinse in der Regel mit den Depositen selbst in einer und derselben Sendung an die Gerichtsbehörden zurückzuzahlen pflegen, angewiesen, bei allen Sendungen gerichtlicher Depositen, welche zugleich auch die einem Privaten daraus zufließenden Zinse enthalten, den Betrag der letzteren auf der Adresse auszuscheiden.

Die Postanstalten haben daher bei der Abgabe an die Gerichtsbehörden jedesmal das von dem Zinsenbetrage tarifmässig treffende Porto einzuheben, ungeachtet die Sendungen selbst als R. S. bezeichnet sind.

Nur kleinere Zinsenbeträge bis zu zwei Mark einschliessig sind von der Portozahlung ausgenommen.

München, den 10. Juni 1844.

General-Administration der königlichen Posten.

Nr. 10966.

(Die Versendung gerichtlicher Depositen und Zinsen betr.)

Nach der Ausschreibung im Verordnungsblatt Nr. 7 vom 4. Februar 1856 ist das Porto für die portopflichtigen Zinsen, welche gleichzeitig mit portofreien Depositen-Kapitalien zur Versendung kommen, nach dem Verhältniss zu berechnen, dass das Gewicht für je 3 fl. des Zinsenbetrages zu 2 Loth angenommen wird.

In Folge der Einführung des neuen Gewichtssystems werden die kgl. Postanstalten angewiesen, nunmehr für die Zinsen von Depositen, welche auf der Adresse ausgeschieden von den Kapitalien bezeichnet werden, das Porto für Briefe mit Werthangabe ohne Rücksicht auf den Betrag der Zinsen, ausserdem aber die Versicherungsgebühr nach dem wirklichen Betrag der Zinsen zu berechnen und zu erheben.

München, den 21. Juli 1876.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 15046.

(Portofreiheit der gerichtlichen Depositen betr.)

Auf die Berichte im bezeichneten Betreffe wird eröffnet, dass das k. Staatsministerium der Justiz Anlass genommen hat, die kgl. Landgerichte auf den

Fortbestand der unterm 21. März 1851 erlassenen Entschliessung des k. Staatsministeriums des Innern, insbesondere der Bestimmung in Ziffer 3 dieser Entschliessung durch Ausschreiben vom 23. vor. Mts. im Justizministerialblatt Nr. XVII lfd. Js. aufmerksam zu machen.

Es ist demnach von massgebender Stelle anerkannt, dass die Versendung von Pupillen-Depositen in baarem Gelde, ferner die Versendung der aus gerichtlichen Depositen fliessenden Zinsen auch jetzt noch portopflichtig, dagegen die Versendung der übrigen gerichtlichen Depositen ferner die auf die gerichtlichen Depositen bezügliche Correspondenz portofrei ist.

München, den 9. November 1878.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 3476.

(Die Behandlung der amtlichen Depositen nach dem Gesetz vom 25. Juli 1850, hier Portofreiheit betr.)

Nachdem zur Anzeige gekommen ist, dass von Seiten einzelner Behörden immer noch Depositen unter der Bezeichnung einer portofreien Staatsdienstsache an die Hypothek- und Wechselbank in München zur Aufgabe gelangen, und von den Postanstalten portofrei behandelt werden, so wird die Ausschreibung im Verordnungsblatt Nr. 102 vom 30. Oktober 1875 (siehe kgl. Bank) in Erinnerung gebracht, wornach in Folge Uebertragung der Verwaltung der gerichtlichen und administrativen Depositen an die k. Filialbanken die der Hypothek- und Wechselbank hiefür früher eingeräumte Portofreiheit erloschen ist.

Demnach sind alle Geldsendungen mit Depositen an die Hypothek- und Wechsel-Bank mit dem tarifmässigen Porto zu belegen.

München, den 11. März 1877.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 14147.

Bekanntmachung.

Staatsministerium der Justiz.

(Portofreiheit in Amtssachen betr.)

(Justizministerialblatt Nr. XVII. vom 29. Oktober 1878.)

Da zur Kenntniss gekommen ist, dass von Landgerichten Pupillen-Depositen an die kgl. Bank und deren Filialen behufs verzinslicher Anlage als portofreie Regierungssache versendet zu werden pflegen, wird zur genauen Darnachachtung auf die im Einverständnisse mit den kgl. Staatsministerien der Justiz, des Innern, sowie des Handels und der öffentlichen Arbeiten erlassene Entschliessung des kgl. Staatsministeriums der Finanzen vom 21. März 1851, die Portofreiheit der Bankkassen bezüglich der Verwaltung der Depositen etc. betr., (Döllinger Verord. Samml. Bd. XXVIII. § 1754 S. 242) aufmerksam gemacht.

Gemäss der genannten Entschliessung Ziff. 3, welche für den Verkehr mit der kgl. Bank und deren Filialen in der bezeichneten Angelegenheit noch fortwährend massgebend ist, sind Versendungen von Pupillen-Depositen in

baarem Gelde portopflichtig, dagegen nur dann portofrei zu behandeln, wenn dieselben in Staatsobligationen bestehen.

München, den 23. Oktober 1878.

Nr. 8615.

(Die Versendung der gerichtlichen Depositen und Zinsen betr.)

Es sind Zweifel darüber entstanden, ob die Verordnung vom 10. Juni 1844 (V. Bl. pag. 81) wonach die mit den gerichtlichen Depositen zu versendenden Zinsen in kleineren Beträgen bis zu 1 Gulden der früheren Währung von der Portozahlung ausgenommen sind, durch die Verordnung vom 21. Juli 1876 (V. Bl. pag. 452) nicht aufgehoben worden sei.

Den k. Postanstalten wird daher erläuternd bemerkt, dass durch die letztbezeichnete Verordnung in Folge Einführung des neuen Gewichtssystems die Gewichtstaxe ohne Rücksicht auf den Betrag und mithin auch ohne Rücksicht auf das Gewicht des Zinsbetrages für derartige Sendungen geregelt worden ist, die kleinern Zinsbeträge aber nach wie vor von der Portozahlung ausgeschlossen sind. Zugleich wird mit Rücksicht auf das bestehende Münzsystem festgesetzt, dass nunmehr Zinsbeträge bis einschliesslich 2 Mark von der Portozahlung befreit sind.

Die Versendung gerichtlicher Depositen sammt den Zinsen im Betrage der Letzteren bis einschliesslich 2 Mark hat daher überhaupt portofrei zu erfolgen, während, wenn die Zinsen diesen Betrag übersteigen, das Gewichtsporto wie für Briefe mit Werthangabe und das Werthporto bzw. die Versicherungsgebühr nach der Höhe des Zinsbetrages wie für andere Sendungen mit Werthangabe zu berechnen ist.

München, den 29. Juni 1879.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 11,111.

(Portofreiheit, hier Depositen betr.)

Auf den Bericht vom 28. v. Mts. im bezeichneten Betreffe wird unter Rückschluss der Vorlagen eröffnet, dass sich die Bestimmungen über die portofreie Behandlung der gerichtlichen Depositen gleichmässig auch auf die administrativen Depositen erstrecken.

München, den 8. Juli 1881.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Abtheilung für Post und Telegraphen.

Depositen-Gelder. Die von den Gefangenen-, Straf- und Polizei-Anstalten zur Versendung kommenden Depositen-Gelder der entlassenen Gefangenen sind portopflichtig.

(Entschl. d. Minist. d. Innern vom 8. November 1865.)

Diaconissinnen. Orden-, der, geniesst keine Postportofreiheit.

Dienstalterszeichen.

Siehe Ordensdekorationen.

Dienstbotenbücher und die hieraus erlösten Gelder.

Siehe Arbeits- und Dienstbotenbücher.

Distriktsbauschaffner, Distriktsstrassenwärter, Distriktswegmacher.

Nr. 11320.

(Portofreiheit der Distriktswegmacher und Distriktsbauschaffner betr.)

Auf das sehr geschätzte Schreiben rubric. Betreffs vom 12. August c. beehren wir uns ergebenst zu erwiedern, dass wir zwar dieersprießlichkeit und Wichtigkeit des Instituts der Distriktsbauschaffner und Distriktswegmacher vollständig anerkennen, anderseits aber auch unsere Verpflichtung nicht ausser Acht lassen können, Ueberschreitungen der in Bezug auf Portofreiheit bestehenden Bestimmungen ferne zu halten.

Da nun die in § 4 Ziff. 4 der kgl. allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829, die Postportofreiheit in Amtssachen betreffend, enthaltene durch höchste Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des kgl. Hauses und des Aeussern vom 4. November 1876 auf Grund Allerhöchster Ermächtigung den jetzigen einschlägigen Verhältnissen angepasste Bestimmung lediglich den Strassenwärtern die Portofreiheit für ihre Correspondenz mit ihren vorgesetzten Bauämtern einräumt, ferner im § 3 Abs. 1 der cit. Allerhöchsten Verordnung ausdrücklich ausgesprochen ist, dass die Postportofreiheit in Staatsdienstangelegenheiten einschränkend nur für die Fälle zu verstehen sei, wenn ausserdem das Postporto der Staatskasse zur Last fallen würde, die Distriktsbauschaffner und Distriktswegmacher aber von der Distriktsgemeinde aufgestellt werden und die Kosten für deren Correspondenz der Distriktskasse zur Last fallen, so können wir es nicht für zulässig erachten, dass die Correspondenz der Distriktsbauschaffner und Distriktswegmacher portofrei belassen werde.

Wir sehen uns daher zu unserm lebhaften Bedauern nicht in der Lage, dem im gefälligen Schreiben vom 12. August c. gestellten Verlangen zu entsprechen.

München, den 16. September 1880.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Postabtheilung.

An die kgl. Regierung von N., Kammer
des Innern in N.

Nr. 10,892.

Portofreiheit und Distriktsstrassenwärter.

Auf den Bericht vom 23. v. Mts. im bezeichnetem Betreffe wird mit Bezugnahme auf die generelle Entschliessung vom 15. Februar l. Js. Nr. 2366 eröffnet, dass von den Bestimmungen der kgl. Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829, „die Portofreiheit in Amtssachen“ betr., nicht abgewichen werden kann und jede Vermehrung der portofreien Correspondenz-Gattungen vermieden bzw. einer solchen möglichst entgentreten werden muss.

München, den 7. Juli 1881.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Abtheilung für Post und Telegraphen.

Dienstsiegel.

Siehe Siegel vom Staats- und öffentlichen Aemtern.

Distriktskassiere.

Siehe Distriktsrath.

Distrikts-Schulinspektionen. Conf. § 1 lit. g. der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829.

Siehe Schulbehörden, Kreisvereine zur Unterstützung dienstunfähiger Schullehrer und Pfarrämter.

Distriktsthierärzte.

Siehe Thierärzte.

Distriktsrath.

Nr. 7542.

(Portofreiheit der Distriktskassiere im Verkehr mit den kgl. Bezirks-Aemtern betr.)

Aus einem Berichte des kgl. Bezirksamtes N. N. an seine vorgesetzte Regierung wurde entnommen, dass Geldsendungen und Sendungen mit Werthpapieren von und an Distriktskassiere im Verkehre dieser mit mittelbaren und unmittelbaren kgl. Behörden portofrei behandelt zu werden pflegen.

Nachdem den Distriktsräthen und sohin auch den Distriktskassieren wie den mittelbaren Behörden nur für deren dienstliche Correspondenzen und Akten-sendungen gemäss § 1 lit. d. der kgl. Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829, ferner in Folge besonderer höchster Bewilligung nur für Sendungen mit Werthpapieren zum Zwecke deren Vinculirung und Devinculirung Portofreiheit zukommt, ergeht der Auftrag die fraglichen Sendungen den gegebenen Bestimmungen entsprechend behandeln zu lassen.

München, den 7. Juni 1878.

General-Direktion der königlichen Verkehrsanstalten.

Postabtheilung.

Nr. 9487.

(Portofreiheit der Gemeindebehörden, in specie: der Distriktsräthe betr.)

Auf den Bericht vom 30. v. Mts. in bez. Betreff wird unter Rückschluss der Vorlagen eröffnet, dass die Correspondenz der Distriktsräthe und deren Organe (Distriktsausschuss und Distriktskassier) in Hinsicht auf die Portofreiheit in gleicher Weise zu behandeln ist wie die Correspondenz der Gemeindeverwaltungen und deren Organe. Es können daher wie die Gemeindeverwaltungen so auch die Distriktsräthe bezw. deren Ausschuss unter sich und mit Gemeindeverwaltungen in Staatsdienst und bezw. Staatscuratel-Sachen portofrei correspondiren, wenn auch der Betreff der Sendung auf der Adresse vorgemerkt ist.

Eine Portofreiheit für die einzelnen Mitglieder des Distriktsrathes bezw. Ausschusses besteht aber nicht und würde eine solche auch mit der Intention der kgl. Allerhöchsten Verordnung von 23. Juni 1829, die Portofreiheit in Amt-sachen betr. im Widerspruch stehen. Auf die weitere Anfrage wird bemerkt, dass, nachdem den Distriktstechnikern eine Portofreiheit überhaupt nicht zusteht, dieselben, wenn sie mit dem vorgesetzten kgl. Bezirks-Amt in Staatsdienst-Sachen in berichtlichen Verkehr zu treten haben, dieser Verkehr durch die Gemeinde-behörden zu vermitteln ist.

München, den 3. Juni 1881.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Abtheilung für Post und Telegraphen.

Nr. 11968.

(Portofreiheit in Amtssachen betr.)

Aus Anlass eines von einem kgl. Bezirksamte an die k. Regierung von N. N. — K. d. I. — erstatteten Berichtes im bez. Betreff wird der Auftrag ertheilt, die betr. k. Postanstalten dahin zu belehren, dass Geldsendungen k. Behörden an Distriktskassiere, wenn dieselben die für ärarialische Gebäude zu zahlenden Umlagen enthalten, portofrei zu befördern sind, weil das Porto aus der Staatskasse entrichtet werden müsste. Die absendende Behörde ist angewiesen für die Folge auf den Adressen derartiger Geldsendungen den Betreff kurz anzugeben.

München, den 21. Juli 1881.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Abtheilung für Post und Telegraphen.

Domainenkanzleien.

Auszug aus der Entschliessung der Generalverwaltung der kgl. Posten- und Eisenbahnen
d. d. 30. April 1849 Nr. 377.

- 3) Die noch ferner bestehenden standes- und gutsherrlichen Verwaltungsstellen, Domainenämter, Domainenkanzleien, Rentenverwaltungen etc. sind als blosse das Privatvermögen der Standes- und Gutsherrn administrirende Behörden zur Postportofreiheit im Sinne der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 nicht berechtigt, und desshalb sowohl die an dieselben gerichteten als auch von denselben zur Aufgabe kommenden Sendungen ganz in derselben Weise wie die an und von Privaten überhaupt zu behandeln.

Nr. 14454.

(Die Postportofreiheit der Domainenkanzleien und Rentenverwaltungen in Staatsdienstsachen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nach höchster Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten vom 27. v. Mts. hat die Bestimmung des § 1 lit. d. der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 über Postportofreiheit in Amtssachen auch auf die von standes- und gutsherrlichen Domainenkanzleien und Rentenverwaltungen in reinen Staatsdienstsachen mit unmittelbaren kgl. Stellen und Behörden ausnahmsweise zu führende Correspondenz in der Voraussetzung analoge Anwendung zu finden, dass die betreffenden Berichte und Schreiben auf der Adresse ausdrücklich als Staatsdienstsache mit Angabe des speziellen Betreffes bezeichnet sind.

Die Postanstalten erhalten hievon zur Darnachachtung mit dem Beifügen Kenntniss, dass bezüglich der Correspondenz dieser Verwaltungsstellen im Allgemeinen die durch Ausschreibung vom 30. April 1849 Absatz 3 erlassenen Bestimmungen in Wirksamkeit bleiben.

München, den 4. Oktober 1850.

General-Verwaltung der königlichen Posten und Eisenbahnen.

Dominikaner-Orden, der, geniesst keine Postportofreiheit.

Effecten geniessen nach § 11 der Allerh. Verordnung vom Jahre 1829 keine Postportofreiheit.

Siehe criminalia, Frohnfestfournituren.

Ehedispensen in der Pfalz.

Auszug. — Nr. 1791.

Staatsministerium der Justiz.

Dem kgl. General-Prokurator wird in Folge einer vom kgl. Staatsministerium der Finanzen anher abgegebenen Aeusserung eröffnet, dass Ehedispensations-Sachen in der Pfalz die Postportofreiheit nicht zu geniessen haben, dass Sendungen dieser Art entschieden als Privatsachen zu betrachten sind und ein Grund zur dessfallsigen Befreiung auch aus der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 über die Portofreiheit in Amtssachen sich nicht entnehmen lässt.

München, den 25. Januar 1830.

Ehrengerichte.

Vide Militär-Ehrengerichte.

Ehrenmünze des Ludwigsordens.

Siehe Ordensdekorationen.

Einquartirungs-Gelder.

Siehe Gemeindebehörden.

Eisenbahngeometer.

Siehe Bahngeometer.

Eisenbahnbau-Sektionen sind der General-Direktion — Bauabtheilung unterstellte Behörden und haben als solche im Sinne der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1879 die Postportofreiheit zu beanspruchen.

Conf. auch Baubehörden.

Englischer Fräulein-Orden, der, geniesst keine Postportofreiheit.

Erzbischöfe.

Nr. 1939.

(Die Portofreiheit der dienstlichen Correspondenz der Herren Erzbischöfe und Bischöfe betr.)

I. N. S. M. d. K.

In Ansehung der Portofreiheit der dienstlichen Correspondenz der hochwürdigsten Herren Erzbischöfe und Bischöfe haben sich in neuester Zeit Anstände ergeben, zu deren Beseitigung in Folge höchster Ministerial-Entschliessung vom 1 ds. Mts. hiedurch eröffnet wird, was folgt:

- 1) Nach der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 § 1. lit f. ist die Correspondenz der bischöflichen Ordinariate in allgemeinen Kirchenangelegenheiten mit Ausschluss der Disciplinar-Strafsachen und der zum geistlichen Gerichte gehörigen Parteisachen portofrei.
- 2) Diese den bischöflichen Ordinariaten eingeräumte Portofreiheit erstreckt sich auch auf die Correspondenz der hochwürdigsten Herren Erzbischöfe und Bischöfe, welche dieselben in Fällen, wo sie unabhängig und ohne Theilnahme des Ordinariats als solche die amtliche Behörde bilden, in allgemeinen Kirchenangelegenheiten entweder unter sich oder mit geistlichen und weltlichen Behörden zu führen haben.

Dabei ist jedoch vorausgesetzt, dass diese Correspondenz unter den durch § 2. der vorallegirten allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829

für die portofrei zu versendende dienstliche Correspondenz überhaupt vorgeschriebenen Formen ausgefertigt und mit dem erzbischöflichen oder bischöflichen, als solches allgemein erkennbaren Siegel geschlossen sind.

- 3) Eine Portofreiheit für die Correspondenz der Herren Erzbischöfe und Bischöfe an Private geistlichen oder weltlichen Standes ist in der Regel unzulässig, jedoch in Fällen, wo solche ausnahmsweise in allgemeinen Kirchenangelegenheiten vorkommen sollte, unter der Bedingung stattzugeben, wenn auf der Adresse neben der Bezeichnung „R. S.“ noch die Bemerkung „allgemeine Kirchenangelegenheit“ beigefügt ist.

Die kgl. Postanstalten haben sich hienach in vorkommenden Fällen pünktlich zu achten.

München, den 5. März 1847.

General-Administration der königlichen Posten.

(Portofreiheit des erzbischöflichen Registratur-Depots in Freising betr.)

Gemäss höchster Entschliessung des Staatsministeriums des Innern d. d. 18. Juli 1825 Nr. 9476 wurde genehmigt, dass die Aktensendungen des erzbischöflichen Registratur-Depots an die erzbischöfliche Stelle, wenn dieselben das Gewicht von 15 Pfd. nicht übersteigen, portofrei befördert werden sollen, doch müssen dieselben mittels Amtssiegel mit Umschrift versiegelt und auf der Adresse als K. D. S. bezeichnet sein.

Döll. Bd. XXVIII. I. pag. 249

Erziehungs- und Beschäftigs-Anstalt Ottobeuren.

Siehe Staatspfléglinge.

Nr. 26208.

(Die Errichtung einer Kreis-Erziehungs- und Beschäftigungs-Anstalt in Ottobeuren betr.)

I. N. S. M. d. K.

Einer Mittheilung der kgl. Regierung von Schwaben und Neuburg, Kammer des Innern, zufolge wurde in Ottobeuren eine Kreis-Erziehungs- und Beschäftigungs-Anstalt für arme verlassene Knaben errichtet.

Die Postanstalten erhalten hievon mit dem Bedeuten Kenntniss, dass der dieser Anstalt vorgesetzten kgl. Specialinspektion für ihre dienstliche Correspondenz dieselbe Portofreiheit wie den kgl. Schulinspektionen überhaupt zukommt.

München, den 31. Dezember 1855.

General-Direktion der königlichen Verkehrsanstalten.

Erziehungs-Anstalt, königliche, für verwahrloste Kinder in Speyer.

Siehe auch Gefangenenanstalten.

Nr. 20303.

(Postportofreiheit der kgl. Erziehungs-Anstalt verwahrloster Kinder in Speyer betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nach einer Mittheilung der kgl. Regierung der Pfalz hat die vordem zu Speyer bestandene kgl. Filialstrafanstalt nunmehr den Namen „Verwaltung der kgl. Erziehungs-Anstalt verwahrloster Kinder“ zu führen, ihre Eigenschaft als kgl. Strafanstalt jedoch hiebei unverändert beibehalten.

Demgemäss kommt der benannten Verwaltung für ihren dienstlichen Verkehr dieselbe Portofreiheit wie den übrigen kgl. Strafanstalten, Strafarbeitshaus-Commissionen etc. zu und haben sich die kgl. Postanstalten in vorkommenden Fällen darnach geeignet zu achten.

München, den 23. Januar 1852.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Exponirte Beamte.

Siehe § 4. al. 1 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829.

Fabrikrath.

Siehe Handels-, Gewerbe- und Fabrikrath.

Familienraths-Angelegenheiten, königliche.

Nr. 2889.

(Postportofreiheit in kgl. Familiensachen betr.)

Justizministerium.

Um die Correspondenzen und Sendungen in kgl. Familienraths-Angelegenheiten postportofrei behandeln zu können, hat der Präsident des kgl. Oberappellationsgerichts (obersten Landesgerichtes) und der Präsident des kgl. Appellationsgerichts (Oberlandesgerichtes) von Oberbayern dergleichen Ausfertigungen künftighin auf der Adresse als:

„Kgl. Familien-Raths-Sache“

bezeichnen zu lassen.

München, den 23. Februar 1840.

Felddienstzeichen.

Siehe Ordensdekorationen.

Feuerpolizeisachen.

Nr. 13584.

(Portofreiheit in Feuerpolizeisachen betr.)

Es wird eröffnet, dass die aus dem Vollzuge des § 2 Ziff. 3*) der kgl. allerrh. Verordnung vom 27. Februar 1869 die Regelung der Verhältnisse der Kaminkehrer betr. entstehenden Anzeigen der eidlich verpflichteten Kaminkehrer als reine Polizeigegenstände erscheinen, eine persönliche Anzeige den Kaminkehrern nicht vorgeschrieben ist und daher die portofreie Versendung solcher Anzeigen nicht beanstandet werden kann.

München, den 8. Oktober 1880.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Feuerwehr.

Nr. 6186.

(Postportofreiheit der Feuerwehr betr.)

Auf den Bericht vom 30. v. Mts. im bezeichneten Betreffe wird unter Rückschluss der Vorlage eröffnet, dass den Vertretern der Bezirks-Feuerwehr-

*) Wenn der Kaminkehrer bei Ausübung seines Geschäftes feuergefährliche Zustände wahrnimmt, so hat er der Ortspolizeibehörde hievon ungesäumt Anzeige zu machen und zwar auch dann, wenn er den betreffenden Hausbesitzer oder dessen Stellvertreter gemäss Art. 171 Ziff. 1 des Polizeistrafgesetzbuches auf diese Zustände aufmerksam gemacht hat. (Reggsblatt v. J. 1869 Seite 292.)

Verbände für ihre Correspondenz in Feuerwehrsachen eine Portofreiheit nur dann zugestanden werden kann, wenn sie durch eine mittelbare oder unmittelbare kgl. Behörde vermittelt wird.

München, den 23. Mai 1878.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Filialbank.

Siehe Bank, königliche in Nürnberg — und Depositen.

Fiscalat.

Nr. 12225.

(Die Annahme portopflichtiger Sendungen an das Fiscalat der General-Direction der kgl. Verkehrs-Anstalten betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nachdem an das Fiscalat unterfertiger Stelle öfters Sendungen in Partheisachen einlangen, welche bei der Aufgabe nicht frankirt worden sind, die Entrichtung der dafür in Anwendung kommenden Porto aber nicht dem kgl. Fiskus, sondern der die Sendung veranlassenden Parthei obliegt, und desshalb die Wiedereinhebung desselben von der zahlungspflichtigen Parthei mit Weitwendigkeiten verbunden ist, werden die kgl. Postanstalten hiedurch angewiesen, die von kgl. Behörden unter der Bezeichnung „P. S.“ zur Aufgabe kommenden Sendungen an das Fiscalat unterfertigten Stelle ebenso wie jene von Privaten nur frankirt zur Beförderung zu übernehmen.

München, den 1. Mai 1863.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Flusswarte.

Nr. 3502.

(Die Postportofreiheit der Flusswarte in Dienstsachen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Zur Begegnung von Zweifeln über die Portofreiheit der ständig angestellten Flusswarte an der Donau, dem Inn, der Isar und der Salzach für ihren dienstlichen Verkehr mit den ihnen vorgesetzten Bau-Aemtern, Werk- und Wegmeistern wird sämtlichen Postanstalten hiedurch zur Wissenschaft und bezüglichen Darnachachtung eröffnet, dass für die Correspondenz der Flusswarte unter sich, wie mit den ihnen vorgesetzten Baubehörden dieselben Bestimmungen wie für die Correspondenz der Wegmacher Anwendung zu finden haben.

Demgemäss sind nach der allgemeinen Ausschreibung vom 8. Dezember 1844 „die Postportofreiheit der kgl. Baubehörden*) betr.“

- a) die Ausfertigungen der kgl. Bauämter an die Flusswarte portofrei zu belassen, wenn dieselben zur Briefpost geeignet und mit den nach § 2 der kgl. allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 „die Postportofreiheit in Amtssachen betr.“ erforderlichen Kennzeichen einer portofreien Dienstsache versehen sind,
- b) die dienstlichen Correspondenzen der Flusswarte, sowie die Sendungen von Dienstpapieren derselben an die kgl. Bau-Aemter, Werk- und Wegmeister,

*) Siehe diese.

sowie unter sich dagegen nur dann als portofreie Dienstsachen zu behandeln, wenn die Versendungen mittels der Briefpost geschehen.

Eine Portofreiheit auf den Fahrpost findet für den dienstlichen Verkehr der Flusswarte nicht statt.

München, den 1. März 1852.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Forstämter.

Siehe Forstbehörden.

Forstbehörden.

Nr. 4055.

(Die Postportofreiheit der äusseren Forstbehörden betr.)

I. N. S. M. d. K.

Mit Rücksicht auf die mehrfachen Aenderungen, welche in dem Wirkungskreise der äusseren Forstbehörden eingetreten sind, werden in Nachstehendem die Vorschriften in Bezug auf die Postportofreiheit der Sendungen in Forstdienstsachen den dermaligen Verhältnissen entsprechend erneuert und die kgl. Postanstalten angewiesen, sich von nun an danach zu achten:

- 1) Die äusseren königlichen Forstbehörden, als Forstämter, Revierförstereien (Forstreviere) und die eigens aufgestellten kgl. Communal-Revierförster, sind als kgl. unmittelbare Staatsbehörden zu betrachten, und haben als solche die amtliche Postportofreiheit in allen jenen Fällen anzusprechen, in welchen sie in reinen Staatsdienstsachen (Forstbetriebs- und Forstpolizeisachen) amtliche Correspondenzen und Aktensendungen unter sich, an ihre untergeordneten Behörden und Bediensteten, an andere kgl. unmittelbare Behörden und an die kgl. Gendarmerie-Stationen, ferner an mittelbare Behörden, an die Gemeindestiftungs- und gutsherrlichen Forstverwaltungen und beziehungsweise Forstbediensteten, und selbst auch an Private abzufertigen haben.

Sie sind hiebei keinen anderen Einschränkungen unterworfen, als jenen, welche die kgl. allerhöchste Verordnung vom 23. Juni 1829 — Die Postportofreiheit in Amtssachen betr. — in den §§ 2, 3, 11 und 16 überhaupt festsetzt.

- 2) Die gleiche Bestimmung gilt bezüglich derjenigen Brief- und Aktensendungen, welche von kgl. unmittelbaren Behörden und von den Gendarmerie-Stationen an die kgl. Forstämter und Revierförstereien, sowie deren Beamten und Bediensteten eingehen.
- 3) Unter der obigen allgemeinen Einschränkung sind demnach auch die Correspondenzen und Akten-Sendungen zwischen den kgl. Revierförstern und ihren untergebenen Forstwärtern portofrei abzulassen, und haben Letztere den etwaigen Mangel eines Dienstsiegels durch die auf die Adresse beizufügende Bemerkung:

„In Ermanglung eines Dienstsiegels. Von dem etc. etc.“

zu ergänzen.

- 4) Die Correspondenzen und Aktensendungen der mittelbaren Behörden, der von Gemeinden, Stiftungen, Gutsherren und sonstigen Privaten bestellten Forstverwaltungen und Forstbediensteten an die kgl. Forstämter und Revierförstereien sind dann nur zur portofreien Beförderung anzunehmen, wenn sie an das unmittelbar vorgesetzte kgl. Forstamt oder Forstrevier gerichtet, und mit den äusseren Merkmalen einer portofreien Dienstsache, mithin bei

dem Mangel eines Dienstsiegels mit der denselben ersetzenden Bemerkung versehen sind.

- 5) Die Correspondenzen und Fahrpostsendungen der Gemeinde-, Stiftungs- und herrschaftlichen Forstverwaltungen und Forstbediensteten unter sich sind von der Postportofreiheit ausgeschlossen.
- 6) Geldsendungen sind — unter den allgemeinen Voraussetzungen — nur dann portofrei zu belassen, wenn sie von kgl. Forstämtern ausgehen oder an solche gerichtet sind. Derartige Sendungen von und an andere Forstbehörden sind als portopflichtig, beziehungsweise nach den bestehenden Verordnungen zu behandeln.
- 7) Die zwischen den grossh.-badischen, standesherrlichen Forstmeistern als Forstpolizeibehörden und den unmittelbaren und mittelbaren kgl. bayer. Behörden vorkommende Dienstescorrespondenz ist vom Briefporto frei zu lassen, wenn dieselbe ausschliesslich Forstpolizeisache betrifft und auf der Adresse ausdrücklich als solche bezeichnet ist.

München, den 20. März 1862.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 8599.

(Portofreiheit der äusseren Forstbehörden betr.)

I. N. S. M. d. K.

Den kgl. Postanstalten wird hiemit unter Bezugnahme auf das Ausschreiben vom 20. März 1862 eröffnet, dass nach höchstem Ministerialrescript vom 8. ds. Mts. die den kgl. Oberförstern für ihre dienstliche Correspondenz zustehende Portofreiheit auch auf die ärarialischen Geldsendungen derselben im dienstlichen Verkehr mit den unmittelbaren kgl. Behörden ausgedehnt worden ist.

Es sind daher nunmehr solche Geldsendungen nach den Bestimmungen der kgl. allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829, die Postportofreiheit in Amtssachen betr., zu behandeln.

München, den 30. März 1865.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 32293.

(Postportofreiheit betr.)

Kgl. Regierung von Oberbayern, Kammer der Finanzen.

Aus Veranlassung einer Zuschrift der Generaldirektion der kgl. Verkehrsanstalten Postabtheilung vom 24. l. M. wird das k. Forstamt zur künftigen Beachtung darauf aufmerksam gemacht, dass sich die portofreie Beförderung von Fahrpostsendungen gemäss § 11 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 „die Portofreiheit in Amtssachen betr.“ auf Gelder und Akten beschränkt und ausserdem lediglich nur noch die Ueberführungsgegenstände in Strafsachen, keineswegs aber Wildstücke portofrei zu befördern sind.

München, den 30. Dezember 1878.

An sämtliche kgl. Forstämter Oberbayerns.

Nr. 1711.

(Postportofreiheit der äusseren Forstbehörden betr.)

Die Beilagen des Berichtes vom 9. ds. folgen unter Hinweisung auf die allgemeine Ausschreibung im Verordnungsblatte Nr. 8 vom 20. März 1862 zurück; worin die Grenzen der Portofreiheit der äusseren Forstbehörden genau angegeben sind. Hinach ist die Correspondenz derselben ausnahmslos portofrei zu behandeln sobald dieselbe Staatsdienstsache im Forstbetrieb oder Aufsichtsdienste betrifft.

Dagegen ist jene Correspondenz portopflichtig, welche aus der Thätigkeit der äusseren Forstbehörden in ihrer Eigenschaft als forstwirthschaftliche Betriebsbehörden für Gemeindewaldungen hervorgeht. Zu dieser Thätigkeit werden die kgl. Forstbetriebsbeamten von den Gemeinden lediglich in deren Interesse unter Zustimmung der kgl. Kreisregierungen berufen, hiefür auch aus Gemeindemitteln honorirt, und insoferne stehen dieselben bei Ausübung dieser Funktion in dem Dienste der Gemeinden. In dieser Eigenschaft geniessen dieselben daher weder aktive noch passive Portofreiheit.

München, den 18. Januar 1868.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Forsteiförster.

Siehe Forstbehörden.

Forstgerichtsboten.

Auszug. — Nr. 39,787.

(Postportofreiheit in Amtssachen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Der amtlichen Correspondenz der Forstgerichtsboten in der Pfalz mit den Staatsprocuratoren wird Portofreiheit in derselben Weise und unter den nämlichen Bedingungen eingeräumt, wie solche der Correspondenz der Gerichtsboten der Pfalz mit den Beamten der Staatsbehörden in Untersuchungssachen durch Ausschreiben vom 18. Januar 1852 Nr. 535 b (siehe Gerichtsboten) bewilligt wurde. Bemerkt wird, dass die bezüglichen Correspondenzen von den Forststraferichtsboten an die Staatsprocuratoren mit der Bezeichnung „Forststraferichtssache“ versehen sein müssen.

München, den 7. December 1866.

General-Direktion der königlichen Verkehrsanstalten.

Forstpolizeibehörden.

Siehe Forstbehörden.

Franziskaner.

Auszug. — Nr. 8094.

(Briefportofreiheit.)

Auf Befehl S. M. d. K.

Der Provinzial der Franziskaner-Klöster hat in einer unmittelbaren Vorstellung an Seine Majestät den König die Bitte gestellt, den bezeichneten Klöstern die Briefportofreiheit ertheilen zu wollen, und es haben Allerhöchstdieselben vermöge Signats vom 23. d. Mts. Sich bewogen gefunden:

„Diese Bitte, auf so lange Seine Majestät nicht anders verfügen, unter Anordnung genauer Aufsicht gegen den Missbrauch der Briefportofreiheit, allergnädigst zu gewähren.“

München, den 30. Dezember 1834.

Staatsministerium des königlichen Hauses und des Aeussern.

Siehe persönliche Postportofreiheit.

Frohnfestefournituren sind nach § 11 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 von der Postportofreiheit ausgeschlossen.

Gantcommissäre.

Siehe Untersuchungsrichter.

Garnisonslazarethe.

Siehe Militärbehörden.

Garnionsprediger.

Siehe § VII Anmerkung der Instruction zum Portofreiheitsgesetz.

Gebühren aus öffentlichen Versteigerungen.

Vide Gemeindebehörden. (Generale 105.)

Gebühren von Werthpapieren und Lombarddarlehen.

Nr. 10979.

(Gebühren von Werthpapieren und Lombard-Darlehen; hier Postporto betr.)

Zur Wissenschaft und entsprechenden postalischen Behandlung der einschlägigen Sendungen von Behörden und bezw. Privaten wird den k. Postanstalten eine Bekanntmachung des k. Staatsministeriums der Finanzen vom 26. vor. Mts. bezeichneten Betreffs in nachstehendem Abdrucke mitgetheilt.

München, den 8. August 1880.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Bekanntmachung.

(Gebühren von Werthpapieren und Lombard-Darlehen, hier Postporto betr.)

Kgl. Staatsministerium der Finanzen.

Das kgl. Staatsministerium sieht sich im Einvernehmen mit dem kgl. Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeussern veranlasst, unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 25. September vor. Js., die Gebühren von Werthpapieren und Lombard-Darlehen betr. (Gesetz- und Verordn.-Bl. S. 1256) darauf aufmerksam zu machen, dass die Einsendung von Werthpapieren und Formularen zu Urkunden über Lombard-Darlehen an die mit der Abstempelung befassten Aemter und die Rücksendung der abgestempelten Werthpapiere und Formulare an die Parteien, sowie die Einsendung der treffenden Gebühren an die einschlägigen Kreiskassen und sonstigen Erhebungsstellen seitens der Parteien der Postportopflicht unterliegt.

München, den 26. Juli 1880.

Gebührenbeträge, deren Versendung an die empfangsberechtigte Behörde oder Kassa.

Siehe Gemeinde-Behörden. (Entschl. v. 8. August 1880 Nr. 7376.)

Gefangenen-Anstalten.

Nr. 12877.

(Portofreiheit in Amtssachen, hier die Strafanstaltsverwaltungen betr.)

Kgl. Staatsministerium der Justiz.

Aus einem von dem kgl. Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeussern anher mitgetheilten Berichte der kgl. General-Direction der Verkehrsanstalten hat das Staatsministerium entnommen, dass die Vorschriften der allerhöchsten Ver-

ordnung vom 23. Juni 1829, die Portofreiheit in Amtssachen betr., rücksichtlich der Briefpostsendungen der Strafanstaltsverwaltungen an Privatpersonen nicht durchweg die richtige Anwendung erfahren.

Aus Anlass dessen werden die kgl. Zuchthaus- und Gefangenen-Anstaltsverwaltungen im Einverständniss mit dem k. Staatsministerium des k. Hauses und des Aeussern darauf hingewiesen, dass nach den Vorschriften der erwähnten allerhöchsten Verordnung nur jene Sendungen der Strafanstaltsverwaltungen an Privatpersonen, welche sich lediglich auf den staatspolizeilichen Wirkungskreis der Strafanstalten beziehen, als Regierungssachen sich zur portofreien Behandlung eignen, dass dagegen Sendungen der Anstaltsverwaltungen an Private, welche den Geschäftsbetrieb in der Anstalt, den Bezug oder Absatz von Manufacturen und Rohproducten, die Lieferung von Lebensmitteln und dergleichen betreffen, weil nicht ausschliessend das Staatsinteresse berührend, als portopflichtig zu behandeln sind.

Briefschaften dieser letzteren Art, bei welchen die Entrichtung des Postporto füglich dem Adressaten angesonnen werden kann, sind auf der Adresse als „portopflichtige Dienstsache“ zu bezeichnen.

München, den 27. September 1880.

Nr. 2880 II.

(Portofreiheit in Amtssachen betr.)

Kgl. Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeussern.

Gemäss Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des Innern vom 2. l. Mts. Nr. 14724 sind die vom k. Staatsministerium der Justiz unterm 27. vor. Mts. bezüglich der Briefpostsendungen der Strafanstalten getroffenen Anordnungen gleichmässig bei den Verwaltungen der Arbeitshäuser, sowie der Staatserziehungsanstalt Speyer anzuwenden, was der kgl. General-Direktion im Nachgange zur Entschliessung vom 27. September l. Js. Nr. 12877 eröffnet wird.

München, den 9. Oktober 1880.

Gehaltsabzüge von Beamten und Bediensteten.

Nr. 15616.

(Portofreiheit betr.)

Die Berichtsvorlagen vom 29. v. Mts. in bezeichnetem Betreffe folgen mit der Eröffnung zurück, dass die Versendung vom Gehalts- bzw. Pensionsabzügen nur portopflichtig sein kann.

München, den 7. Dezember 1879.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 6434.

(Portofreiheit betr.)

Es wird eröffnet, dass die Versendung von Gehaltsabzügen von in die Gant gerathenen Beamten oder Bediensteten an das Konkursgericht oder an den Vertheilungskommissär als Parteisache zu betrachten ist. Die bezüglichen Sendungen sind daher, obwohl sie von einer Staatskassa herrühren, aber nicht zu Staatszwecken, sondern zu Parteizwecken erfolgen, nach den Bestimmungen

der §§ 3 und 12 der k. Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829, die Postportofreiheit in Amtssachen betreffend, als portopflichtig zu behandeln.

München, den 19. Juli 1880.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Geldkisten leere.

Nr. 9359.

(Die portofreie Versendung leerer Geldsäcke und Geldkistchen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Man sieht sich veranlasst, darauf aufmerksam zu machen, dass nur die zwischen kgl. Kassen und Aemtern zu versendenden leeren Geldsäcke, in welchen Baarschaften des Staates abgeliefert oder versendet wurden, ausnahmsweise portofrei befördert werden dürfen, wenn sie nicht in Kistchen, sondern auf ersichtliche Weise in Papier verpackt und nach Vorschrift des § 2 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 „die Portofreiheit in Amtssachen betr.“ als „Regierungssache“ erkennbar sind, dass dagegen leere Geldkistchen oder Geldfässer durch die Postanstalt nicht portofrei an die Aufgabs-Behörde zurückgesendet werden dürfen, und desshalb die kgl. Behörden angewiesen sind, die Staatsgelder nur in Säcken zu versenden, oder — wenn die Rücksendung leerer Geldkistchen etc. unvermeidlich sein sollte — diese durch andere Gelegenheit als die Post zu bewerkstelligen.

Sollte dessenungeachtet von kgl. Behörden eine solche Rücklieferung durch die Post bewirkt werden wollen, so ist denselben unter Bezugnahme auf vorstehende Bestimmungen sofort bei der Aufgabe zu bemerken, dass jene nur gegen Entrichtung des tarifmässigen Porto geschehen könne.

München, den 4. December 1844.

General-Administration der königlichen Posten.

Geldsäcke, leere.

Nr. 6490.

(Die portofreie Versendung leerer Geldsäcke betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nach den durch allgemeine Ausschreibung vom 4. December 1844 Nr. 9359 erneuerten Vorschriften dürfen leere Geldsäcke unter der Bezeichnung R. S. ausnahmsweise portofrei versendet werden, wenn dieselben von den k. Kassen an die Aufgabsämter zur Wiederverwendung zurückzugehen haben.

Lieferungen neuer Geldsäcke dagegen unterliegen nach § 11 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 gleich allen andern staatsdienstlichen Sendungen, welche nicht in Akten und Geldern bestehen, dem Porto auch dann, wenn dieselben unter der Bezeichnung R. S. von einer Behörde an eine andere versendet werden.

Hienach haben sich sämtliche Postanstalten bei vorkommenden Sendungen der Art geeignet zu achten.

München, den 31. Mai 1851.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Geldstrafen, Geldstrafantheile.

Vide Gemeindebehörden. (Regierungs-Entschliessung d.d. 25. März 1879 Nr. 5637.)

Gemälde-Galerien, königliche.

Kupferstich-Cabinet und Sammlung der Handzeichnungen,
Vereinigte Sammlungen im ehemaligen Gallerie-Gebäude am Hofgarten,
Gemälde-Gallerie im kgl. Lustschlosse zu Schleissheim und Lustheim,
Gemälde-Gallerie in Augsburg,

Gemälde-Gallerie und Gemälde-Sammlung in der Moritz-Kapelle zu Nürnberg,
sind der Central-Gemälde-Gallerie-Direction in München unterstellte Staatsanstalten
und haben als solche im Sinne der allerbh. Verordnung vom 23. Juni 1829 Post-
portofreiheit zu beanspruchen.

Gemeinde-Behörden.

Nr. 5096.

(Die Portofreiheit der Versendungen der Armenpflegschaftsräthe betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nach vorliegender Anzeige kommen nicht bloss von königlich unmittelbaren,
sondern auch von mittelbaren Behörden, Magistraten etc. etc. häufig Correspon-
denzen und Sendungen an die Armenpflegschaftsräthe, sowie von diesen an jene
mit der Bezeichnung „R. S.“ oder „A. S.“ vor, welche mit Rücksicht auf diese
Bezeichnung von den Postanstalten ohne Taxberechnung belassen werden.

Da jedoch nach der höchsten Ministerial-Entschliessung vom 5. August 1841
den Armenpflegschaftsräthen eine Portofreiheit in der Regel nicht zukommt, und
solche daher auch mit alleiniger Ausnahme der die Staats-Curatel betref-
fenden Correspondenz mit der vorgesetzten Curatel-Behörde zur Bezeich-
nung ihrer Versendungen mit „R. S.“ oder „A. S.“ nicht berechtigt sind, so
werden sämtliche Postanstalten hiedurch auf die angezogene höchste Ministerial-
Entschliessung wiederholt mit dem Auftrage aufmerksam gemacht, hienach die
Correspondenz etc. an und von Armenpflegschaftsräthen in der Regel gleich jener
an und von Privaten zu behandeln, und sohin die Bezeichnung R. S. oder A. S.
nur bei den von unmittelbaren königlichen Civil-Behörden an die Armen-
pflegschaftsräthe mit der Briefpost vorkommenden Versendungen zu respektiren,
die Correspondenzen der mittelbaren Behörden, Magistrate etc. mit den Armen-
pflegschaftsräthen, sowie die Aufgaben dieser mit einziger Ausnahme der Send-
ungen an die vorgesetzten Curatel-Behörden aber jedesmal mit der treffenden
Taxe zu belegen.

München, den 31. Mai 1847.

General-Administration der königlichen Posten.

Nr. 15678.

(Portofreiheit, hier Jagdkarten betr.)

Es wird eröffnet, dass die Versendung der Jagdkarten seitens der kgl.
Bezirksämter an die Gemeindebehörden keinen Anspruch auf Portofreiheit haben,
sohin mit dem zutreffenden Porto zu belegen sind.

München, den 19. März 1865.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 3562II.

(Portofreiheit betr.)

Kgl. Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeussern.

Auf den Bericht vom 25. v. Mts. bezeichneten Betreffs, wird der k. Ge-
neral-Direction nach Benehmen mit dem kgl. Staatsministerium der Finanzen er-

widert, dass die von den Gemeindeverwaltungen, Stiftungen etc. etc. zum Zwecke des Umtausches von Staatsobligationen aufgegebenen oder an die Gemeindeverwaltungen, Stiftungen etc. etc. mit neuen Stücken zurückgelangenden Sendungen nicht als Dienstsachen betrachtet werden können und daher mit dem tarifmässigen Postporto zu belegen sind.

München, den 28. November 1877.

An

die General-Direktion der kgl. Verkehrs-Anstalten.

Nr. 2749.

(Postportofreiheit der Gemeinden und Stiftungen betr.)

Auf den Bericht vom 22. ds. im bezeichneten Betreff wird eröffnet, dass die Portopflichtigkeit der Sendung der Hypotheken- und Wechselbank an den Stadtmagistrat N. mit Pfandbriefen im Werth von 37,900 *M* anerkannt werden muss. Allerdings sind die zum Zwecke der Vinkulirung erfolgenden Versendungen von Werthpapieren der Gemeindebehörden und Stiftungen portofrei zu behandeln; im vorliegenden Falle aber war die Versendung eine Folge des Verwaltungsgeschäftes und die Vinkulirung nur nebensächlich. Nachdem aber alle Versendungen, welche aus der Verwaltung des Vermögens von Stiftungen und Communen entstehen, portopflichtig sind, war auch oben bezeichnete Sendung als eine solche zu behandeln, und kann der Umstand, dass mit dem Umtausch der Obligationen zugleich die Vinkulirung verbunden worden ist, die an und für sich portopflichtige Sendung nicht zu einer portofreien machen.

München, den 28. Februar 1878.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 3070. — Generale Nr. 25.

(Portofreiheit der Gemeinde-Verwaltungen betr.)

Zur Beseitigung der vielfach entstandenen Zweifel über den Umfang der Postportofreiheit im dienstlichen Verkehre der Gemeindebehörden rechts des Rheines wird den kgl. Postanstalten Nachstehendes zur Kenntniss und Darnachachtung bekannt gegeben:

I.

Die Gemeindeverwaltungen und Bürgermeisterämter, sowie die Gemeindebehörden überhaupt, wie Armenpflegen und Armenpflegschaftsräthe, Kirchenverwaltungen etc., sind als mittelbare Behörden in ihrem dienstlichen Verkehre innerhalb Bayern mit den kgl. unmittelbaren Civil- und Militärbehörden oder im dienstlichen Verkehre unter sich von der Entrichtung des Postporto befreit, entweder

- 1) auf Grund der kgl. Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829, die Postportofreiheit in Amtssachen betr., oder
- 2) auf Grund höchster ministerieller Genehmigungen.

II.

Auf Grund der kgl. allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 ist für alle jene Sendungen von und an Gemeindebehörden kein Postporto zu entrichten, welche eine Staatsdienstangelegenheit betreffen und für welche das Postporto, wenn es zur Aufrechnung käme, aus der Staatskasse bezahlt werden müsste. Zu dieser Gattung von Sendungen gehören hauptsächlich die Correspondenzen in Conscriptions und Steuerangelegenheiten, in Criminal- und Polizeisachen und in Dienstaufsichts-(Staatscuratel-)Sachen, ferner die Staatszuschüsse, welche von kgl. unmittelbaren Behörden an Gemeindeverwaltungen zur Unterhaltung von

Gemeindeanstalten etc. versandt werden. Portopflichtig sind demnach alle jene Correspondenzen und Aktensendungen, welche die Interessen der Gemeinden oder Gemeindeangehörigen, die Verwaltung des Gemeindevermögens oder eines unter der Verwaltung einer Gemeindebehörde stehenden Stiftungsvermögens betreffen, sonach auch alle Geldsendungen im Verkehre zwischen Gemeindebehörden unter sich oder im Verkehre zwischen Gemeindebehörden und den kgl. unmittelbaren Behörden, welche nicht Staatszuschüsse sind oder nicht in die Kategorie der sub III bezeichneten Geldsendungen gehören.

III.

Auf Grund höchster ministerieller Genehmigung sind im dienstlichen Verkehre portofrei zu befördern die Sendungen von

- 1) Collekten-Geldern,
- 2) Verpflegungsgelder und Kurkosten für Heimathlose und Ausländer,
- 3) rentamtlichen Tax-Rückersätzen,
- 4) Verpflegungs- und Unterstützungs-Gelder für Soldaten und Reservisten,
- 5) Einquartierungs-Geldern und Kurkosten für verstellte Militärpferde,
- 6) Reisevorschüssen und Reiseentschädigungsgeldern für Soldaten,
- 7) Zeugengebühren,
- 8) Hundesteuer-Beträgen und Herstellungskosten der Hundezeichen und Formulare (Generale Nr. 110),
- 9) einzusendenden Taxen an die Verwaltung des Dienstbücher-Verlags für Dienstboten- und Arbeitsbücher,
- 10) Taggeldern und Abschätzungsgebühren von den Aufschlag-Einnehmereien an die Gemeindeverwaltungen für die im Vollzuge des Tabacksteuergesetzes beteiligten Gemeindemitglieder,
- 11) Rückvergütungen vorgelegter Eisenbahnfahrttaxen für Arrestanten.

Alle anderen Geldsendungen bzw. Postanweisungen von und an Gemeindebehörden, sowie alle Effektsendungen mit alleiniger Ausnahme der Ueberführungsgegenstände (*corpora delicti*) sind portopflichtig. Die Versendung von Werthpapieren (Obligationen und Pfandbriefen) ist nur dann portofrei, wenn die Werthpapiere zum Zwecke der Vinkulirung versandt oder die vinkulirten Werthpapiere zurückgesandt werden. Wird jedoch mit der Vinkulirung ein Umtausch der Werthpapiere verbunden, oder wird der Umtausch nur allein bezweckt, so ist für die Tour- und Retoursendung das treffende Porto zu bezahlen.

IV.

Zur Begründung der portofreien Beförderung im Verkehre zwischen den mittelbaren Gemeindebehörden ist nothwendig, dass auf den Adressen der Correspondenzen bzw. den Postpacketadressen und Postanweisungen neben den übrigen für die portofreie Beförderung vorgeschriebene Bezeichnung auch der Betreff der Sendung kurz angegeben werde.

Im Verkehre mit den unmittelbaren kgl. Civil- und Militärbehörden ist diese Betreffangabe erlassen, mit Ausnahme bei den eben sub III bezeichneten Geld- und Werthsendungen bzw. Postanweisungen, für welche sie ausnahmslos erforderlich ist, sei es, dass die Sendungen von Gemeinde- oder von unmittelbaren kgl. Civil- oder Militärbehörden abgesandt werden.

V.

Die von Magistraten der unmittelbaren Städte in portofreien Dienstsachen zur Aufgabe gelangenden oder an sie gerichteten Schreiben, Akten und Geld-

sendungen werden hinsichtlich der portofreien Bezeichnung wie die Sendungen der unmittelbaren kgl. Behörden behandelt.

Die unmittelbaren Städte im Königreiche Bayern sind:

Amberg, Ansbach, Aschaffenburg, Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Deggen-
dorf, Dillingen, Dinkelsbühl, Donauwörth, Eichstädt, Erlangen, Freising, Fürth,
Günzburg, Hof, Ingolstadt, Kaufbeuren, Kempten, Kitzingen, Landsberg, Landshut,
Lindau, Memmingen, München, Neuburg a. D., Nördlingen, Nürnberg, Passau,
Regensburg, Rosenheim, Rothenburg a. T., Schwabach, Schweinfurt, Straubing,
Traunstein, Weissenburg und Würzburg.

VI.

Die Correspondenzen und Aktensendungen der mittelbaren Gemeindebehörden an die ihnen unmittelbar vorgesetzten kgl. Bezirksämter sind auch in dem Falle unbeanstandet abzugeben, wenn zur Vermuthung Anlass gegeben sein sollte, dass die Sendung ihrem Inhalte nach portopflichtig sei.

Die mit der portofreien Bezeichnung versehenen Sendungen an andere unmittelbare kgl. Behörden oder an mittelbare Behörden sind zu beanstanden und mit dem betreffenden Porto zu belegen, wenn bestimmte Gründe zu einem Verdachte des Irrthums oder des Missbrauchs obwalten.

VII.

Correspondenzen und Aktensendungen der Gemeindebehörden an Behörden im Reichspostgebiete, Württemberg, Oesterreich-Ungarn und der Schweiz dürfen, wie jene der kgl. unmittelbaren Behörden nur frankirt abgesandt werden und sind derartige unfrankirte Sendungen zur Frankirung zurückzugeben.

VIII.

Wenn bezüglich des rechtmässigen Anspruchs auf Portofreiheit einer mit „R.-S.“ etc. etc. bezeichneten Sendung entweder nach Massgabe der bestehenden Verordnung oder aus sonstiger Veranlassung ein Zweifel obwaltet, so haben die Postanstalten mit Ausnahme des unter VI im ersten Absatze bezeichneten Falles das Porto für die Sendung in Ansatz zu bringen und letztere an die Adresse zu bestellen.

Wird die Annahme und Versendung des Porto verweigert, so ist die Sendung auch ohne Bezahlung des Porto der Adressbehörde zu belassen; dagegen diese Behörde um Rückgabe der Adresse oder einer beglaubigten Abschrift derselben und um Bekanntgabe des Betreffs und Inhalt der Sendung auf der zurückzugebenden Adresse unter Berufung auf § 17 der kgl. allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 zu ersuchen. Geht aus dieser Angabe der Adressbehörde die Portofreiheit der Sendung unzweifelhaft hervor, so ist das angerechnete Porto unter Bezeichnung der Karte, in welcher das Porto angerechnet ist, in das Entlastungsmanual unter Beifügung der Adresse bzw. Adressabschrift aufzunehmen. Bleibt aber auch nach Mittheilung des Inhalts der Zweifel über die Portofreiheit oder Portopflichtigkeit noch bestehen, oder ist die Sendung zweifellos portopflichtig, so ist die Adresse bzw. Adressabschrift dem vorgesetzten kgl. Oberpostamte zur weiteren Verfügung vorzulegen.

Die Verordnung vom 29. Februar 1860 (V.-Bl. 1860, p. 54) wird hiedurch ausser Kraft gesetzt.

München, den 12. März 1878.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 6987. — Generale Nr. 29.

(Portofreiheit der Gemeinden und Stiftungen, hier den Umtausch der auf Gulden lautenden Werthpapiere betr.)

Es ist Anlass gegeben, die kgl. Postanstalten darauf aufmerksam zu machen, dass die von den Gemeindeverwaltungen, Stiftungen etc. erfolgenden Versendungen von Werthpapieren in der Guldenwährung zum Zwecke des Umtausches in solche der Markwährung an kgl. Behörden oder an die Bayer. Hypotheken- und Wechselbank in München, sowie die mit neuen Stücken zurückgelangenden Sendungen mit dem tarifmässigen Porto zu belegen sind. Diese Taxbehandlung hat ebenmässig einzutreten, auch wenn mit dem Umtausch eine Devinkulirung und bezw. Vinkulirung verbunden wird. Falls bei den kgl. Postanstalten ein Zweifel über die Portopflichtigkeit entsteht, haben sie nach der Anordnung in Ziffer VIII des Generale Nr. 25 vorzugehen.

München, den 21. Mai 1878.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 3834 II.

(Die Portofreiheit der Gemeinden und Stiftungen betr.)

Kgl. Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeussern.

Auf den Bericht vom 16. Oktober v. Js. wird der Generaldirection Nachstehendes eröffnet:

Wenn das Postamt N. N. einer Postsendung mit Pfandbriefen der süddeutschen Bodenkreditbank, welche behufs Vinculirung von der Kirchenstiftung N. N. zur Beförderung aufgegeben worden waren, die Portofreiheit nicht zugestanden hat, so muss dieses Verfahren als ein korrektes desshalb anerkannt werden, weil die, seinerzeit den Pfandbriefen der Hypotheken und Wechselbank zugesprochene Portofreiheit ausdrücklich nur als eine ausnahmsweise gewährt wurde und daher zu einer analogen Anwendung auf Werthpapiere anderer Banken nicht angethan war.

In Erwägung, dass eine solche Ausdehnung der Portofreiheit keineswegs im Interesse des Staatsärars gelegen ist, soll es auch für die Folge bei den seitherigen Zugeständnissen sein Bewenden haben und ausser den Staatsobligationen und den Pfandbriefen der Hypotheken- und Wechselbank keinerlei Werthobjekten anderer Banken, wenn sie von Gemeinden und Stiftungen behufs ihrer Verbindung versandt werden, Portofreiheit zukommen.

München, den 2. Februar 1879.

An

die Generaldirektion der k. Verkehrs-Anstalten.

Nr. 5637.

(Portofreiheit der Gemeinde-Verwaltungen betr.)

Inhaltlich einer Mittheilung der Generaldirektion der kgl. b. Verkehrsanstalten — Postabtheilung — vom 19. v. Mts. verweigert die Gemeindeverwaltung N. N. die Bezahlung des für eine von der Gerichtsschreiberei des kgl. Landgerichts N. N. an dieselbe als „R.-S.“ bewirkte Sendung von Strafgeldern erwachsenen Porto.

Es wird desshalb Nachstehendes bemerkt:

Nach den Bestimmungen der Posttransportordnung für das Königreich Bayern vom 1. Jänner 1876 (Ges.- u. V.-Bl. S. 50 und fg.) können Briefe und Schreiben mit Werthangabe nur mit der Fahrpost versendet werden (§§ 3 und 63 lit. c). Die Portofreiheit

findet aber bei Versendung von Geldern nur statt, wenn dieselben entweder in die Staatskassen einfließen, oder aus dieser zur Bestreitung der Bedürfnisse des Staates erhoben und versendet werden müssen. (§ 11 der kgl. allerb. Verordnung vom 23. Juni 1829. Reg.-Bltt. S. 521 u. folg.)

Von diesen beiden Voraussetzungen ist bei Versendung von gesetzlich den Gemeinden oder Armenpflegen zufließenden Geldstrafen bzw. Geldstrafantheilen keine gegeben; auch liegt keiner der Fälle vor, für welche die Portofreiheit speziell bewilligt wurde. Es kann daher die Bezeichnung derartiger Sendungen als „Regierungssache“ für gerechtfertigt nicht erachtet werden.

Ebensowenig hat aber der Staat irgend eine Verpflichtung zur Tragung des Porto in den bezeichneten Fällen; denn der Staat steht bezüglich der fraglichen Geldstrafen und Geldstrafantheile zur Gemeinde, bzw. Armenkasse, keineswegs im Verhältnisse des Schuldners zum Gläubiger; derselbe vermittelt lediglich die Perception und Hinausvergütung der von den Verurtheilten an die Gemeinde- oder Armenkasse geschuldeten Beträge.

Hieraus geht hervor, dass das Porto für Sendungen der vorwüflichen Art von den betheiligten Gemeinden bzw. Armenpflege zu tragen ist und wird die Gerichtsschreiberei demgemäss beauftragt, die Gemeindeverwaltung N. N. entsprechend zu belehren.

In Zukunft wird es sich empfehlen, zur Vermeidung von Weiterungen, wenn nur immer thunlich, Geldstrafen bzw. Geldstrafantheile an die Empfangsberechtigten — ohne Vermittelung der kgl. Post bei deren zufälliger Anwesenheit bei Gericht hinauszuvorgüten.

München, den 25. März 1879.

Königliche Regierung „Kammer der Finanzen.“

An

die Gerichtsschreiberei des kgl. Landgerichts N. N.

Nr. 6387.

(Die Portofreiheit der Gemeinden und Stiftungen betr.)

Es wird eröffnet, dass nachdem die seiner Zeit eingeräumte Portofreiheit für die Einsendung von Pfandbriefen an die Hypotheken und Wechsel-Bank behufs Vinkulirung und für die Rücksendung der devinkulirten Papiere an die Gemeinden und Behörden nur eine ausnahmsweise Begünstigung ist, jeder weitere Schriftenwechsel, also auch die Empfangsanzeige portopflichtig ist.

München, den 10. Mai 1879.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 8403.

(Portofreiheit für Veteranen-Unterstützungsgelder betr.)

Auf den Bericht in bez. Betr. wird eröffnet, dass die Versendung der Veteranen-Unterstützungsgelder seitens der kgl. Rentämter an die Gemeindeverwaltungen portopflichtig ist.

München, den 22. Juni 1879.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 12,842. — Generale Nr. 80.

(Postportofreiheit in Amtssachen betr.)

Es ist die Anfrage gestellt worden, ob die von Gemeindeverwaltungen, Stiftungen etc. zur Convertirung an die kgl. Rentämter einzusendenden $4\frac{1}{2}\%$ igen Eisenbahnobligationen als Staatskuratelsachen portofrei zu behandeln seien?

Den kgl. Postanstalten wird daher zur Darnachachtung bekannt gegeben, dass, wie die zum Zweck des Umtausches von Staatsobligationen der Guldenwährung in solche der Reichswährung aufgegebenen und mit neuen Stücken zurückgelangten Sendungen als portopflichtig zu behandeln waren, so auch die Versendungen aus Anlass der Convertirung der 4 1/2 % igen Eisenbahnobligationen als portopflichtig zu behandeln sind.

München, den 5. Oktober 1879.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 2622. — Generale Nr. 105.

(Portofreiheit der Gemeindebehörden, hier Versendung der Gebühr aus öffentlichen Versteigerungen betr.)

Nach Art. 221 des Gesetzes über das Gebührenwesen vom 18. August 1879 unterliegen öffentliche Versteigerungen von beweglichen Sachen und von Nutzungen, welche nicht den Immobilien gleich zu achten sind, einer Gebühr zu 1 vom Hundert des erzielten Gesamterlöses.

Diese Gebühren werden nach mehrfach gemachter Wahrnehmung von Gemeindebehörden erhoben oder bei denselben erlegt und von den Magistraten bzw. Bürgermeisterämtern an die kgl. Rentämter in Sendungen mit der Bezeichnung „R.-S.“ „Versteigerungsgebühr“ abgeliefert.

Den kgl. Postanstalten wird dessfalls zur Darnachachtung eröffnet, dass die Abgabepflichtigen die Gebühren bei den einschlägigen kgl. Rentämtern selbst zu erlegen haben und dass, wenn die Versendung durch die Post bewerkstelligt werden will, das treffende Porto bei der Aufgabe zu bezahlen ist.

Jene Geldsendungen, welche allein von den Gemeindebehörden portofrei abgesandt werden dürfen, sind in dem Generale Nr. 25 und 30 speziell aufgeführt und ist für alle anderen Geldsendungen der Gemeindebehörden das treffende Porto zu erheben.

München. den 12. März 1880.

General-Direction der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 7376.

(Portofreiheit betr.)

Nach § 10 Abs. 3 der kgl. Verordnung vom 20. September 1879, die Ausführung des Reichsgerichtskostengesetzes etc. betreffend, ist der durch die Erhebung und Verrechnung der Gebühren veranlasste interne Verkehr der Behörden unter sich einschliesslich der Geldsendungen zwischen denselben allerdings als Diestsache anzusehen und demnach portofrei zu belassen; unter dem in dem genannten Absatz 3 erwähnten Verkehr kann aber unstreitig nur der Verkehr zwischen jenen Behörden verstanden werden, welche durch Gesetz oder Verordnung mit der Einhebung oder Verrechnung der Gebühr, um welche es sich im einzelnen Falle handelt, betraut sind, also z. B. der Verkehr zwischen den Gerichtsschreibereien und den kgl. Rentämtern in Bezug auf die angefallenen Gerichtskosten.

Wenn sich Behörden freiwillig dazu verstehen, bei der Uebersendung des von einer Privatperson zu zahlenden Gebührenbetrages an die empfangsberechtigte Behörde oder Kasse ihre Vermittlung eintreten zulassen, so liegt hierin kein Grund derartige Sendungen, die lediglich im Privatinteresse geschehen, als porto-

frei zu behandeln, wie diess auch in der Entschliessung des k. Staatsministeriums der Finanzen vom 9. September 1849*), die Portofreiheit der Magistrate betreffend, ausdrücklich ausgesprochen worden ist.

Da nun die Einhebung von Gebühren den Gemeindebehörden nur in jenen Fällen obliegt, in welchen die Gebühren in Folge der amtlichen Thätigkeit der betreffenden Gemeindebehörde selbst erwachsen sind und da nirgends vorgeschrieben ist, dass die Gemeindebehörden dienstlich verpflichtet sind, bei der Einschickung von Gebühren von Seite der Zahlungspflichtigen an die empfangsberechtigte Behörde ihre Vermittelung eintreten zu lassen, so müssen die mit Bericht vom 25. Mai c. vorgelegten Postanweisungen, welche von der Marktgemeinde A. an die Gerichtsschreiberei des kgl. Amtsgerichtes B aufgegeben wurden und durch welche die von Angehörigen der Gemeinde A an die genannte Gerichtsschreiberei geschuldeten Beträge an diese letztere zur Einsendung gelangten, als Sendungen in Parteisachen angesehen und daher als portopflichtig behandelt werden.

München, den 8. August 1880.

General-Direction der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 13323*).

(Die Portofreiheit der Magistrate betr.)

Staatsministerium der Finanzen.

Auf die Berichte vom 21. Juni und 24. Juli d. Js. in bezeichnetem Betreffe wird der kgl. Regierung, K. d. F., nach vorgängigem Benehmen des kgl. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten nachstehende Entschliessung ertheilt:

Es unterliegt keinem Zweifel, dass es zu den Obliegenheiten der Abgabepflichtigen gehöre, die an den Staat schuldigen Steuern und Gefälle nach eingetretener Verfallzeit an den festgesetzten Zahltagen bei dem einschlägigen Rentamte zu erlegen, oder da, wo die Perception durch die Steuervorgeher eingeführt ist, durch den in der Person des Steuervorgehers aufgestellten Bevollmächtigten abführen zu lassen, welcher für die ihm durch die bestimmten Einhebgebühren zukommende Renumeration verpflichtet ist, die Detail-Perception zu besorgen und die von den einzelnen Zahlungspflichtigen erhobenen Geldbeträge im Ganzen an das Rentamt persönlich abzuliefern, resp. im Falle der Verhinderung deren richtige Ueberlieferung in sonst geeigneter Weise zu bewirken. Weder in dem einen noch andern Falle kann demnach dem Staate durch die Abführung resp. Ueberlieferung der Steuer- und Gefällsschuldigkeiten irgend eine Ausgabe erwachsen. Abgesehen nun davon, dass die Einhebung der Staatsgefälle von den Einwohnern des Marktes N. N. durch den Magistrat daselbst — wenn diess anders in Wirklichkeit der Fall ist und die Perception nicht etwa doch durch einen Steuervorgeher besorgt und nur zu dessen Erleichterung, nämlich zur bequemerem und wohlfeileren Einlieferung der eingehobenen Gelder der Weg der Postversendung abusive mittelst Behandlung der Geldsendung als Dienstsache des Magistrates N. N. eingeschlagen wird — immerhin als ein anomales Verfahren zu gelten hat, so darf hiemit doch keinesfalls eine Belästigung resp. Verkürzung des Postärars verbunden werden; es haben vielmehr derlei Versendungen eingehobener Staatsgefälle durch den Magistrat N. N. aus dem Grunde, weil dieses Geschäft nicht in dem Ressort des Magistrates als solchen gelegen ist, sondern weil es lediglich Sache der Abgabepflichtigen ist, ihre Schuldigkeit bei dem percipirenden und verrechnenden Amte entweder persönlich oder mittelst Stellvertretung zu berichtigen und nachdem diese Geldsendungen mithin nicht als eine Dienst-, sondern als eine reine Privat- resp. Partei-Sache anzusehen sind, allerdings dem tarifmässigen Postporto zu unterliegen, wobei es gleichgilt, ob eine sogenannte Requisition des Rentamtes N. N. an den Magistrate N. N. in Mitte liegt oder nicht, da hiedurch die wahre Eigenschaft der Sendung natürlich nicht alterirt werden kann.

Die im Vorstehenden entwickelte Ansicht von der Portopflichtigkeit der fraglichen Geldsendungen des Magistrates N. N. findet auch in den bestehenden Bestimmungen über Portofreiheit im allgemeinen sowohl als über die Portofreiheit der Magistrate insbesondere ihre volle Begründung.

Gemäs Finanzministerial-Entschliessung vom 15. April 1839 Nr. 17859, die Portofreiheit der Magistrate auf den fahrenden Posten betr., haben Magistrate Ilter und somit auch jene Illter Klasse wie in N. N. eine Portofreiheit für Fahrpost und namentlich in Geldsendungen in der Regel nicht anzusprechen, und sind allenfallsige Ausnahmen nach den Bestimmungen der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 die Postportofreiheit in Amtssachen betr. Regier.-Bl. v. Jahre 1829 S. 521 etc. zu würdigen. Unter diesen Bestimmungen ist aber im § 3 grundsätzlich ausgesprochen, dass die gewährte Portofreiheit in Staatsdienstsachen im Allgemeinen einschränkend nur für jene Fälle zu verstehen ist, wenn ausserdem das Porto der Staatskasse zur Last fallen würde, was im gegebenen Falle zufolge obiger Erörterung in keiner Weise zutrifft.

Die kgl. Regierung, K. d. F., hat hienach das k. Rentamt N. N. auf die in Sache erstatteten Berichte geeignet zu verständigen und anzuweisen, zugleich aber auch im Benehmen mit der kgl. Regierungskammer des Innern die Verfügung zu veranlassen, dass der Magistrat zu N. N. im Falle künftiger Versendung percipirter Staatsgefälle an das Rentamt N. N. durch die Postanstalt das betreffende Postporto — auf Rechnung der beteiligten Abgabepflichtigen wie sich von selbst versteht, — jedesmal sofort bei der Aufgabe unweigerlich zu berichtigen und dadurch weitere Anstände der Postverwaltung zu beseitigen habe.

München, den 9. September 1849.

Auf Seiner Königlichen Majestät allerhöchsten Befehl.

An die
kgl. Regierung, K. d. F.

Nr. 11307.

(Portofreiheit betr.)

Unter Hinweis auf die Entschliessung vom 8. August l. Js. Nr. 7376 wird eröffnet, dass das Entscheidende dafür, dass Sendungen, durch welche die von einer Privatperson geschuldeten Beträge von Seite einer Gemeindebehörde der empfangsberechtigten Staatsbehörde oder Staatskassa übermittelt werden, als portopflichtig zu behandeln sind nicht darin liegt, dass die betr. Gemeindebehörde ihre Vermittlung freiwillig anbietet oder von der vorgesetzten Behörde zu dieser Vermittlung beauftragt wird, sondern darin, dass derartige Sendungen eben Partei-sache sind. Sendungen der in Rede stehenden Art sind daher auch dann portopflichtig, wenn die betr. Gemeindebehörde von der empfangsberechtigten Staatsbehörde oder Staatskassa zur Einhebung des geschuldeten Betrages beauftragt wurde. —

München, den 17. September 1880.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

N.r 4224.

(Portofreiheit der Gemeindeverwaltungen betr.)

Im Bezirke des Oberpostamtes sind nachbezeichnete Schubstationen eingerichtet:

Bissingen, Rentamts Höchstadt,
Nersingen und Wullenstetten, Rentamts Weissenhorn,
Kellmünz, Rentamts Illertissen,
Wemding, Rentamts Monheim,
Wertach, Rentamts Immenstadt,
Kirchheim, Rentamts Türkheim,
Nesselwang, Rentamts Füssen,
Meitingen, Rentamts Wertingen,
Holzen, ebenda,
Reichertshofen, Burgheim, Karlshuld, Rentamt Neuburg a/D.

Diese Schubstationen bzw. die Bürgermeistereien an denselben haben die Eisenbahnfahrttaxen für Arrestanten vorschussweise zu entrichten und zu liquidiren und wird denselben nach erfolgter Revision aus der Staatskassa wieder zurückersetzt. Für diese Geldsendungen müsste sonach das Postporto aus der Staatskassa ersetzt werden, und sind daher dieselben portofrei zu behandeln.

Die kgl. Regierung von Schwaben und Neuburg ist ersucht worden, die betheiligten kgl. Rentämter zu beauftragen, auf der Adresse der Geldsendungen den Betreff kurz anzugeben.

Nachdem die fragliche Einrichtung nur in 2 Regierungsbezirken besteht, wurde von einem bezüglichen allgemeinen Ausschreiben abgesehen und hat das kgl. Oberpostamt wegen der portofreien Behandlung fraglicher Sendungen die Betheiligten mit Weisung zu versehen.

München, den 13. März 1881.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 5823.

(Portofreiheit der Gemeindebehörden, hier die Versendung von gemeindlichen Steuerconcurrentrollen betr.)

Es kann nicht bezweifelt werden, dass zunächst der Staat ein Interesse an der richtigen Herstellung der Steuerconcurrentrollen behufs Erhebung der Steuern hat, daher auch die Versendung dieser Rollen behufs amtlicher Prüfung im staatlichen Interesse erfolgt.

Es ist daher die Versendung dieser Rollen von den Gemeindebehörden an die kgl. Rentämter und umgekehrt unter der Bezeichnung R. S. nicht ferner zu beanstanden.

München, den 8. April 1881.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Abtheilung für Post und Telegraphen.

Nr. 7029.

(Portofreiheit der Gemeindeverwaltungen betr.)

„Auf den Bericht vom 21. ds. im bezeichneten Betreffe wird eröffnet, dass die in dem wieder anliegenden Schreiben des kgl. Rentamtes N. N. bezeichneten Rückersätze aus der Rentamtskassa an die Gemeindeverwaltungen für Verpflegung von Vaganten allerdings den Gemeindeverwaltungen ungeschmälert zukommen müssen, diese Geldsendungen daher portofrei zu behandeln und unter Ziffer III, 2 des Generale Nr. 25 zu subsummiren sind.“ —

München, den 26. April 1881.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Abtheilung für Post und Telegraphen.

Nr. 20612.

(Portofreiheit der Armen-Pfleger betr.)

Auf den Bericht vom 4. ds. Mts. unter Rückschluss der Beilage wird erwidert, dass, nachdem Geldsendungen an Armenpflegen Portofreiheit nicht geniessen, für die Zusendung der der Armenkassa zukommenden Gebühren für Tanzmusikbewilligungen Porto bezahlt werden muss, welches selbstverständlich der betr. Armenpflege zufällt.

Indessen bleibt es dem Ermessen des kgl. Bezirksamtes überlassen, zur Vermeidung der in keinem Verhältnisse zur Gebühr stehenden Porto-Auslagen die Erhebung der Gebühr der Armenpflege zu gestatten oder die Ausbezahlung der erhobenen Gebühren an die Armenpflegen in irgend einer geeigneten Weise zu bethätigen.

München, den 30. Juli 1881.

Königliche Regierung von Oberbayern.

Kammer des Innern.

Gemeinde-Verwaltungen.

Siehe Gemeindebehörden.

General-Auditoriat genießt Portofreiheit.

Gendarmerie.

Nr. 20,712.

(Portofreiheit der Geldsendungen der Gendarmerie-Brigaden und Stationen untereinander betreffend.)

I. N. S. M. d. K.

Nachdem sich bezüglich der Anwendung der über die Portofreiheit in Amtssachen gegebenen Bestimmungen auch die zwischen Gendarmerie-Brigaden oder Stationen untereinander öfters vorkommenden Geldsendungen Anstände ergeben haben, wird Nachstehendes zur Darnachachtung eröffnet.

Die Postportofreiheit der Gendarmerie-Stationen erstreckt sich nicht bloss nach § 4., Ziff. 6. der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 auf die Correspondenz mit den vorgesetzten militärischen Oberbehörden, sondern auch nach den allgemeinen Grundsätzen über amtliche Portofreiheit auf den Verkehr mit den andern Stationen und Brigaden, insoferne derselbe durch die dienstlichen Verhältnisse veranlasst ist für Brief- und Fahrpostsendungen und hat somit auch bei der Zusendung von Geldern (Löhnungen, Zulagen etc.) unter den einzelnen Brigaden oder Stationen Anwendung zu finden

Um aber solchen Geldsendungen, als amtlichen, die portofreie Beförderung zu Theil werden lassen zu können, wird erfordert, dass die absendende Brigade oder Station auf der Adresse genannt, die Sendung ebenfalls an eine Gendarmerie-Brigade oder Station selbst ohne Beifügung von Privatnamen gerichtet, mit R. S. und der Geschäftsnummer bezeichnet und mit dem Dienstsiegel verschlossen oder in dessen Ermanglung mit der entsprechenden Erklärung versehen sei.

Im Falle gegründeter Bedenken über die Rechtmässigkeit der Anspruches auf Portofreiheit bei einer derartigen mit R. S. bezeichneten Sendung ist nach Massgabe der gegebenen Direktiven zu verfahren.

München, den 29. Juni 1865.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

General-Conservator der Kunstdenkmäler und Alterthümer.

Vide Alterthümer.

General-Direktion der kgl. Verkehrs-Anstalten ist kgl. Centralstelle und genießt Postportofreiheit.

General-Direktion der Zölle und indirekten Steuern ist kgl. Centralstelle und genießt Portofreiheit.

Geometer.

Siehe Bahngeometer, Bezirksgeometer, Obergemeister und Vorschussgelder für ärarialische Vermessungen.

Gerichtsboten in der Pfalz.

Nr. 535 b.

(Postportofreiheit in Untersuchungssachen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Aus Anlass einzelner Beanstandungen der Postportofreiheit für die Correspondenz der Gerichtsboten in der Pfalz mit den kgl. Staatsprokuratoren und den Beamten der Staatsbehörde (Polizeicommissäre, Bürgermeister, Adjunkten) bei den einfachen Polizeigerichten in Untersuchungssachen wird zur künftigen bezüglichen Darnachachtung eröffnet, dass die Aufgaben der Gerichtsboten an die kgl. Staatsprokuratoren und die vorbezeichneten Beamten der Staatsbehörde, ebenso wie die Correspondenzen dieser an jene in polizeilichen Untersuchungssachen portofrei zu belassen sind, wenn dieselben, insoferne sie an die Gerichtsboten gerichtet sind, den durch die kgl. allerhöchste Verordnung vom 23. Juni 1829 § 2 allgemein vorgeschriebenen Formen genügen, oder insoferne sie von den Gerichtsboten abgesendet werden wollen, an einen der vorbezeichneten Beamten unter blosser Angabe seiner Diensteseigenschaft (somit ohne Beisetzung des Namens) adressirt, auf der Adresse ausdrücklich als „Sache der einfachen Polizeigerichtsbarkeit“ bezeichnet und mit der Namensunterschrift des Gerichtsboten versehen sind.

München, den 18. Januar 1852.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Gerichtskosten.

Siehe Gemeindebehörden. (Entschl. vom 8. August 1880 Nr. 7376.)

Gerichtsschreiber.

Siehe auch Gemeindebehörden. (Regierungs-Entschl. d.d. 25. März 1879 Nr. 5637) und Gerichtsvollzieher.

ad § 2.

Nr. 1719.

(Portofreiheit in Amtssachen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nachstehend wird den königlichen Postanstalten eine höchste Entschliessung des vorgesetzten königlichen Staatsministeriums vom 5. dieses zur Wissenschaft und Darnachachtung eröffnet.

München, den 11. Februar 1871.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten.

Auf den Bericht vom 1. ds. Mts. bezeichneten Betreffs wird der General-Direktion der kgl. Verkehrs-Anstalten — Post-Abtheilung — eröffnet, dass nachdem gemäss Art. 7 der Allerh. Verordnung vom 16. Juni 1870 — die Dienstesvorschriften über die innere Einrichtung der Gerichtsschreibereien betr. —

(Reggs.-Blatt S. 969 ff.) Einlaufs- und Auslaufsjournale bei den Gerichten nicht mehr zu führen sind und in Folge dessen die bezüglichlichen Ausfertigungen keine Expeditions-Nummer mehr erhalten, die Bestimmung des § 2 der Allerh. Verordnung vom 23. Juni 1829 — die Postportofreiheit in Amtssachen betreffend, — wonach die Angabe der laufenden Geschäftsnummer ein Erforderniss zur Begründung der Postportofreiheit bildet, für die Correspondenz und die Sendungen der Gerichte in Staatsdienstsachen ausser Wirksamkeit zu treten habe, was den Postanstalten bekannt zu geben ist.

München, den 5. Februar 1871.

Auf Seiner Königlichen Majestät Allerhöchsten Befehl.

Nr. 12305.

(Abänderungen des Reichs-Gerichtskostengesetzes betr.)

Höchstem Auftrag des kgl. Staatsministeriums des kgl. Hauses und des Aeussern vom 19. ds. entsprechend, wird die Bekanntmachung des kgl. Staatsministeriums der Justiz und der Finanzen rubricirten Betreffs vom 16. ds. den kgl. Postanstalten in nachstehendem Abdruck zur Wissenschaft und Darnachachtung eröffnet.

München, den 23. Juli 1881.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Abtheilung für Post und Telegraphen.

Auszug. — Nr. 9777.

Bekanntmachung.

(Abänderungen des Reichs-Gerichtskostengesetzes betr.)

Kgl. Staatsministerium der Justiz.

Kgl. Staatsministerium der Finanzen.

I.

Endlich dürfen für die von Amtswegen bewirkten Zustellungen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, im Konkursverfahren und in Strafsachen baare Auslagen der Gerichte (Postgebühren, Gebühren und Auslagen der Gerichtsvollzieher) den Parteien nicht mehr in Rechnung gestellt werden (§ 80b), und kommt in Konsequenz dessen auch für das durch den Gerichtsschreiber an die Post gerichtete Ersuchen um Bewirkung einer Zustellung von Amtswegen keine Gebühr mehr in Ansatz (§ 40).

II.

Zum Vollzuge der Bestimmung § 80b des Reichs-Gerichtskostengesetzes wird bemerkt:

- 1) Die Zustellungen von Amtswegen, welche durch die Post erfolgen, sind gleichviel, ob das bezüglichliche Ersuchen von einem Gerichtsschreiber oder Gerichtsvollzieher gestellt ist, der Postgebühr nur insoferne unterworfen, als die Zustellung ausserhalb Bayerns zu erfolgen hat. Die im internen Verkehr von Amtswegen zuzustellenden Schriftstücke sind dagegen portofrei und daher vor ihrer Uebergabe an die Post auf dem Briefumschlage als „Regierungs-Sache“ zu bezeichnen.

Die ausgabliche Verrechnung der auf Ersuchen der Gerichtsschreiber für Zustellungen von Amtswegen ausserhalb Bayerns erwachsenden Postgebühren hat in der bisherigen Weise zu erfolgen.

- 2) Da gemäss der gedachten Bestimmung des Reichs-Gerichtskostengesetzes (§ 80b) die der Staatskasse für Zustellungen von Amtswegen erwachsenden Auslagen (Postgebühren, dann Gebühren und Auslagen der Gerichtsvollzieher) den Parteien nicht mehr aufgerechnet werden können, so dürfen dieselben auch in die bei den Akten befindlichen speziellen Kostenverzeichnisse nicht mehr eingestellt, und ebensowenig in die Gebührenregister und Einzugsregister (Strafkostenregister) übertragen werden.

III.

Der Beginn der Wirksamkeit des erwähnten Reichsgesetzes ist in Art. 4 auf den 15. Juli l. Js. bestimmt. Vom gleichen Tage an treten auch die zu diesem Gesetze vorstehend erlassenen Vollzugsbestimmungen in Wirksamkeit.

München, den 16. Juli 1881.

Gerichtsvollzieher.

Siehe auch Portofreiheit in Armen- und Amtssachen betr. und Gerichtsschreiber. Nr. 3044.

(Die Portofreiheit der Gerichtsvollzieher betr.)

I. N. S. M. d. K.

Die von dem kgl. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten über die Portofreiheit der Gerichtsvollzieher erlassenen Bestimmungen werden den kgl. Postanstalten nachstehend zur Darnachachtung eröffnet.

München, den 9. März 1871.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten.

Dem berichtlichen Antrage vom 17. vor. Mts. bezeichneten Betreffs entsprechend, wird nach Benehmen mit dem kgl. Staatsministerium der Justiz hinsichtlich der Portofreiheit der dienstlichen Correspondenz der Gerichtsvollzieher Nachstehendes bestimmt:

- 1) Die Gerichtsvollzieher geniessen die Portofreiheit für ihre Correspondenz mit den kgl. Gerichten und Staatsanwälten, insoferne sie Staatsdienstsachen betrifft, und nach § 2 der Allerh. Verordnung vom 23. Juni 1829 mit dem Dienstsiegel verschlossen und auf der Adresse der absendende Gerichtsvollzieher und die Bezeichnung „Regierungssache“ angegeben ist;
- 2) die dienstliche Correspondenz der Gerichtsvollzieher unter sich ist unter gleicher Voraussetzung in dem Falle portofrei, wenn die Eigenschaft derselben als Staatsdienstsache auf der Adresse von dem treffenden Gerichtsschreiber unter Beidrückung des Dienstsiegels in derselben Weise bestätigt wird, wie dies bezüglich der Correspondenz der Gerichtsvollzieher mit Advokaten in Armensachen durch die Allerh. Verordnung vom 12. Juni v. Js. (Regierungsbl. Seite 888) bestimmt ist;
- 3) für Geldsendungen, welche an Gerichtsvollzieher gerichtet oder von denselben aufgegeben werden, findet eine Portofreiheit nicht statt.
Hienach sind die Post-Anstalten zu verständigen.

München, den 5. März 1871.

Auf Seiner Majestät Allerhöchsten Befehl.

Nr. 8295.

(Die Portofreiheit der Gerichtsvollzieher betr.)

I. N. S. M. d. K.

Unter Bezugnahme auf die Ausschreibung im Verordnungsblatte Nr. 18 vom 9. März l. Jrs. wird den kgl. Postanstalten nachstehend eine höchste Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten vom 29. vor. Mts. zur Wissenschaft und Darnachachtung bekannt gegeben.

München, den 1. Juli 1871.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 7234.

Königreich Bayern

Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten.

(Die Portofreiheit der Gerichtsvollzieher betr.)

Unter Bezugnahme auf den Bericht vom 18. lfd. Mts. Nr. 7413 wird die kgl. Generaldirektion, Postabtheilung, angewiesen, fortan Geldsendungen, welche die kgl. Rentämter und Gerichtsschreiber an auswärtige Gerichtsvollzieher in Staatsdienstsachen, also zunächst in Strafsachengebühren, zu übersenden haben, portofrei behandeln zu lassen, nachdem die in Rede stehenden Zahlungen aus Staatskassen fliessen, und zur Erfüllung von Staatszwecken dienen.

München, den 29. Juni 1871.

An die General-Direktion der kgl. Verkehrs-
Anstalten, Postabtheilung.

Nr. 2510.

(Die Portofreiheit der Gerichtsvollzieher betreffend.)

I. N. S. M. d. K.

Durch höchste Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des kgl. Hauses und des Aeussern vom 16. ds. wurde auch für Geldsendungen der Militärbehörden an die Gerichtsvollzieher in Strafsachen die Portofreiheit bewilligt, was den kgl. Postanstalten unter Bezugnahme auf die Ausschreibung vom 9. März vor. Jrs. Nr. 3044 im Verordnungsblatt Nr. 18 zur Wissenschaft und Darnachachtung eröffnet wird.

München, den 21. Februar 1872.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 8325.

(Portofreiheit der Gerichtsvollzieher betr.)

Nach Ausschreiben vom 4. Juli 1871 (Verordn.-Bl. Nr. 57) und 21. Februar 1872 (Verordn.-Bl. Nr. 20) sind die Geldsendungen, welche die kgl. Rentämter und Gerichtsschreiber, sowie die kgl. Militärbehörden an auswärtige Gerichtsvollzieher zu übersenden haben, portofrei zu behandeln.

Nachdem nun die Gerichtsvollzieher den Empfang solcher Geldsendungen zu bestätigen haben, folgt aus der für die Geldversendung bewilligten Portofreiheit von selbst, dass auch die durch den Empfang veranlasste Correspondenz portofrei

zu behandeln ist, was zur Beseitigung der dessfalls entstandenen Zweifel und zur Darnachachtung den kgl. Postanstalten eröffnet wird.

München, den 22. Juni 1879.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 13366.

(Postportofreiheit der Gerichtsvollzieher betr.)

Zur Entschliessung auf den Bericht vom 14. ds. im bezeichneten Betreffe wird unter Rückschluss der Vorlagen Nachstehendes eröffnet:

In § 20*) der Bekanntmachung des kgl. Staatsministeriums der Justiz vom 22. September lfd. Js. „Die Dienstesvorschriften für die Gerichtsvollzieher betr.“ ist allerdings ausgesprochen, dass es bezüglich der Postportofreiheit der Gerichtsvollzieher in Staatsdienstsachen bei den bisherigen Bestimmungen verbleibe, welche Bestimmungen sich auf die Correspondenz der Gerichtsvollzieher mit den kgl. Gerichten und Staatsanwälten und auf jene unter sich, sodann auf die Geldsendungen der kgl. Rentämter, Gerichtsschreiber und der kgl. Militärbehörden beschränken. Neben diesen Dienstesvorschriften sind aber vom kgl. Staatsministerium der Justiz durch Bekanntmachung vom 25. September 1879 noch besondere über die Ausführungen der Zustellungen und Anheftungen durch die Gerichtsvollzieher erlassen worden, welche in der Abth. I die Zustellungen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten etc. und in der Abth. II jene in Strafsachen betreffen. Unter der letzteren Abtheilung ist nun und zwar im § 24 Abs. 2**)

*) § 20 der Bekanntmachung des kgl. Staatsministeriums der Justiz vom 22. September 1879, die Dienstesvorschriften für die Gerichtsvollzieher betr..

„Bezüglich der Portofreiheit der Gerichtsvollzieher bei Sendungen in Staatsdienstsachen verbleibt es bei den bisherigen Bestimmungen (vgl. die Entschliessungen vom 5. März 1871, Justiz-M.-Bl. S. 55, vom 29. Juni 1871, Justiz-M.-Bl. S. 240, vom 16. Februar 1872, Justiz-M.-Bl. S. 87). Die Postportofreiheit findet nur bei Sendungen statt, welche in Bayern aufgegeben und im bayerischen Staatsgebiete zu bestellen sind.

Für Sendungen in Armensachen findet in den zur streitigen Gerichtsbarkeit gehörenden Angelegenheiten, vorbehaltlich der noch nach der bayerischen Prozessordnung zu erledigenden Sachen, Postportofreiheit nicht statt.

Der Gerichtsvollzieher ist verpflichtet, den Portobetrag vorschussweise auszulegen. Bezüglich des Ersatzes finden § 21 der R.-G.-O. und die §§ 1, 15 der G.-O. Anwendung.“

**) § 24 der Bekanntmachung des kgl. Staatsministeriums der Justiz.

„Ueber die Ausführung der den Gerichtsvollziehern obliegenden Zustellungen und Anheftungen vom 25. September 1879 (Justizministerialblatt Seite 1233 u. f.)

Die Zustellungen in Strafsachen sind, vorbehaltlich der in den §§ 25—29 enthaltenen besonderen Vorschriften, nach den für Zustellungen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten geltenden Bestimmungen auszuführen (§ 37 der R.-St.-P.-O.)

Der Auftrag zur Vornahme der Zustellung wird dem Gerichtsvollzieher in der Regel von dem Gerichte (Richter oder Gerichtsschreiber) oder von der Staatsanwaltschaft unmittelbar oder unter Vermittelung des Gerichtsschreibers des Amtsgerichts, bei welchem der Gerichtsvollzieher aufgestellt ist, ertheilt. —

Das Recht, Zeugen und Sachverständige zur Hauptverhandlung oder zu dem in § 478 der R.-St.-P.-O. bezeichneten Termine zu laden, steht auch dem Angeklagten (§§ 219, 364, 426 der R.-St.-P.-O.), dem Privatkläger (§ 426 der R.-St.-P.-O.), dem Nebenkläger (§ 437 der R.-St.-P.-O.) und gewissen anderen bei dem Verfahren beteiligten Privatpersonen (vgl. §§ 322, 324, 328, 340, 474, 478 der R.-St.-P.-O.), sowie der Verwaltungsbehörde, welche die Anklage wegen einer Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle selbst erhoben hat, (§ 466 der R.-St.-P.-O.) zu. Der Angeschul-

ausgesprochen, dass der Auftrag zur Vornahme der Zustellung dem Gerichtsvollzieher in der Regel vom Gerichte oder von der Staatsanwaltschaft erteilt wird, und kann daher die Thätigkeit des Gerichtsvollziehers in diesen Fällen nicht nach den Bestimmungen der erstallegirten Bekanntmachung vom 22. September l. Jrs., sondern, weil sie hier ein Ausfluss aus der Strafrechtspflege ist, nach den Bestimmungen über die Portofreiheit in Strafrechtssachen bezw. Criminaluntersuchungssachen beurtheilt werden. Die Bestimmungen über die portofreie Behandlung der Sendungen in Strafsachen im Verkehr innerhalb Bayerns und über die Abführung und Verrechnung des in Strafsachen nachträglich erhobenen Postporto bleiben aber, wie durch Ausschreiben vom 5. ds. (Verordn.-Bl. pag. 466) bekannt gegeben worden ist, ferner in Geltung, und sind daher auch die mit der vorschriftsmässigen äusseren Bezeichnung versehenen Schreiben der Gerichtsvollzieher mit Postzustellungsurkunden in Strafsachen vorbehaltlich der nachträglichen Erhebung des Postporto portofrei zu behandeln, wie solche seither von den Gerichten erlassene Vorladungen gleichfalls portofrei behandelt worden sind.

München, den 31. Oktober 1879.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Germanisches Museum geniesst keine Postportofreiheit.

(Verfügung vom 5. Februar 1859. Verordnungsblatt pag. 34 ausser Kraft gesetzt.)
Siehe auch Aerzte.

Gesandte.

Die Correspondenz der Gesandten von und an ihre Regierungen ist portopflichtig.

Gewerberath.

Sie Handels-, Gewerbe- und Fabrikrath.

Gewerbeschulen.

Siehe Schulbehörden und Taxfondsverwaltung für technische Unterrichtsanstalten, und Kreispensions- und Unterstützungsfond für dienstunfähige Lehrer.

Gewerbsprivilegien-Taxgelder.

Nr. 17404.

(Die Postportofreiheit der Gewerbsprivilegien-Taxgelder betr.)

I. N. S. M. d. K.

Gemäss höchster Ministerial-Entschiessung sind die Versendungen der Gewerbsprivilegien-Taxgelder von den Expeditionsämtern der Kreisregierungen an die Administration des Gewerbsprivilegien-Taxfonds portofrei zu

digte kann unter gewissen Voraussetzungen Sachverständige auch zur Einnahme eines Augenscheines in der Voruntersuchung laden lassen. (§ 193 der R.-St.-P.-O.)

Die Beglaubigung der zu übergebenden Abschriften erfolgt bei den im Auftrage von Privatpersonen oder im Auftrage der Verwaltungsbehörde, welche die Anklage selbst erhoben hat, zu bewirkenden Zustellungen durch den Gerichtsschreiber, bei den im Auftrage der Staatsanwaltschaft zu bewirkenden Zustellungen durch den Staatsanwalt oder, sofern dies durch die vorgeschriebenen Formulare angeordnet ist, durch den Gerichtsschreiber.

belassen; die von den Privilegieninhabern dagegen an die betreffenden Kreisregierungen einzusendenden Taxgelder sind bei deren Aufgabe zu frankiren etc. etc.

München, den 16. September 1855.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 1999.

(Postportofreiheit der Geldsendungen an die Gewerbsprivilegien, Taxfondsverwaltung betr.)

Staats-Ministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten.

Durch Ministerial-Entschliessung von 7. Juli 1846 wurde angeordnet, dass die Sendungen der Gewerbs-Privilegien-Taxgelder, insoweit dieselben von den Expeditions-Aemtern der betreffenden Kreisregierungen an die Verwaltung des Gewerbsprivilegien-Taxfonds zu geschehen haben, auf Postportofreiheit Anspruch haben.

Diese für die Privilegien-Taxgelder gewährte Postportofreiheit wird hiemit auf die ausserdem noch im Verkehre der benannten Verwaltung mit k. Behörden vorkommenden Geldsendungen ausgedehnt, wornach das Weitere zu verfügen ist.

München, den 9. April 1857.

Auf Seiner Königlichen Majestät Allerhöchsten Befehl.

Nr. 28,321.

(Postportofreiheit der Geldsendungen an die Gewerbsprivilegien-Taxfondsverwaltung betr.)

I. N. S. M. d. K.

Den kgl. Postanstalten wird hiemit zur Darnachachtung eröffnet, dass die im Verkehr der Gewerbsprivilegien-Taxfondsverwaltung mit kgl. Behörden vorkommenden Geldsendungen portofrei zu behandeln sind.

München, den 8. November 1861.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 9180.

(Postportofreiheit des Gewerbsprivilegientaxfonds.)

Unter Rückleitung der Beilagen zum Berichte rubr. Betreffs vom 2. Juli et Nr. 13759 wird erwidert, dass die an den Stadtmagistrat N. N. gerichtete Geldsendung als portopflichtig behandelt werden muss, da die Postportofreiheit für Geldsendungen an Gemeindebehörden nur in bestimmten Fällen eingeräumt ist, keiner dieser Fälle aber hier vorliegt.

Auch der Umstand, dass die Sendung von der Gewerbsprivilegientaxfondsverwaltung herrührt, vermag die Portofreiheit nicht zu begründen, denn dem genannten Fond ist die Portofreiheit durch höchste Entschliessung des vormaligen kgl. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten vom 9. April Nr. 1999 nur für Geldsendungen im Verkehre mit kgl. Behörden, nicht aber auch im Verkehre mit Gemeindebehörden eingeräumt.

München, den 29. Juli 1880.

General-Direktion der königlichen Verkehrsanstalten.

Post-Abtheilung.

Gnadenspenden, königliche.

Nr. 35295.

(Postportofreiheit für Sendungen mit kgl. Gnadenspenden betr.)

I. N. S. M. d. K.

Durch die Verordnung vom 6. März 1844 (vide Hofstäbe) ist den Post-Anstalten bereits bekannt gegeben, dass die Sendungen von und an die verschiedenen zur kgl. Hofhaltung gehörigen Stellen und Aemter, Hofstäbe, Hofintendanten und die denselben untergeordneten Dienstesabtheilungen nicht nach den

Bestimmungen über amtliche Portofreiheit, sondern nach jenen über persönliche Portofreiheit zu behandeln sind.

Um nun den von den gedachten Stellen und Aemtern herrührenden Sendungen, insbesondere den Gnadenspenden aus allerhöchsten und höchsten Cabinetskassen die beabsichtigte portofreie Abgabe auch in dem Falle zu sichern, wenn dieselben nicht unmittelbar von den bezüglichen Hofstellen und Aemtern an die Interessenten gelangen, sondern durch eine Behörde des Staates oder einer Gemeinde vermittelt werden sollen, werden in Gemässheit höchsten Rescriptes des kgl. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten vom 30. Oktober 1. Jrs. die Postanstalten angewiesen, alle jene Sendungen, welche von der vermittelnden und auf der Adresse als Absenderin benannten Behörde noch mit einem besondern Beisatze darüber, dass und in wessen Auftrag die Versendung erfolgt, versehen und an Stelle der im gewöhnlichen amtlichen Verkehre üblichen Bezeichnung R. S. mit dem Worte „portofrei“ bezeichnet sind, ohne Berechnung und Einhebung einer Taxe an die Adressaten abzugeben.

München, den 9. November 1864.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Grenzaufseher. — Grenzzollwache.

(Auszug aus der Entschliessung der General-Administration der kgl. Posten d.d. 7. Mai 1846 Nr. 4299.)

- 5) Die von den Gerichten an die Zollbehörden zur Vertheilung zu versendenden Zollstrafbeträge sind als Regierungssache portofrei, dagegen die hievon durch die Zollbehörden an die Aufbringer zu versendenden Antheile als Parteisache portopflichtig.

Sind jedoch derlei Antheile von den Zollbehörden an die Mannschaft der Grenzzollwache zu versenden, so sind dieselben unter dem Betrage von 10 fl. portofrei zu belassen, wenn diese Eigenschaft der Sendung auf der Adresse deklariert, und die Sendung mit dem Dienstsiegel geschlossen ist.

Grundrenten-Ablösungskassa.

Nr. 11420.

(Die Postportofreiheit der Grundrenten-Ablösungskassa betr.)

I. N. S. M. d. K.

Zur Vermeidung von Anständen wird den kgl. Postanstalten hiedurch eröffnet, dass nach höchster Ministerial-Entschliessung die Correspondenzen und Sendungen von der Grundrenten-Ablösungskassa an Behörden und von diesen an jene portofrei zu belassen sind, wenn dieselben mit der Bezeichnung „R. S.“ und den übrigen durch § 2 der kgl. allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 „die Postportofreiheit in Amtssachen betr.“ vorgeschriebenen äusseren Merkmalen einer portofreien Staatsdienstsache versehen sind.

München, den 20. Juli 1853.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Hagel-Versicherungs-Verein.

Auszug aus den Satzungen des Hagelversicherungs-Vereines für das Königreich Bayern vom 4. März 1852.

Alle Certifikate, Contrasignationen und dergleichen, welche öffentliche Stellen und Behörden für den Verein ausstellen, dann die Verpflichtungen der Agenten

und Schätzleute, sowie sonstige Verhandlungen, welche die gedachten Behörden im Interesse des Vereins vornehmen, sind stempel-, tax- und portofrei etc.
Regierungsblatt von 1852 pag. 294.

Handelskammern.

Nr. 4869.

(Die den Handelskammern bewilligte Portofreiheit betr.)

Zufolge höchsten Ministerial-Rescripts vom 6. ds. Mts. haben Seine Majestät der König allergnädigst zu genehmigen geruht, dass die Correspondenzen, welche die neu errichteten Handelskammern mit der vorgesetzten Kreisregierung oder den betreffenden Ministerien über Handels- oder Industriegegenstände zu pflegen haben, von der Portozahlung befreit bleiben, wogegen für alle übrigen Correspondenzen der Handelskammern ohne Unterschied das Porto zu entrichten ist.

Jene Postanstalten an deren Sitze Handelskammern constituirt sind, werden angewiesen, bei der bezüglichen portobefreiten Correspondenz derselben darauf zu sehen, dass diese nach Analogie der Bestimmungen des § 2 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 „die Portofreiheit in Amtssachen betr.“ als solche erkennbar bezeichnet werde.

München, den 29. Juli 1843.

General-Administration der königlichen Posten.

Handels-, Gewerbe- und Fabrikräthe.

Nr. 22557.

(Portofreiheit der Gewerbe-, Fabrik- und Handelsräthe betr.)

I. N. S. M. d. K.

Den kgl. Postanstalten wird hiedurch zur Darnachachtung eröffnet, dass nach Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten vom 3. ds. Mts. die für den Correspondenzverkehr der Gewerbe-, Fabrik- und Handelsräthe mit der vorgesetzten kgl. Kreisregierung und dem kgl. Staatsministerium in Handels- und Industrie-Angelegenheiten zur Zeit eingeräumte Postportofreiheit nunmehr auch für den gleichen Verkehr mit den Distrikts-Polizeibehörden desselben Regierungsbezirkes unter der Bedingung zugestanden ist, dass bei den bezüglichen Correspondenzen von Seite der Gewerbe-, Fabrik- und Handelsräthe ebenso, wie von Seite der Distrikts-Polizeibehörden diejenigen Bestimmungen analog beachtet werden, welche im § 2 der kgl. allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 „die Postportofreiheit in Amtssachen betr.“ für die kgl. Stellen und Behörden im Allgemeinen zur äusseren Kennzeichnung der portofreien Dienstcorrespondenz gegeben sind.

München, den 6. Dezember 1858.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Haupt-Münzamt.

Das kgl. Haupt-Münzamt geniesst der Allerh. Verordnung vom 23. Juni 1829 die Postportofreiheit in Versendung der Correspondenzen, Akten und Staatsgeldern.

Die an das Haupt-Münzamt zur Einsendung kommenden oder von demselben zur Versendung gelangenden Dienstsiegel geniessen keine Postportofreiheit.
Conf. Siegel.

Hebammen.

Siehe Aerzte.

Heimathlose, Verpflegegelder hiefür.

Siehe Gemeindebehörden.

Herzoglich Bayerische Stellen und Aemter geniessen Postportofreiheit auf Grund der dem Herzoglich Bayerischen Familienhause zustehenden Rechte.

Siehe persönliche Postportofreiheit.

Hochschulen. Universitäten.

Siehe auch medicinischer Prüfungs-Senat und Stiftungen.

Hof- und Staatsbibliothek.

Nr. 8923.

(Die Portofreiheit der kgl. Hof- und Staatsbibliothek betr.)

I. N. S. M. d. K.

Aus Anlass mehrerer in neuerer Zeit vorgekommener Differenzen im Betreff der Postportofreiheit der kgl. Hof- und Staatsbibliothek werden den kgl. Postanstalten in Nachstehendem die dessfalls geltenden Bestimmungen zur Darnachachtung in Erinnerung gebracht:

- 1) Die unter der Adresse der kgl. Hof- und Staatsbibliothek eingehenden oder von derselben abzufertigenden Sendungen sind im Allgemeinen nach den Bestimmungen der kgl. Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 zu behandeln und demgemäss für dieselben wie für die Sendungen anderer kgl. Stellen und Staatsanstalten die tarifmässig treffenden Taxen bei der Aufgabe oder Abgabe einzuheben, wenn
 - a) Privatpersonen, denen die Postportofreiheit nicht bewilligt ist, Sendungen unter der Adresse der kgl. Hof- und Staatsbibliothek zur Brief- oder Fahrpost aufgeben,
 - b) von Seite der kgl. Hof- und Staatsbibliothek Versendungen an Privatpersonen mittels der Fahrposten gemacht werden, und
 - c) der Inhalt der zwischen der kgl. Hof- und Staatsbibliothek und anderen Behörden vorkommenden Versendungen mit der Fahrpost in anderen Gegenständen als Akten und Geldern besteht.

Eine Ausnahme von letzterer Bestimmung bilden lediglich die von inländischen Buchhandlungen durch Vermittlung der Lokalpolizeibehörden einzusendenden Pflichtexemplare ihrer Verlagsartikel, welche unter der Bezeichnung „R. S.“ sowohl mit den Briefposten als auch mit den Fahrposten portofreie Beförderung zu erhalten haben.

- 2) In Ansehung jener Sendungen, welche die kgl. Hof- und Staatsbibliothek von auswärtigen Verlagsbuchhandlungen auf Bestellung bezieht oder von letzteren zur Einsicht zugesendet erhält und im Falle der Nichtannahme wieder zurückgesendet, sowie in Ansehung jener, welche dieselbe von Privaten des In- und Auslandes empfängt oder an diese macht, steht dagegen dem jeweiligen kgl. Oberbibliothekar als solchem — jedoch nicht dessen Privatperson — die aktive und passive Portofreiheit auf den Brief- und Fahrposten in Bayern, ohne Unterschied des Inhalts der Sendungen, zu.

Derlei Sendungen müssen daher bei der Abfertigung von der kgl. Hof- und Staatsbibliothek auf der Adresse mit der Aufschrift „von dem kgl. Oberbibliothekar“ und mit der Bezeichnung „frei“ versehen und bei der Beförderung zur kgl. Hof- und Staatsbibliothek an den kgl. Oberbibliothekar adressirt sein.

Die Beifügung des Privatnamens des kgl. Oberbibliothekars auf der Adresse hebt weder in dem einen noch in dem anderen Falle die Verpflichtung zur portofreien Beförderung und resp. Abgabe der fraglichen Sendungen auf.

München, den 15. Mai 1858.

General-Direktion der königlichen Verkehrsanstalten.

Historische Vereine.

Nach Entschliessung des Staatsministeriums des kgl. Hauses und des Aeussern d d. 12. April 1844 Nr. 1492 steht den historischen Vereinen eine Postportofreiheit nicht zu.

Hofstäbe.

Nr. 1752 a.

(Die Postportofreiheit der kgl. Hofstäbe betr.)

I. N. S. M. d. K.

Zufolge vorliegender höchster Ministerial-Entschliessung vom 8. Dezember 1842 sollen die Sendungen der verschiedenen zur königlichen Hofhaltung gehörigen Stellen und Aemter, der königlichen Hofstäbe, Hofintendanzen und der denselben untergeordneten Dienstesabtheilungen, was ihren Inhalt betrifft, im Allgemeinen nicht nach den Bestimmungen über amtliche Portofreiheit, sondern nach jenen über persönliche Portofreiheit behandelt, und deren portofreie Abgabe oder Versendung überhaupt nicht beanstandet werden, wenn ausserdem das Porto dem kgl. Hofetat zur Last fallen würde.

Demzufolge müssen

- 1) alle an die bezeichneten Stellen und Aemter gehörigen Schreiben und Fahrpostsendungen — letztere mögen Akten, Gelder oder andere durch die Postanstalt versendbare Gegenstände enthalten — portofrei, und wenn sie vom Auslande eingehen, frei vom bayerischen Zutaxporto an dieselben abgegeben werden, wenn sie an das Amt oder die Stelle selbst, und nicht an die Person des Chefs, Intendanten oder eines andern dabei Bediensteten adressirt sind.

Ebenso sind

- 2) alle von denselben aufgegebenen Sendungen — sie mögen an Behörden oder Private gerichtet sein — sowohl auf den Brief- als Fahrposten portofrei zu befördern, wenn solche mit dem kgl. Dienstsiegel geschlossen, mit K. D. S. (kgl. Dienstsache) oder mit franco bezeichnet, und mit der Benennung der absendenden Behörde auf der Adresse versehen sind.

München, den 6. März 1844.

General-Administration der königlichen Posten.

Hoftheater-Intendanz.

Nr. 1752 b.

(Die Postportofreiheit der kgl. Hoftheater-Intendanz betr.)

I. N. S. M. d. K.

Unter Bezugnahme auf die allgemeine Ausschreibung vom Heutigen ad Nr. 1752a, die Postportofreiheit der kgl. Hofstäbe*) betr. — wird sämtlichen Postanstalten hiedurch zur Wissenschaft und Darnachachtung eröffnet, dass zufolge

*) Siehe diese.

allerhöchsten Signats vom 12. Jänner l. Js. auch der kgl. Hoftheater-Intendantz dahier, auf so lange Seine Majestät der König nicht anders verfügen, dieselbe Postfreiheit und Portobehandlung zukommen soll, wie solche für die übrigen Hofstäbe stattfindet.

München, den 6. März 1844.

General-Administration der königlichen Posten.

Hundesteuerangelegenheiten und Hundezeichen.

Siehe Aufschlageinnehmereien.

Jagdkarten.

Siehe Gemeindebehörden.

Impfgebühren. Impfgelder. Impflisten.

Nr. 11081.

(Den Vollzug des Impfgesetzes, nun die Portofreiheit für die Versendung der Impflisten betreffend.)

Nach der allerhöchsten Verordnung vom 24. Februar 1875, den Vollzug des Impfgesetzes betreffend, haben die Vorsteher der öffentlichen Lehranstalten und der Privatschulen die vorgeschriebenen Verzeichnisse der Impfpflichtigen dem zuständigen Impfarzt (Bezirksarzt) zu übersenden.

In Gemässheit höchster Ministerialentschliessung vom 5. ds. haben diese Vorsteher für die Uebersendung der Impflisten an den zuständigen amtlichen Impfarzt die Vermittlung der Gemeindebehörden in Anspruch zu nehmen, und diese auf den bezüglichen Schreiben neben der Bezeichnung „R. S.“ den Beisatz „Impflisten“ zu machen.

Die Correspondenz der amtlichen Aerzte in Impfsachen kann an die Vorsteher der öffentlichen Lehranstalten und Privatschulen unmittelbar adressirt werden, und ist, soferne auf die Ausfertigung die in § 2 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 gegebenen Vorschriften eingehalten sind, portofrei zu belassen.

Die kgl. Postanstalten haben sich hiernach zu achten.

München, den 14. Juli 1876.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 13212.

(Die Versendung der Impfgelder betr.)

Gemäss Entschliessung des kgl. Staats-Ministeriums des Innern vom 15. Mai 1876 (Amtsblatt des kgl. Staatsministeriums des Innern 1876 pag. 235) sind die von den kgl. Kreisregierungen festgestellten Impfgebühren durch die betreffenden kgl. Bezirksämter den Gemeindebehörden mit Zahlungsauftrag bekannt zu geben, und hat die Zahlung von Seite der letzteren unmittelbar an die Empfangsberechtigten zu erfolgen.

Diese Geldsendungen sind, nachdem sie nicht in die Kategorie der in § 11 der kgl. Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 bezeichneten Geldsendungen gehören, auch keine specielle Portofreiheit für dieselben bewilligt worden ist, portopflichtig.

Aus den Verhandlungen, welche wegen nachträglicher Bezahlung des treffenden Porto für eine derartige Sendung geführt worden sind, wurde jedoch unter

Anderm entnommen, dass von den einem kgl. Bezirksamte unterstellten Gemeindeverwaltungen sämtliche Impfgebühren portofrei an die kgl. Bezirksärzte eingesandt werden, und wurde auch von dem kgl. Bezirksamte die Richtigkeit dieses Verfahrens vertreten.

Nachdem nun anzunehmen ist, dass auch anderwärts das gleiche Verfahren beobachtet wird, ergeht der Auftrag, gegebenen Falls die nachträgliche Erhebung des treffenden Porto für derartige Geldsendungen beziehungsweise deren richtige Behandlung zu veranlassen.

München, den 1. Oktober 1878.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Industrieschulen.

Nr. 14053.

(Portofreiheit der kgl. Industrieschule in Augsburg betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nach der Allerhöchsten Verordnung vom 3. September 1868 (Regierungs-Blatt Nr. 61) sind die kgl. Industrieschulen Staatsanstalten und an die Stelle der früheren polytechnischen Schulen getreten.

Denselben gebührt daher die Portofreiheit in demselben Umfange, wie solche durch die höchste Ministerialentschliessung vom 18. April 1831 und 30. Juni 1842 den Schul-Aufsichts- und Verwaltungsbehörden als mittelbaren Behörden auf Grund der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 eingeräumt worden ist.

Hienach sind die dienstliche Correspondenz und die dienstlichen Aktensendungen der kgl. Industrieschulen mit den vorgesetzten Aufsichtsbehörden und anderen unmittelbaren und mittelbaren Behörden portofrei zu belassen, wenn dieselben durch die nach § 2 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 vorgeschriebenen Merkmale als portofreie Dienstsachen erkennbar und im Verkehre mit anderen mittelbaren Behörden ausserdem auf der Adresse mit einer kurzen Bezeichnung des Betreffes versehen sind.

Die kgl. Postanstalten haben sich hienach genau zu achten.

München, den 18. Oktober 1872.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Inserationsgebühren.

Nr. 21731.

(Die Versendung der Inserationsgebühren durch die kgl. Post betr.)

I. N. S. M. d. K.

Die nachstehend abgedruckte an sämtliche kgl. Regierungen, Kammer der Finanzen, dann an die mit Besorgung des Taxwesens betrauten Behörden und Beamten in den Landestheilen diesseits des Rheins ergangene Entschliessung des kgl. Staatsministeriums der Finanzen vom 2. l. Mts. Nr. 6657 wird hiemit den kgl. Postanstalten zur Kenntnissnahme und entsprechenden Darnachachtung bekannt gegeben.

München, den 20. Juni 1866.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 6657.

An sämtliche kgl. Regierungen, Kammer der Finanzen, dann an die mit Besorgung des Taxwesens betrauten Behörden und Beamten in den Landestheilen diesseits des Rheins.

Staatsministerium der Finanzen.

In Folge von Wahrnehmungen über missbräuchliche Benützung der für Amtssachen bestehenden Postportofreiheit sieht sich das unterfertigte kgl. Staatsministerium der Finanzen im Benehmen und im Einverständnisse mit den kgl. Staatsministerien der Justiz, des Innern und des Handels und der öffentlichen Arbeiten veranlasst, sämtliche mit Behandlung des Taxwesens und der sogenannten durchlaufenden Posten betraute Behörden und insbesondere die rechnungsführenden Gerichts-Sekretäre und Gerichtsschreiber darauf hinzuweisen, dass sie Inserationsgebühren in Parteisachen, welche sie selbst als durchlaufende Posten eingehoben und den nicht am Amtssitze befindlichen Zeitungs-Expeditionen auszubezahlen haben, zur Vermittlung dieser Auszahlung nicht als „R. S.“ (Regierungssache) bezeichnet an die am Wohnsitz der Zeitungs-Expeditionen befindlichen taxirenden Beamten oder an dortige Beamten versenden dürfen. etc. etc.

Gegenwärtige Entschliessung ist behufs genauester Nachachtung in den Kreisamts-Blättern zu veröffentlichen.

München, den 2. Juni 1866.

Auf Seiner Majestät des Königs allerhöchsten Befehl.

Die Versendung von Inserationsgebühren
durch die kgl. Post betr.

Inseratenquittungen.

Nr. 25774.

(Portofreiheit der Inseratenquittungen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Mit Bezugnahme auf das Ausschreiben vom 20. Juni 1866 „die Versendung der Inserationsgebühren durch die kgl. Post“ wird den kgl. Postanstalten zur entsprechenden Darnachachtung eröffnet, dass zufolge Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten vom 18. ds. die als Rechnungsbelege dienenden Quittungen über percipirte Inserationsgebühren in Parteisachen bei ihrer Versendung von dem am Sitze der betreffenden Zeitungs-Expedition befindlichen rechnungsführenden Gerichtsbeamten an den gleichen Beamten am verhandelnden Gerichte portofrei zu behandeln sind.

München, den 28. Juli 1866.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 15,527.

(Die Postportofreiheit der Inseraten-Quittungen der Kassa-Verwaltungen der Kreisamts-Blätter betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nachdem sich hinsichtlich der Behandlung der von den Kassa-Verwaltungen der Kreisamtsblätter an kgl. Behörden und Notare aufgegebenen Sendungen mit Inseraten-Quittungen Anstände ergeben haben, wird den kgl. Postanstalten zur Darnachachtung eröffnet, dass mit Rücksicht auf die den genannten Kassa-Verwaltungen zuerkannte Stellung als kgl. unmittelbare Behörden diese Versendungen, vorausgesetzt, dass dieselben vorschriftsgemäss ausgefertigt sind und der Werth-

betrag, über welchen die Quittung lautet, auf der Adresse nicht angegeben ist, auf der Briefpost portofrei abzulassen sind.

München, den 9. Mai 1868.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Invaliden-Angelegenheiten.

Siehe § VIII der Instruction über Ausführung des Portofreiheitsgesetzes.

Johannis-Verein, St.

Auszug. — Nr. 12303.

(Portofreiheit des St. Johannis-Vereins betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nach allerhöchster Entschliessung vom 9. März 1855 hat dem St. Johannis-Vereine sowie dessen Filialen eine Postportofreiheit nicht zuzukommen.

München, den 8. Juli 1857.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Irrenanstalten.

Nr. 11357.

(Die Postportofreiheit der Kreis-Irrenanstalten betr.)

I. N. S. M. d. K.

Die kgl. Postanstalten werden hiedurch angewiesen, Geldsendungen, welche von den kgl. Kreisregierungen oder den kgl. Staatsschuldentilgungskassen an die Verwaltungen der Kreis-Irrenanstalten unter der Bezeichnung „R. S.“ aufgegeben werden, portofrei an ihre Adresse abzulassen.

Briefpostsendungen unmittelbarer kgl. Behörden an die Verwaltungen der Kreis-Irrenanstalten sind nach § 1 lit. a der kgl. allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 unter der Bezeichnung R. S. auch dann portofrei zu belassen, wenn dieselben mit der speciellen Angabe des zur portofreien Versendung berechtigenden Betreffs nicht versehen sind.

München, den 22. Juni 1856.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 5601.

(Postportofreiheit der Kreis-Irrenanstalten betr.)

I. N. S. M. d. K.

Da die Verpflegungs-Beiträge für in die Kreis-Irren-Anstalten aufgenommene unbemittelte und heimathlose Irren aus der Staatskassa zu bestreiten sind, und die Berichtigung derselben gewöhnlich den kgl. Rentämtern zugewiesen wird, so wird die Verordnung vom 22. Juni 1856 dahin erweitert, dass auch die von kgl. Rentämtern unter der Bezeichnung R. S. abgefertigten Geldsendungen an die Verwaltungen der Kreis-Irrenanstalten portofrei abzulassen sind.

München, den 21. März 1860.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 34415.

(Die Portofreiheit der Kreis-Irrenanstalten betr.)

I. N. S. M. d. K.

Den kgl. Postanstalten wird hiemit eröffnet, dass die Correspondenz zwischen den kgl. Verwaltungen der Kreis-Irrenanstalten und den kgl. Bezirks-

ärzten bei Einhaltung der im § 2 der kgl. allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 für die portofreie Correspondenz vorgeschriebenen Merkmale und mit dem Beisatze der besonderen Bezeichnung: „Polizei-Sache“ portofrei zu belassen ist.

München, den 24. November 1863.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 7356.

(Portofreiheit der Irrenanstalten betr.)

Unter Rückschluss der Berichtsvorlagen vom 27. vor. Mts. im bezeichneten Betreffe wird zur weiteren Verfügung eröffnet, dass, nachdem inhaltlich der Zuschrift der kgl. Verwaltung des Zuchthaus Plassenburg vom 18. vor. Mts. die Verpflegskosten für in Irrenanstalten untergebrachte Gefangene gemäss höherer Anordnung nicht von den kgl. Rentämtern, sondern von den kgl. Verwaltungen der Strafanstalten direkt an die Kreis-Irrenanstalten einzusenden sind, diese Kosten aus der Staatskassa bestritten werden müssen, die Irrenanstalten den unverkürzten Bezug dieser Gelder zu beanspruchen berechtigt sind, und folglich das Porto für die Versendung aus der Staatskassa bezahlt werden müsste, — die portofreie Versendung dieser Verpflegskosten daher nicht zu beanstanden ist.

München, den 9. Juni 1879.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Julius-Hospital in Würzburg.

Nr. 712 b.

(Die Postportofreiheit für Versendungen des kgl. Julius-Hospitals in Würzburg betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nach einer Mittheilung der kgl. Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg vom 29. vor. Mts. ist das Oberpflegamt des kgl. Julius-Hospitals in Würzburg öfters in dem Falle mit kgl. Behörden in Criminal- oder Polizei-Untersuchungssachen, sowie in Conscriptions-Angelegenheiten der in die Heilanstalt aufgenommenen Individuen in Correspondenz treten zu müssen.

Diese Correspondenz — dem Stiftungszwecke völlig fremd — betrifft reine Staatsdienstsache und ist demnach ohne Anstand portofrei abzulassen, wenn sie an eine kgl. mittelbare oder unmittelbare Behörde gerichtet und ausser den im § 2 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 „die Postportofreiheit in Amtssachen betreffend“ allgemein vorgeschriebenen Ausfertigungsformen zur näheren Bestimmung ihres Inhalts mit der Bezeichnung „Criminal-, Polizei- oder Conscriptionssache“ auf der Adresse versehen ist.

Bezüglich der die Stiftungsverwaltung selbst betreffenden Gegenstände aber kommt dem Oberpflegamte des Julius-Hospitals zu Würzburg, mit alleiniger Ausnahme der zur Staats-Curatel ressortirenden Correspondenz mit den vorgesetzten Curatelbehörden, eine Portofreiheit nicht zu, und ist daher für solche wie von jeder anderen aus Staatsmitteln nicht fundirten Stiftung jedesmal das treffende Porto zu berechnen.

Hienach haben sich sämtliche Post-Anstalten in vorkommenden Fällen geeignet zu achten.

München, den 29. Januar 1847.

General-Verwaltung der königlichen Posten.

Kammerverhandlungen.

Siehe Landtagsverhandlungen.

Kapuziner.

Nr. 17268.

(Briefportofreiheit für den Kapuzinerorden betr.)

Kgl. Staatsministerium der Finanzen.

Der General-Administration wird andurch eröffnet, dass Seine Majestät der König durch allerhöchstes Signat vom 14. l. Mts. d. Js. dem Kapuzinerorden die beschränkte Briefportofreiheit in derselben Weise gewährt haben, wie solche dem Franziskanerorden von Allerhöchstdemselben unterm 13. Februar 1828 vorbehaltlich anderweit höchstgefälliger Verfügung bewilligt worden ist.

Hienach hat die General-Administration das Geeignete zu verfügen, und den Kapuzinerordensprovinzial in Burghausen verständigen zu lassen.

München, den 19. Dezember 1829.

Auf Befehl Seiner Majestät des Königs.

Karmeliten.

Gemäss höchster Entschliessung des Ministeriums des kgl. Hauses und des Aeussern d.d. 1. Februar 1842 Nr. 615 hat der Orden der Karmeliter eine Postportofreiheit nicht anzusprechen.

Katasterauszüge.

Vide Gemeindebehörden.

Klöster.

Arme Schulschwestern.
Barmherzige Schwestern.
Benedictiner.
Diaconissinnen.
Dominikaner.
Englische Fräulein.
Franziskaner.
Kapuziner.
Karmeliter.
Servitinnen. Siehe diese.

Kirchenangelegenheiten.

Siehe Erzbischöfe.

Kirchenverwaltungen.

Nr. 14573.

(Postportofreiheit der Kirchenverwaltungen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Aus Anlass einzelner Anstände, welche sich in Bezug auf die Portofreiheit der Correspondenz der Kirchenverwaltungen mit den kgl. Bezirksämtern ergeben haben, wird zur Darnachachtung eröffnet, dass für die Kirchenverwaltungen jener Gemeinden, welche nicht unmittelbar den kgl. Kreisregierungen untergeordnet sind, die Bezirksämter die vorgesetzten Curatelbehörden bilden und demnach alle Correspondenzen und Aktensendungen zwischen den Kirchenverwaltungen und

Bezirksämter, soweit solche die Ausübung der Staatscuratel betreffen, als Staatsdienstsache portofreie Beförderung zu finden haben.

München, den 24. Mai 1862.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Siehe auch Gemeindebehörden.

Kölner Dombau-Verein Bayerischer.

Gemäss Verfügungen der General-Administration der kgl. Posten d.d. 20. März 1842 und 7. Januar 1844 sind die Geldsendungen desselben an den Central-Dombau-Verein in Köln portofrei zu behandeln, wenn dieselben als „Geldbeiträge für den Dombau zu Köln“ bezeichnet sind; ebenso geniessen die Correspondenzen Postportofreiheit, wenn dieselben offen oder unter Kreuzband versendet werden und als „allgemeine Angelegenheiten des Dombau-Vereines in Köln“ deklariert sind.

Königliches Haus.

Siehe persönliche Postportofreiheit.

Kostenrechnungen.

Siehe Armensachen und Notare.

Krankenhaus-Inspectionen und Verwaltungen.

Die von den Krankenhaus-Inspectionen oder Verwaltungen im Betreffe der Dienstesaufsicht, Polizei-Verwaltung, Conscription oder Criminal-Rechtspflege zur Aufgabe kommenden Correspondenzen sind, wenn sie als Regierungssache bezeichnet und mit der Angabe des speciellen Betreffes versehen sind, portofrei zu belassen, dagegen werden Sendungen per Fahrpost ohne Ausnahme portopflichtig behandelt. Döll. Bd. XXVIII. I. pag. 327.

Siehe auch Stiftungen.

Kreisackerbauschulen.

Siehe Ackerbauschulen.

Kreisamts-Blätter.

Siehe Redactionen.

Kreisfonds.

Siehe Stipendien aus Kreisfonds.

Kreishilfskassen.

Nr. 5068.

(Die Correspondenzen und Fahrpostsendungen der Kreishilfskassen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nach höchster Ministerial-Entschliessung vom 30. April 1839 sind sämtliche Postanstalten des Königreiches seiner Zeit angewiesen worden, sowohl die Correspondenzen und Fahrpostsendungen der Kreishilfskassen an Private oder Behörden, als auch die von diesen an die Kreishilfskassen vorkommenden Aufgaben jedesmal mit dem tarifmässigen Porto zu belegen, und davon nur jene Correspondenz ausge-

nommen zu lassen, welche zwischen den Kreishilfskassen und den vorgesetzten Regierungen als Curatelbehörden zu führen sind.

Behufs des gleichmässigen Vollzugs dieser Verfügung wurde zugleich durch das kgl. Ministerium des Innern die Anordnung erlassen, dass die kgl. Behörden alle hienach in Partheisachen an die Kreishilfskassen abzufertigenden Correspondenzen und Fahrpostsendungen bei der Aufgabe zu frankiren, die Kreishilfskassen dagegen sich (mit Ausnahme der vorbezeichneten zur Staats-Curatel ressortirenden Correspondenz mit der vorgesetzten kgl. Regierung) der Aufschrift R. S. zu enthalten haben.

Da ungeachtet dieser Bestimmungen gleichwohl in neuerer Zeit die Wahrnehmung gemacht werden musste, dass von den Behörden häufig Sendungen an die Kreishilfskassen mit R. S. bezeichnet und von den Postanstalten auf den Grund dieser Bezeichnung unbeanstandet zur portofreien Beförderung übernommen werden, ist die unterfertigte Stelle veranlasst, die angezogenen Verordnungen sämtlichen Postexpeditionen mit dem Auftrage in Erinnerung zu bringen, in der Folge die mit der Bezeichnung R. S. zur Aufgabe kommenden Correspondenzen und Sendungen kgl. Behörden an die Kreishilfskassen sofort zur vorschriftsgemässen Frankirung zurückzuweisen.

München, den 31. Mai 1847.

General-Administration der königlichen Posten.

Kreisirrenanstalten.

Siehe Irrenanstalten.

Kreisrettungsanstalten.

Nr. 2723 II.

(Portofreiheit der Kreisrettungsanstalten betr.)

Kgl. Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeussern.

Die Kreisrettungsanstalten zählen wie die Kreisirrenanstalten, die Rektorate der Gewerbschulen etc. etc. zu den mittelbaren Behörden, deren Portofreiheit sich nach § 1 lit. d und § 3 der Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 bemisst, bezw. auf die zur Staatskuratel ressortirenden Gegenstände im Verkehr mit den vorgesetzten Behörden und nach Massgabe der Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des Innern vom 24. April 1867 Nr. 8543 auf die Correspondenz sich beschränkt, welche aus der Aufnahme der vom Staatswegen auf Grund des Straf- und Polizeistrafgesetzbuches in der Anstalt untergebrachten Pfleglinge mit mittelbaren und unmittelbaren Behörden erwächst.

Würde sämtliche, die Pfleglinge überhaupt und die Verwaltung der Anstalt betreffende, Correspondenz portofrei behandelt werden, so würden damit die Kreisrettungsanstalten den unmittelbaren kgl. Behörden gleichgestellt werden und würde sich die Konsequenz einer gleichen Begünstigung anderer mittelbaren Behörden (z. B. der Kreisirrenanstalten) ergeben. Eine derartige Erweiterung der Postportofreiheit würde aber den Intentionen der angezogenen Allerhöchsten Verordnung zuwiderlaufen und insbesondere gegen den § 3 Abs. 1 derselben verstossen.

München, den 17. September 1877.

Kreisschuldnotationskassa.

Nr. 12332.

(Die Portofreiheit der Versendungen von Geldstrafen an die Kreisschuldnotations-Kassen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Den kgl. Postanstalten wird hiedurch zur Darnachachtung eröffnet, dass die Versendungen der Strafgehalte, welche durch die kgl. Taxämter (rechnungsführenden Secretäre — Gerichtsschreiber) in Folge gesetzlicher Bestimmungen an die Kreisschuldnotationskassen abzuliefern sind, unter der Bezeichnung R. S. und den übrigen durch § 2 der kgl. Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 über die Postportofreiheit in Amtssachen vorgeschriebenen äusseren Merkmalen einer portofreien Staatsdienstsache, jederzeit portofreie Beförderung zu erhalten haben.

München, den 6. Juli 1857.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Kreispensions- und Unterstützungs-Fonds für dienstunfähige Lehrer.

Nr. 39402.

(Postportofreiheit für die Sendungen zwischen den Rektoraten und Vorständen der Gewerbe- und Ackerbauschulen und den Verwaltungen der Kreis-Pensions- und Unterstützungs-Fonds betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nach höchster Ministerial-Entschliessung vom 1. ds. Mts. ist für die Geldsendungen zwischen den Rektoraten und Vorständen der Gewerbs- und der Ackerbauschulen und den Verwaltungen der Kreispensions- und Unterstützungs-Fonds für die dienstunfähigen Lehrer an den bezeichneten Schulen und für deren Relikten Postportofreiheit bewilligt.

Die kgl. Postanstalten haben daher solche Sendungen, wenn sie die vorgeschriebenen äusseren Kennzeichen tragen, portofrei zu behandeln.

München, den 14. Dezember 1864.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Kreisvereine zur Unterstützung dienstunfähiger Schullehrer.

Nr. 24599.

(Die Postportofreiheit für die Kreisvereine zur Unterstützung dienstunfähiger Schullehrer betreffend.)

I. N. S. M. d. K.

Nach höchster Ministerial-Entschliessung vom 21. Juli l. Js. ist unter der Voraussetzung einer genauen Beachtung der Vorschriften des § 2 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 für jene Correspondenzen und Sendungen, welche dem gegenseitigen Verkehre zwischen den Local-Schulkommissionen und den Distrikts-Schulinspektionen einer-, dann den Verwaltungen der Kreisvereine für die Unterstützung dienstunfähiger Lehrer anderseits angehören, die Befreiung von der Entrichtung des Postportos bewilligt.

München, den 29. Juli 1865.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Kriegsdenkzeichen.

Siehe Ordensdecorationen.

Krüppelhafte Kinder, deren Erziehung und Bildung.

Vide Centralanstalt für Erziehung und Bildung krüppelhafter Kinder.

Kunstdenkmäler.

Vide Alterthümer.

Kunstgewerbeschulen (München und Nürnberg).

Siehe Gewerbeschulen.

Kurkosten für kranke Militärpferde.

Siehe Gemeindebehörden. (Generale 25 Ziffer 5.)

Kurlisten.

Siehe Badecommissariate.

Kupferstich-Cabinet und Sammlung von Handzeichnungen.

Siehe Gemälde-Galerien.

Landes-Ausgleichungs-Kassa in Aschaffenburg genießt wie die unmittelbaren Behörden Postportofreiheit im Sinne der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829.

G. D. Entschl. d. d. 25. November 1863 Nr. 34,146.

Landgerichtsärzte.

Vide Aerzte.

Landgestüts-Verwaltungen.

Den dienstlichen Correspondenzen, Akten und Geldsendungen der kgl. Landgestütsverwaltung und der kgl. Bezirksgestüts-Inspectionen kommt unter den allgemeinen Voraussetzungen die Postportofreiheit zu.

Die Portofreiheit der Beschälstation beschränkt sich auf die Aufgaben an die ihnen vorgesetzten Inspectionen, auf welche bei dem Mangel eines Dienstsiegels die dessfalls vorgeschriebene Bemerkung zu machen ist.

G. D. Entschl. vom 24. Juni 1864 Nr. 18728.

Die Versendung von Löhnungen an das Personal der Beschälstationen hat, wenn die Vermittlung unmittelbarer kgl. Behörden unthunlich ist, von den Bezirks-Gestüts-Inspectionen an die Beschälstationen directe zu geschehen und sind Portogebühren hiefür nicht zu erheben.

G. D. Entschl. vom 26. Mai 1865 Nr. 17015.

Conf. allerhöchste Verordnung vom 19. Februar 1844. Rggsbl. pag. 129.

Landtagsverhandlungen.

Den Kammern der Reichsräthe und der Abgeordneten kommt für ihren Geschäftsverkehr im Allgemeinen die Portofreiheit auf den Brief- und Fahrposten nach denselben Bestimmungen zu, welche für den dienstlichen Verkehr unmittelbarer kgl. Behörden massgebend sind und müssen demnach alle von dem Präsidium, Secretariat etc. der Kammer der Reichsräthe und der Kammer der Abgeordneten zur Weiterleitung gelangenden Sendungen portofrei belassen werden, wenn solche mit dem Siegel der betreffenden Kammer verschlossen, auf der Adresse als Kammersache bezeichnet, und überhaupt so beschaffen sind, dass für dieselben die Portofreiheit nach den Bestimmungen der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 begründet erscheint.

Die nach dem Schlusse des Landtags an die Reichsräthe und die Abgeordneten nachträglich zu versendenden Landtags-Verhandlungen müssen sowohl auf den Brief- als auf den Fahrposten portofrei befördert werden, wenn auf der Adresse die Eigenschaft des Adressaten als Mitglied der Kammern angegeben, der Inhalt als Landtagsverhandlung — Kammersache — declarirt und mit dem Siegel der betreffenden Kammer verschlossen ist.

Landwehrrangelegenheiten.

Siehe § VIII der Instruction zum Portofreiheitsgesetz.

Landwehr und Landwehrbezirks-Commando.

Siehe Portofreiheitsgesetz.

Landwirthschaftlicher Verein.

Nr. 7638.

(Postportofreiheit des landwirthschaftlichen Vereins betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nachdem das General-Comité, sowie die Kreis- und Bezirks-Comités des landwirthschaftlichen Vereins in Bayern häufig durch Requisitionen kgl. Stellen und Behörden veranlasst sind, mit letzteren in reinen Staatsdienstsachen in schriftlichen Verkehr zu treten, werden die kgl. Postanstalten unter Hinweisung auf § 1 lit. a der kgl. Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 „die Postportofreiheit in Amtssachen betr.“ hiedurch darauf aufmerksam gemacht, dass die Correspondenzen der unmittelbaren kgl. Stellen und Behörden an das General-Comité, sowie an die Kreis- und Bezirks-Comités des landwirthschaftlichen Vereines unter der Bezeichnung „R. S.“ bei Versendung mit der Briefpost bis zu dem Gewichte eines Zollpfundes unbeanstandet portofrei abzulassen, ebenso die von dem General-Comité des landwirthschaftlichen Vereines an kgl. Stellen und Behörden abzusendenden Schreiben nach Analogie der Bestimmung in § 1 lit. d der vorallegirten kgl. Allerhöchsten Verordnung mittels der Briefpost portofrei zu befördern sind, wenn dieselben auf der Adresse als Staatsdienstsache bezeichnet und mit der Angabe des speciellen Betreffs versehen sind.

Direkte Versendungen von den Kreis- und Bezirks-Comités an kgl. Stellen und Behörden oder zwischen dem General-Comité und den Kreis- resp. Bezirks-Comités oder zwischen den letzteren unter sich sind dagegen mit dem betreffenden Postporto zu belegen.

München, den 30. April 1857.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Landwirthschaftliche Vereinskundgaben.

Die vom General-Comité an die Kreis-Comités zur Versendung gelangenden Vereinskundgaben sind auf Grund eines besondern Uebereinkommens mittels Brief- und Fahrpost portofrei zu befördern, wenn dieselben in gut emballirten unversiegelten Packeten von 15—20 Pfund verpackt mit dem Namen der Kreishauptstadt und der Bezeichnung „landwirthschaftliche Vereinskundgaben“ versehen sind. Ebenso werden die unter Kreuzband und mit gedruckten Adressen der einzelnen Vereins-Mitglieder versehenen von den Kreis-Comités bei der Briefpost zu Aufgabe gelangten Vereinskundgaben bis zum Maximalgewichte von 1 Pfund portofrei belassen.

Die landwirthschaftlichen Kalender sind als Bestandtheil der landwirthschaftlichen Vereinskundgaben zu betrachten, und geniessen sohin unter gleichen Voraussetzungen wie diese portofreie Beförderung.

Geldsendungen vom General-Comité an die Kreis-Comités und umgekehrt dagegen sind portopflichtig.

Landwirthschafts- und Central-Obstbaumschule zu Weihenstephan.

Nr. 3445.

(Die dienstliche Correspondenz und Sendungen der kgl. Landwirthschaft- und der kgl. Central-Obstbaum-Schule zu Weihenstephan bei Freising betr.)

I. N. S. M. d. K.

Da die kgl. Landwirthschaft- und die kgl. Central-Obstbaum-Schule zu Weihenstephan integrirende Bestandtheile der kgl. Staatsgüter-Administration zu Schleissheim bilden, so haben dieselben für alle Correspondenzen und Sendungen unter dem kgl. Siegel und mit „R. S.“ bezeichnet die Portofreiheit, wie andere kgl. Behörden, zu geniessen.

München, den 21. Juni 1842.

General-Administration der königlichen Posten.

Landwirthschaftliche Winterschule.

Nr. 16061.

(Die Errichtung einer landwirthschaftlichen Winterschule in Landsberg betr.)

Nach einer Mittheilung der kgl. Regierung von Oberbayern ist die Errichtung einer landwirthschaftlichen Winterschule in Landsberg genehmigt worden, wovon die kgl. Postanstalten mit dem Beifügen in Kenntniss gesetzt werden, dass die dienstlichen Correspondenzen und Aktensendungen dieser Kreisanstalt in Ansehung der Portofreiheit nach den bezüglich des Verkehrs der öffentlichen Schulanstalten in Bayern geltenden Bestimmungen zu behandeln sind.

München, den 3. Dezember 1874.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Local-Schulcommission.

Siehe Schulbehörden, Kreisvereine zur Unterstützung dienstunfähiger Schullehrer.
Ferner Local-Schulinspectionen und Pfarrämter.

Lombard-Darlehen.

Siehe Gebühren von Werthpapieren etc. etc.

Ludwigskanal.

Nr. 13096.

(Postportofreiheit in Sachen des Ludwigskanals betr.)

I. N. S. M. d. K.

Das kgl. Oberpostamt wird beauftragt, die dienstlichen Correspondenzen des mit keinem besondern Dienstsiegel versehenen Kanals-Unterpersonals (Schleussenwärter, Dammwärter u. s. w.) nach Analogie des bei Unteraufschlägern, Werk- und Wegmeistern durch Verordnung vom 23. Juni 1829 „Postportofreiheit in Amtssachen“ angeordneten Verfahrens, zu behandeln.

Hiernach ist zu verfügen.

München, den 16. September 1851.

General-Direktion der königlichen Posten und Eisenbahnen.

Nr. 13117.

(Die Postportofreiheit in Sachen des Ludwigskanals betr.)

I. N. S. M. d. K.

Da durch das Gesetz vom 4. März 1852 der Ludwig-Donau-Main-Kanal nunmehr vollständig in das Eigenthum des Staates übergegangen ist, so hat die Beschränkung der Postportofreiheit in Kanalsachen auf den dienstlichen Verkehr der Kanalbehörden unter sich und mit anderen kgl. Stellen und Behörden ausser Wirksamkeit zu treten und ist den kgl. Kanalbehörden die Postporto-Freiheit in demselben Umfange, wie anderen unmittelbaren kgl. Civilbehörden, somit auch für die Aufgaben an Private zuzugestehen, wenn dieselben nach § 3 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 reine Staatsdienst-Angelegenheiten betreffen, mit den vorgeschriebenen äusseren Kennzeichen einer portofreien Dienst-sache versehen und zur Beförderung mit der Briefpost geeignet sind.

München, den 9. Juni 1852.

General-Direktion der königlichen Verkehrsanstalten.

Magistrate.

Siehe Gemeindebehörden.

Marinesachen.

Siehe § VII der Instruction zum Portofreiheitsgesetz.

Maximilians-Waisenstift geniesst die den Stiftungen zugestandene Postportofreiheit.
Siehe diese.

Medaillen, goldene und silberne, des Civilverdienstordens und des Max-Joseph-Ritterordens.

Siehe Ordensdecorationen.

Medicinischer Prüfungs-Senat.

Nr. 9734.

(Die amtliche Correspondenz der medicinischen Prüfungs-Senate an den Hochschulen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Zufolge höchsten Ministerial-Rescripts vom 17. ds. Mts. Nr. 10504 wird sämmtlichen Postbehörden des Königreiches hiedurch zur Wissenschaft und Darnachachtung eröffnet, dass den durch die allerhöchste Verordnung vom 30. Mai 1843 (Reggsbl. Nr. 21 pag. 433 etc.) an den drei Landeshochschulen zu München, Würzburg und Erlangen constituirten medicinischen Prüfungs-Senaten in Ansehung ihrer dienstlichen Correspondenz dieselbe Portofreiheit zukommt, wie den Universal-Senaten durch die allerhöchste Verordnung vom 23. Juni 1829 „die Postportofreiheit in Amtssachen betr.“ § 1 lit. h für ihre Correspondenz in Gegenständen der Disciplin sowohl unter sich als mit anderen Behörden eingeräumt ist.

Die von denselben an die einzelnen Prüfungs-Candidaten ergehenden Vorladungen dagegen sind nach den dessfalls bestehenden allgemeinen Vorschriften immerhin als Parteisache zu behandeln.

München, den 27. Dezember 1844.

General-Administration der kgl. Posten.

Messinstrumente für Generalstabsofficiere.

Siehe § VIII. 7. der Instruction zum Portofreiheitsgesetz.

Meteorologische Centralstation und Beobachtungsstationen.

Nr. 14812.

(Die Errichtung einer meteorologischen Centralstation in München, hier: Postportofreiheit betreffend.)

Mit Allerhöchster Genehmigung Seiner Majestät des Königs wurde in München eine meteorologische Centralstation mit 34 Beobachtungsstationen an verschiedenen Orten des Königreichs errichtet. Dieser Centralstation kommt für ihren Post-Verkehr die Portofreiheit in demselben Umfange wie den unmittelbaren kgl. Behörden zu und sind ebenso auch die Correspondenzen und Akten-sendungen der Beobachtungsstationen an die Centralstation portofrei zu behandeln, wenn sie mit den im § 2 der kgl. Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 bezeichneten äusseren Merkmalen versehen sind.

München, den 4. November 1878.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 7372a. — Generale Nr. 68.

(Portofreiheit der meteorologischen Stationen betr.)

Nach Mittheilung der meteorologischen Centralstation München werden von derselben an die meteorologischen Beobachtungs-Stationen und die zu meteorologischen Beobachtungen aufgestellten und bezw. freiwillig sich damit befassenden Personen Postkarten abgegeben, welche auf der Rückseite ein vorgedrucktes Schema zur Eintragung bestimmter regelmässiger Notizen und einen leeren Raum zum Vortrage besonderer Wahrnehmungen enthalten. Die Vorderseite trägt das Amtssiegel der meteorologischen Centralstation München in Schwarzdruck, die vorgedruckte Adresse „an die meteorologische Centralstation München“ die vorgedruckte Bezeichnung „R.-S.“ und den Vordruck zur Angabe der absendenden Station bezw. des absendenden Beobachters. Die kgl. Postanstalten werden hierauf mit dem Beifügen aufmerksam gemacht, dass die diese Merkmale tragenden und mit Mittheilungen über Witterungsbeobachtungen ausgefüllten Postkarten, ebenso wie nach Massgabe des allgemeinen Ausschreibens vom 4. November vor. Jrs. Nr. 14812 (Verordnungsblatt Nr. 94) geschlossene Correspondenzen der meteorologischen Beobachtungsstationen, portofrei zu behandeln sind.

München, den 29. Mai 1879.

General-Direction der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Militärangelegenheiten. — Militärbehörden.

Nr. 336.

(Portofreiheit in Militärangelegenheiten betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nach § 15 bis 18 der Allerhöchsten Verordnung vom 21. August vor. Jrs., die Organisation der Landwehrbehörden und die Dienstverhältnisse der Mannschaften des Beurlaubtenstandes betreffend (Regierungsblatt Nr. 69) haben letztere sich bei der Entlassung aus dem aktiven Dienste, sowie beim Wohnorts- und

Wohnungswechsel bei der Militärbehörde — (Bezirkfeldwebel) des bisherigen und des neuen Aufenthaltsortes ab- und anzumelden.

Diese Meldungen sind, wenn sie durch die Post vermittelt werden, nach § 19 der obigen Allerhöchsten Verordnung innerhalb des Deutschen Reiches portofrei zu befördern, wenn die bezüglichen Schreiben mit der Rubrik „Militaria“ versehen und entweder offen aufgegeben werden, oder mit dem Siegel der Ortspolizeibehörde verschlossen sind.

Hienach haben sich die kgl. Postanstalten in vorkommenden Fällen zu achten.

München, den 14. Januar 1873.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 4794.

(Die Portofreiheit in Militärangelegenheiten betr.)

I. N. S. M. d. K.

In Gemässheit höchster Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des kgl. Hauses und des Aeussern vom 13. ds. haben Seine Majestät der König allergnädigst zu genehmigen geruht, dass die für den Verkehr mit dem Reichspostgebiete und Württemberg geltenden Bestimmungen bezüglich der Portofreiheit in Militärangelegenheiten auch im innern Postverkehr Bayerns in Anwendung gebracht werden.

Die kgl. Postanstalten werden hievon mit dem Bemerken in Kenntniss gesetzt, dass in Folge dessen nunmehr auch für den internen Verkehr in Militärangelegenheiten die Portofreiheit in demselben Umfange besteht, wie in der im Verordnungsblatte Nr. 68 vom vorigen Jahre erlassenen Instruktion über die Ausführung der Portofreiheitsgesetze bekannt gegeben wurde, gleichzeitig aber in der bisherigen Portofreiheit der Militärbehörden im innern Verkehr eine Beschränkung nicht eintritt. Die zur Postaufgabe kommenden Sendungen müssen mit dem amtlichen Siegel verschlossen und auf der Adresse mit der Bezeichnung R. S. oder Militaria versehen sein.

München, den 22. April 1873.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 9528.

(Benachrichtigung der Angehörigen schwer erkrankter oder unerwartet verstorbener Militärpersonen, bzw. Portofreiheit der bezüglichen Correspondenz der Garnisonslazarethe betr.)

Nach Anordnung des kgl. Kriegsministeriums haben die Garnisonslazarethe die Angehörigen jedes Schwerkranken, wenn es nach ärztlichem Ermessen die Bedenklichkeit seines Zustandes erfordert, dann die Angehörigen unerwartet Verstorbener auf das Schleunigste brieflich zu benachrichtigen.

Diese brieflichen Benachrichtigungen werden als Dienstsache betrachtet und sind desshalb von den kgl. Postanstalten portofrei zu belassen.

München, den 3. Juli 1875.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 4819.

(Portofreiheit in Militärangelegenheiten betr.)

Nachdem das im Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 52 vom Jahre 1876 bekannt gemachte Pferde-Aushebungs-Reglement auf Grund des § 36 des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873 erlassen worden ist, so kann es keinem Zweifel unterliegen, dass die in Ausübung und Handhabung des Reglements erwachsende Correspondenz, insoferne sie vorschriftsgemäss ausgefertigt ist, nach den Bestimmungen des Portofreiheits-Gesetzes nicht minder, als nach der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 portofrei zu behandeln ist, wenn das Porto dafür der Staatskassa zur Last fallen würde.

Da nun zu dieser Correspondenz jedenfalls auch die schriftlichen Anzeigen gehören, welche die Gemeinden an die Musterungs-Commissionen beziehungsweise deren Mitglieder zu erstatten haben, so ist die Portofreiheit derselben nicht zu beanstanden, von den Postanstalten aber bei deren Annahme darauf zu achten, dass von den Gemeinde-Behörden dabei statt der Bezeichnung „R. S.“ die den Bestimmungen in §§ II und VII der Instruction über die Ausführung des Portofreiheitsgesetzes entsprechende Bezeichnung „Militaria“ gebraucht werde.

München, den 20. April 1877.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 16499.

(Portofreiheit der kgl. Militärbehörden betr.)

Es wird eröffnet, dass alle Postsendungen, welche sich auf Lieferungs-geschäfte der kgl. Militärbehörden beziehen, von der Portofreiheit ausgeschlossen sind. Es sind daher nicht nur diejenigen Gegenstände, welche die kgl. Militärbehörden von Lieferanten, Kaufleuten, Fabrikanten etc. beziehen, bei ihrer Versendung an die betreffenden Behörden portopflichtig, sondern auch die für solche Lieferungen an die Privatpersonen abgeschickten Geldbeträge, da sich diese Sendungen nicht als reine Dienstangelegenheiten darstellen, vielmehr das Privatinteresse der Lieferanten etc. bei denselben betheiligt ist.

Hienach sind die einschlägigen Sendungen nicht bloss im internen bayerischen, sondern auch im Wechselverkehr behandeln zu lassen.

München, den 4. December 1877.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Auszug. — Nr. 4925.

(Portofreiheit in Militärangelegenheiten betr.)

Nach der Intention der §§ VII und VIII der Instruction über die Ausführung der Portofreiheitsgesetze ist nicht nur die Correspondenz der Reserve-Assistenzärzte, sondern auch jene der beurlaubten Militärpersonen an Militärbehörden portofrei, wenn diese Correspondenz dienstliche Meldungen enthält.

München, den 16. April 1878.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 14767. — Generale Nr. 95.

(Portofreiheit in Militärangelegenheiten im Verkehre mit Gemeindebehörden betr.)

Zur Beseitigung entstandener Zweifel wird den kgl. Postanstalten bekannt gegeben, dass durch die von den kgl. Militärbehörden auf den Adressen der dienstlichen Sendungen anzubringende Bemerkung „Militaria“ die spezielle Betreffsangabe als ersetzt zu erachten ist, welche nach der Anordnung in Ziffer IV des Ausschreibens vom 12. März 1878 (Generale Nr. 25) auf Geld- und Werthsendungen, bezw. Postanweisungen an Gemeindebehörden angebracht werden muss. Ausser der Bezeichnung „Militaria“ bedarf es daher bei den dienstlichen Sendungen der kgl. Militärbehörden auch an Gemeindebehörden keiner weiteren speziellen Betreffs-Angabe zur portofreien Beförderung.

München, den 7. Dezember 1879.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 1297. — Generale Nr. 103.

(Portofreiheit in Militärangelegenheiten betr.)

Aus den Bestimmungen in den §§ 15—19 der kgl. Allerhöchsten Verordnung vom 21. August 1872, die Organisation der Landwehrbehörden und die Dienstverhältnisse der Mannschaften des Beurlaubtenstandes betr. (Verordn.-Blatt 1873 Seite 26) ist der Anspruch abgeleitet worden, dass auch die Meldungen der Rekruten an die Landwehrbezirks-Feldwebel über Aufenthalts-Aenderungen portofrei befördert werden müssen.

Dieser Anspruch ist jedoch unbegründet und sind nur jene derartigen Meldungen nach dem Ausschreiben vom 14. Januar 1873 sowohl im internen bayerischen als auch im deutschen Wechselverkehre portofrei zu behandeln, welche von Reservisten, dann Land- und Seewehrmännern an ihre Landwehr-Bezirksfeldwebel gerichtet werden. Den kgl. Postanstalten wird hievon zur Darnachachtung mit dem Auftrage Kenntniss gegeben, die Instruktion über die Ausführung der Portofreiheitsgesetze (Verordn.-Blatt 1872 Seite 423) unter § VIII Ziff. 5 lit. b durch Beisetzung der Worte „sowie der Reservisten und Seewehrmänner“ an der betreffenden Stelle zu ergänzen.

München, den 5. Februar 1880.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 15750.

(Portofreiheit in Militärangelegenheiten betr.)

Den kgl. Postanstalten wird im nachstehenden Abdruck ein Erlass des kgl. Kriegsministeriums vom 2. ds. im bezeichneten Betreffe zur Darnachachtung bei Behandlung der fraglichen Geldsendungen bekannt gegeben.

München, den 11. November 1880.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Abdruck. — Nr. 14924.

(Portofreiheit in Militärangelegenheiten.)

Im Einverständniss mit dem kgl. Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeussern und unter Bezugnahme auf das Kriegsministerial-Rescript vom 21. April 1873 Nr. 7338 Verordnungsblatt Seite 91) wird hiemit bekannt ge-

geben, dass mit Rücksicht auf § 2 des Bundesgesetzes über die Portofreiheiten vom 5. Juni 1869 (Verordnungsblatt vom Jahre 1872 Seite 292) die Ueber-
sendung von Dienstbezügen an die ausserhalb des Landwehr-Bataillons-Stabsquar-
tiers wohnenden Offiziere des Beurlaubtenstandes portofrei erfolgt, sofern die
Sendungen hinsichtlich ihrer äusseren Beschaffenheit den Bestimmungen im § II
der Instruktion über die Ausführung des allegirten Gesetzes (Verordnungsblatt
vom Jahre 1872 Seite 296) entsprechen.

München, den 2. November 1880.

Kriegs-Ministerium.

Militär-Ehrengerichte.

Siehe § VIII 6. der Instruction zum Portofreiheitsgesetz.

Militär-Fohlenhöfe.

Militärfohlenhofs-Inspectionen geniessen als Militärbehörden die in der aller-
höchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 ausgesprochene Postportofreiheit.

Militärgeistliche.

Siehe § VII der Instruction zum Portofreiheitsgesetz. (Anmerk.)

Militärpferde.

Siehe Gemeindebehörden. (Generale 25.)

Minister.

Siehe persönliche Postportofreiheit.

Ministerium.

Siehe § 7 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829.

Mittelbare Behörden.

Siehe Gemeindebehörden.

Mobiliar-Feuerversicherungswesen.

Siehe Brandversicherungs-Inspectoren.

Münzeinlösung.

Nr. 1718.

(Münzeinlösung, hier Portofreiheit betr.)

In Gemässheit höchster Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des kgl.
Hauses und des Aeussern vom 31. vor. Mts. ist von Seiten des kgl. Staats-
ministeriums der Finanzen die Einrichtung in Aussicht genommen, dass an
Orten, wo eine Einlösungsstelle nicht errichtet werden konnte, die Sammlung der
süddeutschen Münzen und ihre Einlieferung zur Einlösungsstelle durch Vertrauens-
männer erfolge, oder dass Gemeindeverwaltungen sich mit der Einlösung befassen.

Jenen Gemeinden nun, welche eine öffentliche Einlösestelle errichten und
die von ihnen gesammelten Einlösegelder an kgl. Behörden oder Kassen einsenden,
wird die Portofreiheit eingeräumt, wenn die bezüglichen Sendungen die
äusserlichen Merkmale einer portofreien Dienstsache tragen und auf der Adresse
die Eigenschaft der Gelder durch Beisetzung der Bezeichnung „Einlösegelder“
erkennen lassen.

In gleicher Weise sind auch die von kgl. Behörden oder Kassen an die Gemeindebehörden zu bewirkenden Zusendungen von Reichsmünzen portofrei zu behandeln.

Die kgl. Postanstalten haben sich hienach genau zu achten.

München, den 4. Februar 1876.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nachnahmen, Postnachnahmen.

Postnachnahmen auf Sendungen in portofreien Regierungssachen sind unstatthaft. (Posttransportordnung vom Jahre 1876 § 84 pag. 82.)

Demgemäss sind für Sendungen, auf welchen Nachnahmen haften, die treffenden Portotaxen und Procura-Gebühren zu berechnen und von der Adressbehörde einheben zu lassen.

Sendungen mit Nachnahmen unter Adresse portobefreiter Personen sind mit der treffenden Procuregebühr zu belegen und ausschliesslich diese von den Adressaten einzuziehen. (Verordn.-Bl. 1849 S. 71.)

National-Museum bayerisches, ist Staatsanstalt und geniesst als solche im Sinne der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 Postportofreiheit.

Notare.

Nr. 3510.

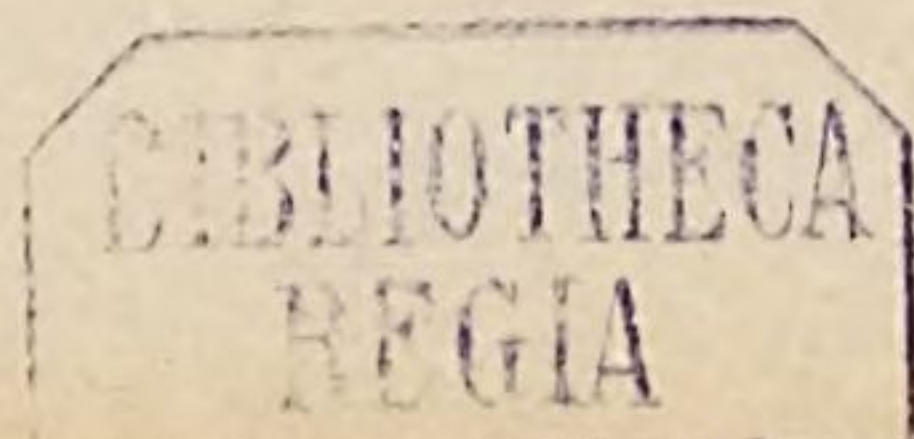
(Die Postportofreiheit der kgl. Notare betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nachdem die kgl. Notare, welche als öffentliche Beamte aus Auftrag und unter der Oberaufsicht der kgl. Staatsregierung gewisse Geschäfte der nicht streitigen Rechtspflege zu besorgen haben, häufig in den Fall kommen, Sendungen durch die Post abzufertigen und zu empfangen, welche nicht das persönliche Interesse des Notars oder des bei einem Notariatsgeschäfte Betheiligten, sondern das Interesse des öffentlichen Dienstes betreffen, so haben dieselben für Sendungen der bezeichneten Art die amtliche Portofreiheit in demselben Umfange und unter denselben Voraussetzungen anzusprechen, wie sie durch die kgl. allerhöchste Verordnung vom 23. Juni 1829 den kgl. Behörden überhaupt eingeräumt ist.

Es wird demnach in dieser Beziehung mit höchster Genehmigung der kgl. Staatsministerien des Handels und der Justiz den Postanstalten bekannt gegeben, was folgt:

- 1) Die dienstlichen Correspondenzen und Aktensendungen zwischen kgl. Notaren einer- dann kgl. mittelbaren und unmittelbaren Gerichts- und Verwaltungsbehörden andererseits sind portofrei abzulassen, wenn sie mit einem amtlichen (beziehungsweise Notariats-) Siegel geschlossen, auf der Adresse mit Benennung der absendenden Behörde, bezw. des absendenden Notars (durch die Aufschrift: „vom kgl. Notar in N. etc. etc., oder, wenn sich mehrere Notare an einem Orte befinden, durch die Aufschrift: „vom kgl. Notare N. N. in N.“ etc.) der laufenden Geschäftsnummer (conf. Ausschreiben vom 8. Januar 1878 Nr. 228 Seite 100) und der Bezeichnung „R.-S.“ oder „A.-S.“ versehen sind.
- 2) Unter den gleichen Voraussetzungen sind auch die Correspondenzen und Aktensendungen zwischen den Notariatskammern einer- dann den kgl.



Stellen und Behörden, sowie den einzelnen Notaren andererseits portofrei zu behandeln.

- 3) Correspondenzen und Aktensendungen zwischen den Notaren unter sich sind zur portofreien Beförderung nur dann anzunehmen, wenn sie neben den erforderlichen Merkmalen einer portofreien Dienstsache auch noch mit der Bezeichnung „Notariatskammersache“ oder „staatsanwaltschaftliches“ oder „bezirksgerichtliches Umlaufschreiben“ versehen sind.
- 4) Für Geldsendungen findet eine Portofreiheit nur dann statt, wenn sie zwischen Notaren und kgl. Rentämtern oder kgl. Gerichtsschreibern gewechselt werden und die für den Staat zu verrechnenden Taxen und Stempelgebühren betreffen.

Sendungen mit Urkunden, Hypothekenbriefen u. s. w., deren Werth auf der Adresse angegeben ist, sind zwar in der Regel portopflichtig und daher mit „P. S.“ zu bezeichnen; kommen aber derartige Sendungen von Notaren oder an Notare mit der Bezeichnung „R. S.“ vor, so ist diese Bezeichnung im Hinblick auf §§ 2 und 18 der kgl. allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 gebührend zu respektiren.

- 5) In Ansehung der Fahrpostsendungen an kgl. Notare wird mit Rücksicht auf § 16 der erwähnten allerhöchsten Verordnung noch besonders bemerkt, dass bei an sich portofreien Sendungen die Adresse an einen Notar auch dann als eine amtliche zu betrachten ist, wenn auch der Familienname des Notars beigefügt ist.

Es wird demnach die in der Verordnung vom 17. Juni 1862 sub Nr. 4 Abs. 2 gemachte Beschränkung ausser Wirksamkeit gesetzt.

- 6) Sendungen zwischen Notaren und Privaten sind stets portopflichtig.

Die kgl. Postanstalten haben sich nach vorstehenden Bestimmungen zu achten; bei sich ergebenden Anständen, wenn dieselben nicht sofort bei der Aufgabe beseitigt werden können oder erst bei der Abgabe der Sendungen erhoben werden, letztere nicht an den Aufgabsort zurückzusenden, sondern gegen Einziehung der Originaladresse oder einer vollständigen Abschrift derselben einstweilen ohne Porto-Entrichtung abzugeben, und die Adresse beziehungsweise deren Abschrift mit der aufgesetzten kurzen Angabe des Inhalts der Sendung sammt dem treffenden Karten-Extrakte dem vorgesetzten kgl. Oberamte zum weiteren Verfahren in Vorlage zu bringen.

München, den 9. Februar 1863.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 7435.

(Die Portofreiheit der Notare betr.)

Staatsministerium der Justiz.

Der kgl. Oberstaatsanwalt empfängt anruhend eine Abschrift der von der General-Direction der kgl. Verkehrsanstalten im bezeichneten Betreffe am 9. Februar l. Jrs. an die kgl. Postbehörden erlassenen Instruction zur Kenntnissnahme und mit dem Auftrage, dieselbe den Gerichten und Staatsanwälten, dann den Notariatskammern und den Notaren des Appellationsgerichtsbezirkes bekannt zu geben.

Hiebei findet sich das unterfertigte kgl. Staatsministerium veranlasst in Betreff der Postportofreiheit der dienstlichen Correspondenzen und Postsendungen

zwischen den kgl. Notaren und Notariatskammern, dann der Gerichts- und Verwaltungsbehörden im Einverständnisse mit dem kgl. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten Nachstehendes zu bemerken:

Nachdem die allerhöchste Verordnung vom 23. Juni 1829 die Postporto-freiheit in Amtssachen betr., auch auf die Correspondenzen und Postsendungen zwischen den kgl. Notaren und Notariatskammern, dann den kgl. Gerichts- und Verwaltungsbehörden Anwendung findet, haben sich die Notare und Notariatskammern, dann die mit denselben in Verkehr tretenden Gerichte und Staatsanwälte in Ansehung der formellen und materiellen Voraussetzungen, unter welchen derlei Correspondenzen und Postsendungen Portofreiheit zu geniessen haben, genau nach den Bestimmungen dieser allerhöchsten Verordnung zu achten.

Hienach können gemäss § 3 derselben nur solche Sendungen, welche nicht das persönliche Interesse des Notars oder des bei einem Notariatsgeschäfte Betheiligten, sondern lediglich das Interesse des öffentlichen Dienstes betreffen, und für welche, wenn Postfreiheit nicht bestünde, das Postporto der Staatscassa zur Last fallen würde, nach § 2 der Verordnung vom 23. Juni 1829 zum Zwecke portofreier Behandlung als R. S. bezeichnet werden.

Eine erschöpfende Aufzählung der Fälle, in welchen dienstliche Correspondenzen und Postsendungen zwischen Notaren und Notariatskammern dann Gerichten und Staatsanwälten vorkommen können, ist nicht wohl möglich und es muss die Beantwortung der Frage, ob die Voraussetzung des § 3 der erwähnten Verordnung gegeben sei, in jedem einzelnen Falle der gewissenhaften Würdigung des betreffenden Beamten anheimgegeben werden; — jedoch sind als jene Gegenstände welche am häufigsten Correspondenzen und Postsendungen veranlassen werden, für welche nach der angeführten Verordnung Postfreiheit in Anspruch genommen werden kann, nachfolgende zu bezeichnen:

- 1) Alle Angelegenheiten, welche sich auf die Oberaufsicht über die Notare und das Notariatswesen beziehen, z. B. Einberufung und Verpflichtung der Notare, Gesuche um Aufstellung von Verwesern, Vorlage der Geschäftsregister u. dergl.;
- 2) die Erhebung und Ablieferung der für die Verhandlungen der Notare zu entrichtenden Taxen (Verordnung vom 28. Mai 1862 § 11 Regierungsblatt Seite 1179);
- 3) die durch die Notariatsurkunden über Besitzveränderungen veranlassten Katasterumschreibungen (Bakanntmachung vom 15. Juni 1862 Regierungsblatt Seite 1445);
- 4) Disciplinar-Sachen;
- 5) Angelegenheiten der Notariatskammern.

Dagegen kann für die Uebersendung von Notariatsurkunden an die Gerichte, namentlich die Landgerichte, welche in Gemässheit der Art. 12. 13. 15. 23. des Notariatsgesetzes zum Zwecke der Beschlussfassung, der hypothekenamtlichen Behandlung, der Zustellung stattfindet, und für die Rücksendung der Urkunden oder Zustellungsnachweise an die Notare, ferner für die im Art. 27 des Notariatsgesetzes vorgeschriebenen Anzeigen, und die Uebersendung letztwilliger Verfügungen nach Art. 28, dann für die Uebersendung von Notariatsurkunden, welche in Folge gerichtlichen Auftrags gemäss Art. 51. 52. 19. des Notariatsgesetzes aufgenommen wurden, Portofreiheit nicht in Anspruch genommen werden, denn in all' diesen Fällen handelt es sich um Geschäfte, welche nicht im Interesse des öffentlichen Dienstes, sondern im Interesse der bei dem Notariatsgeschäfte Betheiligten vorgenommen werden, nicht um Dienst- sondern um eine Parteisache. Aus der Bestimmung des Art. 106 Ziff. 5 des Notariatsgesetzes,

gemäss welcher die Berichte und Correspondenzen der Notare auch in solchen Angelegenheiten Tax- und Stempel-Freiheit geniessen, kann die Porto-Freiheit derselben, bezüglich welcher lediglich die Bestimmungen der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 massgebend sind, nicht gefolgert werden, und die Bestimmung in § 11 der allerhöchsten Verordnung vom 28. Mai 1862 die Behandlung des Tax- und Stempelwesens bei den Gerichten, Bezirksämtern, Rentämtern und Notaren betr. und § 12 Abs. 4 der Vollzugsvorschriften vom 2. Juni 1862 bezieht sich blos auf die Correspondenz, Akten und Geldsendungen zwischen den kgl. Rentämtern einerseits und den Bezirksämtern, exponirten Bezirksamtsassessoren, Gerichtsssekretären, Gerichtsschreibern und Notaren anderseits, welche auf die Erhebung, Verrechnung und Ablieferung der Taxen, dann die Gebühren-Berechnung Bezug haben.

Auch die portofreie Uebersendung des zu den Urschriften und Ausfertigungen der Notare benöthigten Stempelpapieres, sowie die Portofreiheit der Geldsendungen für Stempelpapiere können die Notare nicht in Anspruch nehmen, da die vorerwähnten §§ 11 und 12 der allerhöchsten Verordnung vom 28. Mai 1862 und der Vollzugsvorschriften vom 2. Juni 1862 auf derartige Sendungen keine Anwendung finden, und nach der im § 13 jener allerhöchsten Verordnung in Bezug genommenen Normativ-Entschliessung vom 18. April 1826 (Gerets Sammlung Bd. XIV S. 48) Ziffer 11 nur bezüglich der mit dem Verlage des Stempelpapiers betrauten Rentbeamten und der Commissionäre bestimmt ist, dass das an dieselbe zu übersendende Stempelpapier und die dafür abzuliefernden Gelder portofrei zu behandeln seien, während nach Ziffer 12 auch die kgl. Behörden ihren Bedarf an Stempelpapier auf ihre Kosten zu beziehen haben.

Den kgl. Notaren, sowie den mit denselben in Verkehr tretenden Gerichten und Staatsanwälten wird die genaue Beobachtung der Bestimmungen der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829, insbesondere der Vorschrift in § 8 derselben und die gewissenhafte Würdigung der Frage, ob nach denselben die Voraussetzungen zu portofreier Behandlung einer Sendung gegeben seien, zur besondern Pflicht gemacht und dieselben werden ausdrücklich dafür verantwortlich erklärt, dass nur solche Sendungen, welche lediglich das Interesse des öffentlichen Dienstes betreffen und nach § 3 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 Anspruch auf Portofreiheit haben, als R. S. bezeichnet werden. Der kgl. Oberstaatsanwalt wird beauftragt, die Notare, Gerichte und Staatsanwälte des Appellationsgerichts-Bezirktes, sowie die Notariatskammern von gegenwärtiger Entschliessung zur Darnachachtung in Kenntniss zu setzen.

München, den 11. März 1863.

Auf Seiner Majestät des Königs Allerhöchsten Befehl.

An den kgl. Oberstaatsanwalt am
kgl. Appellationsgerichte.

Nr. 228.

(Postportofreiheit der Notare betr.)

Nachdem weder für die Notare noch für die Notariatskammern ein Tagebuch eingeführt ist, in welches die von denselben ausgehenden dienstlichen Correspondenzen einzutragen wären, wurde durch das kgl. Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeussern mittels Entschliessung vom 1. Januar 1878 Nr. 3908 II verfügt, dass wie bei den Correspondenzen der Gerichte, die Bestimmung des § 2 der Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 — die Postportofreiheit in Amtssachen betreffend — wornach die Angabe der laufenden Geschäftsnummer

ein Erforderniss zur Begründung der Postportofreiheit bildet, für die Correspondenzen und Aktensendungen der Notare und Notariatskammern in Staatsdienstsachen ausser Wirksamkeit zu treten habe.

Hienach ist die Bestimmung in Ziffer 1 des Ausschreibens vom 9. Februar 1863 zu berichtigen und haben sich die Postanstalten bei Behandlung der einschlägigen Sendungen darnach zu achten.

München, den 8. Januar 1878.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 6410.

(Portofreiheit der Notare betr.)

Es wird eröffnet, dass nachdem die Notare und Notariatskammern ein Tagebuch nicht zu führen haben, der Erlass der Angabe der Journal-Nummer sich auf alle von den Notaren etc. ausgehenden Sendungen erstrecken muss, dass ferner, nachdem die Notare nur jene äussern Merkmale auf den portofreien Sendungen anzubringen haben, welche die kgl. unmittelbaren Behörden anzubringen verpflichtet sind, die Angabe des Betreffs der Sendungen der kgl. Notare nicht erforderlich ist zur Begründung der portofreien Versendung.

München, den 11. Mai 1878.

General-Direktion der königlichen Verkehrsanstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 5322.

(Portofreiheit der Notare betr.)

Die Vorschrift unter Ziff. 6 des Ausschreibens vom 9. Februar 1863 wonach Sendungen zwischen Notaren und Privaten stets portopflichtig sind, hat durch die Bestimmungen in § 10 Abs. 4 der Allerhöchsten Verordnung vom 20. September vor. Jrs., die Ausführung des Reichs-Gerichtskostengesetzes und des Gesetzes über das Gebührenwesen betreffend, und in § 7 Abs. 5 der vom kgl. Staatsministerium der Finanzen unterm 21. gl. Mts. erlassenen Instruktion zum Vollzuge dieser Gesetze eine Modifikation erfahren, indem hienach auch die von den Notaren anlässlich der Gebührenbewerthung ihrer Verhandlungen ausgehenden Mittheilungen der Gebührensschuldigkeit (Kostenrechnung) an die Parteien im internen bayerischen Postverkehr als Dienstsache portofrei zu behandeln sind.

Diess wird den Postanstalten zur Darnachachtung mit dem Beifügen bekannt gegeben, dass die Korrespondenzen der Notare, welche die Mittheilung von Kostenberechnungen an die Pflichtigen im internen Verkehre betreffen, auf der Adresse neben der Bezeichnung „R. S.“ mit dem Beisatze „Kostenrechnung“ zu versehen sind. Alle Korrespondenzen der Notare an Private, welche mit diesem Beisatze nicht versehen sind, sind nach wie vor portopflichtig zu behandeln.

München, den 29. April 1880.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Notariatskammern.

Nr. 3641.

(Portofreiheit für die Correspondenz der Notariatskammer im Rheinkreise betr.)

Auf Befehl S. M. d. K.

Auf gutachtlichen Bericht vom 9. ds. Mts. wird die kgl. General-Post-Administration ermächtigt, die amtliche Correspondenz der Notariatskammer mit

den Notaren unter Einhaltung der im § 2 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 vorgeschriebenen Formen, und innerhalb der Grenze des Rheinkreises, portofrei behandeln zu lassen.

München, den 12. Mai 1837.

Ministerium des Hauses und des Aeussern.

Bezüglich der Portofreiheit der Notariatskammern in den Kreisen diesseits des Rheines conf. Notare.

Oberförster (Revierförster).

Siehe Forstbehörden.

Obergeometer.

Siehe Bezirksgeometer, und Vorschussgelder für ärarialische Vermessungen.

Orden, geistliche.

Siehe Klöster.

Orden, Ritterorden vom heiligen Georg.

Siehe Ritterorden vom heiligen Georg.

Ordensdecorationen.

Nr. 3812.

(Postportopflichtigkeit der Versendungen von Ordensauszeichnungen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Aus Anlass einer höchsten Ministerial-Eröffnung vom 24. ds. Mts. werden sämtliche Postanstalten hiedurch darauf aufmerksam gemacht, dass für Versendungen von Ordens-Auszeichnungen durch die kgl. Regierungen an äussere Behörden nach Massgabe der §§ 11 und 16 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 die Postportofreiheit nicht in Anspruch genommen werden kann.

Ausgenommen davon sind jedoch, wie sich von selbst versteht, die von den kgl. Ministerien zur Aufgabe kommenden Sendungen der Art, wenn solche nach Massgabe des § 7 der vorallegirten allerhöchsten Verordnung als postfrei bezeichnet sind.

München, den 28. April 1847.

General-Administration der königlichen Posten.

Analog vorstehender Verfügung sind die Ehrenmünze des Ludwigsordens, die Medaillen des Civilverdienst- und Max-Joseph-Ritterordens ferner die Armeedenkzeichen, Dienstalterszeichen, Felddienstzeichen und Veteranenzeichen etc. etc. zu behandeln.

(Rücklieferung heimgefallener Ordensdecorationen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Von Seite des kgl. Staatsministeriums des kgl. Hauses und des Aeussern erging an sämtliche kgl. Regierungen der Auftrag die Unterbehörden dahin anzuweisen, auf Sendungen von Ordensdecorationen, Medaillen, Ehrenmünzen, welche zum Ordensschatze zurückzugelangen haben, jedesmal die dem Inhalte entsprechende Werthdeclaration anzugeben.

Sollten nun gleichwohl solche Sendungen mit der Bezeichnung „Ordensdecoration etc. etc.“ jedoch ohne Werthsangabe aufgegeben werden, so sind die

aufgebenden Behörden auf die Ergänzung der Adresse in der angeordneten Weise aufmerksam zu machen.

München, den 16. Juni 1867.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Ordinariate.

Siehe auch Erzbischöfe.

Nr. 9547.

(Portofreiheit in Amtssachen betr.)

Es wird eröffnet, dass die bischöflichen Ordinariate die Verpflichtung haben, die Evidenthaltung der Pfründekataster zu controliren, was zur Folge hat, dass diese Kataster zwischen den bischöflichen Ordinariaten und den Verwaltungen der Pfründestiftungen, das ist den Pfarrämtern, zur Versendung gelangen müssen.

In einem vom kgl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten im Benehmen mit dem kgl. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten unterm 18. Oktober 1851 ergangenen Erlasse an das bischöfliche Ordinariat Augsburg ist nun ausgesprochen, dass die durch Ausübung der Curatel veranlasste Correspondenz zwischen dem bischöflichen Ordinate und der Administration der Seminarfonds in Dillingen portofrei zu behandeln ist.

Dass jene Correspondenzen, welchen nach dem Wortlaute der bestehenden einschlägigen Bestimmungen nur eine Portofreiheit bei der Beförderung mit der Briefpost zustünde, und welche in Folge Ueberschreitens des für Briefpostsendungen zulässigen Gewichtes mit der Fahrpost befördert werden müssen, gleichwohl portofrei zu behandeln sind, ist in der generellen Verfügung vom 9. April 1863 Nr. 5424 erörtert werden.

München, den 20. Juli 1878.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Pässe, Passkarten, Passtaxen.

Nr. 17185.

(Postportofreiheit der Sendungen mit Pässen, Passkarten und Passtaxen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nachdem hinsichtlich der Behandlung der Correspondenzen und Fahrpostsendungen mit Pässen, Passkarten und Passtaxen in Bezug auf Postporto bisher ein verschiedenartiges Verfahren Seitens der betreffenden kgl. Behörden stattgefunden hat, wird den kgl. Postanstalten eine von dem kgl. Staatsministerium des Innern unterm 25. vor. Mts. an die kgl. Kreisregierungen ergangene höchste Entschliessung zu dem Zwecke bekannt gegeben, um sich hienach vorkommenden Falles zu achten.

München, den 6. Juni 1864.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Abdruck. — Nr. 9451.

Staatsministerium des Innern.

Bezüglich der Entrichtung von Porto bei Versendung von Pässen, Passkarten und Passtaxen wird im Einverständnisse mit den Staatsministerien des

kgl. Hauses und des Aeussern, dann des Handels und der öffentlichen Arbeiten zur Nachachtung bekannt gegeben:

- 1) Die Vorlage von Reisepässen zu den Kreisregierungen und zu den Staatsministerien, sowie die Rücksendung hat portofrei zu erfolgen.
- 2) Correspondenzen in Passangelegenheiten zwischen Behörden und Stellen des Inlandes und mit dem Auslande zum Zwecke der Instruction und zur Behebung von Anständen sind gleichfalls portofrei.
- 3) Ersuchsschreiben um Ausstellung oder Verlängerung taxpflichtiger Pässe und Passkarten von Seite der Behörden des Aufenthaltsortes des Nachsuchenden an die zur Ausstellung zuständige Behörde des In- oder Auslandes sind portopflichtig und es ist das Porto, gleichviel, ob die Passgebühren mit übersendet werden, oder nicht, bei der Aufgabe zu entrichten.
- 4) Ersuchsschreiben bezüglich taxpflichtiger Pässe und Passkarten und Versendungen solcher behufs der Aushändigung an den Betheiligten sind als portopflichtig mit „P. S.“ zu bezeichnen und es ist das Porto von der in Empfang nehmenden Behörde zu berichtigen.
- 5) Wo die Taxpflichtigkeit wegen Armuth wegfällt, tritt auch die Portobefreiung ein und findet eine Bezeichnung mit „R. S.“ statt.

Gegenwärtige Vorschriften sind durch die Kreisamtsblätter zu veröffentlichen.

München, den 25. Mai 1864.

Auf Seiner Königlichen Majestät Allerhöchsten Befehl.

Die Versendung von Pässen, Passkarten
und Passtaxen betr.

Pensionsabzüge.

Siehe Gehaltsabzüge.

Peterspfennig.

Für Versendung des sogenannten Peterspfennig ist eine Portofreiheit nicht bewilligt, daher derartige Sendungen mit Porto zu belegen sind.

Pfarrämter.

Nr. 9779.

(Die Postportofreiheit der Pfarrämter betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nachdem sich bezüglich der Portofreiheit der dienstlichen Correspondenz der Pfarrämter unter sich und mit anderen kgl. Behörden mehrfache Anstände ergeben haben, wird zu deren Beseitigung hiedurch eröffnet, dass die Pfarrämter für den Verkehr in Staatsdienstsachen sowohl unter sich als auch mit anderen kgl. Stellen und Behörden dieselbe Postportofreiheit wie die mittelbaren Behörden überhaupt anzusprechen haben, wenn die bezüglichen Sendungen durch die in § 2 der kgl. allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 „die Postportofreiheit in Amtssachen betr.“ erforderlichen äusseren Merkmale als portofreie Staatsdienstsache erkennbar sind, und die Bezeichnung R. S. auf der Adresse durch kurze Angabe des Betreffes näher begründet ist.

Dasselbe gilt bezüglich ihrer dienstlichen Correspondenz in der Eigenschaft als Local-Schulinspektionen.

Als Verwaltungsbehörden des Kirchen- und Stiftungsvermögens dagegen kommt denselben die Postportofreiheit wie den übrigen Verwaltungen aus Staats-

mitteln nicht dotirter Stiftungen nur für die zur Staatscuratel ressortirenden Gegenstände im Verkehr mit der vorgesetzten Curatelbehörde zu.

Ausser der den Pfarrämtern als mittelbaren Behörden in Staatsdienstsachen zustehenden Postportofreiheit haben dieselben nach § 1 lit. f und g der vorallegirten kgl. allerhöchsten Verordnung auch noch für den dienstlichen Verkehr in allgemeinen Kirchensachen sowohl unter sich als auch mit den vorgesetzten geistlichen Behörden die Postportofreiheit anzusprechen, und wird in dieser Beziehung auf die desfallsigen besonderen Bestimmungen hingewiesen.

München, den 9. Oktober 1851.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 12537.

(Die portofreie Versendung von Obligationen der protestantischen Pfarrämter betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nachdem von Seite des kgl. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten aus Rücksichten der Staats-Curatel die Anordnung getroffen ist, dass die Grundrenten-Ablösungs-Obligationen der protestantischen Pfarreien zur Aufbewahrung an die kgl. Consistorien zu Ansbach und Bayreuth eingesendet werden, diese Einsendungen sonach Staatsdienstsache sind, für welche nach Massgabe der kgl. Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 die Postportofreiheit zuzugestehen ist, so erhalten die kgl. Postanstalten hiedurch den Auftrag, die Versendung von Obligationen der protestantischen Pfarrämter an die kgl. Consistorien zu Ansbach und Bayreuth portofrei zu belassen, wenn dieselben ausser den allgemeinen durch § 2 der vorallegirten kgl. Allerhöchsten Verordnung vorgeschriebenen Merkmalen einer portofreien Staatsdienstsache auf der Adresse neben der Bezeichnung R. S. noch mit dem Beisatze „Staats-Curatel-Sache“ versehen sind.

München, den 10. Juni 1855.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 2841.

(Die portofreie Versendung von Obligationen der protestantischen Pfarrämter betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nach der allgemeinen Ausschreibung vom 10. Juni vor. Jrs. im bezeichneten Betreffe ad Nr. 12537 sind die Versendungen von Grundrenten-Ablösungs-Obligationen seitens der protestantischen Pfarreien an die kgl. Consistorien zu Ansbach und Bayreuth als portofreie Staatsdienstsache zu behandeln.

Nachdem die Einsendung dieser Obligationen durch Vermittlung der Dekanate zu erfolgen hat, so sind unter den in der Eingangs allegirten Ausschreibung angegebenen Voraussetzungen auch die Sendungen solcher Obligationen von den protestantischen Pfarreien an die Dekanate, und von letzteren an die Consistorien zu Ansbach und Bayreuth gleichmässig portofrei zu behandeln.

Zur Vermeidung von Portoreklamationen haben die Postanstalten sich hienach genau zu achten.

München, den 12. März 1856.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 3060.

(Portofreiheit der Pfarrämter betr.)

I. N. S. M. d. K.

Die kgl. Pfarrämter, Dekanate und Schul-Inspektionen kommen öfters in die Lage amtliche Erlasse an Gemeinden und unter Privatadresse an Cantoren und Schullehrer durch die Post zu versenden, welche nach Massgabe der den Kirchen- und Schulbehörden durch die allerhöchste Verordnung vom 23. Juni 1829 für ihren amtlichen Wirkungskreis eingeräumten Portofreiheit als Kirchen- und Schuldienstsache portofrei zu behandeln sind.

Die kgl. Postanstalten werden daher angewiesen, solche Dienstschriften, welche neben den durch § 2 der genannten allerhöchsten Verordnung vorgeschriebenen Merkmalen auf der Adresse mit der Bezeichnung „allgemeine Kirchen- oder Schuldienstsache“ versehen sein müssen, als Staatsdienstsache portofrei zu belassen.

München, den 7. Januar 1869.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Pfarr-Wittwen- und Pfarr-Unterstützungs-Kassa zu Nürnberg.

Nr. 15441.

(Die Postportofreiheit der Administration der protestantischen Pfarr-Wittwen und Pfarr-Unterstützungs-Kasse zu Nürnberg betr.)

I. N. S. M. d. K.

In Folge von Anständen, welche sich in Betreff der Postportofreiheit der Administration der protestantischen Pfarrunterstützungs- und Wittwenkasse zu Nürnberg ergeben haben, ist nach Eröffnung des kgl. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten vom 16. ds. verfügt worden, dass die benannte Administration lediglich bei Berichterstattungen an die Consistorien, sowie bei der Correspondenz mit den Dekanaten in Dienstessachen die Portofreiheit anzusprechen hat, Geldsendungen von und zu derselben aber nach Massgabe der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 § 11 dem Porto unterliegen.

Hienach haben sich sämtliche Postanstalten des Königreiches in vorkommenden Fällen geeignet zu achten.

München, den 21. Oktober 1850.

General-Verwaltung der königlichen Posten und Eisenbahnen.

Nr. 6303.

(Portofreiheit der kgl. Administration der allgemeinen protestantischen Pfarrunterstützungs-Anstalten zu Nürnberg betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nachdem die kgl. Administration der allgemeinen protestantischen Pfarrunterstützungs-Anstalten zu Nürnberg nicht bloss mit den kgl. Consistorien und Dekanaten, sondern auch mit kgl. Gerichten, Behörden und Aemtern in Staatsdienstsachen zu verkehren hat, wurde die Postportofreiheit, welche der besagten kgl. Administration inhaltlich des Ausschreibens vom 21. Oktober 1850 zusteht, auch auf deren dienstlichen Correspondenz-Verkehr mit den kgl. Gerichten, Behörden und Aemtern ausgedehnt.

Indem den kgl. Postanstalten zur Darnachachtung hievon Kenntniss gegeben wird, wird zugleich bemerkt, dass sich diese Portofreiheit nur auf jene Correspondenzen erstrecken kann, für welche das Porto, wenn es entrichtet werden müsste, der kgl. Staatskassa zur Last fiel, und dass daher namentlich alle jene Correspondenzen der erwähnten kgl. Administration in Verwaltungs-Angelegenheiten, welche die Erfüllung des Stiftungszweckes betreffen, soweit sie nicht durch die Staatscuratel veranlasst sind, nach wie vor portopflichtig bleiben.

München, den 9. März 1865.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Polizeiliche Untersuchungen, in specie die Corpora delicti in denselben.

Siehe Criminalia.

Polytechnische Hochschule.

Siehe Technische Hochschule in München.

Polytechnischer Verein für Bayern, Verwaltungs-Ausschuss desselben.

Nr. 1204.

(Die Portoentrichtung für Versendungen des Central-Verwaltungs-Ausschusses des polytechnischen Vereins für Bayern betr.)

I. N. S. M. d. K.

Dem Central-Verwaltungs-Ausschusse des polytechnischen Vereines in München kommt nach den dermalen bestehenden Verordnungen eine Postportofreiheit nicht zu, und waren daher auch die von kgl. Stellen und Behörden mit der Bezeichnung R. S. an denselben eingegangenen Fahrpostsendungen nach Massgabe der Bestimmung des § 16 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 seither bei der Abgabe mit Porto zu belegen.

Durch höchstes Rescript des kgl. Ministeriums des Innern vom 2. v. Mts. sind nunmehr sämtliche kgl. Regierungen und Distrikts-Polizeibehörden angewiesen, alle ihre Versendungen mit der Fahrpost an den Central-Verwaltungs-Ausschuss des polytechnischen Vereins nicht mehr mit der Bezeichnung „R. S.“ zu versehen, sondern sogleich bei der Aufgabe zu frankiren.

Die zur Briefpost geeigneten Sendungen dagegen sind mit der Bezeichnung „R. S.“ gleichwie an jede andere Privatadresse, so auch an den benannten Central-Verwaltungs-Ausschuss nach wie vor portofrei abzusenden, wenn sie alle nach Massgabe des § 2 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 erforderlichen äussern Merkmale einer portofreien Regierungssache an sich tragen.

Allenfallsige Sendungen des Central-Verwaltungs-Ausschusses an die kgl. Regierungen und Distriktpolizeibehörden sind zwar in der Regel sowohl bei der Brief-, als auch bei der Fahrpost, gleichwie die Aufgabe von Privaten an Behörden überhaupt nur frankirt anzunehmen, da jedoch durch das angezogene höchste Ministerial-Rescript zugleich die Anordnung getroffen ist, dass für solche Sendungen dem Central-Verwaltungs-Ausschusse die Portoauslage von der Empfangsbehörde zurückvergütet werde, so wird auch die Annahme unfrankirter Sendungen von Seite jener Behörden nicht wohl beanstandet werden.

Indem sämtliche Postanstalten des Königreiches hiedurch angewiesen werden, sich forthin nach vorstehenden Bestimmungen genau zu achten, wird denselben bei dieser Gelegenheit zugleich die unterm 18. Juli 1837 erlassene Verfügung — Versendungen von Abonnementsgeldern der Mitglieder des poly-

technischen Vereins für das Kunst- und Gewerbeblatt an den Central-Verwaltungs-Ausschuss nur franco anzunehmen — in Erinnerung gebracht.

München, den 13. Februar 1845.

Portofreiheit im Verkehre mit Oesterreich-Ungarn und Luxemburg.

Nr. 169.

(Portofreiheit im Verkehr mit Oesterreich-Ungarn und Luxemburg betr.)

I. N. S. M. d. K.

Die Postportofreiheit im Verkehr mit Oesterreich-Ungarn und Luxemburg ist nunmehr beschränkt:

- a) auf die Correspondenz der Mitglieder der Regenten-Familien.
- b) auf die dienstlichen Brief- und Fahrpostsendungen der Postbehörden, und
- c) auf die dienstliche Correspondenz der Telegraphenbehörden.

Den Mitgliedern der Regenten-Familien werden im Verkehr mit Oesterreich-Ungarn in Bezug auf Portofreiheit für die Briefpost-Sendungen die Mitglieder des Fürstlich Thurn- und Taxis'schen Hauses gleichgestellt.

Bezüglich der Portofreiheit für Fahrpostsendungen der Regenten-Familien und der Mitglieder des Fürstlich Thurn- und Taxis'schen Hauses verbleibt es bei den seitherigen Grundsätzen.

Die amtlichen Correspondenzen der auf österreichischem Gebiete stationirten bayerischen Staatsbahn-Zoll- und Polizei-Organe mit bayerischen Behörden, sowie der auf bayerischem Gebiete stationirten österreichischen Zoll- und Polizei-Organe mit österreichischen Behörden werden als interne bayerische bzw. österreichische Sendungen behandelt und darauf die einschlägigen Portofreiheits-Bestimmungen für den internen Verkehr angewendet. Es sind sonach z. B. die amtlichen Correspondenzen der k. bayer. Bahnämter in Eger, Kufstein und Salzburg an die k. bayer. Behörden, falls sie mit den äusseren Merkmalen einer portofreien Sendung versehen sind, den bayerischen Postanstalten portofrei auszuliefern.

Eine weitere portofreie Beförderung findet im Postverkehr mit Oesterreich-Ungarn und Luxemburg nicht mehr statt.

München, den 6. Januar 1873.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Postanweisungen.

A u s z u g.

Frei von der verordnungsmässigen Gebühr sind nur jene Postanweisungen, welche von Personen oder Behörden aufgegeben werden, welche für die betreffende Geldsendung selbst auf Grund der dessfallsigen Verordnungen die Postportofreiheit anzusprechen hätten.

Die Adresse solcher Postanweisungen muss übrigens alle jene Merkmale, somit auch den Abdruck des Dienstsiegels auf sich tragen, welche zur Begründung der Portofreiheit für die betreffende Geldsendung selbst erforderlich wären.

(§ 4 d. V.-Bl. Nr. 68 v. J. 1866.)

Siehe auch Gemeindebehörden Generale 25 Ziff. III und IV.

Post- und Telegraphenbehörden geniessen im Sinne der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 Postportofreiheit.

Siehe auch § IIb der Instruction zum Portofreiheits-Gesetz.

Nr. 6786.

(Die Portofreiheit der kgl. Postbehörden resp. der an dieselben vorkommenden Versendungen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Es ist die Wahrnehmung gemacht worden, dass die von Privaten an die unterfertigte Stelle vorkommenden Aufgaben von den äusseren Postbehörden häufig ohne Portoentrichtung angenommen und versendet werden.

Man sieht sich dadurch veranlasst, sämtliche Postanstalten darauf aufmerksam zu machen, dass die Bestimmungen der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 über die Postportofreiheit in Amtssachen überhaupt im Allgemeinen auch auf den Correspondenzverkehr der kgl. Postbehörden gleichmässige Anwendung zu finden haben, demnach:

- 1) nach Massgabe des § 6 der eben angezogenen allerhöchsten Verordnung alle von nicht portobefreiten Personen an die unterfertigte Stelle, an die kgl. Oberpostämter, Postämter und übrigen Postbehörden vorkommenden Aufgaben nicht anders als frankirt zur Beförderung angenommen, und ebenso
- 2) bei den von Seite der kgl. Postbehörden selbst zu versendenden Berichten, Correspondenzen und Ausfertigungen genau jene Vorschriften eingehalten werden sollen, welche nach den Bestimmungen des § 2 und 3 der allegirten Verordnung die portofreie Beförderung jeder amtlichen Correspondenz begründen.

München, den 12. August 1845.

General-Administration der königlichen Posten.

Die Versendung der von dem Obmanne eines Postomnibus-Curses an die übrigen Theilnehmer auszubezahlenden Antheiles aus der Gesamt-Einnahme ist portofrei zu belassen, wenn die fraglichen Sendungen nicht als Privatsendungen, sondern als amtliche behandelt werden und nicht unter Privatadresse, sondern von Postanstalt zu Postanstalt gehen.

G. D. E. d.d. 24. August 1858 Nr. 15618.

Postboten-Unterstützungs-Verein.

Nr. 11754.

(Gründung eines Unterstützungsvereins für die Postboten, hier Portofreiheit betr.)

Gemäss höchster Entschliessung des Staatsministeriums des kgl. Hauses und des Aeussern ist der Verwaltung des am 1. September l. Js. ins Leben tretenden Unterstützungs-Vereines der Postboten im-internen Brief- und Fahrpostverkehre mit Postbehörden in Vereinsangelegenheiten Portofreiheit bewilligt.

Einer besondern Betreffsangabe auf der Adresse bedarf es nicht; im Uebrigen sind bezüglich der äusseren Beschaffenheit solcher Sendungen die zur Begründung der Portofreiheit für dienstliche Sendungen allgemein vorgeschriebenen Merkmale erforderlich.

Die portofreie Beförderung dieser Sendungen ist auch dann nicht zu beanstanden, wenn dieselben an den Cassier des Vereins gerichtet sind oder von demselben ausgehen.

München, den 29. August 1874.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Prämien für Erlegung von Raubthieren.

Nr. 18355.

(Postportofreiheit in Amtssachen betr.)

Zur Entschliessung auf den Bericht vom 24. vor. Mts. im bezeichneten Betreff wird unter Rückschluss der Vorlage eröffnet, dass die von den kgl. Regierungen ausgesetzten Prämien für Erlegung von Raubthieren nicht zu den portofrei zu befördernden Staatszuschüssen gerechnet werden können, welche den Gemeinden für Unterhaltung öffentlicher Anstalten etc. etc. gewährt werden, dass ferner, wenn auch die bezeichneten Prämien aus der Staatskassa fliessen, deren Versendung von einer unmittelbaren kgl. Behörde an eine Gemeindebehörde gleichwohl nicht portofrei erfolgen kann, weil die Bestimmung in § 3 der kgl. Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 nicht zutreffend ist, das Postporto für die Versendung der Prämie nicht der Staatskassa zur Last fallen würde. Wenn der Belohnte die ausgesetzte Prämie im vollen Betrag hätte beziehen wollen, so hätte er sie selbst bei der auszahlenden kgl. Behörde erheben sollen, für die Postanstalt aber kann keine Verpflichtung bestehen, die in Anspruch genommene Vermittlung unentgeltlich zu leisten.

München, den 4. Januar 1881.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Abtheilung für Post und Telegraphen.

Präparanden-Schulen.

Nr. 41203.

(Postportofreiheit der Präparanden-Schulen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Zufolge höchster Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten vom 22. l. Mts. ist den Hauptlehrern bei den neuerrichteten Präparandenschulen für ihre dienstlichen Correspondenzen (Schreiben und Aktensendungen) mit den vorgesetzten Inspektoren, dann diesen letzteren für eben solche Postsendungen unter sich wie an andere mittelbare Behörden die Postportofreiheit bewilligt, wenn diese Correspondenzen etc. die im § 2 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 „die Postportofreiheit in Amtssachen betreffend“ genannten Merkmale tragen und ausserdem mit einer kurzen Bezeichnung des Betreffes versehen sind.

München, den 25. November 1866.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Private. (Sendungen unter Privatadresse.)

Gemäss § 1 a der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 können die kgl. unmittelbaren Civilbehörden Briefpostgegenstände unter Privatadresse portofrei versenden, nach § 7 derselben Verordnung jedoch bleibt den kgl. Staatsministerien die Befugniss, Sendungen jeder Art an jeden Empfänger mit „postfrei“ zu bezeichnen.

Privatsendungen unter Adresse von Postbehörden, siehe Postbehörden.

Programme der Gymnasien.

Siehe Schulbehörden.

Prüfungen für den Staats- und öffentlichen Dienst.

Nr. 25031.

(Behandlung der Vorladungen der Adspiranten zu Staats- und öffentlichen Diensten bei Versendung durch kgl. Posten betr.)

Auf Befehl S. M. d. K.

Zur Beseitigung der Anstände, welche sich über die Portopflichtigkeit der Vorladungen für die, den Prüfungen für den öffentlichen Dienst sich unterziehenden Candidaten ergeben haben, wird im Einverständnisse mit dem Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeussern bemerkt, dass zwar die Prüfungen der Adspiranten zu Staats- und öffentlichen Diensten ebenfalls als Dienstsachen, nicht aber als solche Staatsdienstangelegenheiten zu betrachten sind, welchen nach Sinn und Wortlaut der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 bei ihrer Versendung durch die Post die Portofreiheit gebührt, indem bei den Prüfungsvorladungen der im § 3 der angeführten Verordnung vorgesehene Fall der Bezahlung des hiefür treffenden Porto aus der Staatskassa nicht vorliegt, und eben deshalb das Porto von demjenigen, an welchen die Vorladung ergeht, zu entrichten ist, wie denn auch dormalen die kgl. Kreisregierungen die Prüfungsvorladungen mit Stempel und Taxe belegen, und dadurch den Gegenstand als *Privatsache* bezeichnen.

Die kgl. Regierung hat sich in Zukunft hienach zu achten, und dergleichen Vorladungen mit P. S. (Privatsache) zu bezeichnen.

München, den 2. December 1837.

Staatsministerium des Innern.

Pupillen-Gelder.

Siehe Depositen.

Die Versendung der Pupillengelder an die Staatschuldentilgungskasse ist nicht Officialsache, daher für dieselbe die Postportofreiheit nicht in Anspruch genommen werden kann. Döll. Bd. XXVIII. I. pag. 261.

Rabbinate.

Siehe auch Collectengelder.

Auszug. — Nr. 1226.

Ministerium des kgl. Hauses und des Aeussern.

(Portofreiheit der Rabbinate betr.)

Im Einvernehmen mit dem kgl. Staatsministerium des Innern, wird der kgl. General-Postadministration auf den Bericht vom 5. v. Mts. zur Entschliessung erwidert, dass, nachdem gemäss § 23 des Edictes vom 10. Juni 1813, des § 9 Titel IV der Verfassungs-Urkunde und der §§ 32 und 38 ihrer zweiten Beilage den jüdischen Glaubensgenossen nur die Rechte einer Privat-Kirchengesellschaft zukommen, es keinem Zweifel unterliegen könne, dass die Correspondenz der Orts- und Distrikts-Rabbinate unter sich mit den einzelnen Judengemeinden und Israeliten in rein kirchlichen, sowie in Privat-Angelegenheiten, auf Portofreiheit keinen Anspruch zu machen habe. etc. etc.

Eine Ausnahme hievon findet in allen Fällen Statt, wo die betreffenden Staats- und Polizei-Behörden im öffentlichen Interesse von Amts- und Aufsichtswegen schriftliche Erlasse und Correspondenzen mit den israelitischen Cultusbehörden (Rabbinaten) eintreten zu lassen haben. In solchen Fällen findet analog

der im § 1 lit. a bis e der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 ausgesprochenen Grundsätze eine portofreie Behandlung statt, wenn die so beschaffene Correspondenz die Formalien an sich trägt, wie sie der § 2 der erwähnten Verordnung vorschreibt.

München, den 14. Februar 1838.

Döll. Bd. XXVIII. pag. 317—318.

Nr. 2105.

(Postportofreiheit der Rabbinate betr.)

Zur Entschliessung auf den Bericht vom 8. ds. wird dem kgl. Oberpostamte unter Rückgabe der Beilagen eröffnet, dass die Correspondenz der israelitischen Kultusverwaltungen insoferne sie den Anforderungen nach § 2 der Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 entspricht analog den Bestimmungen vom 24. Mai 1862 (V. B. Nr. 17) über die Portofreiheit der Kirchenverwaltungen (siehe diese) zu behandeln, demnach im Verkehr mit den k. Bezirksämtern in Staatskuratelsachen portofrei zu belassen ist.

München, den 14. Februar 1877.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 3622.

(Portofreiheit der Rabbinate betr.)

Nach Ausschreiben vom 7. Januar 1869, die Portofreiheit der Pfarrämter betr. (Verordnungs-Blatt 1869 S. 10) haben auch die k. Pfarrämter, Dekanate und Schulinspektionen amtliche Erlasse an Gemeinden, ferner an Cantoren und Schullehrer unter der Privatadresse der letzteren durch die Post zu versenden und sind diese Erlasse nach Massgabe der den Kirchen- und Schulbehörden durch die kgl. Allerhöchste Verordnung vom 23. Juni 1829 für ihren amtlichen Wirkungskreis eingeräumten Portofreiheit als Kirchen- und Schuldienstsache portofrei zu behandeln.

Die gleiche Funktion des staatlichen Aufsichtsrechtes haben auch die Bezirksrabbinate in Hinsicht auf das israelitische Schulwesen und den israelitischen Religionsunterricht zu üben, sonach nicht nur mit den k. Bezirksämtern, sondern auch mit den Schullehrern und Bürgermeisterämtern in dienstlichen Verkehr zu treten.

Es sind daher auch die Correspondenzen der Bezirksrabbinate an die Schullehrer oder Vorstände der betreffenden Gemeindehöden portofrei zu behandeln, wenn sie neben den durch § 2 der genannten Allerhöchsten Verordnung vorgeschriebenen Merkmale auf der Adresse mit der Bezeichnung „Schuldienstsache“ versehen sind.

München, den 14. März 1881.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Abtheilung für Post und Telegraphen.

Raubthiere.

Siehe Prämien für Erlegung von Raubthieren.

Realgymnasien.

Siehe Schulbehörden.

Rectorate.

Siehe Kreispensions- und Unterstützungsfond für dienstunfähige Lehrer.
„ Schulbehörden.

Redactionen der Kreis- und Intelligenz-Blätter.

Nr. 4168.

(Die Postportofreiheit der Redactionen der Kreis-Intelligenz-Blätter betr.)

I. N. S. M. d. K.

Seitdem die Erträgnisse der Kreis-Intelligenz-Blätter auf die Staatskassa übergegangen sind, werden die Redactionen derselben als unmittelbare königliche Behörden angesehen, und es steht ihnen eine amtliche Portofreiheit, wie den übrigen königlichen Behörden zu.

Diese Portofreiheit kann jedoch keine grössere Ausdehnung erhalten, als die allerhöchste Verordnung vom 23. Juni 1829 im Allgemeinen bestimmt, nämlich nur für Staatsdienstangelegenheiten und ausschliesslich nur für solche Fälle, wo ausserdem das Porto den Staatskassen zur Last fallen würde.

Diesem nach sind portofrei:

- 1) die Correspondenz der Redactionen der Kreis-Intelligenz-Blätter, bei welcher die allgemeinen Erfordernisse einer portofreien Correspondenz nach § 2 der Verordnung vom 23. Juni 1829 vorhanden sind.
- 2) die Ueberschüsse aus den Erträgnissen der Kreis-Intelligenz-Blätter, welche in die Staatskassa einfliessen, sowie die Gelder, welche für die aus dem Regiefonde zu zahlenden Intelligenzblätter oder für amtliche Inserate unter der Bezeichnung „R. S.“ und unter amtlichem Siegel versendet werden.

Hiegegen haben die Postgebühren zu entrichten:

- a) alle Inserations-Gebühren in Parteisachen und die Zahlungen der Private für abgegebene Blätter, wobei noch insbesondere bemerkt wird, dass diese Aufgaben nur frankirt angenommen werden dürfen,
- b) ferner die Quittungen für Private über den Empfang von Inserationsgebühren, welche von den Redactionen der Kreis-Intelligenz-Blätter im Interesse der Einsender versendet werden.

Hienach haben sich die kgl. Postanstalten genau zu achten.

München, den 12. Juli 1842.

General-Administration der königlichen Posten.

Nr. 6866.

(Postporto für Geldsendungen, welche von Privaten an die Redactionen der Kreis-Intelligenz-Blätter aufgegeben werden, betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nach § 6 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 — die Portofreiheit in Amtssachen betr. — sollen Aufgaben von nicht postportofreien Personen an öffentliche Behörden nur frankirt angenommen werden. Da sich bei Anwendung dieser Bestimmung hinsichtlich der Geldsendungen an die Redactionen der Kreis-Intelligenz-Blätter Anstände ergeben haben, so wurde durch höchste Ministerial-Verfügung vom 24. ds. Mts. angeordnet, dass die Gelder an die Redactionen der Kreis-Intelligenz-Blätter nach der allgemeinen Verordnung franco aufzugeben seien, dass jedoch für die Fälle, in welchen Gelder an eine solche Redaction unfrankirt aufgegeben werden wollen, dieselben von der Annahme nicht unbedingt zurückzuweisen seien, sondern dass, wenn der Aufgeber von dem Postbeamten von der Vorschrift wegen Frankirung derlei Aufgaben be-

lehrt, gleichwohl die Entrichtung des Porto verweigert, die Verweigerung auf dem Umschlage zu bemerken, und die Sendung mit Zurechnung des Porto an die betreffende Redaction abgehen zu lassen sei.

Indem diese Anordnung zur genauen Befolgung allgemein bekannt gemacht wird, wird noch bemerkt, dass das kgl. Ministerium des Innern die sämtlichen Kreis-Regierungen zur Zahlung des Porto aus dem Ertrage der Kreis-Intelligenz-Blätter für oben angegebene Fälle vorbehaltlich des Regresses an den Absender ermächtigt habe.

München, den 28. November 1842.

General-Administration der kgl. Posten.

Regiesendungen.

Nr. 10439. — Generale Nr. 73.

(Regiesendungen betr.)

Zur Vermeidung der Taxreclamationen, welche sich nicht selten dadurch ergeben, dass für Postregiesendungen, welche bei der Eisenbahn, und umgekehrt Eisenbahnregiesendungen, welche bei der Post von den Lieferanten direkt aufgegeben wurden, die tarifmässigen Taxen erhoben worden sind, während die Sendungen vertragsmässig taxfrei zu befördern waren, wird im Einvernehmen mit der Betriebsabtheilung angeordnet, dass Postregiesendungen, welche mit der Eisenbahn taxfrei befördert werden sollen, nicht direkt durch den Lieferanten, sondern durch Vermittlung der Postexpedition bei der Eisenbahnbehörde aufzugeben sind und dass umgekehrt Eisenbahnregiesendungen oder Correspondenzen der Lieferanten an Eisenbahnbehörden durch Vermittlung der Eisenbahnanstalten bei den Postexpeditionen zur Aufgabe zu gelangen haben.

An Orten, welche nicht an der Eisenbahn gelegen sind, kann jedoch der Lieferant Eisenbahnregiesendungen und Correspondenzen an Eisenbahnbehörden direkt bei der Postexpedition aufgeben, die vertragsmässige Taxfreiheit wird aber in diesem Falle nur gewährt, wenn entweder

- a) Datum des Vertrages oder
- b) Nummer und Datum der veranlassenden Entschliessung nebst Bezeichnung der treffenden Eisenbahnstelle genau auf der Adresse angegeben sind.

München, den 8. August 1879.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Reichsdienstangelegenheiten — Reichsbankanstalten.

Nr. 4372.

(Portofreiheit in Reichsdienstangelegenheiten betr.)

Auf Grund der Reichsgesetze vom 29. Mai 1872 und 5. Juni 1869 sind die von den bayerischen Landesbehörden an das Reichsbankdirektorium, an die Reichshauptkassa und an die Reichsbankanstalten innerhalb des Reichspostgebietes und Württembergs gerichteten Postsendungen in reinen Reichsdienstangelegenheiten portofrei zu behandeln, insoferne die bayerischen Sendungen

- a) mit amtlichem Siegel oder Stempel und
- b) auf der Adresse mit dem Postfreiheits-Vermerk „Reichs-Dienstsache“ versehen sind.

Zur Vermeidung verschiedenartiger Behandlung solcher Sendungen hat das kgl. Staatsministerium des k. Hauses und des Aeussern mittelst höchster Ent-

schliessung vom 15. ds. auch für den internen Verkehr der bayerischen Landesbehörden mit den in Bayern gelegenen Reichsbankanstalten und für den Verkehr der letzteren unter sich in reinen Reichsdienstangelegenheiten die Portofreiheit in dem gleichen Umfange bewilligt, wie solche innerhalb des Reichspostgebiets auf Grund des Gesetzes vom 5. Juni 1869 besteht.

Sendungen, welche sich auf Landesangelegenheiten oder den Geschäftsbetrieb der Reichsbankanstalten beziehen, sind im internen Verkehr und im Wechselverkehr mit dem Reichspostgebiet und Württemberg portopflichtig.

Die k. Postanstalten haben sich hienach genau zu achten.

München, den 21. März 1876.

General-Direktion der königlichen Verkehrsanstalten.
Post-Abtheilung.

Reichsgericht, Einziehung und Verrechnung etc.

Nr. 14417.

(Einziehung und Verrechnung der für die Geschäfte des Reichsgerichts in Ansatz kommenden Kosten betr.)

Den kgl. Postanstalten wird hiemit bekannt gegeben, dass die Einziehung der für die Geschäfte des Reichsgerichts in Ansatz kommenden Kosten den Gerichtsschreibereien der Amtsgerichte und der Landgerichte sowie den Rentämtern obliegt und dass die eingehobenen Beträge für Rechnung der Reichskassa an die Oberpostkassa, Abtheilung für Kassensachen des Reichsgerichts, in Leipzig abgeführt werden müssen.

Die dieses Kosteneinziehungsgeschäft betreffende Korrespondenz einschliesslich der Geldsendungen zwischen dem Reichsgericht, der Gerichtsschreiberei des Reichsgerichts, der Oberpostkassa in Leipzig einerseits und den beteiligten Landesbehörden anderseits ist als Reichsdienstsache portofrei.

München, den 13. November 1879.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Reichsjustizgesetze.

Nr. 12688.

(Die Einführung der Reichsjustizgesetze betr.)

Um etwaigem Zweifel zu begegnen, wird darauf aufmerksam gemacht, dass auch jetzt noch in Geltung sind die Bestimmungen

- 1) über die Führung der amtlichen Postaufgabegebühr,
- 2) über die portofreie Behandlung der Sendungen in Strafsachen im Verkehre innerhalb Bayern und die Abführung und Verrechnung des in Strafsachen nachträglich erhobenen Postporto,
- 3) über die Ausführung des Portofreiheitsgesetzes vom 29. Mai 1872 für den amtlichen Verkehr mit den Behörden im Reichspostgebiet und in Württemberg, insbesondere auch die Bestimmungen des Ausschreibens vom 28. Juni 1872 (V. Bl. 1872 S. 437) und
- 4) die Bestimmungen über die Verwendung der Postboten im gerichtlichen Botendienst (Abschn. III der Dienstesanweisung für Postboten).

München, den 5. Oktober 1879.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Reichstag.

Nr. 1883.

(Die Wahlen zum deutschen Reichstag betr.)

I. N. S. M. d. K.

In Gemässheit höchster Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten vom 9. ds. Mts. Nr. 1271 werden die kgl. Postanstalten angewiesen, Schreiben und Aktensendungen, welche von den Wahlkommissairen für die Reichstagswahlen in Ausübung ihrer öffentlichen Funktion an eine kgl. Behörde oder an die zum Reichstag Gewählten abgesendet werden, in dem Falle als portofreie Dienstsache zu behandeln, wenn auf der Adresse der Schreiben und Akten der Name des Wahlkommissairs nebst dem Wohnorte und die Bezeichnung „Reichstagswahlsache“ angegeben ist.

München, den 13. Februar 1871.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Reise-Entschädigungs-Gelder.

Siehe Gemeindebehörden.

Reisevorschüsse an Militärs.

Siehe Gemeindebehörden.

Religionsfond, schwäbischer.

Mit Entschliessung der General-Direktion der kgl. Verkehrs-Anstalten d. d. 15. Juli 1863 Nr. 20,638 ist der Verwaltung des schwäbischen Religionsfonds die Portofreiheit für ihre dienstlichen Correspondenzen und Sendungen, wie sie den kgl. unmittelbaren Behörden zukommt, zuerkannt worden.

Rentämter, kgl., haben auf Grund der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 die Postportofreiheit anzusprechen.

Bezüglich des Verkehres in Steuerangelegenheiten mit Geometern, Gemeindebehörden, Pfarrämtern etc. etc., siehe diese.

Rentamtliche Rückvergütungen an die Gemeindebehörden.

Siehe Gemeindebehörden (Generale 25).

Rentenverwaltungen.

Siehe Domänenkanzleien.

Repertorium der Landtagsverhandlungen.

Die Versendungen des Repertoriums sowohl, als auch sämtlicher hierauf bezüglichen Correspondenzen und Geldsendungen sind als portofreie Dienstsachen zu behandeln.

Reserve-Assistenzärzte.

Siehe Militärangelegenheiten.

Reservisten, Unterstützung an diese.

Siehe Gemeindebehörde (Generale 25).

Rheinschifffahrts-Angelegenheiten.

Siehe § X der Instruction zum Portofreiheitsgesetz.

Nr. 16991.

(Portofreiheit in Rheinschifffahrtsangelegenheiten betr.)

In Gemässheit höchster Ministerialentschliessung vom 28. vor. Mts. werden nach Wegfall der in den revidirten Rheinschifffahrtsakten vertragsgemäss festgesetzten Portofreiheit in Rheinschifffahrtsangelegenheiten die hierauf bezüglichen Postsendungen im Verkehr zwischen den Rheinuferstaaten von dem Absender frankirt werden, und hat dieses Verfahren auch im internen bayerischen Verkehr Anwendung zu finden — was den k. Postanstalten zur Wissenschaft eröffnet wird.

München, den 2. November 1876.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Ritterorden vom heiligen Georg.

Nr. 8086.

(Die Portofreiheit der Centralstelle des Ritterordens vom heiligen Georg betr.)

Mit allerhöchster Genehmigung Seiner Majestät des Königs wurde die Centralstelle des königlichen Hausritter-Ordens vom heiligen Georg gegründet.

Die Korrespondenz dieser Centralstelle, welche ein eigenes Dienstsiegel mit der Umschrift: „St. Georgs-Ordens-Centralstelle“ führt, ist nach den Bestimmungen über die persönliche Portofreiheit als kgl. Dienstsache portofrei.

Die kgl. Postanstalten haben daher alle von dieser Centralstelle ausgehenden, sowie an dieselbe aufgegebenen Briefpostsendungen portofrei zu behandeln.

München, den 23. Mai 1876.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Sanitätspolizei, Anzeigen hierüber.

Siehe Aerzte.

Schleussenwärter.

Siehe Ludwigs-Kanal.

Scholarchat.

Siehe Schulbehörden.

Schrannenanzeigen.

Nr. 764.

(Die Portofreiheit der Schrannenanzeigen betr.)

Auf den Bericht im bezeichneten Betreff wird eröffnet, dass die portofreie Versendung von Schrannenanzeigen zwischen den Magistraten als zur Polizeiverwaltung ressortirend nicht beanstandet werden kann.

München, den 18. Januar 1879.

General-Administration der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Schulbehörden.

Nr. 3820.

(Die Postportofreiheit der Schulaufsichts- und Verwaltungsbehörden betr.)

Auf Befehl S. M. d. K.

Es ist zur Anzeige gekommen, dass über die Anwendung der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 in Bezug auf Kreisschuldotationsskassen und Verwaltungen, dann Rectorate der Lyceen und Gymnasien, auch Scholarchate und sonstige Schul-Unterrichts- und Verwaltungsbehörden — die Postportofreiheit in Dienstangelegenheiten betr. — von den Postbehörden eine verschiedenartige Auslegung stattgefunden habe, wodurch mehrere Reclamationen herbeigeführt worden sind.

Der kgl. General-Postadministration wird daher zu erkennen gegeben:

- 1) dass die genannten Schulanstalts-, Aufsichts- und Verwaltungs-Behörden zur Klasse der mittelbaren Behörden zu zählen seien, von welchen in § 1 lit. d der angeführten Verordnung ausgesprochen ist, dass diese in Berichten und Schreiben an unmittelbare Behörden — ausschliessend in Staatsdienst-Angelegenheiten gerichtet, sowie bei der Correspondenz über die zur Staatscuratel ressortirenden Gegenstände, die Postportofreiheit zu geniessen haben; diesem wird beigefügt, dass auch
- 2) die Versendung von gedruckten Katalogen unter den Rectoraten und Subrectoraten postportofrei sein soll,
- 3) die Unterstützungs-Angelegenheiten der Schullehrers-Wittwen und Kinder, wenn sie als Armensache bestätigt zur Postbeförderung übergeben werden, künftig nach § 19 der gedachten Verordnung zu behandeln sind.

Hiernach ist sich zu achten und die geeignete Verfügung an die Postbehörden zu erlassen, dass die Bestimmungen in § 2 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 nichts desto weniger hieher ihre volle Anwendung finden.

München, den 18. April 1831.

Staatsministerium des königlichen Hauses und des Aeussern.

Nr. 20150.

(Postportofreiheit der Local-Schulinspectionen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Zur Beseitigung der Anstände, welche sich bezüglich der Portofreiheit der dienstlichen Correspondenz der kgl. Local-Schulinspectionen ergeben haben, wird den Postanstalten zur Darnachachtung eröffnet, dass die Local-Schulinspectionen dieselbe Portofreiheit wie die mittelbaren Behörden überhaupt, anzusprechen haben, dass demnach deren dienstliche Correspondenzen und Aktensendungen sowohl im Verkehre mit unmittelbaren kgl. Stellen und Behörden wie auch im Verkehre unter sich und mit andern mittelbaren Behörden portofrei zu belassen sind, wenn die bezüglichen Sendungen in beiden Fällen durch die im § 2 der kgl. allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 „die Postportofreiheit in Amtssachen betr.“ erforderlichen äusseren Merkmale als portofreie Staatsdienstsache erkennbar und in letzterem Falle auch noch mit der kurzen Angabe des Betreffes auf der Adresse versehen sind.

München, den 30. Juli 1862.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 22276.

(Die portofreie Versendung der Programme von Studien-Anstalten betr.)

I. N. S. M. d. K.

Den kgl. Postanstalten wird hiemit zur Kenntniss gebracht, dass nach höchster Ministerial-Entschiessung vom 23. ds. Mts. die portofreie Versendung der Programme zwischen bayerischen und ausländischen Studienanstalten auch unter geschlossenem Couvert gewährt worden ist, wenn diese Versendungen ausser den nach § 2 der kgl. Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 vorgeschriebenen Merkmalen auch noch mit der Bezeichnung „Programm“ versehen sind.

München, den 26. Juli 1863.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 18817.

(Postportofreiheit in Amtssachen betr.)

I. N. S. M. d. K.

- Zur Entschiessung auf den Bericht vom 29. vor. Mts. wird eröffnet, dass
- 1) mit Rücksicht darauf, dass die kgl. Dekanate und k. Distriktsschulinspektionen gegenüber den k. Pfarrämtern und Localschulinspektionen als Aufsichtsbehörden zu betrachten sind, und insoferne den kgl. unmittelbaren Behörden gleichkommen, für die bezügliche Correspondenz nach Massgabe der Ausschreibung im Ver. Bl. Nr. 54 vom 13. Juli 1852 (conf. Note zu § 1 der A. V. Nr. 6349) zur Begründung der Portofreiheit die Angabe des Betreffs auf der Adresse nicht nothwendig erscheint,
 - 2) für die Portofreiheit der Gemeinden die Ausschreibung vom 18. Juli 1864 Nr. 20135 im Ver. Blatt Nr. 38 (siehe Gemeindebehörden) massgebend ist.
- München, den 15. Dezember 1876.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Schulinspektionen.

Siehe Pfarrämter und Schulbehörden.

Seminare geistliche.

Siehe Schulbehörden.

Seminarfondsadministration in Dillingen.

In einem vom kgl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten nach erfolgtem Benehmen mit dem kgl. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten unterm 18. Oktober 1851 ergangenen Erlass an das bischöfliche Ordinariat Augsburg ist ausgesprochen, dass die durch Ausübung der Curatel veranlasste Correspondenz zwischen dem bischöflichen Ordinate und der Administration der Seminarfonds in Dillingen portofrei zu behandeln ist.

Servitinnen Orden der, geniesst keine Portofreiheit.

Siegel von Staats- und öffentlichen Aemtern.

Mit Rücksicht auf den § 11 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 kann den Versendungen von Dienstsiegeln eine portofreie Behandlung nicht gestattet werden. Ministerial-Entschiessung vom 18. Mai 1844.

Ad Nr. 2393.

(Die Postportofreiheit der Behörden in Dienstsachen; hier die Versendung der Notariats-siegel betr.)

I. N. S. M. d. K.

Zur Darnachachtung in vorkommenden Fällen erhält das kgl. Oberamt untenstehend Abdruck einer im rubricirten Betreffe unterm 8. Oktober vor. Js. an das kgl. Appellationsgericht von Niederbayern ergangenen höchsten Justiz-ministerial-Entschliessung.

München, den 27. Januar 1868.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Abdruck. — Nr. 16015.

Kgl. Staatsministerium der Justiz.

Auf den im bezeichneten Betreffe erstatteten Bericht vom 5. pr. 8. August ds. Js. wird dem kgl. Appellationsgerichte unter Zurückgabe der vorgelegten Aktenstücke eröffnet, dass die Postportobeträge für Einsendung der zur Vernichtung bestimmten Notariatssiegel an das kgl. Haupt-Münz- und Stempelamt aus den Regiekassen der betreffenden Bezirksgerichte zu bestreiten seien, da das kgl. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten eine Abänderung der allerhöchsten Verordnung über die Postportofreiheit in Amtssachen vom 23. Juni 1829 zu Gunsten dieser Siegelversendungen nicht für thunlich befunden hat, die Notare selbst aber, oder deren Relicten nach Art. 96 Abs. 2 des Notariatsgesetzes lediglich verpflichtet sind, nach beendigter Amtsführung die Siegel an das Bezirksgericht abzugeben.

Hienach ist das Weitere zu verfügen.

München, den 8. Oktober 1867.

Auf Seiner Majestät des Königs allerhöchsten Befehl.

Postportofreiheit in Amtssachen, hier bei

Einsendung von Amtssiegeln betr.

Siegelwappen, Gebrauch bei portofreien Dienstescorrespondenzen.

Siehe § 2 der Allerh. Verordnung vom Jahre 1829.

Spielkarten.

Nr. 7855.

(Portofreiheit hier Versendung von Spielkarten betr.)

Auf den Bericht im bezeichneten Betreffe wird eröffnet, dass die Versendung von Spielkarten zwischen Privaten und den kgl. Zoll- bzw. Aufschlags-behörden portopflichtig ist.

Derartige Sendungen von Privaten an Zoll- bzw. Aufschlagsbehörden sind bei der Aufgabe zu frankiren.

München, den 10. Juni 1879.

General-Direction der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Staatsanwälte.

Nr. 362.

(Die Behandlung der Correspondenz und Sendungen der kgl. Staatsanwälte betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nach dem Gesetze vom 10. November 1848, die Abänderungen des zweiten Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betr. (Gesetzblatt 1848 Stk. 25) sind sowohl bei dem obersten Gerichtshofe, als auch bei jedem Oberlandes- und Landgerichte (Appellations- und Kreis- und Stadtgerichte) Staatsanwälte aufgestellt, welche in gerichtlichen Untersuchungssachen sowohl unter sich als auch mit den Gerichtsbehörden ihres Bezirkes in unmittelbaren dienstlichen Verkehr zu treten haben.

Bezüglich der durch diesen Verkehr veranlassten Correspondenzen und Sendungen haben bei deren Beförderung durch die Post in Ansehung der Portofreiheit dieselben Bestimmungen in Anwendung zu kommen, welche bezüglich der dienstlichen Versendungen der kgl. Staatsprokuratoren in der Pfalz bestehen, und werden daher die Postanstalten des Königreiches hiedurch angewiesen, alle an die kgl. Staatsanwälte gerichtete oder von diesen aufzugebene Schreiben und Akten-sendungen portofrei zu belassen, wenn dieselben nach Vorschrift des § 2 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829, „die Postportofreiheit in Amtssachen betr.“ äusserlich als portofreie Dienstsache erkennbar, sonach mit einem amtlichen Siegel geschlossen und auf der Adresse mit Benennung der absendenden Behörde, der laufenden Geschäftsnummer und der Bezeichnung „Regierungs-, Kriminal- oder Polizei-Untersuchungssache“ versehen sind.

Dabei wird in Ansehung der Fahrpost-Sendungen mit Rücksicht auf § 16 der vorallegirten allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 noch besonders bemerkt, dass bei diesen, die an die Person des Staatsanwaltes gerichtete Adresse (z. B. an den Staatsanwalt bei dem kgl. Landgerichte etc. etc. zu N. N.) nicht als eine Privat-, sondern als amtliche Adresse zu gelten hat, wenn der Familien-Name des Staatsanwaltes nicht beigefügt ist.

München, den 16. Januar 1849.

General-Verwaltung der königlichen Posten und Eisenbahnen.

Nr. 5065.

(Die Behandlung der Correspondenz und Sendungen der kgl. Staatsanwälte betr.)

I. N. S. M. d. K.

Mit Bezugnahme auf die Ausschreibung vom 16. Jänner 1849 wird sämtlichen Postanstalten des Königreiches nachstehend eine von dem kgl. Staatsministerium der Justiz unterm 22. v. Mts. im Betreff der Postportofreiheit für die Sendungen der kgl. Staatsanwälte erlassene Verfügung zur Wissenschaft und mit dem Auftrage eröffnet, demgemäss alle an kgl. Staatsanwälte unter deren Privatadresse (das ist mit deren Familien-Namen) vorkommende Fahrpostsendungen nach § 16 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 ohne Ausnahme mit dem treffenden Porto zu belegen.

München, den 2. April 1850.

General-Verwaltung der königlichen Posten und Eisenbahnen.

Kgl. Staatsministerium der Justiz.

Unter Bezugnahme auf § 16 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 (die Postportofreiheit in Amtssachen betreffend) werden sämtliche Gerichte

des Königreichs angewiesen, bei den mit der Fahrpost zu bewerkstelligenden Versendungen an die Staatsanwälte der Gerichte diesseits des Rheins, wie bei den Sendungen an die Staatsprokuratoren in der Pfalz, die Beisetzung des Familiennamens zu unterlassen, und, wenn bei mehreren Staatsanwälten eine genauere Bezeichnung nothwendig ist, solche durch den (Beisatz Iter, oder IIter oder IIIter) Staatsanwalt zu bewirken.

München, den 22. März 1850.

An sämmtliche Gerichte des Königreichs ergangen.

Nr. 1114b.

(Die Postportofreiheit der kgl. Staatsanwälte betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nachdem sich bezüglich der Taxbehandlung der an kgl. Staatsanwälte zuweilen vorkommenden Geldsendungen Anstände ergeben haben, wird den Postanstalten unter Hinweisung auf die allgemeine Ausschreibung vom 16. Januar 1849 hiedurch zur Darnachachtung eröffnet, dass die von Stellen und Behörden an Staatsanwälte aufgegebenen oder von diesen an jene gerichteten Geldsendungen nur dann, wenn sie als Ueberführungs-Gegenstände zu einer Untersuchungssache gehören und demgemäss eben so wie die Versendungen anderer corpora delicti mit Criminal- oder Untersuchungs-Sache bezeichnet sind, portofrei abgelassen werden dürfen, unter der Bezeichnung „Regierungs-Sache“ aber jederzeit mit dem treffenden Porto zu belegen sind, da die kgl. Staatsanwälte portofreie Staatsgelder im Sinne des § 11 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 weder zu empfangen, noch abzusenden haben.

München, den 28. Jänner 1851.

General-Verwaltung der königlichen Posten und Eisenbahnen.

Staatsanwaltsvertreter.

Nr. 2477.

(Portofreiheit in Amtssachen betr.)

Den Postanstalten wird eröffnet, dass die Angaben der laufenden Geschäftsnummern ein Erforderniss zur Begründung der Postportofreiheit für die amtlichen Correspondenzen der kgl. Staatsanwalts-Vertreter nicht zu bilden hat, nachdem diese Beamten ein Geschäftsjournal nicht zu führen haben.

München, den 21. Februar 1878.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Staatsbaugelder.

Nr. 7229.

(Postportofreiheit in Amtssachen betr.)

In ergebenster Erwiderung auf das verehrliche Schreiben vom 25. ds. im bezeichneten Betreffe erlauben wir uns unter Rückleitung der Beilagen zunächst auf unser unterm 25. Januar 1879 sub Nr. 1019 an die kgl. Regierung von Oberbayern — Kammer des Innern — gerichtetes Schreiben gleichen Betreffs Bezug zu nehmen, worin wir jene Geldsendungen an Gemeindeverwaltungen be-

zeichnet haben, welche portofrei zu befördern sind. — Hiezu beehren wir uns noch ergebenst zu bemerken, dass die portofreie Beförderung der darin bezeichneten Geldsendungen nur auf Grund höchster Genehmigung erfolgt, obschon mehrere Gattungen derselben gleichfalls aus der Staatskassa fliessen, nachdem durch den § 11 der kgl. Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829, „die Postportofreiheit in Amtssachen“ betr. nur jene Geldsendungen getroffen werden, welche zwischen unmittelbaren kgl. Behörden zur Versendung gelangen. Wir müssen daher die seitherige portopflichtige Behandlung der fraglichen Geldsendungen um so mehr als correct bezeichnen, als der Stadtmagistrat N. N. aus dem Vollzug der ihm aufgetragenen Funktion ein Jahresaversum bezieht, können uns aber anderseits auch nicht verhehlen, dass die Versendung von Geldern Seitens des kgl. Rentamts N. N. an den genannten Stadtmagistrat behufs Ausbezahlung an die vom kgl. Bauamte N. N. aufgenommenen Bauarbeiter ausschliesslich im Staatsinteresse erfolgt und die Ueberbürdung des Postporto auf die Stadtgemeinde des Aversums halber nicht wohl billig erscheint. — Wir werden daher unter diesen Umständen die Postexpedition N. N. anweisen lassen, diese Geldsendungen portofrei zu behandeln, ersuchen jedoch ergebenst veranlassen zu wollen, dass die Sendungen zu ihrer Kennzeichnung vom kgl. Rentamte N. N. neben den übrigen zur portofreien Beförderung erforderlichen Merkmalen noch als „Staatsbaugelder“ auf der Adresse bezeichnet werden.

München, den 30. April 1881.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Abtheilung für Post und Telegraphen.

An die kgl. Regierung von N. N.

Kammer der Finanzen.

Staatsbibliothek.

Siehe Hof- und Staatsbibliothek.

Staats-Erziehungsanstalten für verwahrloste jugendliche Sträflinge.

Siehe Staatspfleglinge und Gefangenen-Anstalten.

Staatsgüter-Administration zu Schleissheim.

Siehe landwirthschaftliche Central-Obstbaumschule zu Weihestephan.

Staatspfleglinge. — Sträflinge.

Nr. 20042.

(Die Postportofreiheit der Verwaltungen der Staats-Erziehungs-Anstalten für verwahrloste jugendliche Sträflinge betr.)

I. N. S. M. d. K.

Im Hinblick auf die Bestimmungen des Art. 76 des Strafgesetzbuches und des Art. 90 Abs. 4 des Polizeistrafgesetzbuches sind behufs der Unterbringung der nach richterlicher Anordnung in eine Erziehungs-Anstalt für verwahrloste jugendliche Personen aufzunehmenden Individuen Staats-Erziehungs-Anstalten zu errichten, und wurden deren gegenwärtig bereits zu Niederschönenfeld bei Rain in Oberbayern, zu Speyer und zu Kaiserslautern in der Pfalz, zu Bruckberg in Mittelfranken und zu Roggenburg in Schwaben und Neuburg errichtet und eröffnet.

Diese Anstalten stehen unter königlichen Verwaltungen, welche Amtssiegel mit der Umschrift:

„K. B. Verwaltung der Staats-Erziehungs-Anstalt N.“
führen.

Die kgl. Postanstalten werden hienach angewiesen, die dienstlichen Correspondenzen und Sendungen der genannten Verwaltungen in Bezug auf Postportofreiheit gleich jenen der kgl. Strafanstalten, Strafarbeitshaus-Commissionen u. s. w. zu behandeln; demzufolge deren dienstliche Correspondenzen, Geld- und Aktensendungen im Verkehre mit anderen kgl. Verwaltungs- oder Gerichtsbehörden unter den allgemeinen Voraussetzungen portofrei abzulassen; für Effektsendungen aber die Portofreiheit nur dann zuzulassen, wenn diese Effekten lediglich Ueberführungsgegenstände sind und auf der Adresse mit „Criminal-Sache“ oder „Polizei-Sache“ bezeichnet sind.

München, den 16. Juli 1862.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 17003.

(Die Postportofreiheit im Verkehr mit den Erziehungsanstalten für verwahrloste jugendliche Personen betr.)

I. N. S. M. d. K.

In Folge höchsten Auftrages des kgl. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten vom 23. vor. Mts. wird den kgl. Postanstalten nachstehend eine an die kgl. Regierungen, Kammer des Innern, ergangene höchste Entschliessung des kgl. Staats-Ministeriums des Innern vom 24. ejusd. zur Wissenschaft und Darnachachtung eröffnet.

München, den 2. Mai 1867.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Abdruck. — Nr. 8543.

Staatsministerium des Innern.

Von Seite des kgl. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten ist den in Händen von Vereinen, Corporationen oder Privaten befindlichen Anstalten für Erziehung verwahrloster jugendlicher Personen, in welchen von Staatswegen auf Grund des Straf- oder des Polizeistrafgesetzbuches Pfleglinge gegen Vergütung jeweilig untergebracht werden, für ihre, diese Pfleglinge betreffende Correspondenz mit mittelbaren oder unmittelbaren Behörden die Postportofreiheit zugestanden worden.

Die Postportofreiheit der obenbezeichneten Correspondenz findet jedoch nur statt, wenn

- 1) dieselbe mit dem gewöhnlichen, bei der einschlägigen Erziehungsanstalt angewendeten Siegel geschlossen ist und auf derselben äusserlich
- 2) die absendende Anstalt,
- 3) die laufende Geschäftsnummer,
- 4) die Eigenschaft der Sendung als Regierungssache unter der einfachen Bezeichnung „R. S.“ mit Bestimmtheit angegeben und
- 5) der Bezeichnung „R. S.“ noch die Worte „Staats-Pfleglinge betr.“ beige-fügt sind.

Was den Fahrpostverkehr der genannten Anstalten mit den betheiligten Behörden anlangt, so kann von dem kgl. Staatsministerium des Handels

und der öffentlichen Arbeiten mit Rücksicht auf den in der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829, die Postportofreiheit in Amtssachen betr. (Regierungsblatt v. J. 1829 S. 521 u. ff.) durchgeführten Grundgedanken, dass alle Fahrpostsendungen an Private, auch wenn der Gegenstand eine Staatsdienstsache betrifft, portopflichtig sind, eine Portofreiheit nicht zugestanden werden, wesshalb für diesen Verkehr die Vermittlung der betreffenden Behörden, an deren Amtssitze oder in deren Bezirke sich eine solche Erziehungsanstalt befindet, einzutreten hat.

Die kgl. Regierung, Kammer des Innern, hat hienach das Weitere zu verfügen.

München, den 24. April 1867.

Auf Seiner Königlichen Majestät Allerhöchsten Befehl.

Die Postportopflicht im Verkehre mit den Erziehungsanstalten für verwahrloste jugendliche Personen betr.

Nr. 3303.

(Die Portofreiheit der Verwaltungen der Staatserziehungsanstalten für verwahrloste jugendliche Sträflinge betr.)

Aus Anlass wiederholter Beschwerden der Verwaltung der Staatserziehungsanstalt Niederschönenfeld wegen Beanstandung der Portofreiheit für die Correspondenz mit Privatvereinen zur Versorgung entlassener Sträflinge werden die kgl. Postanstalten unter Hinweisung auf die Ausschreibung im Ver.-Bl. Nr. 30 vom 16. Juli 1862 darauf aufmerksam gemacht, dass den unter kgl. Verwaltung stehenden Staatserziehungsanstalten für verwahrloste junge Sträflinge die Portofreiheit als unmittelbaren kgl. Behörden nach § 1 der Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 zusteht, demnach auch deren Correspondenz unter Privataдресse in Staatsdienstsachen, insofern dieselbe nach Vorschrift angefertigt ist, portofrei zu belassen ist.

München, den 7. März 1877.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Standesämter.

Nr. 3425 II.

(Portofreiheit der Standesämter betr.)

Kgl. Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeussern.

Auf den Bericht vom 19. August l. Js. bezeichneten Betreffs wird der kgl. General-Direktion nach Benehmen mit dem kgl. Staatsministerium des Innern Folgendes eröffnet:

Nach § 16 Abs. 1 des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 über die Beurkundung des Personalstandes und die Eheschliessung erfolgen die auf die Führung der Standesregister bezüglichen Verhandlungen kosten- und stempelfrei.

Hieraus ergibt sich der staatspolizeiliche Charakter bezeichneter Verhandlungen und ist aus dieser Eigenschaft die Portofreiheit aller jener standesamtlichen Correspondenzen im innern Verkehr zu folgern, welche nicht durch besondere Verhältnisse oder Anträge oder durch Verschulden der Interessenten veransasst sind.

Unter letztere Kategorie fallen und erscheinen daher als portopflichtig die Correspondenzen, welche im Vollzuge des § 46 des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 anfallen, gleichwie jene, welche sich aus den § 27. § 43 und 66 des erwähnten Gesetzes ergeben.

Dagegen sind als portofreie Staatsdienstsachen zu behandeln die Correspondenzen, welche im Vollzuge der Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des Innern vom 5. December 1875 Abschrift II Ziffer 4 und 5, dann Abschrift V Ziffer 3 (Minist.-Amtsblatt S. 675 etc.) erlaufen und demnach

- 1) die Verständigung der Pflugschaftsgerichte von Geburten und von Anerkennung unehelicher Kinder,
- 2) die Verständigung der Verwahrer der früher geführten Civilstandsregister von der Anerkennung der Vaterschaft zu einem unehelichen Kinde, und
- 3) die Mittheilung von Geburten, Eheschliessungen und Todesfällen ausserhalb des Wohnortes der Eltern oder der unehelichen Mutter, der Ehegatten, des Verstorbenen an den Standesbeamten des Wohnortes, betreffen.

Als Officialsachen sind weiter zu betrachten:

- 4) die Mittheilungen der Standesbeamten an das kgl. statistische Bureau (Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des Innern vom 23. December 1875 Amtsblatt Seite 753),
- 5) die Correspondenz der Standesbeamten zum Vollzuge der Ersatzordnung bezw. bezüglich der Anfertigung der Geburts- und Sterberegisterauszüge für die Civilvorsitzenden der Ersatzcommissionen (Entschliessung vom 6. März 1876 Ministerialamtsblatt Seite 217),
- 6) die Mittheilungen von Officialregister - Auszügen an die kgl. Landwehr-Bezirkscommandos, kgl. Kassen und sonstige Behörden,
- 7) die Mittheilungen von Standesakten der Ausländer an die Distriktpolizeibehörden behufs der weitem Beförderung dieser Akten an die Heimatbehörden, endlich
- 8) die Correspondenzen der Standesbeamten mit den Aufsichtsbehörden, als welche gemäss § 5 der Allerhöchsten Verordnung vom 14. Oktober 1875 in den Landestheilen rechts des Rheines die Distriktpolizeibehörden und die kgl. Kreisregierungen erscheinen.

München, den 4. November 1876.

An die General-Direction der
kgl. Verkehrsanstalten.

Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschliessung vom
6. Februar 1875.

§ 16 Abs. 1. Die Führung der Standesregister und die darauf bezüglichen Verhandlungen erfolgen kosten- und stempelfrei.

§ 27. Wenn die Anzeige eines Geburtsfalles über drei Monate verzögert wird, so darf die Eintragung nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde nach Ermittlung des Sachverhalts erfolgen.

Die Kosten dieser Ermittlung sind von demjenigen einzuziehen, welcher die rechtzeitige Anzeige versäumt hat.

§ 43. Auf schriftliche Ermächtigung des zuständigen Standesbeamten darf die Eheschliessung auch vor dem Standesbeamten eines andern Orts stattfinden.

§ 46. Das Aufgebot ist bekannt zu machen:

- 1) in der Gemeinde oder in den Gemeinden, woselbst die Verlobten ihren Wohnsitz haben;

- 2) wenn einer der Verlobten seinen gewöhnlichen Aufenthalt ausserhalb seines gegenwärtigen Wohnsitzes hat, auch in der Gemeinde seines jetzigen Aufenthaltes,
- 3) wenn einer der Verlobten seinen Wohnsitz innerhalb der letzten sechs Monate gewechselt hat, auch in der Gemeinde seines früheren Wohnsitzes etc. etc.

§ 66. Für das Berichtigungsverfahren gelten, insoweit die Landesgesetze nicht ein Anderes bestimmen, die nachstehenden Vorschriften.

Die Aufsichtsbehörde hat, wenn ein Antrag auf Berichtigung gestellt wird, oder wenn sie eine solche von Amtswegen für erforderlich erachtet, die Betheiligten zu hören und geeigneten Falles eine Aufforderung durch ein öffentliches Blatt zu erlassen. Die abgeschlossenen Verhandlungen hat sie demnächst dem Gerichte I. Instanz vorzulegen. Dieses kann noch weitere thatsächliche Aufklärungen veranlassen und geeigneten Falles den Antragsteller auf den Prozessweg verweisen.

etc. etc.

Nr. 9676.

(Portofreiheit der Standesbeamten betr.)

Es wird eröffnet, dass die Portofreiheit von Schreiben der Bezirksämter mit Geldinhalt an die Standesämter, welcher die Vergütung von Auslagen für Anfertigung der Zählkarten an das statistische Bureau betrifft, insoferne sie nach Vorschrift ausgefertigt werden, nicht zu beanstanden ist.

München, den 16. Juli 1877.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Statistisches Bureau.

Siehe auch Standesämter.

Nr. 7201.

(Die Portofreiheit des statistischen Bureau betr.)

Das dem kgl. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten einverleibte statistische Bureau hat nicht selten im Interesse des Dienstes Brief- und Fahrpostsendungen an Private abzufertigen und von solchen zu empfangen, für welche im Falle solche mit Porto belegt würden, dieses aus der Staatskassa bestritten werden müsste.

Es wird desshalb die Ermächtigung ertheilt, sowohl die vom genannten Bureau unter der Bezeichnung R. S. zur Aufgabe kommenden Sendungen mit der Brief- und Fahrpost auch unter Privatadresse als portofreie Dienstsache behandeln, als auch die an dasselbe unfrankirt eintreffenden Brief- und Fahrpostsendungen aus Bayern ohne Portoanforderung abgeben zu lassen.

München, den 3. Mai 1853.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Steueraufseher.

Nr. 16575.

(Portofreiheit der dienstlichen Correspondenz der Steueraufseher betr.)

Die mit Allerhöchster Genehmigung für den Dienst der vereinigten Zoll- und Aufschlagverwaltung aufgestellten Steueraufseher stehen im dienstlichen Verkehr mit den Aufschlageinnehmereien, denen sie zugetheilt sind, ausnahmsweise aber auch mit den benachbarten Aufschlageinnehmereien und mit Hauptzoll-

ämtern und Steuer-Obercontroleuren. Postsendungen, welche in diesem Verkehr zur Aufgabe gelangen, sind daher nach der kgl. Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829, die Portofreiheit in Amtssachen betr., portofrei zu behandeln, was zur Darnachachtung mit dem Beifügen bekannt gegeben wird, dass die Steuer-aufseher mit anderen als den genannten kgl. Behörden in schriftlichen Verkehr dienstlich nicht zu treten haben.

München, den 27. November 1880.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Abtheilung für Post und Telegraphen.

Steuerlisten. — Steuerconcurrentzrollen.

Siehe Gemeindebehörden. (Entschl. vom 8. April 1881.)

Steuereinnehmer in der Pfalz.

Nr. 2192.

(Die Postportofreiheit der Correspondenz der Steuereinnehmer in der Pfalz betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nachdem die Steuereinnehmer in der Pfalz öfters in der Lage sind, mit den Steuerboten wie mit den Bürgermeisterämtern in dienstlichen Verkehr zu treten, bezüglich dessen das dafür erlaufende Postporto von den Betheiligten nicht eingebracht werden kann, werden die kgl. Postanstalten in der Pfalz in Uebereinstimmung mit einer von dem kgl. Staatsministerium der Finanzen unterm 28. vor. Mts. an die kgl. Regierung der Pfalz in rubricirtem Betreffe erlassenen Entschliessung hiedurch angewiesen, die dienstliche Correspondenz der Steuer-Einnehmer und Steuerboten unter sich, sowie der Steuereinnehmer mit den Bürgermeistern portofrei zu belassen, wenn dieselben nach ihrer Ausfertigung gemäss den Bestimmungen der kgl. allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 § 2 im Allgemeinen sich als portofreie Staatsdienstsache erweisen, und nach der für den dienstlichen Verkehr der mittelbaren Behörden allgemein bestehenden Vorschrift mit einer die Bezeichnung R.S. motivirenden kurzen Angabe des Betreffes auf der Adresse versehen sind.

München, den 3. Februar 1854.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Stiftungen, Stiftungsbehörden, Stiftungsvermögen.

Siehe Gemeindebehörden.

Stipendien aus Kreisfonds für Zöglinge technischer Lehranstalten.

Nr. 11365 a.

(Die Versendung von den aus Kreisfonds fliessenden Stipendien für Zöglinge technischer Anstalten als portofreie Dienstessache betr.)

I. N. S. M. d. K.

Durch höchste Finanzministerial-Entschliessung vom 7. ds. ist die bereits mehrmals in Anregung gekommene Frage, ob die Versendung der aus Kreisfonds fliessenden Stipendien für Zöglinge technischer Anstalten als portofreie Dienstessache zu behandeln sei oder nicht, auf den Grund der Bestimmungen des § 11 im Zusammenhalte mit den §§ 12 und 3 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829, die Postportofreiheit in Amtssachen betreffend, verneinend ent-

schieden und demzufolge angeordnet worden, dass alle derartigen Sendungen durch die Kreiskassen künftighin als P. S. bezeichnet werden sollen.

Dies zur Wissenschaft und Darnachachtung.

München, den 15. December 1847.

General-Verwaltung der königlichen Posten.

Siehe auch Stiftungen.

Sträflinge.

Siehe Staatspfleglinge und Gefangenenanstalten.

Strafanstalten, Strafarbeitshäuser, Zuchthäuser.

Siehe Gefangenenanstalten und Criminalia.

Strafrechtliche Untersuchungen.

Siehe Criminalia, Staatsanwälte, Untersuchungsrichter.

Strassenwärter.

Nr. 6094.

(Portofreiheit der Strassenwärter betr.)

Auf die Anfrage, ob die Anzeigen der Strassenwärter an die Staatsanwälte bzw. Staatsanwaltsvertreter wegen Strassencontravention portofrei zu behandeln seien, wird zur Entschliessung eröffnet, dass, insoferne den Strassenwägtern diese unmittelbaren Anzeigen von Seiten der kgl. Bauämter gestattet sind, mit Rücksicht auf die diesen Anzeigen zukommende Eigenschaft einer portofreien Staatsdienstsache im Sinne der Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 die Portofreiheit nicht beanstandet werden kann.

München, den 4. Mai 1877.

General-Direktion der königlichen Verkehrsanstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 6620.

(Postportofreiheit der Strassenwägter betr.)

Nach der Bestimmung in § 4 Ziffer 4 der kgl. Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829, die Postportofreiheit in Amtssachen betreffend, war die Correspondenz der Werk- und Wegmeister an ihre vorgesetzten Ingenieure und Conducteurs portofrei, jedoch unter Kreuzband zu versenden. In Folge organisatorischer Aenderung wurde auf Grund Allerhöchster Ermächtigung von dem kgl. Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeussere mit höchster Entschliessung vom 4. November 1876 diese Bestimmung aufgehoben und verfügt, dass die dienstliche Correspondenz der Strassenwägter mit den Bauämtern portofrei zu belassen sei. Diese höchste Entschliessung bezweckte nun zunächst die Beseitigung des ungenügenden Verschlusses der bezeichneten Correspondenz, bei den im Uebrigen gleichen einschlägigen Verhältnissen konnte aber in Bezug auf Formalitäten eine Aenderung nicht geschaffen und darf sonach auch jetzt wegen Fehlens des Dienstsiegels oder der Angabe der Geschäftsnummer auf der Dienstcorrespondenz der Strassenwägter an die kgl. Bauämter eine Beanstandung nicht erhoben werden.

Die Beifügung des für Dienstcorrespondenzen ähnlicher Gattung allgemein vorgeschriebenen Vermerkes „In Ermangelung eines Dienstsiegels“ ist vorkommenden Falls durch die Aufgabepostanstalten zu veranlassen.

München, den 21. Mai 1878.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Studienanstalten.

Siehe Schulbehörden.

Subrectorate.

Siehe Schulbehörden.

Tanzmusikbewilligungen.

Siehe Gemeindebehörden.

Taubstummen-Institute gehören in die Kategorie der mittelbaren Behörden und geniessen die denselben zugestandene Portofreiheit.

Tax- und Stempelwesen.

Königlich Allerhöchste Verordnung.

(Die Behandlung des Tax- und Stempelwesens bei den Gerichten, Bezirksämtern, Rent-
ämtern und Nötaren betr.)

A u s z u g.

§ 11.

Den Verkehr der kgl. Rentämter mit den Bezirksämtern, exponirten Bezirksamtsassessoren, Gerichtssecretären, Gerichtsschreibern und Notaren, dann die Geldsendungen zwischen ihnen sind als Dienstsachen zu behandeln, sohin postportofrei.

Regierung.-Blatt vom Jahre 1862 Seite 1179

Technische Hochschule in München.

Nr. 8688.

(Die Organisation der polytechnischen Schule in München, hier die Correspondenzform mit den kgl. Stellen und Behörden betr.)

I. N. S. M. d. K.

Die unterm 13. ds. Mts. anher ergangene Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten wird im Abdruck zur Kenntniss und Darnachachtung hiemit bekannt gegeben.

München, den 23. Dezember 1868.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Betriebs-Abtheilung.

Freiherr von Brück.

Fischer.

Posselt.

Abdruck ad Num. 14438.

Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten.

Das unterfertigte kgl. Staatsministerium sieht sich veranlasst, sämtliche ihm unmittelbar untergeordnete Stellen und Behörden darauf aufmerksam zu

machen, dass durch die mit allerhöchster Verordnung vom 12. April ds. Js., die Organisation der neuen polytechnischen Schule in München betr., (Regierungsblatt S. 601) genehmigten organischen Bestimmungen diese Unterrichtsanstalt als technische Hochschule und deren Direktorium als eine dem kgl. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten unmittelbar untergeordnete Stelle erklärt, sowie dem Direktor der Rang eines Collegial-Direktors und den Professoren der Rang von Collegialräthen beziehungsweise Collegial-Assessoren eingeräumt worden ist.

Die kgl. Kreisregierungen und die übrigen, dem kgl. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten unmittelbar untergeordneten Stellen sind daher dem Direktorium der kgl. polytechnischen Schule in München coordinirt und haben sich im amtlichen Verkehre und bezüglich der Correspondenzform hienach zu achten.

München, den 13. Dezember 1868.

Auf Seiner Königlichen Majestät Allerhöchsten Befehl.

Die Organisation der polytechnischen Schule
in München, hier die Correspondenzform mit
den kgl. Stellen und Behörden betr.

Nr. 4268.

(Portofreiheit in Amtssachen, in specie des Directoriums der kgl. polytechnischen Schule
in München betr.)

I. N. S. M. d. K.

Aus Anlass einer Beschwerde des Directoriums der kgl. technischen Hochschule, dass dessen unter Beobachtung der im § 2 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 vorgeschriebenen Merkmale ausgefertigten dienstlichen Schreiben an kgl. Behörden öfters mit Porto belegt werden, ergeht an die kgl. Postanstalten unter Hinweisung auf die durch Ausschreiben vom 23. Dezember 1868 bekannt gegebene höchste Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten vom 13. desselben Monats „die Organisation der polytechnischen Schule in München etc. betr.“ hiedurch der Auftrag, bei den Schreiben und Sendungen des Directoriums der kgl. technischen Hochschule zu München in Staatsdienstsachen die Bestimmungen über Postportofreiheit nach Massgabe der allegirten allerhöchsten Verordnung in demselben Umfange wie bei den Sendungen kgl. unmittelbarer Stellen und Behörden überhaupt zur Anwendung zu bringen.

München, den 16. April 1870.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Thierärzte und Thierarzneischule.

Nr. 5350.

(Den Jahresbericht der kgl. Central-Thierarzneischule, hier Postportofreiheit in Amtssachen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Von der Central-Thierarzneischule werden seit dem Etatsjahre 1861/62 periodisch in jährlich 4 Heften Thierärztliche Mittheilungen im Drucke herausgegeben, welche unter Kreuzband gelegt und mit den äusseren Merkmalen einer

portofreien Dienstsache versehen unmittelbar an die Thierärzte Bayerns versandt werden.

Da der kgl. Central-Thierarzneischule, als einer kgl. unmittelbaren Centralstelle, die amtliche Postportofreiheit im vollen Umfange der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 zusteht, so kann die portofreie Beförderung und Bestellung der fraglichen Druckschriften um so weniger einem Anstande unterliegen, als solche unentgeltlich an die Thierärzte abgegeben werden, und von diesen als amtliche Inventarstücke aufbewahrt werden müssen.

Es ergeht daher der Auftrag, die Postanstalten hienach zu belehren, dass die kgl. unmittelbaren Behörden nach § 1 lit. a der obenerwähnten Verordnung befugt sind, zur Versendung mittels der Briefpost geeignete Gegenstände jeder Art sowohl an andere Behörden, wie auch an Private mit der Bezeichnung R. S., mithin portofrei abzufertigen, soferne nur die Gegenstände überhaupt eine portofreie Dienstsache im Sinne des § 3 der allerhöchsten Verordnung betreffen.

München, den 28. Februar 1862.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 24087.

(Die dienstliche Correspondenz der Bezirks-Thierärzte betr.)

Die kgl. Postanstalten werden hiemit angewiesen, die von den Bezirks-Thierärzten unmittelbar ohne Vermittlung der Ortspolizeibehörden aufgebene Dienstescorrespondenz an die denselben vorgesetzten Verwaltungsbehörden portofrei zu behandeln, wenn dieselbe mit R. S., dem Namen des Bezirks-Thierarztes und der Bemerkung „in Ermangelung eines Dienstsiegels“ versehen ist.

München, den 16. Juli 1866.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 42649.

(Die dienstliche Correspondenz der Bezirks-Thierärzte betr.)

I. N. S. M. d. K.

Den kgl. Postanstalten wird hiemit zur Wissenschaft und Darnachachtung eröffnet, dass auf Grund höchster Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten vom 13. ds. Mts. bis auf Weiteres die zwischen den Bezirks-Thierärzten und den Gemeindebehörden aus Anlass der Sanitätspolizei zu pflegenden Correspondenzen portofrei behandelt werden sollen, wenn dieselben den Erfordernissen des § 2 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 „die Portofreiheit in Amtssachen betr.“ entsprechen, beziehungsweise bei Aufgaben Seitens der Bezirks-Thierärzte mit „R. S.“, dem Namen des Bezirks-Thierarztes und der Bemerkung „in Ermangelung eines Dienstsiegels“ bezeichnet sind.

München, den 19. November 1867.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 10946.

(Das Civil-Veterinärwesen betr.)

I. N. S. M. d. K.

In Gemässheit höchster Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des kgl. Hauses und des Aeussern vom 29. vor. Mts. werden die kgl. Postanstalten unter

Hinweisung auf den § 10 der kgl. Allerhöchsten Verordnung vom 20. vor. Mts., „das Civilveterinärwesen betr.“ (Reggs.-Bl. S. 1585) darauf aufmerksam gemacht, dass die Bezirksthierärzte für die dienstliche Correspondenz mit den vorgesetzten Polizeibehörden (Distriktpolizeibehörden), sowie für die aus Anlass der Veterinär-Polizei mit den Gemeinde-Behörden und in dringenden Fällen mit andern Distriktpolizeibehörden zu pflegende Correspondenz Portofreiheit geniessen, insoferne diese Correspondenz mit den durch die allerhöchste Verordnung vom 23. Juni 1829 vorgeschriebenen äussern Merkmalen einer portofreien Dienstsache versehen ist.

In letzterer Beziehung bleiben, da die Bezirksthierärzte nunmehr nach § 10 der angezogenen kgl. Allerhöchsten Verordnung ein eigenes Dienstsiegel zu führen haben, die Vorschriften der Ausschreiben vom 16. Juli 1866 (V.-Bl. S. 211) und vom 19. November 1867 (V.-Bl. S. 523) bis zur erfolgten Abgabe der Dienstsiegel in Kraft.

München, den 12. August 1872.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 6164.

(Portofreiheit in Amtssachen betr.)

Auf den Bericht vom 1. ds. im bezeichneten Betreffe wird zur Entschliessung eröffnet, dass, nachdem den Distrikts-Thierärzten nach § 7 der kgl. Allerhöchsten Verordnung vom 20. Juli 1872, das Civilveterinärwesen betreffend, nur einzelne veterinärpolizeiliche Geschäfte übertragen bzw. belassen werden können, kein hinreichender Grund besteht, denselben die gleiche Rechte in Hinsicht auf die Postportofreiheit zuzugestehen wie den amtlichen Bezirks-Thierärzten.

Die Distrikts-Thierärzte haben sich daher zur Vermittelung ihrer Correspondenz in veterinärpolizeilichen Geschäften der Polizei- bzw. Gemeinde-Behörden zu bedienen.

München, den 9. Mai 1879.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Todeserklärung der in Folge des Krieges von 1870/71 vermissten Personen.

Nr. 1545.

(Portofreiheit in dem Verfahren der Todeserklärung der in Folge des Krieges von 1870/71 vermissten Personen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Durch höchste Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des kgl. Hauses und des Aeussern vom 28. vor. Mts. ist für die amtliche Correspondenz und die amtlichen Aktensendungen, welche in dem Verfahren auf Todeserklärung der in Folge des Krieges von 1870/71 vermissten Personen auf Grund des Gesetzes vom 29. Dezember vor. Jrs. im internen Verkehr zur Aufgabe gelangen, die Portofreiheit bewilligt worden.

Die kgl. Postanstalten werden hievon mit dem Bemerken in Kenntniss gesetzt, dass nicht nur die von Behörden an Behörden, sondern auch die von Behörden an Gemeindeorgane, Advokaten und Privatpersonen gerichteten Correspondenzen und Aktensendungen portofrei zu belassen sind.

Die Sendungen zwischen Behörden werden zur Begründung der Portofreiheit auf der Adresse mit R. S. bezeichnet.

Die Sendungen der Behörden an Gemeindeorgane, Advokaten und Privatpersonen werden ausser den nach § 2 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 zur Begründung der Portofreiheit erforderlichen Merkmalen auf der Adresse noch die Angabe des Betreffs „Militärische Todeserklärungssache“ tragen.

München, den 7. Februar 1874.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Thurn und Taxisches Haus.

Siehe Postportofreiheit im Verkehre mit Oesterreich Ungarn, Persönliche Portofreiheit, Portofreiheitsgesetz § XI.

Ueberführungs-Gegenstände.

Siehe Criminalia.

Umschreibwesen.

Bekanntmachung.

(Den Vollzug des Art. 150 des Notariatsgesetzes in Bezug auf das Umschreibwesen betreffend.)

§ 12.

Die Correspondenzen zwischen den Notaren und den Rentämtern, welche sich auf die in gegenwärtiger Instruction behandelten Gegenstände beziehen, sind frei von Taxen und Stempeln. (Art. 106 Nr. 5 des Notariatsgesetzes.)

Rggsbl. v. J. 1862 S. 1454.

Universitäten, Universitäts-Senat. Conf. § 1 lit. h der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829.

Siehe auch medicinischer Prüfungs-Senat.

Unterrichtsstiftungs-Administration.

Gemäss Entschliessung der General-Direktion der kgl. Verkehrs-Anstalten d. d. 25. Juli 1867 Nr. 28,233 sind Correspondenzen, Geld- und Aktensendungen, welche zwischen der kgl. Unterrichtsstiftungs-Administration in München und den kgl. Behörden gewechselt werden, portofrei zu behandeln, wenn sie als R. S. bezeichnet und ausserdem mit den in der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 zur Begründung der Portofreiheit geforderten Merkmalen versehen sind.

Unterrichtsanstalten.

Siehe Schulbehörden.

Untersuchungssachen.

Siehe Criminalia, Gerichtsboten.

Unterstützungs-Verein für die Hinterlassenen der kgl. bayer. Staatsdiener und die damit verbundene Töchterkasse.

Auszug. — Nr. 38582.

(Den allgemeinen Unterstützungsverein für Hinterlassene der kgl. bayer. Staatsdiener und die damit verbundene Töchterkasse betr.)

I. N. S. M. d. K.

Die erforderlichen Correspondenzen und Sendungen zwischen den im § 6 der Satzungen bezeichneten kgl. Stellen und Vorständen und dem zu dem Ende gemäss der allerhöchsten Verordnung vom 31. August l. Js. zur Führung eines amtlichen Siegels ermächtigten Verwaltungsrath der fraglichen Vereine unterliegen weder der Tax- noch der Stempelpflicht.

Ebenso bedürfen die Beitrittserklärungen der kgl. Staatsdiener zu den Vereinen keines Stempels.

Für die Correspondenzen und Sendungen zwischen den erwähnten kgl. Stellen und Behörden unter sich und zwischen diesen und dem Verwaltungsrathe in Angelegenheit der fraglichen Vereine ist die Postportofreiheit unter der Voraussetzung gewährt, dass solche die im § 2 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 „die Postportofreiheit in Amtssachen betr.“ vorgeschriebenen Merkmale an sich tragen und keine Geldsendungen betreffen.

etc. etc.

München, den 22. November 1865.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 12766.

(Die Postportofreiheit des allgemeinen Unterstützungsvereines für die Hinterlassenen der kgl. bayer. Staatsdiener und der damit verbundenen Töchterkasse betr.)

I. N. S. M. d. K.

In Gemässheit höchster Ministerial-Entschliessung vom 31. vor. Mts. werden ungeachtet der allgemeinen Ausschreibung im V.-Bl. Nr. 56 vom Jahre 1865 über die dem rubricirten Vereine gewährte Postportofreiheit in neuester Zeit die Correspondenzen desselben zwischen den im § 6 der allgemeinen Satzungen (V.-Bl. Nr. 46 v. J. 1865) bezeichneten Stellen und Behörden einer- und dem Verwaltungsrathe des Vereins andererseits, auch wenn sie die in der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 die Postportofreiheit in Amtssachen betr. vorgeschriebenen Merkmale an sich tragen, mit Porto belegt.

In Folge höchsten Auftrages werden daher die sämtlichen Postanstalten unter Bezugnahme auf die allegirte Ausschreibung wiederholt angewiesen, diese Correspondenz als R. S. portofrei zu belassen und wenn Schreiben zu taxirt anlangen, das Porto abzustreichen.

München, den 4. April 1867.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Untersuchungs-Richter. Untersuchungssachen. Gantcommissäre.

Nr. 19013.

(Die Postportofreiheit der Untersuchungsrichter in Criminalsachen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Durch die in Folge des Gesetzes vom 10. November 1848 eingeführten Abänderungen des Strafverfahrens sind bei den Kreis- und Stadtgerichten selbst-

ständige Untersuchungsrichter aufgestellt, welche unabhängig von dem Kreisgerichte, bei welchem dieselben aufgestellt sind, für sich Erlasse auszufertigen haben, und sowohl unter sich als auch mit anderen kgl. Behörden in unmittelbaren dienstlichen Correspondenzverkehr treten können.

Bei der Gleichartigkeit des Verhältnisses haben daher auch bezüglich der portofreien Behandlung der dienstlichen Correspondenz der Untersuchungsrichter dieselben Bestimmungen wie für die Correspondenz und Sendungen der Staatsanwälte in Anwendung zu kommen, und die Postanstalten sich demgemäss nach den dessfallsigen Ausschreibungen vorkommenden Falles pünktlichst zu achten.

München, den 3. Januar 1851.

General-Verwaltung der königlichen Posten und Eisenbahnen.

Nr. 15560.

(Portofreiheit betr.)

Auf den Bericht vom 12. ds. im bezeichneten Betreffe wird eröffnet, dass, nachdem es bereits zugestanden ist, bei an sich portofreien Sendungen, den Adressen der Fahrpostsendungen an kgl. Notare den Familiennamen des Notars beizusetzen, dieselben Gründe auch für die Zulassung der Familiennamen bei portofreien Fahrpostsendungen an die als Gantcommissäre aufgestellten Richter oder an Untersuchungsrichter sprechen, wesshalb die Postportofreiheit derartiger Sendungen nicht zu beanstanden ist.

München, den 29. November 1877.

General-Direktion der königlichen Verkehrsanstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 1794.

(Portofreiheit betr.)

Die Berichtsvorlagen vom 2. ds. im bezeichneten Betreffe folgen anbei mit der Eröffnung zurück, dass die portofreie Beförderung von Geldsendungen in strafrechtlichen Untersuchungssachen nicht mehr zu beanstanden ist, nachdem es sich gezeigt hat, dass Fälle vorkommen, bei denen das Porto aus der Staatskassa bezahlt werden müsste und durch die Verordnung des kgl. Staatsministeriums der Justiz vom 28. August 1866 das Interesse des Postärars gewahrt erscheint.

München, den 21. Februar 1879.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Vereinigte Sammlungen im ehemaligen Gallerie-Gebäude am Hofgarten in München.
Siehe Gemälde-Gallerien.

Verificatoren von Maas und Gewicht.

Nr. 7765.

(Portofreiheit für die Correspondenz der Verificatoren betr.)

I. N. S. M. d. K.

Auf Grund höchster Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten d.d. 30. vor. Mts. rubricirten Betreffs wird den kgl. Postanstalten hiedurch eröffnet, dass im Hinblick auf den Art. 11 des Gesetzes vom 29. April 1869 „die Mass- und Gewichtsordnung betr.“ und die allerhöchste Vollzugsverordnung vom 23. November 1869 (Rggsbl. p. 2113 u. ff.)

die unter Einhaltung der Bestimmungen des § 2 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 zur Aufgabe gelangende dienstliche Correspondenz der Verificatoren für Maass und Gewicht mit den unmittelbaren Behörden und an die Gemeindebehörden portofrei zu belassen, die Correspondenz der Gemeindebehörden an die Verificatoren dagegen portopflichtig und bei der Aufgabe zu frankiren ist.

München, den 4. Juli 1870.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 5670.

(Die Portofreiheit der Verificatoren betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nach dem allgemeinen Ausschreiben im Verordnungsblatte Nr. 66 vom 4. Juli 1870 ist den Verifikatoren für Maass und Gewicht für die dienstliche Correspondenz mit den unmittelbaren Behörden und mit den Gemeindebehörden die Portofreiheit eingeräumt.

Die kgl. Postanstalten werden hiemit angewiesen, nunmehr auch die der Correspondenz gleich zu achtenden dienstlichen Aktensendungen der Verificatoren, welche mit Rücksicht auf das Gewicht mit der Fahrpost befördert werden, portofrei zu belassen.

München, den 7. Mai 1873.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Postabtheilung.

Nr. 15731.

(Portofreiheit der Verificatoren betr.)

Auf den Bericht vom 21. August ds. im bezeichneten Betreffe wird unter Rückschluss der Vorlagen eröffnet, dass, nachdem inhaltlich einer Mittheilung der kgl. Normal-Eichungs-Commission die Verificatoren Anspruch auf den unverkürzten Bezug der normativmässigen Gebühren haben, und dieselben nicht in der Lage sind, bezw. es nicht in deren Verschulden liegt, die von öffentlichen Behörden zu bezahlenden Eichgebühren sofort nach Prüfung der Maasse und Gewichte etc. erheben zu können, nachdem ferner die Versendung dieser Gebühren von einer kgl. Behörde zur anderen behufs Aushändigung an die Verificatoren doch portofrei erfolgen müsste und lediglich Umständlichkeiten zur Folge hätte, nachdem endlich nach ministerieller Verfügung bereits die directe Versendung der Gehaltsbezüge der kgl. Bezirksärzte Seitens der kgl. Rentämter unter portofreien Bezeichnung stattzufinden hat und in concreto ein analoger Fall vorliegt, — in Erwägung dieser Umstände von der portopflichtigen Behandlung der von kgl. unmittelbaren Behörden an die Verificatoren ergehenden Sendungen mit Eichgebühren abgesehen wird.

Von einer allgemeinen Anweisung der Postanstalten wird mit Rücksicht darauf, dass nach Mittheilung der kgl. Normal-Eichungs-Commission solche Geldsendungen nur ausnahmsweise vorkommen, gleichfalls abgesehen, und sind daher lediglich jene Postanstalten, an deren Ortssitz sich Verificatoren befinden, entsprechend anzuweisen.

München, den 7. Dezember 1879.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Verpflegegelder für Heimathlose und Vaganten.

Siehe Gemeindebehörden.

Versteigerung, öffentliche, Versendung der Gebühren.

Siehe Gemeindebehörden (Generale 105).

Verwahrloste Kinder.

Siehe Erziehungsanstalt hiefür, Staatspfleglinge.

Verwahrloste jugendliche Sträflinge.

Siehe Staatspfleglinge.

Veteranenzeichen.

Siehe Ordensdecorationen.

Vinculirung von Obligationen als Bestandtheile von Gemeinde- oder Stiftungsvermögen.

Siehe Gemeindebehörden.

Vorschussgelder für ärarialische Vermessungen an exponirte Obergeometer und Geometer.

Nr. 10575.

(Die Portofreiheit der ärarialischen Vermessungs-Vorschussgelder betr.)

I. N. S. M. d. K.

Aus Anlass einer höchsten Ministerial-Entschliessung vom 12. ds. Mts. wird sämmtlichen Postanstalten hiedurch zur Wissenschaft und Darnachachtung eröffnet, dass die Regiekasse der kgl. Steuerkataster-Commission zur Beseitigung der Anstände, welche sich in Betreff der portofreien Abgabe der von der benannten Kasse an exponirte Obergeometer als Vorstände der verschiedenen Vermessungs-Sektionen zu versendenden Vorschussgelder ergeben haben, angewiesen worden ist, diese Versendungen in Zukunft jedesmal unter der Adresse der Vermessungs-Sektion selbst zu richten, und dieser zur grösseren Sicherheit der Abgabe den Namen des betreffenden Obergeometers als Sektions-Chef beizusetzen, unter welcher Form sodann dieselben in dem Falle, dass sie mit „R. S.“ bezeichnet sind und ausserdem die im § 2 der Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 vorgeschriebenen äusserlichen Kennzeichen an sich tragen, jederzeit ohne Anstand portofrei abgelassen werden müssen.

München, den 17. November 1847.

General-Verwaltung der königlichen Posten.

Wahlen zum deutschen Reichstag.

Siehe Reichstag.

Waisenhaus-Verwaltungen geniessen gleiche Postportofreiheit wie Stiftungen, siehe diese.

Wanderbücher.

Siehe Arbeits- und Dienstbotenbücher.

Wegmacher, Wegmeister, Werkmeister.

Siehe Baubehörden.

Wehrordnung.

Bekanntmachung.

(Die Wehrordnung, hier Ergänzungen und Aenderungen derselben betr.)

Auszug.

4. Jede Meldung kann mündlich oder schriftlich geschehen; in beiden Fällen ist dieser Schein dem Bezirks-Feldwebel vorzulegen. Wer sich schriftlich meldet, hat auf die Adresse „Militaria“ zu schreiben und den Brief offen oder unter dem Siegel der Orts - Polizei - Behörde einzusenden. Nur solche Briefe sind innerhalb des deutschen Reiches portofrei. Die portofreie Benützung der Stadtpost ist ausgeschlossen.

(Gesetz - und Verordnungs - Blatt für das Königreich Bayern Nr. 56 Seite 611 vom Jahre 1880.)

Wittelsbacher Landesstiftung.

Nr. 6273.

(Postportofreiheit der Sendungen zum Zwecke der Errichtung einer Wittelsbacher Landesstiftung betr.)

Den kgl. Postanstalten wird zur Darnachachtung bekannt gegeben, dass Seine Majestät der König für die Geldsendungen, welche in Folge der Sammlungen für die in's Leben zu rufende Wittelsbacher Landesstiftung innerhalb Bayern stattfinden werden, und für die auf die Stiftungszwecke bezüglichen Correspondenzen im Verkehr zwischen den dafür in Bayern gebildeten Comités Postportofreiheit Allergnädigst zu bewilligen geruht haben.

Es sind daher die Geldsendungen, welche von Privatpersonen in Bayern zur Postaufgabe an ein Comité zur Errichtung der Wittelsbacher Landesstiftung gelangen, sodann die Correspondenzen und Geldsendungen der Comités unter sich portofrei zu behandeln.

München, den 7. Mai 1880.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Wohlthätigkeitsanstalten.

Siehe Stiftungen.

Zeitungs-Institute und Redactionen.

Nr. 19315.

(Die Portofreiheit der von Zeitungs-Instituten an Gerichte einzusendenden Exemplare öffentlicher Blätter als Nachweis geschener Einrückung amtlicher Bekanntmachungen betreffend.)

I. N. S. M. d. K.

In Folge von Anständen, welche sich in Betreff der Portofreiheit der von Zeitungs-Instituten an Gerichte und kgl. Behörden einzusendenden Zeitungsexemplare als Nachweis geschener Einrückung von kostenfrei aufgenommenen Bekanntmachungen in Official-, Criminal- und Armensachen und der hierauf bezüglichen Correspondenzen ergeben haben, ist durch höchste Entschliessung des kgl. Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten vom 18. d. Mts. verfügt worden, dass die portofreie Versendung der fraglichen Zeitungsexemplare und Correspondenzen durch die Vermittlung der am Sitze der betreffenden Zeitungs-Redaktionen befindlichen **Polizeibehörden** stattfinden

dürfe und zwar in der Weise, dass die Redaktionen die Blätter und allenfallsige Correspondenzen dem Vorstande oder einem Beamten — nicht einem untergeordneten Kanzlei-Individuum — uncouvertirt übergeben und dieser sodann die Versendung unter Beobachtung der im § 2 der allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 vorgeschriebenen Form — sonach auch mit Benennung der absendenden Behörde auf der Adresse — veranlasst.

Hienach haben sich sämtliche Postanstalten des Königreichs in vorkommenden Fällen geeignet zu achten und unmittelbare Aufgaben dieser Art von Zeitungs-Instituten an kgl. Gerichte und Behörden nicht anders als frankirt zur Beförderung anzunehmen.

München, den 28. October 1858.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Zeugengebühren.

Siehe Gemeindeverwaltungen.

Zinsen aus Cautionen.

Siehe Cautionen.

Zinsen aus gerichtlichen Depositen.

Siehe Depositen.

Zollangelegenheiten.

Siehe § IX der Instruction über die Ausführung der Portofreiheitsgesetze.

II.

Portofreiheitsgesetz.

Nr. 8732.

(Das Portofreiheitsgesetz betreffend.)

Im Namen Seiner Majestät des Königs von Bayern.

Durch das Reichsgesetz vom 29. Mai 1872 ist die Wirksamkeit des Gesetzes vom 5. Juni 1869, die Portofreiheiten im Gebiete des Norddeutschen Bundes betr., vom 1. Juli lfd. Jrs. an

- 1) auf den Postverkehr zwischen Bayern und Württemberg einerseits und den übrigen Staaten des Deutschen Reiches incl. Elsass-Lothringen andererseits, und
 - 2) auf den Verkehr zwischen Bayern einerseits und Württemberg andererseits
- ausgedehnt worden.

Es können daher vom 1. Juli l. Jrs. an im Postverkehr zwischen Bayern und den übrigen deutschen Staaten nur mehr jene Sendungen portofrei befördert werden, für welche eine solche Beförderung nach dem Gesetze vom 5. Juni 1869 ausdrücklich bestimmt ist.

Zur Beseitigung etwaiger Zweifel wird dessfalls noch bemerkt, dass zu den portofrei zu befördernden dienstlichen Sendungen auch jene in Post-, Telegraphen- und Zollvereins-Sachen gehören.

Im Postverkehr zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg tritt in Bezug auf die Bestimmungen über Portofreiheit vorerst eine Aenderung nicht ein.

Die allegirten Gesetze, sowie eine Instruktion über die Ausführung dieser Gesetze, ferner die Bestimmungen über die Portovergünstigungen werden den k. Postanstalten nachstehend zur sorgfältigen Kenntnissnahme und Darnachachtung bekannt gegeben.

Der amtliche Verkehr im Innern von Bayern wird dadurch nicht berührt.

München, den 26. Juni 1872.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Gesetz vom 29. Mai 1872.

(Die Einführung des Gesetzes über die Portofreiheiten vom 5. Juni 1869 im Verkehr mit Bayern und Württemberg betr.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preussen &c.
verordnen im Namen des Deutschen Reiches, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt:

Einzig er Artikel.

Die Wirksamkeit des Gesetzes vom 5. Juni 1869, betreffend die Portofreiheiten im Gebiete des Norddeutschen Bundes (Bundesgesetzblatt S. 141), wird vom 1. Juli 1872 an auf den Verkehr zwischen Bayern und Württemberg einerseits und den übrigen Theilen des Deutschen Reiches andererseits, sowie auf den Verkehr zwischen Bayern einerseits und Württemberg andererseits ausgedehnt.

Der im § 7 des Gesetzes vom 5. Juni 1869 auf den 30. Juni 1870 festgesetzte Termin tritt bezüglich derjenigen Portofreiheiten, welche durch das gegenwärtige Gesetz aufgehoben werden, mit dem 31. Dezember 1872 ein. Ueber den Anspruch auf Entschädigung entscheidet, vorbehaltlich des Rechtweges, die oberste Postbehörde desjenigen Gebietes, in welchem der Berechtigte seinen Wohnsitz hat.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 29. Mai 1872.

(L. S.)

Wilhelm.

Fürst v. Bismarck.

Gesetz vom 5. Juni 1869.

(Die Portofreiheiten im Gebiete des Norddeutschen Bundes betr.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preussen &c. &c.
verordnen im Namen des Norddeutschen Bundes, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt:

§ 1.

Den regierenden Fürsten des Norddeutschen Bundes, deren Gemahlinnen und Wittwen, verbleibt die Befreiung von Portogebühren in dem bisherigen Umfange.

§ 2.

In reinen Bundesdienst-Angelegenheiten werden Postsendungen jeder Art innerhalb des Norddeutschen Postgebietes portofrei befördert, wenn die Sendungen von einer Bundesbehörde abgeschickt oder an eine Bundesbehörde gerichtet sind und die äussere Beschaffenheit, sowie das Gewicht der Sendungen den von der Bundespostverwaltung in dieser Beziehung zu erlassenden besonderen Bestimmungen entspricht.

Alle in Bundesrathssachen, sowie in Militär- und Marine-Angelegenheiten, als reinen Bundesdienst-Angelegenheiten, im Norddeutschen Postgebiete bisher allgemein bestandenen Portofreiheiten werden aufrecht erhalten.

§ 3.

Auf Fahrpostsendungen zwischen den Hohenzollernschen Landen und den übrigen Theilen des Norddeutschen Postgebiets finden die vorstehenden Bestimmungen (§ 2) keine Anwendung; die Portofreiheit dieser Sendungen richtet sich nach den betreffenden Postverträgen *).

Auf Stadtpostsendungen erstreckt sich die Portofreiheit nicht.

§ 4.

Sendungen, welche von dem Reichstage des Norddeutschen Bundes ausgehen, oder an den Reichstag gerichtet sind, werden den Sendungen von und an Bundesbehörden gleich behandelt.

§ 5.

Die Portovergünstigungen, welche den Personen des Militärstandes und denen der Bundes-Kriegsmarine bewilligt sind, werden einstweilen aufrecht erhalten. Dem Bundes-Präsidium bleibt es vorbehalten, diese Portovergünstigungen aufzuheben oder einzuschränken.

§ 6.

Alle übrigen, bisher bestandenen Portofreiheiten und Porto-Ermässigungen werden aufgehoben.

Für die Aufhebung beziehungsweise Einschränkung der Portofreiheiten wird aus der Bundes-Postkasse insoweit Entschädigung geleistet, als dies mit Rücksicht auf die den Portobefreiungen etwa zu Grunde liegenden lästigen Privatrechtstitel nach den Landesgesetzen nothwendig ist.

§ 7.

Der Antrag auf Entschädigung ist von dem Berechtigten bei Vermeidung der Präclusion bis zum 30. Juni 1870 an die Postbehörde zu richten. Ueber den erhobenen Anspruch wird vom General-Postamt entschieden. Wenn das General-Postamt den Anspruch ganz oder theilweise zurückweist, so steht dem Reclamanten das Recht zu, binnen einer präclusivischen Frist von drei Monaten, vom Tage des Empfanges der Bescheidung ab gerechnet, den Rechtsweg zu beschreiten. Die Klage ist gegen die Oberpostdirektion bzw. gegen die mit deren Funktionen beauftragte Postbehörde zu richten, in deren Bezirk der Reclamant sein Domicil hat.

§ 8.

Die Art und die Höhe der Entschädigung richtet sich nach folgenden Bestimmungen:

Der Berechtigte hat am Schlusse eines jeden Jahres die im Laufe des Jahres von ihm frankirt abgeschickten oder an ihn unfrankirt eingegangenen Sendungen nachzuweisen, welche nach den bisherigen Bestimmungen portofrei befördert sein würden. Der auf diese

*) Bemerkung: Diese Ausnahmsbestimmung für Sendungen nach und aus Hohenzollern ist in Folge Uebergangs des Badischen Postwesens auf das Deutsche Reich hinfällig geworden.

Sendungen entfallende Porto- und Gebührenbetrag wird dem Berechtigten aus der Bundes-Postkasse jährlich erstattet.

Im Falle des Einverständnisses zwischen der Bundes-Postverwaltung und dem Berechtigten kann der für ein Jahr festgestellte Betrag ohne neue Ermittlung auch für mehrere hinter einander folgende Jahre als Entschädigung zu Grunde gelegt werden.

§ 9.

Der Postverwaltung bleibt die Befugniss vorbehalten, anstatt die in § 8 festgesetzte Zahlung fortdauernd zu leisten, den Berechtigten durch Zahlung einer festen Summe ein für alle Mal zu entschädigen.

Wenn die Postverwaltung von der Befugniss der einmaligen Entschädigung Gebrauch machen will, so wird der Betrag, welcher dem Berechtigten in den zuletzt vorhergegangenen drei Kalenderjahren in Gemässheit des § 8 gezahlt worden ist, zusammengerechnet, der danach sich ergebende durchschnittliche Jahresbetrag achtzehnmal genommen und diese Summe dem Berechtigten baar gezahlt.

§ 10.

Neue Portofreiheiten oder Porto-Ermässigungen können nur im Wege des Gesetzes eingeführt werden.

§ 11.

Der Bundes-Postverwaltung bleibt das Recht vorbehalten, mit Staatsbehörden Abkommen dahin zu treffen, dass von den Behörden an Stelle der Porto- und beziehungsweise Gebührenbeträge für die einzelnen Sendungen Aversionalsummen an die Bundes-Postverwaltung gezahlt werden.

Nr. 9567.

(Aversionirung der Portobeträge für portopflichtige, dienstliche Briefpostsendungen betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nach § 11 des Postgesetzes vom 5. Juni 1869 kann mit den kgl. Staatsbehörden ein Uebereinkommen dahin getroffen, dass statt der Portobeträge für die einzelnen amtlichen Briefpostsendungen Aversionalsummen an die Postkasse bezahlt werden.

Ein solches Uebereinkommen wurde hinsichtlich der Portobeträge für jene dienstliche Correspondenzen geschlossen, welche von der Betriebsabtheilung der kgl. Generaldirektion und den kgl. Bahnbehörden nach dem Reichspostgebiet und Württemberg zur Versendung gebracht werden.

Diese Correspondenz ist mit den gewöhnlichen äusseren Merkmalen amtlicher Sendungen zu bezeichnen und ausserdem auf der Adressseite in der unteren linken Ecke mit einem Stempelabdrucke zu versehen, welcher nachstehender Form entspricht:

Frei lt. Avers. Nr. 1. Kgl. B. Staatsbahnen.

Die kgl. Postanstalten haben daher sämtliche, mit vorbemerkttem Stempel versehene dienstliche Schreiben nach dem Reichspostgebiet und nach Württemberg portofrei zur Beförderung zu bringen.

Die betreffende Correspondenz anderer kgl. Stellen und Behörden, falls weitere derartige Uebereinkommen getroffen werden, ist in gleicher Weise zu behandeln.

Auf den internen bayerischen Verkehr, wozu auch der Verkehr zwischen Bayern rechts des Rheins und der Pfalz gehört, findet vorstehende Anordnung keine Anwendung

und bestehen für diesen Verkehr die seitherigen Portofreiheits-Bestimmungen unverändert in Kraft.

München, den 11. Juli 1872.

General-Direktion der königlichen Verkehrsanstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 13262.

(Aversionirung der Portobeträge betr.)

I. N. S. M. d. K.

In Anwendung des Gesetzes vom 29. Mai 1872, die Einführung des Gesetzes über die Portofreiheiten vom 5. Juni 1869 im Verkehre mit Bayern und Württemberg betreffend und des § 11 des letztbezeichneten Gesetzes wurde an Stelle der Portobeträge für die einzelnen Correspondenz-Sendungen der Bau-Abtheilung der kgl. Generaldirektion nach dem Reichspostgebiet und Württemberg eine Aversionalsumme vereinbart.

Diese Briefpostsendungen werden mit dem Stempel: „Frei lt. Avers. Nr. 2 Kgl. Bayer. Staatsbahnen. Bau-Abtheilung“ versehen werden und sind auf Grund des Stempels und resp. des besagten Uebereinkommens als portofrei zu behandeln.

Im Uebrigen wird auf den Schlusssatz des Ausschreibens vom 27. Juni l. Js. (V.-Bl. Nr. 68) Bezug genommen.

München, den 2. Oktober 1872.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 5295.

(Unrichtige Bezeichnung portopflichtiger Bahndienst-Correspondenz betr.)

Mit der Betriebs-Abtheilung ist bekanntlich das Uebereinkommen getroffen worden, dass statt der Einzelfrankirung jener Correspondenz nach Württemberg, dem Reichspostgebiet und Oesterreich-Ungarn, welche von Eisenbahn-Betriebsbehörden abgesandt wird, eine jährliche Aversalsumme aus der Betriebscassa an die Postcassa bezahlt wird, dass ferner zur Kennzeichnung dieser Correspondenz dieselbe mit dem Francovermerk bezw. dem Stempelabdruck „Frei laut Aversum Nr. 1, Kgl. Bayr. Staatsbahnen“ bedruckt werde.

Trotz wiederholter Einschärfung der Beachtung dieses Abkommens kommt es aber immer wieder vor, dass von Behörden des Bahnbetriebes auch solche Correspondenzen mit dem Aversumsstempel bedruckt statt mit Marken frankirt werden, welche nach dem Auslande bestimmt sind und hat sich besonders die Schweizerische Postverwaltung wiederholt veranlasst sehen müssen, desfalls Beschwerde zu führen.

Um nun diesen Unzukömmlichkeiten möglichst zu begegnen, wird im Einvernehmen mit der Betriebs-Abtheilung hiemit verfügt, dass von nun ab die unrichtiger Weise mit dem Aversumsstempel bedruckten Correspondenzen nach dem Auslande nicht mehr weitergespedit, sondern an den Aufgabsort zurückgeleitet und der absendenden Bahnbehörde zurückgegeben werden.

Die Briefposthauptexpeditionen und die Bahnposten sind hienach mit Weisung zu versehen und dabei besonders darauf aufmerksam zu machen, dass die besagte Unregelmässigkeit bis jetzt am häufigsten bei Sendungen nach Basel vorgekommen ist.

München, den 4. April 1881.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Abtheilung für Post und Telegraphen.

Nr. 912.

(Taxbehandlung portopflichtiger Dienstschriften betr.)

I. N. S. M. d. K.

Nach einer Anzeige werden die portofreien Dienstschriften noch regelmässig mit der in Bayern üblichen Bezeichnung „P. S.“ versehen und sollen daher diese Schriften, weil sie nicht mit der vorgeschriebenen Bezeichnung „Portopflichtige Dienstsache“ versehen sind, mit dem gewöhnlichen tarifmässigen Porto belegt werden.

Mit Rücksicht darauf nun, dass das Zuschlagporto von 4 kr. resp. 2 kr. ohne Verschulden des Adressaten vom Letzteren erhoben werden könnte, und dass die amtliche Beschaffenheit einer solcher Sendung auch aus anderen Merkmalen erkannt werden kann, haben die kgl. Postanstalten, wenn letzteres der Fall ist, die nur mit „P. S.“ bezeichneten portopflichtigen Dienstschriften nach Bayern vorläufig zur Vermeidung von Verzögerungen noch ohne Zuschlagporto abzusenden resp. zur Bestellung zu bringen, jedoch gleichzeitig die absendende kgl. Behörde auf die vorschriftsmässige Bezeichnung aufmerksam zu machen.

Derlei Sendungen jedoch, welche nach einem andern deutschen Bundesstaate bestimmt sind, sind an die absendende kgl. Behörde zur vorschriftsmässigen Bezeichnung zurückzugeben.

München, den 23. Januar 1872.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Nr. 12985.

(Taxbehandlung portopflichtiger Dienstschriften betr.)

I. N. S. M. d. K.

Gemäss Ausschreiben vom 23. Januar vor. Jrs., im bezeichneten Betreffe, (Verordnungs-Blatt 1872 pag. 52) wurde nachgesehen, portopflichtige Dienstschriften, welche statt mit der vorgeschriebenen Bezeichnung „Portopflichtige Dienstsache“ nur mit „P. S.“ bezeichnet sind, mit der treffenden Portotaxe zu belegen.

Nachdem die Vorschrift über die Art der Bezeichnung fraglicher Sendungen nunmehr auch in Bayern seit nahezu 2 Jahren in Kraft besteht, ist kein Grund mehr vorhanden, dass Seitens der Postanstalt die Nichtbeachtung dieser Vorschrift länger nachgesehen werde. Es ergeht daher der Auftrag, von nun an die portopflichtigen Dienstschriften, welche nur mit „P. S.“ statt mit der Bezeichnung „Portopflichtige Dienstsache“ versehen sind, wie gewöhnliche unfrankirte Briefe zu behandeln, demnach mit der vollen treffenden Portotaxe zu belegen.

München, den 28. September 1873.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 13128.

(Die portopflichtige Correspondenz zwischen Behörden verschiedener Bundesstaaten betr.)

I. N. S. M. d. K.

Auf Grund allerhöchster Ermächtigung treten nach getroffener Vereinbarung zwischen der kgl. Bayerischen Staatsregierung, dem Reichskanzleramte und der kgl. Württembergischen Staatsregierung vom 1. Oktober l. Jrs. an im amtlichen Verkehre zwischen dem Postgebiete Bayerns, dem Reichspostgebiete und Württemberg folgende Vorschriften in Wirksamkeit:

- 1) Die portopflichtigen Sendungen sind von der abzusendenden Behörde zu frankiren;
- 2) bei Correspondenzen zwischen Behörden in Parteisachen entrichtet die absendende Stelle das Porto auch in solchen Fällen, in welchen die Pflicht zur Portozahlung einer im Gebiete der empfangenden Stelle befindlichen Partei obliegt;
- 3) die empfangende Stelle ist zwar befugt, den Portobetrag von der Partei einzuziehen, jedoch soll von einer Erstattung desselben an die absendende Behörde des andern Staats bis auf Weiteres Abstand genommen werden.

Von diesem Uebereinkommen haben die kgl. Postanstalten nur den Vollzug der sub Nr. 1 angeführten Vorschrift durch die Behörden zu beachten, da hienach portopflichtige Sendungen weder von Bayerischen Behörden unfrankirt abgesandt, noch von Behörden im Reichspostgebiete oder in Württemberg an Bayerische Behörden unfrankirt den Bayerischen Postanstalten zuspedit werden dürfen.

Sollten portopflichtige Dienstsendungen Bayerischer Behörden unfrankirt zur Aufgabe gelangen, so sind dieselben den absendenden Behörden zur Frankirung zurückzugeben. Werden dagegen derartige Sendungen auswärtiger Behörden unfrankirt den bayerischen Postanstalten zuspedit, so sind dieselben zwar zur Bestellung zu bringen, jedoch die Couverte oder Adressen derselben oder, wenn die Zurücknahme letzterer nicht thunlich sein sollte, getreue Abschriften der Adressen mit einer kurzen bezüglichlichen Bemerkung an die Aufgabepostanstalt zurückzuspeditiren.

Ausdrücklich wird noch bemerkt, dass dieses Verfahren auf den Verkehr Bayerischer Behörden unter sich keine Anwendung findet und vorerst nur auf den Verkehr mit Behörden im Reichspostgebiet und in Württemberg beschränkt ist.

München, den 29. September 1873.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 15333.

(Die Behandlung portopflchtiger Dienstsendungen im Verkehre mit Oesterreich - Ungarn betreffend.)

I. N. S. M. d. K.

Nach Bekanntmachung des kgl. Staatsministeriums des kgl. Hauses und des Aeussern vom 11. ds. haben in Folge einer auf Grund Allerhöchster Ermächtigung mit der k. k. Oesterreichisch-Ungarischen Regierung getroffenen Vereinbarung die für die Behandlung der portopflchtigen Dienstsendungen zwischen den Behörden von Bayern, des Reichspostgebietes und von Württemberg geltenden Grundsätze von nun an auch auf den Verkehr der Behörden Bayerns mit den Behörden in Oesterreich-Ungarn Anwendung zu finden.

Indem die kgl. Postanstalten hiemit bezüglich des gleichmässigen Vollzugs auf das Ausschreiben vom 29. September l. Js. Nr. 13128 (Verordnungsblatt S. 551 etc.) hingewiesen werden, wird denselben zugleich eröffnet, dass nach Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 31. Oktober l. Jrs. (Reichsgesetzblatt Nr. 29 S. 366) dieselben Bestimmungen auch für die portopflchtigen Dienstsendungen zwischen den Behörden des Reichspostgebietes und in Oesterreich-Ungarn angenommen sind.

München, den 13. November 1873.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 14547.

(Die Taxbehandlung portopflchtiger Dienstcorrespondenz betr.)

Dem kgl. Oberpostamte wird auf den Bericht vom 12. ds. Mts. Nr. 10327 erwidert, dass die Ordinariate wohl als öffentliche mittelbare Behörden zu betrachten sind, und in Folge dessen auch für ihre portopflchtige Dienstcorrespondenzen auf die in der höchsten Entschliessung vom 23. Dezember 1870 Nr. 15352 genehmigte Portovergünstigung für portopflchtige Dienstschriften unter den dort gegebenen Voraussetzungen Anspruch haben.

Die Anfrage des dortigen bischöflichen Ordinariates, welches hienach geeignet zu verständigen ist, folgt anruhend zurück.

Diess zur Wissenschaft.

München, den 18. September 1876.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 1464.

(Portoerhebung für portopflchtige Correspondenz der Reichsbankanstalten in Bayern betr.)

Mittelst höchster Entschliessung vom 26. ds. Mts. hat das kgl. Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeussern genehmigt, dass in analoger Anwendung der für die Landesbehörden nach § 6 Absatz III der Posttransportordnung vom 1. Januar 1876 geltenden Bestimmungen die portopflchtige unfrankirte Correspondenz der Reichsbankanstalten in Bayern von dem Portozuschlag unter denselben Bedingungen befreit bleibe, welche gemäss der Posttransportordnung für die bayerischen Behörden bestehen.

Hienach sind unfrankirte Schreiben der Reichsbankanstalten auch im internen Verkehr nur mit der bei frankirter Absendung zu erhebenden Taxe zu belegen, wenn dieselben mit dem amtlichen Siegel verschlossen und auf der Adresse mit der Bezeichnung „Portopflchtige Dienstsache“ versehen sind.

München, den 30. Januar 1877.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 1873.

(Die Behandlung der portopflichtigen Correspondenz zwischen den bayerischen und schweizerischen Behörden betr.)

Den kgl. Postanstalten wird mit Bezugnahme auf die Ausschreiben vom 29. September und 13. November 1873 (Verordnungsblatt 1873 Seite 551 und 670) im nachstehenden Abdruck einer Bekanntmachung des kgl. Staatsministeriums des kgl. Hauses und des Aeussern vom 3. ds. zur Kenntniss gebracht mit dem Auftrage, die einschlägige Correspondenz nach Massgabe der angezogenen Ausschreiben zu behandeln.

München, den 8. Februar 1878.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Abschrift — Nr. 306 II.

Bekanntmachung.

(Die Behandlung der portopflichtigen Correspondenz zwischen den bayerischen und schweizerischen Behörden betr.)

Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeussern.

Nachdem auf Grund Allerhöchster Ermächtigung mit der schweizerischen Regierung eine Vereinbarung über die Einführung des allgemeinen Frankirungszwanges für die portopflichtige Correspondenz zwischen bayerischen und schweizerischen Behörden getroffen worden ist, kommen diejenigen Grundsätze, welche nach Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 8. Juli 1873 (Reichsgesetzblatt S. 232), dann des unterfertigten kgl. Staatsministeriums vom 24. September und vom 11. November 1873 (Regierungsblatt S. 1489 und 1593 ff.) im Wechselverkehr zwischen Bayern und den übrigen deutschen Bundesstaaten, sowie der österreichisch-ungarischen Monarchie gelten, vom 1. März l. Jrs. an auch im Verkehre mit den schweizerischen Behörden in Anwendung.

München, den 3. Februar 1878.

§ 12.

Portofreiheiten, welche auf den mit dem Auslande abgeschlossenen Staatsverträgen oder Conventionen beruhen, werden durch dieses Gesetz nicht berührt. Eine streckenweise portofreie Beförderung findet bei den in den §§ 2, 4 und 5 erwähnten Sendungen von und nach dem Auslande nicht statt.

Ausländisches Porto wird in keinem Falle von der Bundes-Postkasse getragen.

§ 13.

Die Vorschriften des Artikels 52 der Bundesverfassung sind nicht auszudehnen auf denjenigen Theil der Postüberschüsse, welcher durch die in gegenwärtigem Gesetze angeordnete Aufhebung von Portofreiheiten gewonnen wird.

Die näheren Bestimmungen über die Berechnung und Verwendung dieses bis Ende Dezember 1875 auszunehmenden Theils bleiben der Verständigung im Bundesrathe unter Zustimmung des Reichstages vorbehalten.

§ 14.

Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1870 in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Bundes-Insiegel.

Gegeben Schloss Babelsberg, den 5. Juni 1869.

(L. S.)

Wilhelm.

Gr. v. Bismarck-Schönhausen.

Instruktion über die Ausführung der Portofreiheits-Gesetze.

A. Portofreiheiten

für Sendungen innerhalb des Deutschen Reiches.

§ I.

Die regierenden Fürsten in den Staaten des Deutschen Reiches, sowie die Gemahlinnen und Wittwen dieser Fürsten geniessen in persönlichen Angelegenheiten und in Angelegenheiten Allerhöchstihrer Vermögensverwaltungen unbeschränkte Portofreiheit für abgehende und ankommende Postsendungen innerhalb des Deutschen Reiches.

Diese Portofreiheit bezieht sich nicht allein auf diejenigen Sendungen, welche von den Allerhöchsten Herrschaften persönlich abgesandt werden oder unter Allerhöchstderen persönlicher Adresse eingehen, sondern auch auf solche Sendungen, welche die Hausministerien, Hofstäbe, Intendanturen, Kabinete und Sekretariate und überhaupt die sonstigen mit diesen Sendungen betrauten Dienststellen in Angelegenheiten der Allerhöchsten Herrschaften ablassen oder empfangen.

Die desfallsigen Sendungen, soweit sie von den genannten Hausministerien u. s. w. abgesandt werden, müssen, um von den Postanstalten als portofrei erkannt werden zu können, mit dem Dienstsiegel verschlossen und mit der Bezeichnung: „Königliche Angelegenheit“, „Grossherzogliche Angelegenheit“ u. s. w. oder „Militaria“ versehen sein.

§ II.

In reinen Reichsdienst-Angelegenheiten werden Postsendungen jeder Art innerhalb des Deutschen Reiches portofrei befördert, wenn die Sendungen von einer Reichsbehörde abgeschickt oder an eine Reichsbehörde gerichtet sind.

Den Reichsbehörden werden diejenigen einzelnen Beamten, welche eine solche Behörde vertreten, gleichgeachtet.

In gleicher Weise werden die dienstlichen Sendungen der kgl. Bayerischen und kgl. Württembergischen Postbehörden und Postanstalten, Telegraphen-Behörden und Telegraphen-Anstalten, ferner die Sendungen in Zollvereinssachen (siehe § IX) im bisherigen Umfange portofrei behandelt.

Zur Anerkennung dieser Portofreiheiten ist erforderlich, dass die Sendungen

- a) mit amtlichem Siegel oder Stempel verschlossen, und
- b) auf der Adresse mit dem Portofreiheitsvermerk „Militaria“, „Marinesache“, „Postsache“, „Telegraphensache“, „Zollvereinssache“ und in allen übrigen Fällen mit dem Portofreiheitsvermerk „Reichsdienstsache“ („Bundesdienstsache“) versehen sind.

Von dem Erforderniss des Verschlusses mittelst eines amtlichen Siegels oder Stempels (zu a) ist nur dann abzusehen, wenn der Absender ein unmittelbarer Staats- oder Reichsbeamter oder eine aktive Militärperson ist, sich nicht im Besitze eines amtlichen Siegels oder Stempels befindet und auf der Adresse unter dem Portofreiheitsvermerk „die Ermangelung eines Dienstsiegels“ mit Unterschrift des Namens und Beisetzung des Amtscharakters bescheinigt.

Das Gewicht einer portofreien Sendung in Brief- oder ähnlicher Form soll in der Regel über ein halbes Pfund nicht hinausgehen.

Es ist möglichst dafür zu sorgen, dass die zur Post gegebenen portofreien gewöhnlichen Packetsendungen im Einzelnen das Gewicht von zwanzig Pfund nicht übersteigen.

Bei gewöhnlichen Packeten, welche von einer Behörde an denselben Adressaten aufgegeben werden und nicht aus Schriften, Akten, Listen, Tabellen oder Rechnungen, sondern anderen Gegenständen bestehen, darf jedoch für jede abgehende Post das Gewicht von zusammen zwanzig Pfund nicht überstiegen werden, widrigenfalls das Mehrgewicht der Portozahlung unterliegt.

§ III.

Als reine Reichsdienstsachen im Sinne des § II sind diejenigen Sendungen nicht zu betrachten, welche sich auf den gewerblichen Geschäftsbetrieb einer Behörde oder Anstalt beziehen.

§ IV.

Diejenigen von Reichsbehörden oder die Stelle solcher Behörden vertretenden einzelnen Beamten abgesandten oder an sie eingehenden Sendungen, welche ein Privatinteresse ganz oder theilweise betreffen, werden nur dann als reine Reichsdienstsachen angesehen, wenn sie lediglich durch den Instanzenzug zwischen Reichs-Verwaltungsbehörden veranlasst sind.

§ V.

In Bundesrathssachen werden diejenigen Briefe portofrei befördert, welche die Bevollmächtigten in Berlin zur Post liefern, als „Bundesrathssache“ bezeichnen und zur Beglaubigung dieses Vermerks entweder mit ihrer Namensunterschrift versehen oder mit ihrem Dienstsiegel verschliessen.

Ebenso sind diejenigen Briefe, welche an die Bevollmächtigten zum Bundesrathe aus anderen Orten des Deutschen Reiches unter der Bezeichnung „Bundesrathssache“ nach Berlin abgesandt werden, portofrei zu befördern.

§ VI.

Sendungen, welche von dem Reichstage ausgehen, oder an den Reichstag gerichtet sind, werden in Betreff der portofreien Beförderung den Sendungen von und an Reichsbehörden (§ II) gleich behandelt.

Die von dem Reichstage abgehenden Sendungen müssen als „Reichstags-Angelegenheit“ bezeichnet und mit dem Siegel des Reichstags verschlossen sein.

§ VII.

In Militär- und Marinesachen geniessen alle diejenigen Sendungen Portofreiheit, welche reine Reichsdienst-Angelegenheiten betreffen und von unmittelbaren Staats- oder Reichsbehörden, mit Einschluss der, solche Behörden vertretenden einzelnen Beamten, abgesandt werden oder an dieselben eingehen und den in § II gegebenen Vorschriften genügen.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, dass die Portofreiheit der Sendungen in Militär- und Marine-Angelegenheiten nicht davon abhängig ist, dass die Sendungen von Reichsbehörden abgesandt oder an Reichsbehörden gerichtet sind, vielmehr geniessen in dergleichen Angelegenheiten auch die Sendungen von und an Staatsbehörden die Portofreiheit*).

*) Anmerk. In Militär- und Marinesachen geniessen auch Sendungen von und an Communalbehörden, sowie Sendungen von und an Gendarmen, ferner Sendungen, welche unter

§ VIII.

Als Sendungen in Militär- und Marine-Angelegenheiten, welche auf Portofreiheit Anspruch haben, sind auch anzusehen:

- 1) Die Correspondenz- und Geldsendungen, welche dadurch nöthig werden, dass einzelne Militärpersonen von ihren Truppen- bzw. Marinetheilen abkommandirt oder Truppentheile dislocirt sind;
- 2) Geldsendungen der Militär- und Marinebehörden für Militärtransporte an Eisenbahnverwaltungen, für Vorspann- oder Fourage-Lieferungen an Ortsbehörden, für Pensionen der Militärs bis zum Major bzw. Corvetten-Capitän ausschliesslich aufwärts, für beurlaubte Officiere und Militärbeamte, die durch Krankheit an der Rückkehr verhindert sind;
- 3) Sendungen mit Militär-Bekleidungs-Gegenständen Seitens entlassener Soldaten an die Truppentheile durch Vermittelung des Bezirksfeldwebels oder einer Communalbehörde;
- 4) in Invaliden-Angelegenheiten:
 - a) die an Reichs-Civilbehörden, sowie an Militär- und Marinebehörden gerichteten Gesuche der Invaliden vom Feldwebel abwärts, wenn die Sendung mit dem Siegel des Bezirksfeldwebels oder Ortsvorstandes oder einer andern Behörde verschlossen, und der Name und die Eigenschaft des Invaliden auf der Adresse bezeichnet ist,
 - b) Invaliden-Unterstützungsgelder bei ihrer Versendung von einer unmittelbaren Staats- oder Reichsbehörde oder Kasse;
- 5) in Landwehr-Angelegenheiten:
 - a) Circularbefehle an beurlaubte unbesoldete Landwehr-Officiere bei Versendung durch die Letzteren unter Streif- oder Kreuzband,
 - b) Meldungen der Landwehrmänner, sowie der Reservisten und Seewehrmänner, bei den Bezirksfeldwebeln*), wenn sie offen oder unter dem Siegel der Orts-Polizeibehörde versendet werden,
 - c) Landwehrpässe bei Rücksendung durch die Bezirksfeldwebel an die Landwehrmänner;
- 6) in Angelegenheiten der Militär-Ehrengerichte die dienstlichen Correspondenz- und Aktensendungen, auch bei ihrer Circulation unter Offizieren ausser Dienst und beurlaubten Landwehr-Offizieren, wenn die Versendung unter Streif- oder Kreuzband erfolgt, oder ein offener besiegelter Begleitschein beiliegt, aus welchem der Gegenstand im Allgemeinen und der Name jedes zur Theilnahme an den bezüglichen Verhandlungen bestimmten Offiziers zu ersehen ist;
- 7) Messinstrumente zwischen dem topographischen Bureau und den mit Vermessungen beauftragten Offizieren können in dringenden Fällen posttäglich bis zum Gewicht von 100 Pfund portofrei befördert werden.

der Adresse der magistratischen Garnisons-Verwaltungen aufgeliefert werden, falls sie im Uebrigen den Bestimmungen dieser Instruktion entsprechen, Portofreiheit.

Ebenso sind diejenigen Civil-Geistlichen, welche zugleich als Militärgeistliche (Garnisons-Prediger etc.) fungiren, berechtigt, sich im Verkehr unter einander und mit Behörden etc. bei ihrer Correspondenz in solchen Militär-Angelegenheiten, welche sich als reine Reichsdienst-Angelegenheiten charakterisiren, des portofreien Rubrums „Militaria“ zu bedienen.

*) Vide Militärangelegenheiten Generale Nr. 103.

§ IX.

Der gesammte amtliche Schriftenwechsel in den gemeinschaftlichen Z o l l a n g e l e g e n h e i t e n zwischen den Behörden und Beamten der Vereinsstaaten wird im ganzen Umfange des Zollvereins im Briefpostverkehr, sowie im Fahrpostverkehr portofrei befördert. Zur Begründung dieser Portofreiheit muss die Correspondenz mit der äusseren Bezeichnung „Zollvereinssache“ versehen werden.

§ X.

In R h e i n s c h i f f f a h r t s - A n g e l e g e n h e i t e n wird portofrei befördert:

die dienstliche Correspondenz der Rheinschiffahrts-Centralcommission, ihrer Mitglieder und Beamten insbesondere der Rheinschiffahrts-Aufseher — untereinander und mit Staats- und anderen Behörden.

Diese Sendungen müssen mit dem Dienstsiegel verschlossen und als „Herrschaftliche Rheinschiffahrtssachen“ bezeichnet sein.

B. Portofreiheiten

für Sendungen nach und von dem Auslande.

§ XI.

Die Portofreiheit für Sendungen nach und aus Oesterreich-Ungarn und Luxemburg richtet sich nach den seitherigen Bestimmungen und bleiben daher auch die Art. 26 und 47 des Postvertrags vom 23. November 1867 im Verkehre mit diesen Staaten in Kraft.

Sendungen nach und von anderen Staaten werden nur insoweit portofrei befördert, als sie nach den betreffenden Verträgen oder Uebereinkünften vollständig portofrei von dem Aufgabeort bis zum Bestimmungsort zu befördern sind.

Eine streckenweise portofreie Beförderung geniessen lediglich die Sendungen in Angelegenheiten der regierenden Fürsten in den deutschen Staaten sowie der Gemahlinnen und Wittwen dieser Fürsten und sind daher derlei Sendungen auf deutschem Gebiete auch dann portofrei zu befördern, wenn für dieselben auf fremdem Gebiete Portofreiheit nicht besteht.

Zur Vermeidung von Anständen ist das ausländische Porto als solches auf den Sendungen und in den Bestellbüchern zu bezeichnen.

C. Allgemeine Bestimmungen.

§ XII.

Wird eine portopflichtige Mittheilung einer portofreien Sendung hinzugefügt, oder ein portopflichtiger Gegenstand mit einem portofreien zusammengepackt, so ist die ganze Sendung portopflichtig und darf mit dem Portofreiheits-Vormerk nicht versehen werden.

§ XIII.

Unter Geldsendungen sind auch die im Wege der Postanweisung stattfindenden Ueberweisungen von Geldsendungen zu verstehen.

Bei Postanweisungen ist die Portofreiheitsbezeichnung in den Adressraum zu setzen unter Beidruckung eines das amtliche Siegel vertretenden farbigen Stempels. Die Ermanglung eines Dienststempels ist, wie in § II bezeichnet, zu bescheinigen. Beim

Zahlungsverkehr der Postanstalten unter sich kann die Beidrückung des Dienststempels unterbleiben.

§ XIV.

Bei jeder Sendung, für welche die portofreie Beförderung in Anspruch genommen wird, ist zu prüfen:

- a) ob dieselbe nach ihrer äusseren Beschaffenheit, nach Bezeichnung, Verschluss etc. zur portofreien Beförderung geeignet ist, sodann
- b) ob dem Absender bzw. Adressaten Portofreiheit überhaupt zusteht, und ob die Sendung auch nach ihrem Gegenstand (als Brief-, Packet-, Geldsendung etc.), sowie nach ihrem Inhalt, soweit auf denselben aus der äusseren Beschaffenheit überhaupt geschlossen werden kann, zur portofreien Beförderung sich eignet.

Die Prüfung zu a liegt stets der Postanstalt des Aufgabsortes ob. Findet sich ein Mangel in der äusseren Beschaffenheit, und lässt sich derselbe nicht sofort durch mündliche Rücksprache etc. beseitigen, so ist die Sendung ohne weitere Verzögerung abzusenden, jedoch als portopflichtig zu behandeln, und der Grund hiervon auf der Adresse zu bezeichnen, z. B. „Amtliches Siegel fehlt“. Bei Briefen ist in solchen Fällen ausser dem Porto das Zuschlagporto wie bei unfrankierten Briefen anzusetzen.

Die Prüfung zu b liegt derjenigen Postanstalt ob, in deren Bezirk die zur Portofreiheit berechnete Behörde etc. ihren Sitz hat, sonach bei Sendungen, deren Absender zu der betreffenden Portofreiheit berechnigt ist, der Postanstalt am Aufgabsorte, bei Sendungen, deren Adressat lediglich zu der betreffenden Portofreiheit berechnigt ist, der Postanstalt des Bestimmungsorts.

Ergeben sich bei letzterer Prüfung begründete Zweifel gegen die Anwendbarkeit der portofreien Bezeichnung, so ist die Sendung mit dem Vermerk „Bis zur nähern Begründung der Portofreiheit“ zu versehen und, wie oben, als portopflichtig zu behandeln.

§ XV.

Jeder Postbeamte ist verpflichtet, die zu seiner amtlichen Kenntniss gelangten Fälle von Missbräuchen der Portofreiheit zur Anzeige zu bringen, um die Bestrafung des Absenders auf Grund des § 27 Nr. 2 des Gesetzes über das Postwesen des Deutschen Reiches vom 28. Oktober 1871 und vorkommenden Falls die disciplinarische Rüge gegen die betreffenden Absender zu ermöglichen.

§ XVI.

Wird die Portofreiheit einer austaxierten Sendung

- a) durch Vorzeigen des Inhalts, oder
- b) durch Bezeichnung des Absenders und bescheinigte Angabe des Inhalts auf dem Couvert, oder
- c) in sonst glaubhafter Weise

nachträglich dargethan, so wird das von dem Adressaten erhobene Porto demselben erstattet. Doch erfolgt diese Erstattung nur gegen Rückgabe des Couverts oder einer mit allen Postzeichen versehenen beglaubigten Abschrift desselben.

Portovergünstigungen im Wechselverkehre.

A. Privatsendungen

von oder an Militärpersonen überhaupt.

Die in Reih und Glied stehenden Soldaten bis zum Feldwebel oder Wachtmeister einschliesslich aufwärts, die Invaliden in Invalidenhäusern mit eingerechnet, ferner die in denselben Rang- und Besoldungs-Verhältnissen stehenden nicht streitenden Glieder, sowie auch diejenigen Seconde-Lieutenants, welche zwar mit dem Lieutenants-Charakter beliehen worden sind, aber nicht in den mit dieser Charge verbundenen Militär-Competenzen stehen, und die Gendarmen, sodann die bei der Kaiserlichen Marine im Dienst stehende Schiffsmannschaft vom Obersteuermann abwärts bis zum Handwerker geniessen für ihre Person folgende Portovergünstigungen:

- 1) Für gewöhnliche Briefe an die Soldaten etc. kommt, insofern diese Briefe als „Soldatenbrief — Eigene Angelegenheit des Empfängers“ bezeichnet sind und das Gewicht von 60 Grammen nicht übersteigen, Porto nicht in Ansatz.
- 2) Für die an die Soldaten etc. gerichteten Postanweisungen auf Beträge bis 5 Thlr. = 15 *fl.* einschliesslich beträgt das Porto 1 Sgr. bzw. 3 kr. = 10 *fl.*, ohne Unterschied der Entfernung. Dieses Porto muss in allen Fällen vorausbezahlt werden. Bei höheren Beträgen ist die gewöhnliche Postanweisungsgebühr zu entrichten.
- 3) Für die an Soldaten etc. adressirten Packete ohne Werthangabe bis zum Gewichte von 6 Pfund einschliesslich kommt ein ermässigt Porto von 2 Sgr. oder 7 kr. = 20 *fl.* ohne Unterschied der Entfernung zur Anwendung. Die Nach- und Rücksendung erfolgt portofrei.

Die Postanweisungen, sowie die Begleitbriefe (Begleitadressen) zu den unter 3 bezeichneten Packeten müssen ebenfalls mit der Aufschrift: „Soldatenbrief — Eigene Angelegenheit des Empfängers“ versehen sein.

Alle anderen Postsendungen an Soldaten etc., sowie alle Postsendungen von Soldaten unterliegen der vollen Portozahlung; für Postvorschussendungen sind das Porto und die Postvorschussgebühr in Ansatz zu bringen. Auf beurlaubte Militärs etc., sowie auf einjährig Freiwillige finden vorbemernte Portovergünstigungen keine Anwendung.

Sendungen, welche

- a) rein gewerbliche Interessen des Adressaten betreffen, z. B. den Absatz eines von einer Militärperson herausgegebenen Werkes,
- b) im ausschliesslichen gewerblichen Interesse des Absenders an eine Militärperson gerichtet sind, z. B. die Zusendung buchhändlerischer oder kaufmännischer Anzeigen an einen Soldaten,

haben auf Portovergünstigung keinen Anspruch.

Zur Begründung des ermässigten Taxansatzes ist in den Frachtkarten unter der Rubrik für die Bezeichnung ob „Porto oder Franco“ die Bemerkung: „Soldatenbrief“ beizusetzen. Die gleiche Vormerkung ist über eingezahlte Postanweisungen an Soldaten, wenn die Beförderung gegen die ermässigte Gebühr zu erfolgen hat, in der betreffenden Nachweisung über eingezahlte Postanweisungen zu machen.

Nr. 14732.

(Portovergünstigungen betr.)

In Gemässheit höchster Entschliessung des kgl. Staats-Ministeriums des kgl. Hauses und des Aeussern vom 28. vor. Mts. stehen nach einer Mittheilung des Reichskanzleramtes

im Reichspostgebiet den Militärbüchsenmachern dieselben Portovergünstigungen zu, welche nach § 5 des Bundesgesetzes vom 5. Juli 1869 den Personen des Militärstandes bis zum Feldwebel aufwärts eingeräumt sind. (Verordnungsblatt Nr. 68 vom Jahre 1872 Abschnitt IV.)

Nachdem diese Portovergünstigungen mit allerhöchster Ermächtigung auch im internen Postverkehre Bayerns wirksam geworden sind (Verordnungsblatt Nr. 37 vom Jahre 1873), so werden die kgl. Postanstalten auf die den Militärbüchsenmachern als unteren Militärbeamten im internen und Wechselverkehre nunmehr zustehenden Portovergünstigungen hiemit aufmerksam gemacht.

München, den 4. November 1874.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 15177.

(Portovergünstigung für Militärpersonen betr.)

Auf den Bericht vom 10. ds. wird dem kgl. Oberamte unter Rückgaben der Beilagen eröffnet, dass, nachdem die den Militärpersonen nach Massgabe der Instruktion zu den Portofreiheitsgesetzen Absatz IV für Privatsendungen eingeräumte Portofreiheit und resp. Portovergünstigung sich nur auf gewöhnliche Briefe und Packete ohne Werth erstreckt, für recommandirte Packete die volle Taxe zu erheben ist.

München, den 14. November 1874.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nr. 5308.

(Portovergünstigungen für Soldatenbriefe betr.)

Nach vorliegender Anzeige kommen häufig Briefe, Postanweisungen und Begleitadressen zu Packeten an Soldaten vor, welche nur mit dem Beisatze „Eigene Angelegenheit des Empfängers“ statt mit vorgeschriebener voller Bezeichnung „Soldatenbrief — eigene Angelegenheit des Empfängers“ versehen sind.

Die kgl. Postanstalten werden unter Hinweisung auf das Portofreiheitsgesetz vom 5. Juni 1869 bzw. 29. Mai 1872 und die zugehörige Instruktion (Verordnungsblatt Nr. 68 vom Jahre 1872) aufmerksam gemacht, dass Briefe, Postanweisungen und Packete an Soldaten nur dann auf die gesetzliche Portofreiheit Anspruch haben, wenn sie mit der vollen Bezeichnung „Soldatenbrief — eigene Angelegenheit des Empfängers“ versehen sind.

Die kgl. Postanstalten haben sich hienach genau zu achten und unvollständige Adressen dem Aufgeber zur Ergänzung zurückzugeben.

München, den 8. April 1876.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.

Post-Abtheilung.

Nrr. 9936.

(Portovergünstigungen für Soldatenbriefe betr.)

Obwohl erst durch das allgemeine Ausschreiben vom 8. April l. Jrs. Nr. 5308 (Verordnungsblatt Nr. 47) darauf hingewiesen wurde, dass Briefe an Soldaten nur dann auf Portovergünstigung Anspruch haben, wenn sie die vollständige Bezeichnung „Soldatenbrief — eigene Angelegenheit des Empfängers“ tragen, kommen doch nach wie vor solche Briefe zur Aufgabe und Versendung, welche entweder nur mit „Soldatenbrief“ oder nur mit „Eigene Angelegenheit des Empfängers“ bezeichnet sind.

Um diesen Mängeln, welche die Portobehandlung der betreffenden Briefe nach sich ziehen und in der Regel zu Portoreklamationen Anlass geben, noch wirksamer vorzubeugen, sollen von jetzt ab durch die kgl. Postanstalten zu diesem Zwecke besonders hergestellte Couverts mit dem bereits vorgedruckten Vermerke „Soldatenbrief — eigene Angelegenheit des Empfängers“ an das Publikum zum Preise von 1 Pf. pro Stück abgegeben werden.

Die kgl. Postanstalten werden, so viel an ihnen liegt, auf möglichst ausgedehnte Benützung derselben hinwirken, übrigens aber auch bei Correspondenzen, für welche diese

Couverts nicht oder nicht mehr benützt werden können z. B. bei grösseren oder schweren Briefen, bei Postanweisungen, bei Begleitadressen zu Packetsendungen darauf achten und bezw. die Absender veranlassen, dass die vollständige vorschriftsmässige Bezeichnung auf den Sendungen angebracht werde.

München, den 20. Juni 1876.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 4710.

(Portovergünstigung für Postanweisungen an Soldaten betr.)

Die kgl. Postanstalten werden darauf aufmerksam gemacht, dass bei Postanweisungen an Soldaten, welche die ausgesprochene Portovergünstigung geniessen sollen, der Vermerk „Soldatenbrief, eigene Angelegenheit des Empfängers“ auf der Anweisung selbst oder auf der Anweisung und dem Coupon angebracht sein muss.

Gegebenen Falls sind die Aufgeber solcher Postanweisungen hierüber geeignet zu verständigen.

München, den 9. April 1877.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 6525.

(Postvergünstigung für Briefe an Soldaten betr.)

Die für Briefe an Soldaten etc. bestehende Portovergünstigung, wornach bei der vorgeschriebenen Bezeichnung derselben für solche im Gewichte bis zu 60 gr Porto nicht in Ansatz zu kommen hat, findet in den deutschen Postverwaltungsgebieten keine gleichmässige Anwendung und wurde daher im Benehmen mit dem kaiserlichen Generalpostamt in Berlin bestimmt, dass, nachdem die Portovergünstigung zunächst nur aus dem Grunde bewilligt worden ist, den Soldaten etc. den brieflichen Verkehr mit ihren Angehörigen in der Heimath zu erleichtern, dieselbe auf eigentliche Briefe zu beschränken sei. — Es sind demnach Zeitungen und Drucksachen aller Art an Soldaten etc. bei ihrer Versendung unter Band von der Portovergünstigung ausgeschlossen.

Mit Rücksicht darauf nun, dass Zeitungen und Drucksachen doch nur meist in grösseren Orten erscheinen und zur Aufgabe gelangen, sind lediglich die Hauptexpeditionen bezw. die Postfilialen, Aemter, Verwaltungen eventuell auch die grösseren Expeditionen, ferner die Bahnposten nach Obigem zur Darnachachtung zu verständigen.

München, den 14. Mai 1879.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 9664.

(Portofreiheit in specie Portovergünstigung für Sendungen an Militärspersonen.)

Auf den Anfragebericht vom 17. ds. im bezeichneten Betreffe wird eröffnet, dass die Bestimmung in Ziffer V 3 b der Verordnung vom 19. Dezember 1869 (V.-Bl. Nr. 111), welche sich auf § 6 der Posttransportordnung vom Jahre 1868 gründete, seit dem 1. Juli 1872, mit welchem Tage die noch gültigen Bestimmungen über Portovergünstigungen in Kraft getreten sind, (V.-Bl. 1872 Nr. 68 und § 6 Ziffer IV der Posttransportordnung vom 1. Januar 1876), modificirt werden musste. In ihrer Intention haben allerdings beide Bestimmungen das Eine gemeinsam, dass sie in Bezug auf die Portozahlung die Militärspersonen begünstigen wollen, und geht die jetzt gültige Verordnung sogar so weit, dass von einer Portozahlung für die an Soldaten gerichteten Briefe, jedoch nur unter gewissen Bedingungen ganz abgesehen wird.

Eine Portofreiheit aber im Sinne des Portofreiheitsgesetzes bezw. im Sinne der für den amtlichen Verkehr oder der für die personelle Portofreiheit bestehenden einschlägigen Bestimmungen und der Bestimmung in Ziffer V 3 b der oben allegirten Verordnung ist nicht gegeben.

Dagegen ist in den Bestimmungen über die Portovergünstigungen ausdrücklich angeordnet, dass alle Postsendungen von Soldaten der vollen Portozahlung unterliegen.

Hätte bezüglich der von Soldaten unfrankirt abgesandten Briefe im Falle ihrer Unbestellbarkeit eine Ausnahmsbestimmung gemacht werden wollen, so hätte diess ausdrücklich geschehen müssen, und schliesst die bestimmte Fassung, dass alle von Soldaten abgesandten Briefe portopflichtig sind, das Porto also entweder von den Absendern oder von den Adressaten bezahlt werden muss, die Schlussfolgerung aus, dass, weil für die unter gewissen Bedingungen eingehenden Briefe an Soldaten ein Porto nicht in Ansatz kommen darf, dasselbe auch bezüglich der von den Soldaten abgesandten und wegen Unbestellbarkeit etc. etc. an sie wieder zurückgehenden Briefe der Fall sein müsse. Eine solche Interpretation könnte nur aus der gemeinsamen Anwendung der frühern und der jetzt giltigen Bestimmung gemacht und nur auf die Folgerung gestützt werden, dass, weil nach der früheren Bestimmung die unfrankirten Briefe nur mit der Francotaxe belegt werden durften und bei unbestellbaren Briefen die Portotaxe auf die Francotaxe reducirt werden musste, jetzt, nachdem ein Porto überhaupt nicht in Ansatz kommt, für solche Briefe ein Porto gar nicht mehr erhoben werden dürfe. — Eine solche Interpretation würde jedoch nicht nur gegen den Wortlaut der jetzt giltigen Bestimmung verstossen, sondern auch noch weiteren Consequenzen und Missbräuche zur Folge haben.

München, den 24. Juli 1879.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

Nr. 14501.

(Die Taxbehandlung von Militärsendungen betr.)

Behufs gleichmässiger Taxbehandlung übergewichtiger Militärsendungen wird eröffnet, dass bei portofreien Dienstsendungen, wenn für dieselben nach § II Abs. 8 der Ausführungsbestimmungen zum Portofreiheitsgesetz ein Porto zu berechnen ist, für das Mehrgewicht das gewöhnliche Porto in Ansatz zu kommen hat. Es ist demnach z. B. für eine 11 kg schwere dienstliche Effektsendung die Taxe mit 25 bzw. 50 ö je nach der Entfernung, für eine 18 kg schwere solche Sendung die Taxe für die ersten 5 kg Uebergewicht ebenfalls mit 25 bzw. 50 ö und die Taxe für das weitere Uebergewicht von 3 kg nach den Entfernungsstufen, also gleich einer Sendung im Gewichte von 8 kg zu berechnen. Gehören mehrere derartige Sendungen zu Einer Postpacketadresse, so ist das Gewicht sämmtlicher Packete zusammenzuzählen und für das 10 kg übersteigende Mehrgewicht das Porto gleichfalls in der obenbezeichneten Weise, und, falls die Sendungen dem deutschen Wechselverkehre angehören und unfrankirt sind, mit Hinzufügung des Zuschlagporto von 10 ö zu berechnen.

München, den 7. September 1881.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Abtheilung für Post und Telegraphen.

B. Privatsendungen

an Personen der Kaiserlichen Marine ausserhalb des Deutschen Reiches.

Bei dem Hof-Postamte in Berlin besteht ein Marine-Postbureau, um die bei den Deutschen Postanstalten aufgelieferten Briefe für Personen der Schiffsbesatzungen solcher Deutschen Kriegsschiffe, welche sich ausserhalb des Deutschen Reiches befinden, zu sammeln und nach dem Bestimmungsorte zu befördern.

Die gedachten Briefe werden zu dem Zwecke von derjenigen Postanstalt, bei welcher die Auflieferung durch den Absender erfolgt ist, dem Marine-Postbureau in Berlin zugewiesen. Von diesem Bureau werden die in Rede stehenden Briefe so häufig weitergesandt, als sich hierzu, nach Massgabe der vorhandenen Postverbindungen, Gelegenheit bietet.

Das vom Absender bei der Einlieferung derartiger Briefe zu entrichtende Porto beträgt für den gewöhnlichen Brief bis zum Gewichte von 60 Grammen einschliesslich an Offiziere und die im Offiziersrange stehenden Marinebeamten 7 kr. = 20 ö , für den gewöhnlichen

Brief bis zum Gewichte von 60 Grammen einschliesslich an die Schiffsmannschaft vom Obersteuermann abwärts bis zum Handwerker 3 kr. = 10 ö .

Die Adresse der Briefe, für welche diese Beförderungsart in Anspruch genommen wird, muss enthalten:

- a) den Grad und Charakter des Adressaten oder das Amt, welches derselbe in der Marineverwaltung bekleidet;
- b) den Namen des Schiffes, an dessen Bord der Adressat sich befindet;
- c) die Angabe „per Adresse des Hof-Postamts in Berlin“.

Die Vermittelung solcher Briefe aus Bayern an das Marine-Postbureau zu Berlin erfolgt ausschliesslich durch die Bahnposten Nürnberg-Hof.

Rekommandirte Sendungen, ferner Werth- und Packetsendungen, sind von der vorbezeichneten Beförderungsweise ausgeschlossen, ebenso die den vorstehenden Bestimmungen nicht entsprechenden Briefsendungen, mithin auch gewöhnliche Briefe im Gewichte von mehr als 60 Grammen.

C. Postanweisungen

an das Personal der Kaiserlichen Marine im Auslande.

An das im Auslande befindliche Personal der Kaiserlichen Marine können auch Gelder von der Heimath durch Postanweisungen übermittelt werden.

Die betreffenden Geldbeträge werden auf Grund der gewöhnlichen Postanweisungen eingezahlt.

Die Uebermittlung dieser Beträge an die Adressaten wird das Marine-Postbureau in Berlin zu denselben Terminen bewirken, welche für die Absendung der Privatbriefe an die im Auslande befindlichen Personen der Deutschen Marine bestimmt sind.

Sowohl hinsichtlich der Taxirung als der buchmässigen und technischen Behandlung werden die in Rede stehenden Postanweisungen als solche angesehen, welche nach Berlin bestimmt sind.

Demnach ist vom Absender zu erheben:

- a) bei Zahlungen an die Offiziere und an die im Officierrange stehenden Beamten für Beträge bis 25 Thlr. = 75 M eine Gebühr von 2 Gr. bzw. 7 kr. = 20 ö und für Beträge über 25 bis 50 Thlr. = 75 bis 150 M eine Gebühr von 4 Gr. bzw. 14 kr. = 40 ö ;
- b) bei Zahlungen an Mannschaften vom Deckofficier erster Klasse abwärts für Beträge bis zur Höhe von 5 Thlr. = 15 M eine Gebühr von 1 Gr. bzw. 3 kr. = 10 ö ; bei höheren Beträgen die Gebühren unter a.

Ausser der Adresse und der Angabe des Namens und Wohnortes des Absenders dürfen anderweite Mittheilungen auf die Postanweisung nicht niedergeschrieben werden. Die Adresse selbst muss neben dem Namen und Dienstcharakter etc. des Adressaten insbesondere auch die Angabe enthalten:

„An Bord Sr. Majestät Schiff (Name des Schiffs) per Adr. des Kaiserlichen Hof-Postamtes in Berlin.“

Die Postanweisungen werden in gewöhnlicher Weise nach Berlin expedirt, woselbst das Hof-Postamt sie in Empfang nimmt und über die Beträge quittirt.

Die Postanstalten haben insbesondere darauf zu achten, dass die Adresse deutlich nach **Berlin** per Adr. des Kaiserlichen Hof-Postamtes lautet.

Nr. 12782.

(Den Vollzug der Reichsgesetze über die Portofreiheiten vom 5. Juni 1869 und 29. Mai 1872 betreffend.)

I. N. S. M. d. K.

Den kgl. Postanstalten wird nachstehend ein von den kgl. Staatsministerien der Justiz und der Finanzen erlassenes Ausschreiben vom 29. August l. Js. im obenbezeichneten Betreffe zur Kenntnissnahme mitgetheilt.

München, den 5. Oktober 1872.

General-Direktion der königlichen Verkehrs-Anstalten.
Post-Abtheilung.

E.-Nr. 11546.

Bekanntmachung.

Staatsministerium der Justiz

und

Staatsministerium der Finanzen.

Bezüglich des Postverkehrs der dem kgl. Staatsministerium der Justiz untergeordneten Stellen und Behörden in das Gebiet der deutschen Reichspost, sowie in das kgl. Württembergische Postgebiet wird im Anschlusse an die Bekanntmachung vom 8. Juli l. Jrs. (Justizministerialblatt S. 169) im Benehmen und Einverständnisse mit dem kgl. Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeussern, sowie dem kgl. Staatsministerium des Innern weiter bestimmt und bekannt gegeben, was folgt:

§ 1.

In allen Fällen, in welchen für Postsendungen in das Gebiet der deutschen Reichspost, sowie in das kgl. Württembergische Postgebiet nach Massgabe der Reichsgesetze über Portofreiheiten vom 5. Juni 1869 und 29. Mai 1872 eine Portobefreiung nicht mehr stattfindet, hat je nach Gestalt der Verhältnisse entweder die Frankirung der Sendung oder deren Abfertigung als unfrankirtes, dem Empfänger zahlbares Poststück einzutreten, da die Abfertigung unter der Bezeichnung als: „Regierungssache“, „Königliche Dienst-sache“ oder „Armensache“ für Sendungen in die obenbezeichneten Postgebiete nicht mehr zulässig ist.

Betrifft die an eine Stelle oder Behörde eines andern deutschen Staates auszufertigende Sendung:

- 1) eine von einer bayerischen Justizbehörde ausgehende oder schon früher ausgegangene Requisition oder überhaupt eine auf bayerischer Seite anhängige Angelegenheit, so hat ausnahmslos Frankirung der Sendung einzutreten, gleichviel ob nach der Lage der Sache das Porto von der bayerischen Staatskassa oder von einer Privatperson zu tragen ist und ob letzteren Falls dieselbe zahlungsfähig ist und bereits einen Kostenvorschuss geleistet hat oder nicht.

Soferne dagegen

- 2) die Sendung in Behandlung einer von der betreffenden auswärtigen Behörde selbst ausgegangenen Requisition erfolgt, ist in Ansehung der Frankirungsfrage zunächst in's Auge zu fassen, ob im gegebenen Falle nach Massgabe der einschlägigen Vorschriften und insbesondere der Bestimmungen in § 43 des Reichsgesetzes über die Gewährung der Rechtshilfe vom 21. Juni 1869, soweit solche auf die bezügliche Sache anwendbar sind, die Verpflichtung zur Bestreitung der

bei Erledigung der Requisition entstehenden Kosten der ersuchenden oder der ersuchten Behörde zufällt.

- a) Hat die ersuchte bayerische Behörde nach Lage des Falles und der hierauf anwendbaren Vorschriften die in Erledigung des Ersuchens entstehenden Kosten selbst zu tragen, so ist dieselbe zugleich auch verbunden, die zur Erledigung dienenden Postsendungen an die requirierende auswärtige Behörde frankirt abzufertigen.

Solches muss gemäss § 43 Abs. 2 des Reichsgesetzes über die Gewährung der Rechtshilfe vom 21. Juni 1869 insbesondere bei allen Sendungen geschehen, welche durch eine die Strafrechtspflege betreffende Requisition oder Mittheilung Seitens einer Behörde eines andern deutschen Staates veranlasst sind, soferne nicht ausnahmsweise die Zahlungspflicht zweifellos einer hiebei beteiligten zahlungsfähigen Partei obliegt (vgl. Endemann, Comm. zum Rechtshilfegesetz S. 162) oder es sich um eine Auslieferung oder eine Strafvollstreckung handelt.

- b) Fallen die auf Erledigung der eingegangenen Requisition erwachsenden Kosten nach Massgabe der einschlägigen Vorschriften der ersuchenden auswärtigen Behörde zur Last, so erscheint dieselbe, soweit nicht besondere entgegengesetzte Bestimmungen bestehen, damit zugleich auch verpflichtet, die erwachsenden Portoauslagen zu tragen.

In solchen Fällen ist es daher gerechtfertigt, die Postsendungen unfrankirt an die betreffende Behörde abzufertigen. Diese unfrankirte Abfertigung hat namentlich dann einzutreten, wenn eine gleichzeitige Anrechnung anderweitiger Kosten gegenüber der requirierenden Behörde nicht stattfindet. Sind dagegen der ersuchenden auswärtigen Behörde gleichzeitig auch noch andere Kosten in Anrechnung zu bringen, so ist zur Vermeidung aller Anstände in Bezug auf die Annahme der Sendung diese letztere in denjenigen Fällen, in welchen sich der Portobetrag im Voraus berechnen lässt, zu frankiren und die Auslage hiefür mit den übrigen Auslageposten der ersuchenden Behörde aufzurechnen.

- 3) Für Fälle, in welchen die Frage, ob eine Frankirungspflicht bestehe oder nicht, einem gerechtfertigten Zweifel unterliegt, wird behufs Abschneidung aller späteren Anstände und Weiterungen die Ermächtigung zur Frankirung der betreffenden Postsendung ertheilt.
- 4) Wird in Gemässheit der vorstehenden Anordnung eine Postsendung unfrankirt abgefertigt, so ist dieselbe auf der Adresse mit dem Beisatze: „Jenseitige Angelegenheit“ zu versehen.

§ 2.

Hinsichtlich der Frage, aus welchen Mitteln die für abzufertigende Sendungen nach Massgabe der vorstehenden Bestimmungen erwachsenden oder die durch Einlösung eintreffender unfrankirter Sendungen auswärtiger Behörden entstehenden Portoauslagen definitiv oder vorschussweise zu bestreiten sind, wird Nachstehendes verfügt:

I. In Gegenständen der Civilrechtspflege sind die erwachsenden Portoauslagen aus den Regiemitteln der betreffenden Stelle oder Behörde in allen denjenigen Fällen definitiv zu bestreiten, in welchen nicht die Verpflichtung zur Bezahlung derselben einer Partei, einer Masse oder einer auswärtigen Behörde obliegt.

Eine vorschussweise Bestreitung der erwachsenden Portoauslagen aus den Regiemitteln der betreffenden Stelle oder Behörde hat insbesondere dann einzutreten:

- 1) wenn die zahlungspflichtige Partei in Fällen, in welchen dieselbe zur vorgängigen Erlegung eines Kostenvorschusses nicht verpflichtet ist, einen solchen auch nicht hinterlegt hat oder derselbe nicht mehr zureicht,
- 2) wenn die Partei, welche an und für sich die Zahlungspflicht trifft, zum Armenrecht zugelassen ist,
- 3) wenn die Masse, aus welcher die Portovergütung zu erfolgen hat, noch nicht gebildet ist oder noch keine Baarmittel darbietet und ebenso auch keine andere vorschusspflichtige Person vorhanden ist,
- 4) wenn die Portoauslage einstweilen auf Abrechnung mit einer auswärtigen Behörde erfolgt.

Auf die Refundierung der aus Regiemitteln gewährten Kostenvorschüsse ist rechtzeitig Bedacht zu nehmen. Ebenso sind bei der vorgeschriebenen Erhebung der von Parteien zu erlegenden Kostenvorschüsse die von den Ersteren zu bestreitenden Portoauslagen in ausreichendem Umfange in Berechnung zu ziehen.

II. In Gegenständen der gesamten Strafrechtspflege sind die bei den Gerichten, Untersuchungsrichtern und der Staatsanwaltschaft erwachsenden Portoauslagen nach Massgabe der bestehenden Vorschriften über die rechnerische Behandlung der Kosten in Strafsachen, insbesondere nach der Instruktion dieses Betreffs vom 4. Juni 1862 und der Instruktion über die Geschäftsbehandlung in den zur Zuständigkeit der Stadt- und Landgerichte gehörigen Strafsachen vom 26. Mai 1862 § 74 zu behandeln und zu verrechnen. Von der ersterwähnten Instruktion vom 4. Juni 1862 ist namentlich der § 8 in analoge Anwendung zu bringen, und nach § 13 für Vormerkung der Portobeträge in den einzelnen Akten über die betreffenden Strafsachen Sorge zu tragen.

Die nach dem erwähnten § 8 bei dem bezüglichlichen Rentamte monatlich einzureichenden Liquidationen sind von dem betreffenden Gerichte, Untersuchungsrichter, Staatsanwälte oder Vertreter der Staatsanwaltschaft auszustellen. Bis zu der erfolgenden Auszahlung der Portoauslagen durch das Rentamt sind dieselben einstweilen aus der Regie des betreffenden Gerichts oder Staatsanwalts, für die Vertreter der Staatsanwaltschaft aus der Regie des bezüglichlichen Amtsgerichts vorzuschüssen.

Den Untersuchungsrichtern und Vertretern der Staatsanwaltschaft sind auf Verlangen aus den Regiemitteln des Landgerichts, beziehungsweise Amtsgerichts gegen Refundierung aus den vom Rentamte seiner Zeit zur Auszahlung an sie gelangenden Liquidationsbeträgen kleinere Pauschalvorschüsse zu verabfolgen, damit ihnen Baarmittel zur Bestreitung der jeweilig anfallenden Portoauslagen zur Verfügung stehen.

Die noch weiter erforderlich werdenden rechnerischen Vorschriften werden durch das kgl. Staatsministerium der Finanzen getroffen werden.

III. In Officialangelegenheiten, soweit solche nicht unter die in Ziffer II erwähnte Kategorie fallen, sind die entstehenden Portoauslagen ebenfalls aus den Regiemitteln der betreffenden Stelle oder Behörde zu entnehmen, vorbehaltlich des etwa zu beanspruchenden Rückersatzes Seitens einer auswärtigen Behörde.

§ 3.

Sämmtliche dem kgl. Staatsministerium der Justiz untergeordneten Stellen und Behörden werden angewiesen, auf die Vermeidung unnöthiger portopflichtiger Postsendungen sorgfältig Bedacht zu nehmen und insbesondere keine überflüssigen Versendungen von Akten eintreten zu lassen.

§ 4.

Die in der Bekanntmachung vom 8. Juli 1872 (J.-M.-Bl. S. 169) erwähnte Bescheinigung über die Portoauslagen Seitens der Postbehörden erfolgt in den Postaufgabe-

büchern, in welchen die betreffenden Einträge vor der Ablieferung der Sendungen an die Postbehörde entsprechend vorzubereiten sind.

§ 5.

Die aus den Regiekassen bestrittenen Beträge für Postporti sind ordnungsgemäss zu verbuchen und in den bezüglichen Regie-Rechnungen ausgablich zu verrechnen. Die bezahlten Einzelbeträge können übrigens auch in einem besonderen Verzeichnisse (Journale) vorgetragen und auf Grund dessen für die Regie-Rechnung nur summarisch verbucht werden.

Ueber die Beträge, welche für Postporti aus den Regiekassen nur vorschussweise ausgelegt wurden, ist ein besonderes Nebenverzeichniss zu führen, in welchen die fraglichen Vorschüsse als Ausgaben und die zurückersetzten Beträge in Einnahme zu erscheinen haben. Die zum Wiedereinzug gelangenden Portovorschüsse sind am Jahreschlusse von den Portoausgabssummen abzusetzen, wonach nur die verbleibende Mehrausgabe in der Regie-Rechnung zu verausgaben ist.

Bei den Gerichtsschreibereien der Landgerichte hat das vorgedachte Nebenverzeichniss zugleich auch zu den in der Ministerial-Entschliessung vom 10. Oktober 1871 (J.-M.-Bl. S. 287) vorgeschriebenen Vormerkungen der in Gantsachen für den internen Postverkehr geleisteten Postvorschüsse zu dienen.

Das Verzeichniss über die aus Regiemitteln geleisteten Portovorschüsse kann mit dem im Absatz 1 erwähnten Journale dadurch verbunden werden, dass letzteres eigene Spalten für die aus den Regiefonds verausgaben oder zu demselben rückvereinnahmten Vorschüsse erhält.

Im Uebrigen wird durch vorstehende Anordnungen an den bestehenden Vorschriften über die Führung anderweitiger Verzeichnisse und Register nichts geändert.

§ 6.

Die Belegung der in den Regie-Rechnungen verrechneten Portoausgabsbeträge für abgegangene Postsendungen erfolgt mittelst eines eigenen Certifikats, welches von dem Amtsvorstande oder von dem mit der Controle der Portoausgaben beauftragten Beamten darüber auszustellen ist, dass die zu bezeichnende Gesamtsumme von Portoauslagen nach den Bescheinigungen in den Postaufgabebüchern wirklich bestritten worden ist.

Zur Belegung der bestehenden Pauschalvorschüsse an die Untersuchungsrichter, beziehungsweise Vertreter der Staatsanwaltschaft (vgl. § 2 Nr. II am Schlusse) dienen die von diesen Beamten und Bediensteten vorschriftsgemäss auszustellenden Vorschussquittungen.

§ 7.

Sollte sich bei einzelnen Stellen und Behörden in Folge der Bestreitung der durch das Reichsgesetz über die Portofreiheiten vom 5. Juni 1869 bedingten neuen Portoauslagen im Laufe der XI. Finanzperiode, in welcher bei der Etatsfeststellung für diese Ausgaben noch keine Vorkehrung getroffen werden konnte, eine Etatsüberschreitung ergeben, so ist die erforderliche weitere Creditseröffnung zu erwirken.

Den Amtsgerichten und Landgerichten können die Oberstaatsanwälte die unter Ziffer 9 der Justizministerial-Entschliessung vom 13. Juni 1862, das Regiewesen der Amtsgerichte betr., (J.-M.-Bl. von 1863, Ergänzungs-Heft S. 85 ff.) erwähnten Regiebeträge insoweit erhöhen, als solches durch den vermehrten Aufwand auf Postporti nothwendig bedingt ist.

München, den 29. August 1872.

Auf Seiner Majestät des Königs Allerhöchsten Befehl.

Den Vollzug der Reichsgesetze über die Portofreiheiten
vom 5. Juni 1869 und 29. Mai 1872 betr.

III.

Persönliche Portofreiheit.

Maximilian II.

von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben etc. etc.

In Berücksichtigung der von der Kammer der Reichsräthe und der Kammer der Abgeordneten gestellten Anträge und in Uebereinstimmung mit den im deutsch-österreichischen Postvereins-Vertrage enthaltenen Grundsätzen finden Wir Uns bewogen, die sofortige Aufhebung aller persönlichen Postportofreiheiten zu verfügen mit alleiniger Ausnahme

- 1) der Portofreiheit der Mitglieder des königlichen Hauses,
- 2) der Portofreiheiten, welche durch specielle königliche Bewilligung in unwiderruflicher Weise verliehen worden sind, oder welche künftig im Interesse des öffentlichen Dienstes von Uns verliehen werden,
- 3) jener Portofreiheiten, welche auf Verträgen beruhen.

Hienach habt ihr das weiter Geeignete zu verfügen.

Riva, den 11. April 1851.

M a x.

von der Pfordten.

An die Generaldirektion der k. Verkehrs-
Anstalten.

Die persönliche Portofreiheit betr.

Auf königlich Allerhöchsten Befehl:
Der General-Sekretär
Ministerialrath Wolfanger.

Maximilian II.

von Gottes Gnaden König von Bayern etc. etc.

Unter Bezugnahme auf Unsere Verordnung vom Heutigen, die persönliche Postportofreiheit betr., bestimmen Wir, dass die persönliche Postportofreiheit, auf solange, Wir nicht anders verfügen, Unseren Staatsministern mit Portefeuille, dem Ministerialdirektor in Unserem Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten*), und dem Vorstande der Generaldirektion der kgl. Verkehrsanstalten zustehen soll.

Riva, den 11. April 1851.

M a x.

von der Pfordten.

An die Generaldirektion der k. Verkehrs-
Anstalten.

Die persönliche Portofreiheit betr.

Auf königlich Allerhöchsten Befehl:

Der General-Sekretär

Ministerialrath Wolfanger.

*) Durch Ministerialrescript vom 31. Januar 1872 wurde nach Auflösung des Handelsministeriums diese Portofreiheit auf den Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, Abtheilung für Landwirthschaft, Handel und Gewerbe transferirt.

Art. 23 und 41 des Postvertrags zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn vom 7. Mai 1872.

Die Correspondenz sämmtlicher Mitglieder der Regentenfamilien in den Gebieten der hohen vertragschliessenden Theile untereinander wird ohne Beschränkung auf ein bestimmtes Gewicht portofrei befördert.

Anmerkung 23. Den Mitgliedern der Regentenfamilien werden im Briefpostverkehr mit Oesterreich-Ungarn die Mitglieder des fürstlich Thurn und Taxis'schen Hauses gleichgestellt.

Bezüglich der Portofreiheiten für Fahrpostsendungen der Mitglieder der Regentenfamilien in den Gebieten der hohen vertragschliessenden Theile verbleibt es bei den bisherigen Grundsätzen.

Anmerkung 60. Im Fahrpostverkehr mit Oesterreich-Ungarn sind die Sendungen der Mitglieder des kgl. Hauses in Bayern für die bayerische Beförderungsstrecke taxfrei zu belassen. Dasselbe gilt bezüglich der in Bayern zur Aufgabe oder Abgabe gelangenden Fahrpostsendungen der Mitglieder des fürstl. Thurn und Taxis'schen Hauses.

Siehe § I und XI der Instruktion über die Ausführung der Portofreiheits-Gesetze.

Verzeichniss der portobefreiten Personen in Bayern.

I. Auf den kgl. bayerischen Posten.

Nr. curr.	Vortrag	Residenz resp. Wohnort	Bei der	
			Briefpost	Fahrpost
1	Seine Majestät der König , Ihre Majestät die Königin-Mutter , sämmtliche zum königlichen Hause gehörigen Familienmitglieder in Bayern	München	unbeschränkt	unbeschränkt
2	Seine Majestät der Deutsche Kaiser und alle regierenden Fürsten des Deutschen Reiches, sowie deren Gemahlinnen und Wittwen		unbeschränkt	unbeschränkt
3	Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich , sowie sämmtliche Mitglieder der kaiserlichen Familie		beschränkt auf den Verkehr mit den Mitgliedern d. deutschen Regentenfamilien	—
4	Seine Durchlaucht der Fürst von Thurn und Taxis und alle zum fürstlichen Hause gehörigen Familienglieder	Regensburg	unbeschränkt	unbeschränkt
5	Abt , Ernst, fürstlich Thurn und Taxis'scher Domänenrath	"	"	—
6	Aufsess , Hermann, Freiherr von und zu, fürstlich Thurn und Taxis'scher Domänenrath	"	"	—
7	Beer , Friedrich, fürstlicher Justiz- und Domänenrath	"	"	—
8	Bonn , Franz, fürstlich Thurn und Taxis'scher Director des fürstlichen Civilcollegialgerichts und der fürstlichen Domänen-Oberadministration	"	"	—
9	Boos , Philipp, Graf von Waldeck und Mortfort, fürstl. Thurn und Taxis'scher Hofmarschall	"	"	unbeschränkt
10	Crailsheim , Kraft, Freiherr von, Exc., kgl. Staatsminister des kgl. Hauses und des Aeussern	München	"	"
11	Cramer , Carl, fürstlich Thurn und Taxis'scher wirklicher Rechnungsrath	Regensburg	"	—
12	Degen , Ludwig, fürstlich Thurn und Taxis'scher wirklicher Baurath	"	"	—
13	Denk , Gottlieb, fürstlich Thurn und Taxis'scher Justiz- und Domänenrath	"	"	—
	Fäustle , Dr. Johann von, Exc., kgl. Staatsminister der Justiz	München	"	unbeschränkt
	Feilitzsch , Max, Freiherr von, Exc., kgl. Staatsminister des Innern	"	"	"
14	Generaldirector der königl. bayerischen Verkehrsanstalten	"	"	"
15	Handl , Joseph, fürstlich Thurn und Taxis'scher Justizrath	Regensburg	"	—
	Hocheder , Adolph von, kgl. Generaldirector	München	"	unbeschränkt
16	Hompesch-Bollheim , Ferdinand Graf von, Chef der fürstlich Thurn und Taxis'schen Gesamtverwaltung	Regensburg	"	"
17	Kikinger , Otto, fürstlich Thurn und Taxis'scher Forstrath	"	"	—
18	Krieg , Simon, fürstlich Thurn und Taxis'scher Rath und Generalkassier	"	"	unbeschränkt
	Lutz , Dr. Johann von, Exc., Staatsminister des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten	München	"	"

Nr. curr.	V o r t r a g	Wohnort	Bei der	
			Briefpost	Fahrpost
19	Maillinger , Joseph von, Exc., kgl. Kriegsminister	München	unbeschränkt	unbeschränkt
	Mayer , Joseph, fürstlich Thurn und Taxis'scher Domänenrath	Regensburg	"	—
20	Ministerialdirector im kgl. Staatsministerium des Innern, Abtheilung für Landwirthschaft, Handel und Gewerbe	München	"	unbeschränkt
21	Popp , Friedrich, fürstlich Thurn und Taxis'scher Domänendirector und Justizrath	Regensburg	unbeschränkt auf Lebensdauer	unbeschränkt auf Lebensdauer
22	Reichlin-Meldegg , Hermann Freiherr von, fürstlich Thurn- und Taxis'scher Hofkavalier	"	unbeschränkt	—
23	Riedel , Emil von, Exc., Staatsminister der Finanzen	München	"	unbeschränkt
24	Ripperger , Wilhelm, fürstlich Thurn und Taxis'scher Finanzrath	Regensburg	unbeschränkt	—
25	Roth , Hermann, fürstlich Thurn und Taxis'scher Justiz- und Domänenrath	"	"	—
26	Schmidt , Georg, fürstlich Thurn und Taxis'scher Justiz- und Domänenrath	"	"	—
27	Schulze , Max, fürstlich Thurn und Taxis'scher Baurath	"	"	—
28	Staatsminister , königlich bayerische	München	"	unbeschränkt
29	Will , Dr. Cornelius, fürstlich Thurn und Taxis'scher Rath und Archivar	Regensburg	"	—

II. Auf auswärtigen Brief- und Fahrposten.

Nr. curr.	V o r t r a g	Residenz resp. Wohnort	Bei der	
			Briefpost	Fahrpost
	a) auf den kaiserlich deutschen Reichsposten und den kgl. württembergischen Posten:			
1	Seine Majestät der König von Bayern und Ihre Majestät die Königin-Mutter	München	unbeschränkt	unbeschränkt
	b) auf den kaiserl. österreichischen Posten:			
1	Seine Majestät der König von Bayern und sämtliche Mitglieder der deutschen Regentenfamilien	München	Beschränkt auf den Verkehr mit den Mitgliedern der kais. Familie von Oesterreich	—
2	Seine Durchlaucht der Fürst von Thurn und Taxis und alle zum fürstlichen Hause gehörigen Familienglieder	Regensburg	"	—

IV.

Zusammenstellung

der wesentlichen Bestimmungen über die gebührenfreie Beförderung von Telegrammen.

I. Interner Verkehr.

Auf den bayerischen Telegraphenlinien geniessen die Gebührenfreiheit (d. i. die Befreiung von Telegraphirungsgebühren, mit Ausschluss etwaiger Weiterbeförderungskosten über die Linien hinaus):

- 1) Telegramme Seiner Majestät des Königs und Ihre Majestät der Königin-Mutter, sowie Telegramme, welche im Auftrage der Allerhöchsten Herrschaften von den Beamten, der Umgebung, dem Gefolge oder den Hofstaaten aufgegeben werden.

Diese Telegramme sind, sofern über die Person des Aufgebers oder die Echtheit seiner Namensunterschrift bei den Telegraphenstationen kein Zweifel obwaltet, ohne Beglaubigung durch Siegel oder Stempel, sowie ohne weitere Bezeichnung zur Beförderung als „S“ anzunehmen und mit Vorrang vor allen anderen Telegrammen sofort zu befördern.

- 2) Die amtliche telegraphische Correspondenz der kgl. bayerischen Civil-, Militär-, Gerichts- und Polizeibehörden, mit Einschluss der solche Behörden vertretenden einzelnen Beamten und Militärpersonen, dann der Ortsbehörden in reinen Staats- und beziehungsweise Militärdienstangelegenheiten, welche im Postverkehr nach der Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 — die Postportofreiheit in Amtssachen betreffend — portofrei zu befördern wäre, unter analoger Anwendung des in § 3 dieser Verordnung festgestellten Grundsatzes, dass nur solche Staatstelegramme als gebührenfreie zu behandeln sind, für welche die Gebühren, wenn sie bezahlt werden müssten, der Staatskassa zur Last fallen würden.

Staatstelegramme (S) müssen als solche bezeichnet und durch Amtssiegel oder Stempel beglaubigt sein; jedoch kann ausnahmsweise von der Untersiegelung oder Stempelung abgesehen werden, wenn die Echtheit des Telegramms und dessen Eigenschaft als Staatstelegramm unzweifelhaft feststeht.

Das Recht, eine Rückantwort als Staatstelegramm aufzugeben, kann Seitens einer Privatperson oder einer Behörde, welcher die Gebührenfreiheit nicht zu-

steht, nur durch Vorzeigung des veranlassenden Staatstelegramms erlangt werden. Eine Prüfung der Zulässigkeit des Inhaltes der Staatstelegramme steht den Telegraphenstationen nicht zu.

Die zur Aufgabe gebührenfrei zu befördernder Telegramme befugten Behörden etc. haben sich zu ihrer amtlichen Correspondenz nur in wichtigen und dringenden Fällen des Telegraphen zu bedienen und die Telegramme in gedrängter Kürze mit Vermeidung entbehrlicher Titulaturen und Höflichkeitsformeln abzufassen.

Telegramme, welche von Gerichts- und Polizeibehörden im Laufe von strafgerichtlichen Untersuchungen aufgegeben werden, sind als creditirte Telegramme zu behandeln.

In Fällen, in denen aus dem Telegramm hervorgeht, dass in materieller oder formeller Hinsicht eine missbräuchliche Benützung des Telegraphen vorliegt oder zu der Annahme Anlass gegeben ist, dass die Gebührenfreiheit für dasselbe verordnungsmässig nicht begründet sei, müssen solche Telegramme nach ihrer Beförderung von der Telegraphenstation, bei welcher dieselben zur Aufgabe gelangt sind, an das vorgesetzte Oberpostamt abschriftlich eingereicht werden. In dem Begleitberichte sind die Gründe der Einsendung näher zu erörtern.

3) Die Telegraphendienst-Telegramme und zwar:

- a) die eigentlichen Diensttelegramme (A), welche — von den Telegraphen-Dienststellen ausgehend — sich auf Gegenstände des Telegraphendienstes beziehen,
- b) die Dienstnotizen, welche zwischen den Telegraphenstationen lediglich im Interesse des Telegramm-Beförderungsdienstes gewechselt werden.

Die Dienst-Telegramme sind ebenfalls auf das nothwendigste und dringendste Bedürfniss zu beschränken und möglichst kurz zu fassen.

Der Dienstverkehr der Beamten und Manipulanten beim Sprechen mit correspondirenden Stationen muss stets in den durch die Dienstvorschriften gezeichneten Grenzen sich bewegen, der dienstlichen Stellung angemessen und unter allen Umständen entgegenkommend sein. Ueberflüssige und sich nicht unmittelbar auf den Dienst beziehende Aeusserungen sind untersagt.

Die nach Entschliessung vom 11. April 1868 Nr. 1597 eingeräumte Begünstigung der unentgeltlichen Beförderung von Privatnotizen zwischen Beamten und Bediensteten der Telegraphenstationen ist aufgehoben, und demnach dem Personal die unentgeltliche Benützung der Telegraphen in anderen als rein dienstlichen Angelegenheiten ferner nicht gestattet. Ebenso ist unstatthaft, dass Anträge auf Urlaubsbewilligungen, Dienstbefreiungen und ähnliche auf die persönlichen Verhältnisse der Beamten und Bediensteten Bezug habende Gesuche von den Gesuchstellern gebührenfrei telegraphisch befördert werden.

4) Die von den Eisenbahnbehörden aufgegebenen Telegramme in Eisenbahnbetriebs-Angelegenheiten.

Dieselben werden als Staatstelegramme (S) behandelt, wenn sie den sub 1 angezogenen Bestimmungen des § 3 der Allerhöchsten Verordnung vom 23. Juni 1829 entsprechen, aber auch dann auf den Staatstelegraphenleitungen gebührenfrei befördert, wenn sie unter der Bezeichnung „Bahndiensttelegramme“ (B) aufgegeben werden.

- 5) Die Telegramme bei Brandfällen, Feuerberichte oder Mittheilungen zu Löschzwecken enthaltend.

Zur Aufgabe derartiger Telegramme sind berechtigt: der Vertreter des Bezirksamtes oder der Gemeindebehörde und der Commandant der Feuerwehr. Die betreffenden Mittheilungen sind dem Stationsvorstande schriftlich zu übergeben und hat dieser für unverzügliche Beförderung derselben als „S“ zu sorgen.

(Siehe Ausschreiben vom 7. September 1868 im Verordnungs- und Anzeigebblatt Nr. 79 vom Jahre 1868).

- 6) Die Telegramme bei Hochwasser und Eisgängen.

Hieher gehören nicht allein die Anzeigen der Magistrate an die vorgesetzten Regierungen und die Meldungen der Strassen- und Flusswärter an Bau- oder Bezirksämter, sondern auch die Benachrichtigungen der Magistrate unter sich. Diese Telegramme werden als „S“ befördert.

- 7) Meteorologische Telegramme.

Die von bayerischen Beobachtungsstationen (zur Zeit Kaiserslautern, Bamberg, Passau) an die meteorologische Centralstation München unter der Bezeichnung „Obs“ aufgegebenen Telegramme werden als „S“ befördert.

- 8) Telegramme bei Reichstags-Wahlen.

- a) Die telegraphischen Correspondenzen der Wahlkommissäre mit den kgl. Behörden, ferner diejenigen Telegramme, welche die ersteren in Ausübung ihrer öffentlichen Funktion an die zum Reichstage Gewählten zur Aufgabe bringen.

Die Originaltelegramme müssen die Unterschrift des Wahlkommissärs und nebst dem Wahlorte die Bezeichnung: „Reichstagswahlsache“ tragen.

- b) Die Antwort-Telegramme der zum Reichstage Gewählten an die Wahlkommissäre auf Anfragen wegen Annahme der Wahl. Bezeichnung: „Antwort ad Nr.... R. T. W.“

Telegramme vorstehender Gattungen sind als „S“ zu behandeln.

II. Wechselverkehr mit Reichstelegraphenanstalten.

Im Wechselverkehre zwischen Bayern und dem Reichstelegraphengebiet geniessen die Gebührenfreiheit:

- 1) Die in § 1 der im vollständigen Abdrucke angefügten kaiserlichen Verordnung vom 2. Juni 1877 bezeichneten Telegramme.

Dienstliche Bezeichnung der Telegramme: „SS.“

- 2) Die Telegraphendienst-Telegramme.

Wie I. 3 a und b.

- 3) Bahnbetriebs-Telegramme auf den Telegraphenlinien des Vereins deutscher Eisenbahn-Verwaltungen, nach Uebereinkommen vom 1. Januar 1877.

Diese Telegramme (B) werden in der Regel auf den Bahnbetriebsleitungen befördert. Sind die Bahnleitungen gestört, so muss die Beförderung durch Vermittlung der Reichs- resp. Staatstelegraphen erfolgen.

Die von der bayerischen Eisenbahnverwaltung ausgehenden Telegramme obiger Gattung können von einer Staatstelegraphenstation bis zur bayerischen Grenz- beziehungsweise Vermittlungsstation, ebenso die von der Nachbarbahn auf der bayerischen Grenz- beziehungsweise Vermittlungsstation ankommenden

Telegramme B bis zum Bestimmungsorte in Bayern eventuell bis zum Bureau der Anschlussbahn auf den Staatstelegraphenleitungen befördert werden.

- 4) Meteorologische Telegramme bayerischer Beobachtungsstationen an die deutsche Seewarte in Hamburg.

Die in München, Kaiserslautern und Bamberg mit der Bezeichnung „Obs“ zur Aufgabe kommenden Telegramme werden als „SS“ befördert.

III. Internationaler Verkehr.

Auf dem ganzen Netze der dem Vertrage von St. Petersburg beigetretenen Staaten werden die auf den internationalen Telegraphendienst dieser Staaten bezüglichen Telegramme gebührenfrei befördert.

- a) Die eigentlichen Diensttelegramme (A), welche von den Telegraphenverwaltungen der vertragsschliessenden Staaten ausgehen und den internationalen Telegraphendienst betreffen;
- b) die dienstlichen Notizen der Telegraphen-Anstalten über Vorfälle bei der Uebermittlung von Telegrammen.

Die Abfassung der Telegramme a und b in französischer Sprache ist Regel; auch ist Geheim-Sprache zugelassen.

München 1881.

Anhang zu II.

(Nr. 1199.) Verordnung, betreffend die gebührenfreie Beförderung von Telegrammen.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preussen etc.

verordnen im Namen des Deutschen Reichs, auf Grund der Artikel 48 und 50 der Reichsverfassung über die gebührenfreie Beförderung von Telegrammen, was folgt:

§ 1.

Auf sämtlichen Telegraphenlinien des Deutschen Reichs geniessen die Gebührenfreiheit:

- 1) Telegramme, welche von den regierenden Fürsten in den Staaten des Deutschen Reichs, sowie von den Gemahlinnen und Wittwen dieser Fürsten aufgegeben werden. Diese Gebührenfreiheit erstreckt sich auch auf diejenigen Telegramme, welche im Auftrage der Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften von den Beamten, der Umgebung, dem Gefolge oder den Hofstaaten zur Auflieferung gelangen;
- 2) Telegramme, welche von den Bevollmächtigten zum Bundesrath während ihrer Anwesenheit in Berlin in Bundesrathsangelegenheiten aufgegeben werden, oder welche an diese Bevollmächtigten aus anderen Orten des Deutschen Reichs in Bundesrathsangelegenheiten eingehen;
- 3) Telegramme von dem Reichstag und an denselben in reinen Reichsdienstangelegenheiten;
- 4) Telegramme von oder an Reichsbehörden in reinen Reichsdienstangelegenheiten;
- 5) Telegramme von oder an Militär- und Marinebehörden des Deutschen Reichs, mit Einschluss der solche Behörden vertretenden einzelnen Officiere und Beamten, in reinen Militär- und Marine-Dienstangelegenheiten; im Falle einer Mobilmachung auch diejenigen Telegramme, welche von einzelnen mit dienstlichen Aufträgen

kommandirten Militärpersonen oder Beamten der Militär- und Marineverwaltung des Deutschen Reichs in reinen Militär- und Marine-Dienstangelegenheiten ausgehen oder an solche Militärpersonen oder Beamte gerichtet sind;

- 6) Telegramme der Eisenbahnverwaltungen, Eisenbahnstationen und Eisenbahnbeamten an vorgesetzte Behörden über vorgekommene Unglücksfälle und Betriebsstörungen.

Welche Telegramme der Eisenbahnverwaltungen etc. ausserdem gebührenfrei zu befördern sind, ist durch besondere Vereinbarungen festgesetzt.

§ 2.

Die Gebührenfreiheit der Telegramme erstreckt sich nur auf die Telegraphirungsgebühren nicht aber auf die baaren Auslagen für Weiterbeförderung über die Telegraphenlinien hinaus.

Die baaren Auslagen sind vielmehr nach den betreffenden verordnungsmässigen Bestimmungen entweder von den aufgebenden Personen und Behörden oder von den Empfängern zu entrichten.

Stadttelegramme geniessen die Gebührenfreiheit nicht.

Gebührenfreiheiten, welche auf den mit dem Auslande abgeschlossenen Staatsverträgen oder Konventionen beruhen, bleiben aufrecht erhalten. Im Uebrigen findet bei den nach dem Auslande gerichteten Telegrammen eine Gebührenfreiheit für die Beförderungsstrecke innerhalb des Deutschen Reichs bzw. des Deutschen Reichs-Telegraphengebiets nicht statt.

§ 3.

Die zur Aufgabe gebührenfrei zu befördernder Telegramme befugten Behörden und Beamten haben sich zu ihrer amtlichen Correspondenz nur in den wichtigsten und dringenden Fällen der Telegraphen zu bedienen und die Telegramme in gedrängtester Kürze mit Vermeidung aller entbehrlichen Titulaturen etc. abzufassen.

§ 4.

Zur Anerkennung der Gebührenfreiheit durch die Telegraphenanstalten ist erforderlich, dass die Telegramme:

a) mit amtlichem Siegel oder Stempel,

b) mit einer die Berechtigung zur Gebührenfreiheit ausdrückenden Bezeichnung als „Königliche Angelegenheit“, „Grossherzogliche Angelegenheit“, „Reichsdienstsache“, „Militaria“ u. s. w.

versehen sind.

Die von den Allerhöchsten oder Höchsten Herrschaften herrührenden Telegramme sind, auch wenn sie von Personen aufgegeben werden, welche zu dem Gefolge oder den Hofstaaten gehören, sofern über die Person des Aufgebers oder die Echtheit seiner Namensunterschrift bei den Telegraphenanstalten kein Zweifel obwaltet, ohne Beglaubigung durch Siegel oder Stempel, sowie ohne weitere Bezeichnung zur Beförderung anzunehmen.

Die gebührenfrei zu befördernden Telegramme von Civilbehörden sind in der Regel mit dem Namen des Vorstehers oder eines der leitenden Beamten der Behörde zu unterzeichnen, können aber eintretendenfalls von dem mit der Anfertigung beauftragten Beamten dahin beglaubigt sein, dass sie von dem Vorsteher der Behörde ausgehen und in seinem Auftrage mit seiner Namensunterschrift versehen worden sind.

Bei den von den Militär- und Marinebehörden ausgehenden, gebührenfrei zu befördernden Telegrammen genügt neben der Bezeichnung „Militaria“ und der Beidrückung des amtlichen Siegels oder Stempels als Unterschrift der Firma der absendenden Behörde,

z. B. Garde-Füsilier-Regiment. Wenn der Aufgeber sich nicht im Besitze eines amtlichen Siegels oder Stempels befindet, so hat derselbe die „Ermangelung eines Dienststempels“ mit Unterschrift des Namens und Beisetzung der Amtseigenschaft zu bescheinigen.

§ 5.

In allen Fällen, in denen aus dem Telegramme hervorgeht, dass in materieller oder formeller Hinsicht eine missbräuchliche Benutzung des Telegraphen vorliegt, müssen solche Telegramme von den Telegraphenanstalten an die vorgesetzte Oberpostdirektion abschriftlich eingereicht werden. In dem Begleitberichte zu den Abschriften sind die Gründe der Einsendung näher zu erörtern.

§ 6.

Auf die unter eigener militärischer Verwaltung stehenden Telegraphenlinien finden die Bestimmungen dieser Verordnung keine Anwendung.

§ 7.

Gegenwärtige Verordnung tritt mit dem 1. Juli dieses Jahres in Kraft. Mit diesem Tage verliert die Verordnung des Reichskanzlers vom 8. November 1872 über die gebührenfreie Beförderung telegraphischer Depeschen ihre Giltigkeit. Die Bestimmungen dieser Verordnung finden auf den inneren Verkehr in Bayern und Württemberg keine Anwendung.

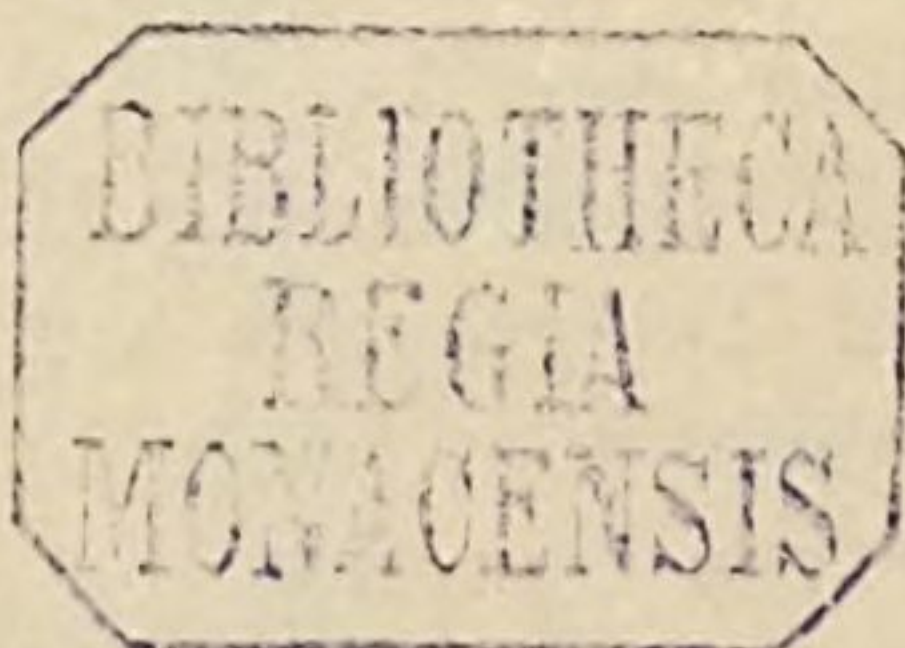
Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

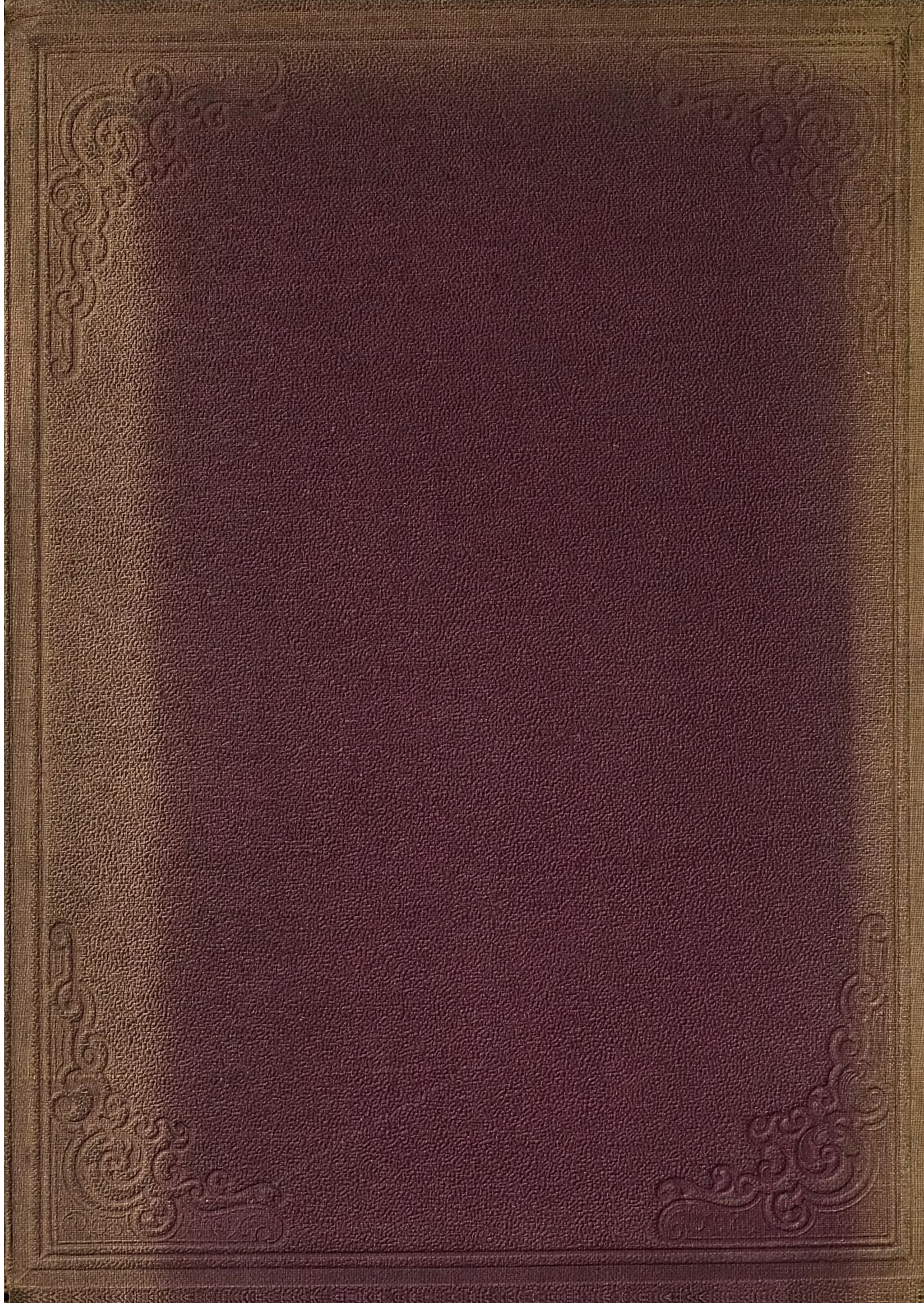
Gegeben Berlin, den 2. Juni 1877.

(L. S.)

Wilhelm.

Fürst von Bismarck.





Kollmann, Emil

Die Portofreiheit in Bayer. Staatsdienstangelegenheiten mit einer
Zusammenstellung der wesentlichen Bestimmungen über die gebührenfreie Befö
rderung von Telegrammen

München 1882

Bavar. 4246 z

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11860933-6